



Leitanträge

zur

1. Sitzung des 14. Landesparteitages

25. - 26. März 2023

in Erding

Antrag L1 Oppositionsprogramm zur
Landtagswahl 2023.....Seite 2

Antrag L2 Bezirkstagswahlprogramm.....Seite 177

Hinweise zum Heft

Das Heft „Leitanträge in geänderter Fassung“ beinhaltet die Leitanträge L1 und L2 in geänderter Fassung mit Änderungsdarstellung. Also findet ihr die Änderungsanträge die (in geänderter Fassung) vom Landesvorstand übernommen wurden - hervorgehoben - eingepflegt.

Dieses Heft ist also zugleich die Bekanntgabe der erfolgten Übernahmen und Übernahmen in geänderter Fassung durch die Antragskommission.

Delegierte mit beschließender Stimme und die jeweiligen Änderungsantragsteller:innen sind berechtigt, (Teil-)Übernahmen von Änderungsanträgen durch den Landesvorstand zu widersprechen. Die betroffenen Änderungsanträge sind dann durch den Parteitag zu behandeln.

Die Antragskommission hat festgelegt, dass ein solcher Widerspruch/Rückholantrag spätestens, bis Eintritt in die Beratung der Änderungsanträge zum jeweiligen Antrag vorliegen muss. Bis Tagungsbeginn kann ein solcher Rückholantrag per E-Mail an antragsberatung@die-linkebayern.de, ab Tagungsbeginn bei der Tagesleitung in Schriftform angegeben werden. Hierfür gibt die Antragskommission eine Vorlage aus. Die jeweiligen Änderungsantragsteller:innen können nur Teilübernahmen widersprechen.

Beim Antrag L1 ist immer oben rechts auf der Seite der Abschnitt (A, B, C, D) angegeben.

Stand: 21.03.2023 14.54 Uhr
Änderungen und Irrtümer vorbehalten.

Antrag L1: Oppositionsprogramm zur Landtagswahl 2023

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Präambel

A

2 Bayern, das reichste Bundesland in einem der reichsten Länder weltweit, der
3 Tourismusmagnet mit weiß-blauem Himmel, da wo Lederhosen und Dirndl auf High-Tech-
4 Industrie treffen. Dieses Idyll prägt das Bild unseres schönen Bundeslandes in vielen
5 Köpfen und doch zeigt es nur eine Seite der Medaille. Denn wir leben mit immer mehr
6 prekären Beschäftigungsverhältnissen ohne Tarifbindung, maroden Schulen, mit
7 Lehrkräftemangel, mit Krankenhäusern, die schließen müssen, und gute Chancen nur für
8 die Kinder von reichen Eltern. Der Ausbau des ÖPNV ist völlig unzureichend, genauso
9 wie der immer weniger werdende bezahlbare Wohnraum. In den Großstädten geben Familien
10 einen Großteil ihres Einkommens für die Miete aus und leben immer noch beengt,
11 während in den von der verfehlten Strukturpolitik vernachlässigten Regionen der
12 Leerstand immer größer wird. Selbst Normalverdiener:innen wissen aktuell anhand der
13 steigenden Energiepreise und der Inflation nicht mehr, wie sie ihre Rechnungen
14 begleichen sollen. Kultur und Bildung werden kaputtgespart und den weniger
15 Privilegierten die Möglichkeit genommen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben,
16 während einige Wenige immer mehr Reichtümer anhäufen und sich an den multiplen Krisen
17 bereichern. So erhalten in Bayern 81% aller Frauen eine Rente unterhalb der
18 Armutsgefährdungsschwelle. Die Lebenserwartung im reichen Landkreis Starnberg, wo der
19 Medianlohn 3924€ beträgt, liegt bei 83,39 Jahren, während die Menschen im Landkreis
20 Hof, wo der Medianlohn nur 2846€ beträgt, im Durchschnitt fünf Jahre früher sterben.
21 Und im selben Bundesland, in dem man gegenüber zahlenden Touristen Weltoffenheit zur
22 Schau stellt, sperrt man Geflüchtete in Abschiebegefängnisse, pfercht sie in
23 sogenannten Ankerzentren unter menschenunwürdigen Bedingungen zusammen, schiebt ab
24 und bezeichnet sie als „Asyltouristen“.

25 Gleichzeitig wirft die ökologische Krise auch in Bayern ihre Schatten voraus - durch
26 zerstörerische Unwetter einerseits und Wasserknappheit und Missernten andererseits.
27 Denn auch beim Thema Klimawandel offenbart sich die gesellschaftliche Schieflage:
28 Schon jetzt leiden die Menschen in dicht bebauten Stadtteilen unter den immer
29 heißeren Sommern, während sich die Superreichen eine Auszeit im Ferienhaus am
30 Starnberger See gönnen. Im Winter läuft in den Villen die Sauna, während in den
31 Mietshäusern die Heizung gedrosselt wird und der Ausbau erneuerbarer Energien seit
32 Jahren stagniert.

33 Die soziale Spaltung, angeheizt durch die steigenden Preise, die wirtschaftlichen
34 Auseinandersetzungen zwischen Ost und West und die Nachwehen der Pandemie, gepaart
35 mit den immensen Herausforderungen, die die Klimakrise mit sich bringt, verschärft

36 sich immer weiter.

37 Angesichts der sich zuspitzenden, krisengeprägten Lage stellt sich die Frage, was die
38 Politik macht. Der Blick in den bayerischen Landtag offenbart eine traurige Realität:
39 Eine echte Oppositionspartei sucht man vergebens. Seit Jahrzehnten schaltet und
40 waltet dort die CSU ungestört, leistet sich einen Korruptionsskandal nach dem
41 anderen, sorgt dafür, dass ihre „Spezeln“ von der Politik profitieren, nicht aber die
42 Mehrheit der Menschen in Bayern. Die Ungleichheit zwischen Arm und Reich, die
43 Gesundheit, Lebenserwartung und damit auch das Lebensglück betrifft, nimmt man in
44 Kauf. Nein, die Landtagsparteien verstärken sie sogar noch, indem sie das Geld in die
45 wirtschaftlichen Zentren pumpen und gleichzeitig ganze Landstriche sich selbst
46 überlassen. Dass auch die Zentren perspektivisch ausbluten werden, da sich aufgrund
47 des dort konzentrierten Reichtums die normalen Menschen, seien es Erzieher:innen,
48 Busfahrer:innen oder Pflegekräfte, das Leben dort jetzt schon kaum mehr leisten
49 können, ist ein Nebeneffekt dieser einseitigen Strukturpolitik. Es machen sich
50 offensichtlich weder die Regierenden noch die Oppositionsparteien darüber Gedanken,
51 wie man die soziale Schieflage beseitigen kann – denn von einem Gegensteuern ist
52 nichts zu sehen. Während die Bayern-SPD sich schon lange nicht mehr durch einen
53 ausgeprägten sozialen Kompass hervorut, zeigen sich die Grünen als die Partner der
54 Industrie beim Transformationsprozess und stellen Beschäftigte nur als gesichtslose
55 Verschiebemasse wenn nicht gar als Problem dar.

56 Unter der Vorgabe staatstragend zu sein, begeben sich dabei sämtliche
57 Landtagsparteien mit der CSU und der Industrie auf Kuschelkurs. Die AfD hetzt noch
58 schlimmer als das Führungspersonal der beiden regierenden Parteien rassistisch gegen
59 Minderheiten – ohne, dass die Landtagsopposition nennenswert dagegen hält. Dass auf
60 diese Art keine Politik entsteht, bei der die Menschen im Freistaat im Mittelpunkt
61 stehen, sondern in Erwartung von Konzernspenden, (Masken-)Deals und politischer
62 Koalitionen, eine korrumpierte Politik für die Mächtigen an der Tagesordnung ist,
63 verwundert kaum.

64 Auf der Seite der Beschäftigten, der Erwerbslosen, der Rentner:innen, der
65 Geflüchteten und aller Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen,
66 sieht sich im bayerischen Landtag keine Partei. Eine solche Politik gibt es bisher
67 nur außerhalb des Landtags: In den Betrieben, wo Menschen für bessere Löhne und
68 Arbeitsbedingungen streiten und streiken; dort, wo man sich für günstigen Wohnraum
69 einsetzt und Geflüchtete willkommen heißt. Dort, wo man für kostenfreien, ökologisch

70 sinnvollen ÖPNV eintritt, gegen riesige unnötige Stromtrassen kämpft und klare Kante
71 gegen Rechts zeigt. Auch wir als LINKE. Bayern sind mit unseren Initiativen,
72 Popularklagen, als kommunale Mandatsträger:innen und mit dem vielfältigen Engagement
73 unserer Mitglieder in Gewerkschaften, Betrieben, Sozialverbänden und Initiativen Teil
74 dieser außerparlamentarischen Opposition.

75 Das wollen wir in den Landtag tragen. Wir als LINKE. Bayern sind die einzige Partei,
76 die garantiert nicht mit der CSU auf Kuschelkurs geht: Kompromisslos werden wir als
77 die Opposition im Landtag gute Lebensverhältnisse für alle Menschen in Bayern
78 einfordern. Wir stehen für das widerständige Bayern!

79 Die Wurzel dieses widerständigen Bayerns liegt in der Gründung des Freistaats vor
80 über 100 Jahren – mit Kurt Eisner und vielen anderen und gegen die damaligen
81 reaktionären Kreise. Dieses widerständige Bayern ist für die gute bayerische
82 Verfassung verantwortlich. Bereits Kurt Eisner und viele andere Sozialistinnen und
83 Sozialisten erkannten: Die derzeitigen Probleme in Bayern und anderswo auf der Welt
84 sind kein Schicksal, sondern haben eine grundlegende Ursache – den Kapitalismus. Das
85 bedeutet Krieg, Armut und Umweltzerstörung für den Großteil der Menschheit und führt
86 zu wachsendem Reichtum für einige Wenige. Deshalb verbanden Eisner und andere
87 Sozialist:innen die alltäglichen Kämpfe um mehr Soziales, mehr Gleichheit und gegen
88 Unterdrückung mit dem Kampf um eine Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft.
89 DIE LINKE hält an diesem Erbe fest und kämpft in allen Bereichen um eine
90 Zurückdrängung der Macht des Kapitals und für eine Überwindung des Kapitalismus.

91 **1. Industrie-, Wirtschafts- und Strukturpolitik - der** 92 **Mensch im Mittelpunkt**

93 Im reichen Bayern zeigt sich überdeutlich, dass der Reichtum nicht gerecht verteilt
94 ist. Ein strukturschwacher Norden und Osten steht den Zentren rund um München und
95 Nürnberg gegenüber. Gleiche und gute Lebensverhältnisse für alle gibt es nicht – das
96 wollen wir ändern.

97 **Aktive Wirtschaftspolitik, Ausbau öffentlichen Eigentums**

98 ~~Die Verwerfungen in unserer Gesellschaft zeigen, dass man dem Markt~~ Wachsende soziale
Ungerechtigkeit und die ~~Geschicke von~~
99 ~~Mensch und Umwelt nicht überlassen kann. Das Wirtschaften mit den Ressourcen muss auf~~
Klimakrise sind keine Naturgesetze, sondern

100 das ~~Gemeinwohl ausgelegt sein, um nachhaltig und zukunftsfähig zu sein~~ Resultat von
 101 verfehlter Politik. Eine andere Wirtschaft ist dringend nötig! Es braucht weniger
 102 Markt und stattdessen demokratische Mitbestimmung, gezielte staatliche Investitionen
 103 und mehr öffentliches Eigentum.

101 • ~~Wir wollen den Erhalt und die Ausweitung öffentlichen Eigentums, um eine~~
 102 ~~demokratische Wirtschaftspolitik im Interesse des Gemeinwohls zu ermöglichen.~~
 103 ~~Für Bereiche, die für das Gemeinwohl notwendig sind, wie Wasser, Energie, Grund-~~
 104 ~~und Wohnraum, Gesundheit etc. sollen auch gemeinwohlorientierte Formen des~~
 105 ~~Besitzums, wie Genossenschaften und kommunale wie landeseigene Betriebe,~~
 106 ~~angestrebt werden~~ öffentliches Eigentum erhalten und ausweiten.

107 • ~~Eine landeseigene Zukunfts-Energie-Gesellschaft soll aufgebaut werden. Diese~~
 108 ~~soll den Ausbau von erneuerbaren Energien auf staatlichen Flächen~~
 109 ~~(„Staatsforsten“) so voranbringen, dass alle Menschen davon profitieren. Im~~
 110 ~~Gegensatz zu Privatunternehmen kommen die Gewinne der Gesellschaft, in Form von~~
 111 ~~günstigen Energiepreisen, zugute. Außerdem besteht Planungssicherheit des~~
 112 ~~Ausbaus auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.~~

• Wir werden landeseigene Landesenergiewerke aufbauen. Diese sollen den Ausbau von
erneuerbaren Energien auf staatlichen Flächen („Staatsforsten“) so voranbringen, dass
alle Menschen davon profitieren.

• Wir werden Unternehmen dazu zwingen, ihren Anteil an der Energiewende zu
übernehmen.

113 • **Wir fördern die finanzielle Unterstützung von regionalen Kreisläufen,**

114 • **eigenständigem Handwerk und Kleinstunternehmen, die gute, tarifgebundene**

115 **Arbeitsplätze schaffen.**

116

117 Für DIE LINKE sind Wirtschaft und Industrie kein Selbstzweck, sondern Mittel, um
 118 allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen und eine klimaneutrale Zukunft zu
 119 gestalten. Das steht im Widerspruch zum kapitalistischen Wirtschaftsverständnis: Hier
 120 stehen vor allem die Profite der Aktionär:innen und das Wirtschaftswachstum im
 121 Zentrum. Als einzige Partei ist DIE LINKE bereit, sich mit den Interessen der
 122 Konzerne und Aktionär:innen anzulegen und die Interessen der ~~Gesellschaft~~ Mehrheit in
 das

123 Zentrum der Wirtschaft zu rücken. So haben Wettbewerbsmärkte und private Investoren

124 in der Daseinsvorsorge nichts zu suchen. Insbesondere Energie und medizinische
 125 Versorgung müssen deshalb zurück in die öffentliche Hand. Das verbessert die
 126 Versorgung und senkt die Kosten, da keine Rendite erwirtschaftet werden muss.
 127 Ähnliches gilt beim Wohnen: Auch hier muss öffentliches Eigentum ausgebaut werden, um
 128 die Auswüchse des Miet- und Bodenmarktes zu bekämpfen (siehe Kapitel „Mieten“). In
 129 den wichtigen Schlüsselindustrien braucht es zudem stärkere demokratische
 130 Mitbestimmung. DIE LINKE steht bei allen Interessenkonflikten zwischen Kapital und
 131 Arbeit uneingeschränkt auf der Seite der Beschäftigten und ~~der Zukunft~~zukünftiger
Generationen.

132 Für Bereiche, die für das Gemeinwohl notwendig sind, wie Wasser, Energie, Grund und
Wohnraum, Gesundheit etc. werden wir mit gemeinwohlorientierten Formen des
Besitzums, wie Genossenschaften und kommunalen wie landeseigenen Betrieben die
Transformation hin zu erneuerbaren Energien umsetzen.

~~133 Industriepolitik neu ausrichten – Autoindustrie umbauen~~

Industriepolitik neu ausrichten - Klimaschutz braucht gute Arbeit

134 Für die Zukunft von Mensch und Umwelt ist die Transformation der Wirtschaft
 135 unumgänglich. Um den Transformationsprozess sozial gerecht zu gestalten, muss eine
 136 demokratische Mitbestimmung der Beschäftigten gewährleistet sein.

137 • **Bayerische Transformationsfonds in Milliardenhöhe müssen zur Verfügung gestellt**
 138 **werden, um kleinen und mittelständischen Unternehmen zu helfen, ihre Produktion**
 139 **umzustellen. Alle Investitionen aus dem Fonds sind verbunden mit Mitsprache**
 140 **sowie Tarif- und Standortgarantien. Ziel ist der Aufbau einer regionalen**
 141 **Wertschöpfungskette von Schlüsselprodukten für die Energie- und Mobilitätswende.**

142 • ~~Regionale Transformationsnetzwerke sollen ausgebaut und koordiniert~~Wir ~~werden.~~
 143 ~~Sie~~
 144 ~~sind das zentrale Element zur Gestaltung der Transformation, insbesondere der~~
 145 ~~Autoindustrie, vor Ort. Ziel ist es, Druck aufzubauen und gemeinsam mit allen~~
 146 ~~regionalen Akteuren Wege zu finden, die Industrie umzubauen und gleichzeitig~~
 147 ~~Standorte und Arbeitsplätze zu erhalten. Zur Koordination dieser Netzwerke~~
 148 ~~richtet die Landesregierung eine eigene Stabsstelle im Wirtschaftsministerium~~
~~ein.~~ regionale Transformationsnetzwerke aufbauen, ausbauen und koordinieren.

149 • **Wir werden Landesbeteiligungen bei BMW, Audi und Siemens.** ~~Um die~~

150 ~~Transformation~~
 151 ~~der großen Konzerne aktiv und demokratisch gestalten zu können, erwirbt der~~
 152 ~~Freistaat Bayern Beteiligung an den drei Konzernen. Diese Beteiligungen sollen~~
 153 ~~dabei ausreichen erwerben, um mindestens einen Aufsichtsratsposten zu stellen,~~
~~sodass~~
~~Beschäftigte, Gewerkschaften und Landesvertreter dort eine Mehrheit haben~~die
Transformation der großen Konzerne aktiv und demokratisch gestalten zu können.

- 154 • **Wir stehen für langlebige Produkte und Reparaturförderung ein. Die Landespolitik**
- 155 • **macht dabei durch gesetzliche Vorgaben, Verbote und Förderung Druck auf die**
ansässigen Unternehmen, um die Langlebigkeit der
- 156 **Produkte zu verbessern. Durch einen „Reparaturbonus“ von bis zu 100 Euro, wie in**
- 157 **Thüringen, soll außerdem die Reparatur von elektronischen Geräten bezuschusst**
- 158 **werden.**

159

160 Aktuell sind die Industrie und deren Produkte einer der größten Treiber der

161 Klimak~~ri~~sekatastrophe. Es ist Zeit für den Wandel hin zu einer sozial-ökologischen
 Zukunft.

162 Industriezweige, die dem nicht gerecht werden, müssen gemeinsam mit den

163 Beschäftigten, der öffentlichen Hand und den Gewerkschaften umgebaut werden.

164 Gleichzeitig müssen vor Ort neue gute Arbeitsplätze entstehen. Dafür braucht es eine

165 aktive Politik statt eines passiven und planlosen Staates. Öffentliche Investitionen

166 müssen gezielt vergeben werden und immer mit Mitsprache-, Ausbildungs-, Tarif- und

167 Standortgarantien verbunden sein (siehe auch Kapitel Arbeit & Soziales). Klimaschutz
und Arbeitsplätze gehören zusammen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

168 Die bayerische Industrie ist schlecht auf die Zukunft vorbereitet. Hohe

169 Energiepreise, die Klimakrise, Automatisierung durch Digitalisierung und künstliche

170 Intelligenz und Handelskonflikte mit den USA, Russland und China. All diese

171 Konfliktlinien verdichten sich zu einem Epochenbruch. Der Status Quo ist fatal:

172 Allein in der Automobilindustrie sind in Bayern mehr als 300.000 Menschen

173 beschäftigt. Trotz der Klimakrise laufen jeden Tag tausende Autos vom Band. Dabei

174 wird vergessen: Über den ganzen Lebenszyklus sind auch E-batterieelektrische Autos
 enorme Energiefresser

175 und ~~sonit~~damit, um Welten besser als Verbrenner, aber nicht klimafreundlich.

Gleichzeitig wird in ganz Deutschland heute kein

176 einziges Rotorblatt für die dringend benötigten Windräder mehr produziert. Auch die
177 Solarindustrie liegt am Boden. 95% der Solarzellen werden aus China importiert. Das
178 ist absurd und das Resultat eines politischen Totalversagens!

Die LINKE steht für eine Verkehrswende. Das heißt: Weniger Auto, mehr Bus und Bahn. Somit müssen insgesamt weniger Autos produziert werden. Davon abgesehen sind allein durch den Umstieg auf die Elektromobilität mehrere zehntausend Stellen bei Automobilzulieferern in Bayern bedroht. Es ist die Aufgabe der Politik, zusammen mit den Betroffenen und den Gewerkschaften gute Lösungen zu finden und mindestens gleichwertige neue Arbeitsplätze zu schaffen.

179 DIE LINKE will gemeinsam mit den Beschäftigten, Gewerkschaften und Sozial- und
180 Umweltverbänden gegensteuern und die Industrie und das Handwerk zum Rückgrat einer
181 sozial-ökologischen Zukunft machen. Es gibt genug zu tun: Windräder, Solar-,
182 Geothermie- und Biogasanlagen, Stromtrassen, **Batterien**Energiespeicher, Wärmepumpen,
Schienen, Züge
183 und Busse müssen weiterentwickelt, gebaut und installiert werden. Darauf muss sich
die
184 gesellschaftliche Arbeitskraft fokussieren. Diese Industriezweige müssen durch
185 umfassende und sozial gerechte Investitionsprogramme ausgebaut werden. Das heißt: Die
186 Hauptlast der Finanzierung wird von Vermögenden und Unternehmen getragen, die seit
187 Jahrzehnten vom kapitalistischen Wirtschaftssystem profitiert haben.
188 Im Kapitalismus profitieren Unternehmen davon, wenn Produkte schnell kaputtgehen und
189 neu gekauft werden müssen. Für Klima und Umwelt ist das eine Katastrophe. Wir stehen
190 für eine Industrieproduktion mit langlebigen und reparablen Produkten. Dafür braucht
191 es geschlossene Wertstoffketten vor Ort. Das sichert zudem gute Arbeitsplätze,
192 verkürzt klimaschädliche Transportwege und verhindert gefährliche Abhängigkeiten ins
193 Ausland.

194

195 **Strukturpolitik - Land statt Stadt**

196 Wir wollen, dass man überall in Bayern gut und gerne leben kann, darum wollen wir
197 aufräumen mit der kurzsichtigen Fokussierung der Regierung auf die großen Zentren und
198 der Vernachlässigung der ländlichen Räume.

199 • **Wir fordern ein neues Landesentwicklungsprogramm (LEP) mit aktiver Struktur- und**
200 **Klimapolitik. Statt Deregulierung soll es klare Vorgaben für die**

201 **Gewerbeansiedlung geben, um die Ansiedlung von Gewerbe in strukturschwachen**
202 **• Regionen zu stärken. Die Lockerung des Anbindegebots (Im LEP: neue Baugebiete**
dürfen nur direkt an vorhandenen Siedlungen errichtet werden) und die weitere
Stärkung

203 **der Metropolen lehnen wir ab. Gleichzeitig muss sich das LEP an den Pariser**
204 **Klimazielen messen. Strategien zur Reduktion des Ressourcen-**
205 **und Flächenverbrauchs sowie der Treibhausgas-Emissionen müssen klar benannt**
206 **werden.**

207 **• Der kommunale Finanzausgleich soll hauptsächlich dem Ausgleich struktureller**
208 **Ungleichheiten zwischen den Gemeinden dienen. Dafür muss er von einer**
209 **gemeinsamen Körperschaft aus kommunaler und Landesebene nach festen Regeln**
210 **vergeben werden. Gleichzeitig muss sein finanzielles Volumen wachsen, um Geld**
211 **von den wirtschaftlichen Zentren in die Peripherie umzuverteilen.**

212 **• Der Ausbau und die Ansiedlung staatlicher Verwaltung und Hochschulen in**
213 **ländlichen Räumen muss unter Einbindung der betroffenen Beschäftigten**
vorangetrieben werden. Durch die Verlagerung von
214 **staatlicher Verwaltung und Hochschulen können neue Wirtschaftsstandorte**
215 **geschaffen werden. Gleichzeitig bringt das junge Menschen in diese Regionen und**
216 **hält diese dort, was sich positiv auf die Demographie auswirkt.**

217 **• Wir wollen eine demokratische Beteiligung bei der Regional- und Strukturplanung.**
218 **Das gilt insbesondere für Großprojekte wie Flughafenausbau, Autobahnbau oder**
219 **Bewerbungen für sportliche Großereignisse.**

220

221 Der Freistaat Bayern hat sich verpflichtet, für gleiche Lebensverhältnisse in Stadt
222 und Land einzutreten. Die Realität sieht leider anders aus. Während die Metropolen
223 wie München und Nürnberg aus allen Nähten platzen, brechen die Strukturen in vielen
224 ländlichen Regionen auseinander. Das heißt: weniger Jobs, schlechtere Einkommen,
225 weniger Grundversorgung und Zukunftschancen. In manchen Regionen in Oberfranken und
226 der Oberpfalz sind so seit 2005 mehr als ein Drittel aller Supermärkte weggebrochen.
227 Auch in anderen Regionen sieht es nicht viel besser aus. Ein Großteil der Probleme
228 ist dabei hausgemacht, weil sich die bayerische Landespolitik bis heute weigert,
229 aktive Strukturpolitik zu machen und stattdessen Deregulierung vorantreibt. Die
230 Kommunen werden dabei einem gegenseitigen ~~vermeintlich fairen~~ ruinösen Wettbewerb

231 ausgesetzt. ~~Die vermeintliche Chancengleichheit, die dem zugrunde liegt, ist~~
 232 ~~natürlich Unsinn.~~ Strukturstarke Regionen werden gestärkt, andere Regionen dafür
 233 wirtschaftlich abgehängt. Die Landesregierung befeuert diese Politik in dem sie aktiv
 234 die Ansiedlung von großen Digitalkonzernen wie Apple, Google, Amazon und Co. in
 235 München verfolgt und dafür sogar bereit ist landeseigenen Grund und Boden zu
 236 verkaufen. DIE LINKE steht für eine andere Politik. Statt ~~Leuchtturmprojekte~~
überbeuerte Inselprojekte mit wenig Nutzen wollen
 237 wir gute Lebensbedingungen in ganz Bayern. Das benötigt eine aktive Strukturpolitik
 238 durch die Landesregierung und starke demokratische Einbindung der Menschen vor Ort.

239 **2. Gute Arbeit in Bayern: sicher, mitbestimmt und gut** 240 **bezahlt**

241 Arbeit sollte ein selbstbestimmtes und gutes Leben ermöglichen. Dass dies selbst im
 242 reichen Bayern längst nicht für alle Menschen gelebte Realität ist, wollen wir
 243 ändern.

244 **Löhne rauf, damit es für ein gutes Leben reicht**

245 Im reichen Bayern leben immer mehr Menschen in prekären Lebenssituationen und wissen
 246 nicht, wie sie über die Runden kommen – gerade da, wo die Lebenshaltungskosten
 247 überdurchschnittlich hoch sind, wie in den Großstädten. Darum sagen wir: Die Löhne
 248 und Einkommen aus der eigenen Arbeit müssen für ein gutes Leben reichen.

- 249 • **Deswegen fordern wir gemeinsam mit den Gewerkschaften ein bayerisches**
- 250 • **Tariftrueugesetz. ~~So werden öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen~~**
 251 **~~vergeben, die nach Tarif zahlen.~~**
- 252 • **DIE LINKE steht bei Arbeitskämpfen an der Seite der Kolleg:innen. Unsere**
 253 **Abgeordneten werden Streiks und Tarifauseinandersetzungen vor Ort unterstützen**
 254 **und die Anliegen der Kolleg:innen in den Landtag tragen.**
- 255 • **Der Schlüssel zu höheren Löhnen sind starke Tarifverträge. ~~Um die Tariffucht~~**
 256 **~~der Arbeitgeber zu unterbinden, müssen auf Antrag der Gewerkschaften~~**
 257 **~~Tarifverträge auch~~ Auch ohne Zustimmung der Arbeitgeberverbände müssen auf Antrag**
 258 **der Gewerkschaften Tarifverträge für allgemeinverbindlich**
erklärt werden können.
- 259 • **Nach der Arbeit bleibt zu wenig vom Leben. Darum fordern wir eine**
- 260 • **Wochenarbeitszeit von 350 Stunden.**

- 261 • **Wir beenden den Lohnraub, der durch unbezahlte Überstunden entsteht und**
 262 **verpflichten Überstunden mit Zuschlägen und Freizeitausgleich abzugelten.**
- 263 • **Wir schließen die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen. Wir wollen gleichen**
 264 **Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit für alle Geschlechter.**

265 Arbeit ist die Quelle allen Reichtums und Grundlage für den Lebensunterhalt aller
 266 Menschen. Die überwiegende Mehrheit der Menschen in Bayern sind auf den Lohn aus
 267 Arbeit angewiesen. Deswegen müssen die Löhne für ein gutes Leben und für eine Rente
 268 reichen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Arm trotz Arbeit darf es nicht
 269 geben. Während die Löhne in den letzten Jahren vor allem stagniert haben, sinken
 270 jetzt die Reallöhne durch die hohe Inflation so stark wie noch nie in der Geschichte
 271 der Bundesrepublik. Gleichzeitig steigen die Spitzengehälter Boni, Dividenden und die
 272 Kapitaleinkommen kräftig an. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter.
 273 Diese Entwicklung müssen wir stoppen und umkehren.

274 DIE LINKE kämpft an der Seite der Beschäftigten für höhere Löhne und steht ihnen bei
 275 Tarifeinsetzungen und Streiks vor Ort und als Sprachrohr im Landtag bei.

276 Jede Statistik zeigt: Beschäftigte, die unter Tarifverträge fallen, verdienen besser.
 277 Wir wollen, dass Tarifverträge leichter allgemeinverbindlich erklärt werden können.

278 Wir wollen abschaffen, dass die Arbeitgeberseite gegen die Allgemeinverbindlichkeit
 279 von Tarifverträgen ein Veto einlegen kann. Mit einem Tariftreuegesetz werden
 280 öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben, die nach Tarif zahlen.

281 Gemeinsam mit dem DGB fordern wir ein bayerisches Tariftreuegesetz, denn das reiche
 282 Bayern ist das einzige Bundesland, das noch kein solches Gesetz etabliert hat.

283 Der deutschlandweite gesetzliche Mindestlohn reicht fürs Leben in Bayern nicht aus,
 284 besonders nicht bei den massiven Preissteigerungen und in den Großstädten, wo die
 285 Mieten für viele einen Großteil des Gehalts auffressen. Mit einem

286 Landesmindestlohngesetz sorgen wir dafür, dass ~~Verwaltung, landeseigenen Unternehmen~~
 287 ~~und Gesellschaften sowie Unternehmen, die sich um Aufträge~~ bei der Vergabe von
Aufträgen und Wirtschaftsförderung

288 durch das Land Bayern ~~bewerben,~~ und Kommunen nur Unternehmen berücksichtigt werden,
die einen armutsfesten Mindestlohn zahlen, ~~aus denen sich~~

289 ~~gesetzliche Rentenansprüche oberhalb.~~ Armutsfest ist ein Mindestlohn, wenn man nach
Vollzeitarbeit eine Rente über der Sozialhilfe ~~erwerben lassen~~ erhält. Viel zu viele

290 Beschäftigte werden selbst um den deutschlandweiten gesetzlichen Mindestlohn
 291 geprellt. Deswegen braucht es strenge Kontrollen zu seiner Einhaltung.

292 Von Lohngerechtigkeit kann angesichts einer Lohnlücke von 21 Prozent zwischen Frau
 293 und Mann keine Rede sein. Wir brauchen ein verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz
 294 samt Verbandsklagerecht, damit Frauen nicht mehr allein vor Gericht ziehen müssen und
 295 endlich gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit erhalten.

296 Der Lohnraub, der durch Überstunden entsteht, muss sofort beendet werden. Arbeitgeber
 297 müssen verpflichtet werden, Überstunden mit Zuschlägen und Freizeitausgleich
 298 abzugelten. Eine Begrenzung und ein zeitnaher Ausgleich von Mehrarbeit sind
 299 gesetzlich zu verankern.

300 **Arbeit darf nicht krankmachen**

301 In vielen Berufen – ob in der Pflege, in der Kita oder auf dem Bau – schaffen es die
 302 Beschäftigten aufgrund der hohen Belastung nicht bis zur Rente. Arbeit darf nicht
 303 krankmachen. Aber so wie es jetzt ist, macht Arbeit viele Menschen krank.

- 304 • **Die Gesundheit muss ein ganzes Arbeitsleben über erhalten Das gilt, egal ob die**
 305 **Arbeit mit Laptop oder Wischmopp, im Pflegekittel oder Blaumann geleistet wird.**
- 306 • **Wir verteidigen den freien Sonntag. ~~So bleibt Zeit für die Familie, für Freunde~~**
 307 **und Hobbys. ~~Wir wollen keine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten. Mit uns gibt es~~**
 308 **~~keine verkaufsoffenen Sonntage und keine Aufweichung des Ladenschlussgesetzes.~~**
 309 **keine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten. So bleibt Zeit für die Familie, für**
 310 **Freunde und Hobbys.**
- 309 • **Die Digitalisierung schafft neue, oft entgrenzte und prekäre**
- 310 • **Beschäftigungsformen. ~~Doch Flexibilität im Arbeitsleben muss sich nach den~~**
 311 **~~Bedürfnissen der Beschäftigten richten.~~ Wir setzen uns für mehr Zeitsouveränität**
 312 **für die Einzelnen und einen besseren Schutz gegen Dauerstress und Überlastung**
 313 **ein.**
- 314 • **Wir wollen das Recht auf Nichterreichbarkeit außerhalb der Arbeitszeit**
 315 **gesetzlich verankern. Wir**
 316 **unterstützen die Forderung der Gewerkschaften nach einer Anti-Stress-Verordnung**
 317 **und einen Freizeitausgleich für atypische und besonders belastende**
 318 **Arbeitszeiten.**
- 318 • **Wir wollen dafür sorgen, dass Arbeitsschutzkontrollen wieder zur Normalität in**
 319 **Bayern werden. Betrieblicher Gesundheitsschutz und Maßnahmen zur Entlastung in**
 319 **der Arbeit**
 319 **müssen gefördert werden.**

320 Von menschenwürdiger Arbeit für alle sind wir meilenweit entfernt. Armut,
321 Arbeitsdruck, Existenzangst und gesundheitsgefährdende Mehrfachjobs dürfen nicht
322 länger sein. In den vergangenen Jahren haben Burnout und psychische Erkrankungen
323 infolge von Dauerstress und belastenden Arbeits- und Lebensbedingungen dramatisch
324 zugenommen. Es wird an Personal gespart und der Leistungsdruck wird erhöht. Wir
325 unterstützen die Forderung der Gewerkschaften nach einer Anti-Stress-Verordnung und
326 die Initiativen, atypische und besonders belastende Arbeitszeiten durch zusätzliche
327 Freizeit auszugleichen. Betriebs- und Personalräte müssen umfassende
328 Mitbestimmungsrechte bei Personaleinsatz, Zielvorgaben und Arbeitsplanung erhalten.
329 Beschäftigte sollen mehrmals in ihrem Berufsleben die Möglichkeit haben, für ein Jahr
330 auszusteigen. Damit verbunden ist ein Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen
331 gleichwertigen Arbeitsplatz. Diese Sabbatzeiten können auch als kleinere Auszeiten
332 von drei bis sechs Monaten genommen werden.

333 Der gemeinsame Sonntag, an dem sich eine Gesellschaft und Gemeinschaften treffen und
334 bilden, geht verloren. Besonders augenfällig wird dies bei den verkaufsoffenen
335 Sonntagen in Bayern, bei denen kaum eine Kommune die dafür gültigen
336 Rechtsvorschriften einhält. Wir kämpfen vor Ort gegen jeden verkaufsoffenen Sonntag
337 und werden diesen Widerstand auch in den Landtag tragen. Wir verteidigen die
338 bayerischen Ladenöffnungszeiten im Interesse der Beschäftigten.

339 Die Entwicklung neuer Technologien und die Digitalisierung fördern prekäre, oft
340 endgrenzte, ungesicherte Arbeitsverhältnisse, Scheinselbstständigkeit und Leiharbeit.
341 Aber Flexibilität im Arbeitsleben muss sich nach den Bedürfnissen der Beschäftigten
342 richten. DIE LINKE setzt sich für Gesetzesveränderungen ein, die zu mehr
343 Zeitsouveränität für die Einzelnen und zu besserem Schutz gegen Dauerstress und
344 Überlastung führen.

345 Hinzu kommt die zunehmende Verhaltens- und Leistungskontrolle durch automatisierte
346 und halbautomatisierte Systeme. Die automatisierte lückenlose Aufzeichnung und
347 Analyse des Bewegungsablaufes bzw. des Verhaltens von Beschäftigten während der
348 Arbeitszeit ist vollständig zu verbieten, denn sie sind unangemessene Leistungs- und
349 Verhaltenskontrolle. Jede Beurteilung muss nachvollzieh- und anfechtbar sein.

350 Wir wollen das Recht auf Nichterreichbarkeit außerhalb der Arbeitszeit im Gesetz
351 verankern. Wir setzen
352 uns für einen Rechtsanspruch für Beschäftigte auf mobiles Arbeiten und Home-Office
ein. Dieser Anspruch muss freiwillig sein und der Arbeitgeber ist verpflichtet,

353 Stress und Belastung in diesem Zusammenhang zu verhindern sowie aus dem Home-Office
354 entstehende Mehrkosten zu übernehmen.

Die meisten Verstöße gegen den Jugendarbeitsschutz werden nicht geahndet. Wir wollen eine Meldepflicht gegenüber den Arbeitsschutzbehörden, wenn Jugendliche beschäftigt werden. Es muss vereinfacht werden, dass Arbeitgebern untersagt wird Jugendliche zu beschäftigen, hierzu sollen auch Gewerkschaften und Betriebsräte ein Antragsrecht erhalten.

355 Es muss alles getan werden, um Arbeitsunfälle zu verhindern. Besonders auf dem Bau
356 drohen schwere Verletzungen bis hin zum Tod. Es finden zu wenige Kontrollen statt, um
357 die geltenden Arbeitsschutzvorschriften wirksam durchzusetzen. Wir fordern einen
358 Ausbau des Kontrollpersonals, so dass ein Kontrolleur für maximal 10.000 Beschäftigte
359 zuständig ist. Zusätzlich müssen die Gewerkschaften das Recht bekommen die Arbeit der Arbeitsschutzbehörden auf Kreisebene zu kontrollieren, um die Einflussnahme durch Verhandlungen zwischen Kommunalpolitik und Wirtschaft zu verhindern.

360 **Mitbestimmung und starke Gewerkschaften für gute Arbeit**

361 Wir stehen im Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit an der Seite der
362 abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Nur indem Betriebsräte, Personalräte
363 und Gewerkschaften gestärkt werden, können wir gute Arbeit für alle Kolleg:innen
364 durchsetzen.

- 365 • **Unsere Mitglieder sind aktiv in den Gewerkschaften und unterstützen in der**
366 **Arbeit die Personal- und Betriebsräte bzw. ihre Wahl. Die Gewerkschaften und**
367 **Beschäftigtenvertretungen sind für uns zentrale Bündnispartner. Unsere**
368 **Abgeordneten werden regelmäßig mit ihnen in den Austausch treten und ihre**
369 **Anliegen in den Landtag tragen.**
- 370 • **Wir wollen die Mitbestimmung in der Arbeitswelt ausweiten. Das heißt zwingende**
371 • **Mitbestimmungs- und Vetorechte ~~der Beschäftigten und ihrer Betriebsräte~~ bei**
372 **allen wirtschaftlichen Fragen. Wir fordern die Ausweitung der**
373 **Mitbestimmungsmöglichkeiten im Bayerischen Personalvertretungsgesetz auf das**
374 **Niveau des Betriebsverfassungsgesetzes.**
- 375 • **Straftaten gegen Betriebsräte und Initiatoren zur Einleitung einer**
376 **Betriebsratswahl werden kaum geahndet. Deswegen fordern wir**
377 **Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Bayern, die sich ausschließlich mit dem**
378 **Betriebsverfassungsgesetz befassen.**
- 379 • **Auch für die Beschäftigten bei Kirche, Diakonie und Caritas muss das Streikrecht**

380 **und die betriebliche Mitbestimmung gelten. Wir fordern die Abschaffung dieser**
381 **Sonderregeln für religiöse oder weltanschauliche Einrichtungen.**

382 Die Beschäftigten erarbeiten alle Einnahmen eines Unternehmens. Sie schaffen durch
383 ihre Arbeit die Gewinne, die die Kapitaleigner einstecken. Und da ihr Lebensunterhalt
384 vom Lohn aus ihrer Arbeit abhängt, tragen sie ein hohes persönliches Risiko. Die
385 Entscheidungsmacht, was wie wo und wann gearbeitet und produziert wird, haben aber
386 ganz überwiegend die Kapitaleigner und die von ihnen bestimmte Unternehmensleitung.
387 Wir wollen das umkehren und den Beschäftigten die nötigen Mitspracherechte einräumen.

388 DIE LINKE steht in ganz Bayern an der Seite der Beschäftigten und ihrer
389 Gewerkschaften. Unsere Mitglieder sind vor Ort aktiv in den Gewerkschaften, sitzen in
390 Personal- und Betriebsräten und unterstützen gewerkschaftliche Aktionen. In den
391 Kommunen und im Bundestag sind wir verlässliche Partner der Gewerkschaften.
392 Unsere Abgeordneten im Landtag werden daran anknüpfen und eine starke Stimme für
393 gewerkschaftliche Positionen und die Interessen der Beschäftigten sein.

394 Wir wollen zwingende Mitbestimmungs- und Vetorechte der ~~Beschäftigten~~Arbeiter:innen
und ihrer

395 Betriebsräte bei allen wirtschaftlichen Fragen. Das gilt besonders für
396 Betriebsänderungen, Standortänderungen und Entlassungen sowie die Gestaltung der
397 Tätigkeiten und der Arbeitsbedingungen besonders auch bei Fragen der Digitalisierung.
~~Das~~Die Einführung und Nutzung von Software muss vom Betriebsrat mitentschieden
werden. Das

398 Vetorecht soll bei Leiharbeit, Werkverträgen, Befristungen, Personalabbau, bei
399 Schließungen etc. gelten. Es braucht stärkere Werkzeuge als Interessensausgleich und
400 Sozialplan für Betriebsräte und bessere Mitspracheentscheidungsrechte.

401 Durch die Globalisierung der Wirtschaft verbreiten sich grenzüberschreitende
402 Strukturen, die in Bayern immer mehr Beschäftigungsverhältnisse betreffen. Das
403 Betriebsverfassungsgesetz ist dagegen weiterhin an nationalstaatliche Grenzen
404 gebunden. Die Möglichkeiten für grenzüberschreitende Interessenvertretungen müssen
405 ausgebaut werden. Bei Konzernen, deren Spitze im Ausland sitzt, muss die
406 Mitbestimmung auf Konzernebene sichergestellt werden. So verhindern wir, dass
407 Mitbestimmung leerläuft, weil Betriebsräte auf Seiten des Managements keine
408 Gesprächspartner haben, die wirklich entscheiden können.

409 Eine Stunde pro Woche sollen die Beschäftigten von der Arbeit freigestellt werden, um
410 ihre Beteiligungsrechte wahrnehmen zu können. ~~Um die Gründung von Betriebsräten~~

411 ~~generell zu erleichtern, fordern wir in betriebsratslosen Betrieben einmal im Jahr~~
412 ~~Versammlungen, in denen Gesamt- oder Konzernbetriebsrat oder eine~~ Auch die im Betrieb
413 vertretene Gewerkschaft ~~über die Möglichkeit einer Betriebsratswahl informieren. Dies-~~
414 ~~kann jedoch nur eine Übergangslösung sein, bis es bessere Mitsprachemöglichkeiten-~~
415 ~~durch die Bundesgesetzgebung verwirklicht sind~~ muss das Recht haben, einen
Wahlvorstand einzusetzen. Darauf wollen wir im Bundesrat
416 hinwirken.

417 Auch in den öffentlichen Verwaltungen brauchen die Beschäftigten demokratische
418 Mitbestimmungsrechte. Wir fordern eine Novellierung des Bayerischen
419 Personalvertretungsgesetzes mit Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten auf das
420 Niveau des Betriebsverfassungsgesetzes. Die demokratische Verfasstheit der
421 bayerischen Verwaltung sollte Vorbildcharakter für die Privatwirtschaft haben, statt
422 hinter ihr zurückzustehen.

423 Die bestehenden – von Beschäftigten, Gewerkschaften und linken Parteien hart
424 erkämpften - Mitbestimmungsrechte der Belegschaften werden ausgehöhlt und
425 angegriffen. Immer mehr Unternehmen versuchen Betriebsratsgründungen und
426 gewerkschaftliche Organisation zu verhindern. Viele schrecken dabei nicht vor
427 kriminellen Methoden zurück.

428 Wer die Bildung eines Betriebsrats oder dessen Arbeit behindert, macht sich gemäß §
429 119 Betriebsverfassungsgesetz strafbar. Um effektiv gegen solche Behinderungen von
430 Gewerkschaften und Betriebsräten (Union Busting und Betriebsräte-Bashing) vorgehen zu
431 können, müssen die Staatsanwaltschaften in Bayern dafür Schwerpunktabteilungen
432 bilden. ~~Damit diese wirksam sind, müssen diese Straftaten endlich zu-~~
433 ~~Offizialdelikten werden.~~ Wir fordern, dass auch Haftstrafen mit einem Strafmaß von 5
434 Jahren verhängt werden und die Delikte als Offizialdelikte gewertet werden.

435 Wir fordern die Abschaffung aller Sonderregelungen für religiöse oder
436 weltanschauliche „Körperschaften des öffentlichen Rechts“ im
437 Betriebsverfassungsgesetz (§ 118) und im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz. Das
438 Streikrecht und die betrieblichen Mitbestimmungsrechte müssen auch für die
439 Beschäftigten in Kirche, Diakonie und Caritas uneingeschränkt gelten. Das Allgemeine
440 Gleichbehandlungsgesetz muss auch in kirchlichen Einrichtungen Anwendung finden,
441 daher muss der sogenannte 3. Weg des kirchlichen Arbeitsrechts abgeschafft werden.

442 Arbeit die zum Leben passt – für alle

443 Die Arbeit muss zum Leben passen, nicht andersherum. Arbeit muss planbar und für ein
444 Leben mit Kindern vereinbar sein. Arbeit muss für alle Menschen sicher und
445 unbefristet, selbstbestimmt, tariflich bezahlt und sozial abgesichert sein.

446 • ~~Während andere Parteien die gesetzliche Höchstarbeitszeit auf täglich 12 oder 13-~~
447 ~~Stunden anheben wollen, fordern wir eine Absenkung der Wochenhöchstarbeitszeit~~
448 ~~auf 40 Stunden. Die Normalarbeitszeit wollen wir wie die Gewerkschaften auf 35-~~
449 ~~Stunden pro Woche absenken.~~

- Wir fordern die Absenkung der gesetzlichen Wochenhöchstarbeitszeit auf 40 Stunden.
Die Normalarbeitszeit wollen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften auf 35 Stunden pro
Woche absenken.

450 • **Wir wollen einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Stunden pro**
451 **Woche im Arbeitsvertrag und auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung. Der**
452 **bestehende Rechtsanspruch auf Teilzeit muss durch ein Rückkehrrecht auf die**
453 **vorherige vertragliche Arbeitszeit ergänzt werden.**

454 • **Damit die Arbeit zum Leben passt, muss sie planbar und sicher sein. Deswegen**
455 **fordern wir die Abschaffung von Leiharbeit und sachgrundloser Befristung. Die**
456 **staatlichen Unternehmen und Verwaltungen müssen hier mit gutem Beispiel**
457 **vorangehen.**

458 Die Landesregierung rühmt sich wegen einer historisch niedrigen Arbeitslosenquote von
459 unter 3 Prozent, aber von den Beschäftigten in Bayern arbeiten etwa 20% in Teilzeit,
460 in befristeten Arbeitsverhältnissen, in schlecht bezahlte Leiharbeit, in Minijobs
461 oder in anderen atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Das sind etwa 1,5 Millionen
462 Menschen in Bayern. Wir wollen die Arbeit anders organisieren, damit sie für alle zum
463 Leben passt.

464 Während andere Parteien das Arbeitszeitgesetz flexibilisieren und die gesetzliche
465 Höchstarbeitszeit auf täglich 12 oder 13 Stunden anheben wollen, fordern wir eine
466 Absenkung! Die gesetzliche Wochenhöchstarbeitszeit muss auf 40 Stunden reduziert
467 werden. Die Normalarbeitszeit ist historisch in vielen Schritten abgesenkt worden.
468 Wir fordern gemeinsam mit den Gewerkschaften den nächsten Schritt, so dass die 35-
469 Stundenwoche Normalität wird. Ausnahmen müssen strikter begrenzt und stärkere
470 Kontrollen durch Arbeitnehmervertretungen und Arbeitsschutzbehörden müssen gesetzlich
471 vorgeschrieben werden. Insbesondere in Bayern sind die Stellen unbesetzt, die
472 dringend nötig wären.

473 Wir wollen einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Stunden pro Woche
474 im Arbeitsvertrag einführen. Ausnahmen darf es nur aus schwerwiegenden
475 wirtschaftlichen Gründen geben. Die Beweispflicht hierfür muss beim Unternehmen
476 liegen. Zudem müssen Arbeitgeber verpflichtet werden, den Abschluss von
477 Teilzeitverträgen unter 22 Stunden mit dem Betriebsrat zu erörtern, der Betriebsrat
478 muss dafür ein Vetorecht erhalten.

479 Wir wollen keine Leiharbeit mehr. Wir wollen gute und unbefristete
480 Arbeitsverhältnisse. Beschäftigte, die ihre Arbeitszeiten reduzieren, müssen einen
481 Anspruch auf Rückkehr in Vollzeit haben. Wir wollen ein Recht auf vorübergehende
482 Arbeitszeitverkürzung. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Erhöhung der Arbeitszeit,
483 sofern in dem Unternehmen Arbeit mit der entsprechenden Qualifikation vorhanden ist.
484 Ab dem ersten Euro muss eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten. Wir setzen
485 uns dafür ein, dass Mini- und Midi-Jobs durch unbefristete Arbeitsverträge und
486 existenzsichernde Einkommen ersetzt werden.

487 Die staatlichen Verwaltungen und Unternehmen müssen für die Privatwirtschaft als
488 Vorbild dienen. Sie müssen auf sachgrundlose Befristung, geringfügige Beschäftigung
489 und Leiharbeit verzichten sowie hohe soziale Standards einhalten.

490 **Umbau der Wirtschaft – nur demokratisch und sozial**

491 Die Wirtschaft – nicht nur, aber besonders die Industrie – durchläuft einen
492 tiefgreifenden Wandel unter ökologischen Vorzeichen. Mit uns gibt es diesen nur
493 demokratisch und sozial, nicht auf dem Rücken und ohne Mitbestimmung der
494 Beschäftigten.

- 495 • **Der ökologische Umbau der Wirtschaft darf nicht den Kapitaleigner:innen,**
496 **Unternehmensleitungen und dem Markt überlassen werden. Er und seine Folgen**
497 **betreffen uns alle. Deswegen müssen Umwelt- und Sozialverbände, Kommunen,**
498 **Bezirke und Land sowie allen voran die Gewerkschaften und Belegschaften die**
499 **Kontrolle über Planung und Durchführung des ökologischen Umbaus erhalten.**
- 500 • **Unter dem Deckmantel der ‚ökologische Transformation‘ setzen Unternehmen**
501 **Lohnverzicht, Stellenabbau und Standortschließungen durch. Gleichzeitig machen**
502 **viele davon weiter Profite oder kassieren staatliche Förderungen. Wir verbieten**
503 **Massenentlassungen bei profitablen Unternehmen und solchen, die staatliche**
504 **Förderung in Anspruch nehmen.**
- 505 • **Nur in Bayern und Sachsen gibt es kein Bildungszeitgesetz, das die bezahlte**

506 **Freistellung für Weiterbildung ermöglicht. Ändern sich die Anforderungen am**
507 **Arbeitsplatz, sind die Unternehmen in der Pflicht, für Weiterbildung zu sorgen.**
508 **Dafür wollen wir einen Rechtsanspruch.**

509 Nur wenn die Macht von Großkonzernen gebrochen und Entscheidungen über Investitionen
510 in allen Schlüsselbereichen der Wirtschaft demokratisch getroffen werden, können der
511 notwendige ökologische Umbau der Wirtschaftsstruktur und die Digitalisierung auch
512 sozial gerecht und am Gemeinwohl orientiert gestaltet werden. Der Umbau der
513 Wirtschaft auf ökologisch nachhaltige Produktion muss so gestaltet werden, dass
514 Beschäftigung erhalten bleibt.

515 Bisher entscheiden Kapitaleigner:innen und die von ihnen eingesetzten
516 Unternehmensleitungen darüber, wie der ökologische Umbau umgesetzt wird. Sofern
517 Staats- und Bundesregierung tätig werden, setzen sie auf Anreize, CO2-Bepreisung und
518 überlassen damit die Entwicklung dem sogenannten freien Markt. Diese undemokratische
519 und chaotische Herangehensweise gefährdet Arbeitsplätze, Löhne und
520 Arbeitsbedingungen.

521 Dementgegen setzen wir einen demokratisch kontrollierten und gestalteten ökologischen
522 Umbau. Wir wollen regionale Wirtschaftsräte einführen, bestehend aus Vertretungen der
523 Umwelt- und Sozialverbände, Kommunen, Bezirke und Land sowie allen voran der
524 Gewerkschaften und Belegschaften. In ihrer Hand liegen die Planung und Durchführung
525 des ökologischen Umbaus. Wo das Privateigentum an Unternehmen der demokratischen und
526 sozialen Gestaltung des ökologischen Umbaus im Weg steht, müssen sie in die
527 öffentliche oder Belegschaftshand überführt werden.

528 Die bisherige Form des ökologischen Umbaus erlaubt es den Unternehmen, die Kosten bei
529 der Belegschaft abzuladen. Teils werden auch beschäftigtenfeindliche Maßnahmen damit
530 gerechtfertigt, die mit Umwelt- und Klimaschutz eigentlich nichts zu tun haben.

531 Lohnverzicht, Stellenstreichungen und die Schließung ganzer Standorte werden häufig
532 von Unternehmen durchgeführt, die gleichzeitig profitabel sind oder staatliche
533 Förderung kassieren. Diesen Unternehmen wollen wir Massenentlassungen verbieten.

534 Durch den Umbau der Wirtschaft verändern sich die Anforderungen an die Qualifikation
535 der Beschäftigten. Bisher werden sie damit weitgehend allein gelassen. Das muss sich
536 ändern. Gemeinsam mit dem Bündnis „Bildungszeit für Beschäftigte in Bayern“, in dem
537 sich der DGB mit 23 weiteren Verbänden aus den verschiedensten Bereichen des
538 Ehrenamts zusammengeschlossen hat, fordern wir ein Bildungszeitgesetz in Bayern. Es
539 ermöglicht eine gesetzlich bezahlte Bildungsfreistellung für Beschäftigte für die

540 berufliche, politische und die Weiterbildung an fünf Tagen im Jahr. Nur hier und in
541 Sachsen gibt es das nicht.

542 Außerdem fordern wir einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung, wenn sich die
543 Anforderungen an Beschäftigte in einem Job ändern. Diese muss der Arbeitgeber
544 organisieren und finanzieren. Dabei müssen die Beschäftigten weiter entlohnt werden.

545 **3. Soziale Sicherheit statt Existenzangst**

546 Wir wollen, dass alle in Bayern gut und selbstbestimmt leben können, darum braucht es
547 endlich eine Politik, die unkorrupter das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt
548 stellt.

549 **Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV**

550 Mit der Agenda 2010 hat die damalige rot-grüne Bundesregierung im Bundestag gemeinsam
551 mit der CDU/CSU im Bundesrat die Axt an den Sozialstaat gelegt. DIE LINKE war und ist
552 die einzige Partei, die diesen Sozialabbau und den Angriff auf den Lebensstandard von
553 Millionen von Menschen grundsätzlich ablehnt und für eine bedarfsdeckende,
554 individuelle und sanktionsfreie Mindestsicherung einsteht.

555 • **In einem ersten Schritt fordern wir eine Erhöhung der Regelsätze, die die**
556 **tatsächlichen Lebenshaltungskosten absichert. Wir wissen, dass die Hartz-IV-**
557 **Drangsalierung nur auf Bundesebene abgeschafft oder verändert werden kann.**

558 • **In Bayern drängen wir darauf, soviel wie möglich für die Verbesserung der**
559 **Lebenssituation der Hartz-IV-Opfer im Bundesland zu tun.**

560 **Wir werden Initiativen im Bundesrat für eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie**
561 **Mindestsicherung anstoßen.**

562 • **Der Freistaat muss ausreichend Sozialwohnungen zur Verfügung stellen.**

563 • **Wir fordern ein 9-Euro-Sozialticket für die Nutzung des ÖPNV in ganz Bayern, das**
564 **allen zur Verfügung gestellt wird, die Sozialleistungen beziehen.**

565 • **Wir wollen die Einführung eines Bayern-Pass für alle**
566 **Sozialleistungsbezieher:innen in Bayern auf den Weg bringen, sodass diese**
567 **kostenfrei kulturelle und sportliche Angebote, Museen oder andere Einrichtungen,**
568 **z.B. Bibliotheken und das Bildungsangebot bei Volkshochschulen nutzen können.**

569 Die Einführung von Hartz-IV (Arbeitslosengeld II) als Sozialleistung zeigt, dass
570 in diesem Fall die Bezeichnung „sozial“ nicht verdient ist. Die Regelsätze reichen

571 für ein menschenwürdiges Leben nicht aus, Hartz-IV ist Armut per Gesetz. Dazu kommt,
572 dass durch Sanktionen die kümmerlichen Leistungen noch weiter gekürzt werden können.

573 Die Ampel-Koalition hat auf den beharrlichen Druck von LINKEN, Sozialverbänden und
574 Gewerkschaften reagiert, in dem sie einige Verbesserungen geplant hat, die aber mit
575 der Logik von Hartz-IV nicht brechen. CDU/CSU haben über den Bundesrat so lange
576 blockiert, bis auch davon kaum etwas übrig blieb. Das neue „Bürgergeld“ ist das alte
577 Hartz-IV mit neuem Namen.

578 Obwohl die „Bürgergeld“-Regelsätze das absolute Existenzminimum beinhalten sollen,
579 welches nicht weiter unterschritten werden darf, können Betroffene mit einer Kürzung
580 der Zahlungen diszipliniert werden. Wir sagen: Eine Kürzung des Existenzminimums darf
581 es nicht geben! Wir lehnen die Sanktionen ohne Wenn und Aber ab und kämpfen dagegen
582 an der Seite der Betroffenen.

583 Die Mietkosten werden zwar inklusive Nebenkosten vom Amt übernommen, allerdings nur
584 bis zu einer gewissen Höhe. Auf eine Sozialwohnung warten Bedürftige oft Jahre. Die
585 wenigen Wohnungen, die sonst in das Budget passen, sind kaum zu bekommen. Einige
586 entscheiden sich deshalb für eine teurere Unterkunft, um ihre Chancen zu erhöhen
587 oder bleiben entmutigt in ihrer zu teuren Wohnung. Die realen Wohnkosten inklusive
588 Nebenkosten müssen endlich übernommen werden. Der Freistaat Bayern kann die Hartz-IV-
589 Betroffenen unterstützen, in dem es endlich ausreichend Sozialwohnungen bereitstellt.
590 Hier hat Bayern mit Bayernheim bisher auf ganzer Linie versagt, denn von den im Jahr
591 2018 angekündigten 10.000 Wohnungen war Anfang 2023 keine einzige Wohnung bezogen
und
592 nur etwa 800 in Bau.

593 Um Sozialleistungsbeziehende die Möglichkeit zu geben, sich am gesellschaftlichen
594 Leben zu beteiligen, braucht es einen Bayern-Pass, der die kostenfreie Teilhabe an
595 Kultur-, Sport und Bildungsangeboten sowie den Eintritt in Museen ermöglicht.

596 Armut in allen Lebenslagen abschaffen

597 In Bayern gibt es in allen Lebenslagen Menschen in Armut. Ob Kinder, Jugendliche,
598 Erwerbslose, Menschen mit Behinderung oder alte Menschen: Landes- und Bundesregierung
599 schaffen es nicht, die Menschen vor Armut zu schützen. Wir wollen Armut in allen
600 Lebenslagen abschaffen. Armut ist kein Ergebnis von individuellem Versagen, sondern
601 von gesellschaftlichen Fehlentscheidungen. Wir suchen nicht die Schuld beim
602 Einzelnen, sondern wollen durch gesellschaftliche Veränderungen Armut abschaffen.

- 603 • **Wir schaffen einen öffentlichen Beschäftigungssektor für Menschen, die keiner**
604 **regulären Arbeit nachgehen können.**
- 605 • **Die Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bei Arbeitsagenturen und**
606 **Jobcentern müssen angehoben werden.**
- 607 • **Maßnahmen müssen zielführend zur Weiterqualifikation sein und zu**
608 **Berufsabschlüssen führen.**
- 609 • **Kinderbetreuung muss kostenlos sein, von der Krippe bis zum Hort.**
- 610 • **Wir fordern warme und kostenfreie Mahlzeiten für alle Kinder an Schulen und in**
611 **Betreuungseinrichtungen sowie ein Schulfrühstück.**
- 612 • **Um der vorwiegend weiblichen Altersarmut in Bayern zu begegnen, muss der Staat**
613 **Sorge dafür tragen, dass Sorgearbeit als öffentliche Aufgabe organisiert wird**
614 **und den Frauen so eine Erwerbstätigkeit ermöglicht wird.**

615 Ende 2022 gab es in Bayern offiziell etwa 230.000 Arbeitslose. Nimmt man diverse
616 Gruppen, die künstlich herausgerechnet werden, hinzu, sind es etwa 330.000 Menschen.
617 Arbeitslosigkeit darf nicht Armut und sozialen Abstieg bedeuten. Deswegen wollen wir
618 das „Bürgergeld“ durch eine armutsfeste und sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen.
619 Wir wollen die Ursachen der Erwerbslosigkeit bekämpfen, soziale Sicherheit
620 garantieren und Armut beseitigen. Dazu müssen zusätzliche, gut bezahlte und tariflich
621 abgesicherte Arbeitsplätze geschaffen werden statt Minijobs und unfreiwilliger
622 Teilzeitarbeit. Wir wollen außerdem einen öffentlichen Beschäftigungssektor für
623 Menschen schaffen, die derzeit keiner regulären Beschäftigung nachgehen können. DIE
624 LINKE fordert, dass die Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bei den
625 Arbeitsagenturen und Jobcentern nicht gekürzt, sondern in erheblichem Maße
626 aufgestockt werden. An die Stelle kurzfristiger Maßnahmen, die den Betroffenen nicht
627 helfen, müssen langfristige Maßnahmen treten, die zu anerkannten Berufsabschlüssen
628 führen.

629 Knapp 600.000 Kinder und Jugendliche in Bayern sind von Armut betroffen. Das ist
630 inakzeptabel, zumal sich Armut im Laufe eines Menschenlebens und über Generationen
631 hinweg verfestigt. Altersgemäße Teilhabe am sozialen Leben in und außerhalb der
632 Schulklasse ist kaum möglich. Wir wollen eine armutsfeste Kindergrundsicherung. Die
633 außerschulische Kinderbetreuung und -erziehung ist kostenfrei zu gestalten. Die
634 Teilnahme an Angeboten der Jugendarbeit ist flächendeckend unbürokratisch für
635 finanziell Benachteiligte zu ermöglichen. In jeder Kindertageseinrichtung und bei der

636 Ganztagsbildung braucht es eine kostenfreie, warme und gesunde Mahlzeit.

637 In keinem anderen Bundesland sind so viele Frauen im Alter von Armut bedroht wie in
 638 Bayern. So erhalten in Bayern ganze 81% aller Frauen eine Rente unterhalb der
 639 Armutsgefährdungsschwelle. Selbst unter Einbeziehung des Haushaltseinkommens sind
 640 mehr als ein Viertel der über 65-jährigen Frauen von Armut bedroht. Auch 19,5 Prozent
 641 der Männer über 65 Jahren sind armutsgefährdet. Wir wollen Armut im Alter abschaffen.
 642 Dafür braucht es eine armutsfeste solidarische Mindestrente und ordentliche Löhne,
 643 aus denen ordentliche Rentenansprüche erworben werden. Um den großen
 644 Rentenunterschied zwischen den Geschlechtern abzubauen, müssen mehr Frauen
 645 Erwerbsarbeit ermöglicht werden. Maßnahmen wie die „Herdprämie“ der CSU sind da
 646 kontraproduktiv.

- 446 • ~~Während andere Parteien die gesetzliche Höchstarbeitszeit auf täglich 12 oder 13~~
 447 ~~Stunden anheben wollen, fordern wir eine Absenkung der Wochenhöchstarbeitszeit~~
 448 ~~auf 40 Stunden. Die Normalarbeitszeit wollen wir wie die Gewerkschaften auf 35~~
 449 ~~Stunden pro Woche absenken.~~
- Wir fordern wir eine Absenkung der Wochenhöchstarbeitszeit auf 40 Stunden. Die
Normalarbeitszeit wollen wir auf höchstens 35 Stunden pro Woche absenken.
- 450 • **Wir ~~wolle~~fordern einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Stunden**
pro
 451 **Woche im Arbeitsvertrag und auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung. Der**
 452 **bestehende Rechtsanspruch auf Teilzeit muss durch ein Rückkehrrecht auf die**
 453 **vorherige vertragliche Arbeitszeit ergänzt werden.**
- 454 • ~~Damit die Arbeit zum Leben passt, muss sie planbar und sicher sein. Deswegen~~Wir
 455 **fordern wir die Abschaffung von Leiharbeit und sachgrundloser Befristung. Die**
 456 **staatlichen Unternehmen und Verwaltungen müssen hier mit gutem Beispiel**
 457 **vorgehen.**

458 Die Landesregierung rühmt sich wegen einer historisch niedrigen Arbeitslosenquote von
 459 unter 3 Prozent, aber von den Beschäftigten in Bayern arbeiten etwa 20% in Teilzeit,
 460 in befristeten Arbeitsverhältnissen, in schlecht bezahlte Leiharbeit, in Minijobs
 461 oder in anderen atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Das sind etwa 1,5 Millionen
 462 Menschen in Bayern. Wir wollen die Arbeit anders organisieren, damit sie für alle zum
 463 Leben passt.

464 Während andere Parteien das Arbeitszeitgesetz flexibilisieren und die gesetzliche

465 Höchstarbeitszeit auf täglich 12 oder 13 Stunden anheben wollen, fordern wir eine
466 Absenkung! Die gesetzliche Wochenhöchstarbeitszeit muss auf 40 Stunden reduziert
467 werden. Die Normalarbeitszeit ist historisch in vielen Schritten abgesenkt worden.
468 Wir fordern gemeinsam mit den Gewerkschaften den nächsten Schritt, so dass die 35-
469 Stundenwoche Normalität wird. Ausnahmen müssen strikter begrenzt und stärkere
470 Kontrollen durch ~~Arbeitnehmervertretungen und~~ personell gut ausgestattete
Arbeitschutzbehörden müssen gesetzlich
471 vorgeschrieben werden. Insbesondere in Bayern sind die Stellen unbesetzt, die
472 dringend nötig wären.

473 Wir wollen einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Stunden pro Woche
474 im Arbeitsvertrag einführen. Ausnahmen darf es nur aus schwerwiegenden
475 wirtschaftlichen Gründen geben. Die Beweispflicht hierfür muss beim Unternehmen
476 liegen. Zudem müssen Arbeitgeber verpflichtet werden, den Abschluss von
477 Teilzeitverträgen unter 22 Stunden mit dem Betriebsrat zu erörtern, der Betriebsrat
478 muss dafür ein Vetorecht erhalten.

479 ~~Wir wollen keine~~ Wir fordern die Abschaffung der Leiharbeit ~~mehr. Wir wollen.~~ Wir
fördern gute und unbefristete
480 Arbeitsverhältnisse. ~~Beschäftigte~~ Arbeiter:innen, die ihre Arbeitszeiten reduzieren,
müssen einen
481 Anspruch auf Rückkehr in Vollzeit haben. Wir wollen ein Recht auf vorübergehende
482 Arbeitszeitverkürzung. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Erhöhung der Arbeitszeit,
483 sofern in dem Unternehmen Arbeit mit der entsprechenden Qualifikation vorhanden ist.
484 Ab dem ersten Euro muss eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten. Wir setzen
485 uns dafür ein, dass Mini- und Midi-Jobs durch unbefristete Arbeitsverträge und
486 existenzsichernde Einkommen ersetzt werden.

487 Die staatlichen Verwaltungen und Unternehmen müssen für die Privatwirtschaft als
488 Vorbild dienen. Sie müssen auf sachgrundlose Befristung, geringfügige Beschäftigung
489 und Leiharbeit verzichten sowie hohe soziale Standards einhalten.

490 **Umbau der Wirtschaft – nur demokratisch und sozial**

491 Die Wirtschaft – nicht nur, aber besonders die Industrie – durchläuft einen
492 tiefgreifenden Wandel unter ökologischen Vorzeichen. Mit uns gibt es diesen nur
493 demokratisch und sozial, nicht auf dem Rücken und ohne Mitbestimmung der
494 Beschäftigten.

- 495 • **Der ökologische Umbau der Wirtschaft darf nicht den Kapitaleigner:innen,**
496 **Unternehmensleitungen und dem Markt überlassen werden. Er und seine Folgen**
497 **betreffen uns alle. Deswegen müssen Umwelt- und Sozialverbände, Kommunen,**
498 **Bezirke und Land sowie allen voran die Gewerkschaften und Belegschaften die**
499 **Kontrolle über Planung und Durchführung des ökologischen Umbaus erhalten.**
- 500 • **Unter dem Deckmantel der ‚ökologische Transformation‘ setzen Unternehmen**
501 **Lohnverzicht, Stellenabbau und Standortschließungen durch. Gleichzeitig machen**
502 **viele davon weiter Profite oder kassieren staatliche Förderungen. Wir verbieten**
503 **Massenentlassungen bei profitablen Unternehmen und solchen, die staatliche**
504 **Förderung in Anspruch nehmen.**
- 505 • **Nur in Bayern und Sachsen gibt es kein Bildungszeitgesetz, das die bezahlte**
506 **Freistellung für Weiterbildung ermöglicht. Ändern sich die Anforderungen am**
507 **Arbeitsplatz, sind die Unternehmen in der Pflicht, für Weiterbildung zu sorgen.**
508 **Dafür wollen wir einen Rechtsanspruch.**

509 Nur wenn die Macht von Großkonzernen gebrochen und Entscheidungen über Investitionen
510 in allen Schlüsselbereichen der Wirtschaft demokratisch getroffen werden, können der
511 notwendige ökologische Umbau der Wirtschaftsstruktur und die Digitalisierung auch
512 sozial gerecht und am Gemeinwohl orientiert gestaltet werden. Der Umbau der
513 Wirtschaft auf ökologisch nachhaltige Produktion muss so gestaltet werden, dass
514 Beschäftigung erhalten bleibt.

515 Bisher entscheiden Kapitaleigner:innen und die von ihnen eingesetzten
516 Unternehmensleitungen darüber, wie der ökologische Umbau umgesetzt wird. Sofern
517 Staats- und Bundesregierung tätig werden, setzen sie auf Anreize, CO2-Bepreisung und
518 überlassen damit die Entwicklung dem sogenannten freien Markt. Diese undemokratische
519 und chaotische Herangehensweise gefährdet Arbeitsplätze, Löhne und
520 Arbeitsbedingungen.

521 Dementgegen setzen wir einen demokratisch kontrollierten und gestalteten ökologischen
522 Umbau. Wir wollen regionale Wirtschaftsräte einführen, bestehend aus Vertretungen der
523 Umwelt- und Sozialverbände, Kommunen, Bezirke und Land sowie allen voran der
524 Gewerkschaften und Belegschaften. In ihrer Hand liegen die Planung und Durchführung
525 des ökologischen Umbaus. Wo das Privateigentum an Unternehmen der demokratischen und
526 sozialen Gestaltung des ökologischen Umbaus im Weg steht, müssen sie in die
527 öffentliche oder Belegschaftshand überführt werden.

528 Die bisherige Form des ökologischen Umbaus erlaubt es den Unternehmen, die Kosten bei

529 der Belegschaft abzuladen. Teils werden auch beschäftigtenfeindliche Maßnahmen damit
 530 gerechtfertigt, die mit Umwelt- und Klimaschutz eigentlich nichts zu tun haben.
 531 Lohnverzicht, Stellenstreichungen und die Schließung ganzer Standorte werden häufig
 532 von Unternehmen durchgeführt, die gleichzeitig profitabel sind oder staatliche
 533 Förderung kassieren. Diesen Unternehmen wollen wir Massenentlassungen verbieten.
 534 Durch den Umbau der Wirtschaft verändern sich die Anforderungen an die Qualifikation
 535 der Beschäftigten. Bisher werden sie damit weitgehend allein gelassen. Das muss sich
 536 ändern. Gemeinsam mit dem Bündnis „Bildungszeit für Beschäftigte in Bayern“, in dem
 537 sich der DGB mit 23 weiteren Verbänden aus den verschiedensten Bereichen des
 538 Ehrenamts zusammengeschlossen hat, fordern wir ein Bildungszeitgesetz in Bayern. Es
 539 ermöglicht eine gesetzlich bezahlte Bildungsfreistellung für Beschäftigte für die
 540 berufliche, politische und die Weiterbildung an fünf Tagen im Jahr. Nur hier und in
 541 Sachsen gibt es das nicht.
 542 Außerdem fordern wir einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung, wenn sich die
 543 Anforderungen an Beschäftigte in einem Job ändern. Diese muss der Arbeitgeber
 544 organisieren und finanzieren. Dabei müssen die Beschäftigten weiter entlohnt werden.

545 **3. Soziale Sicherheit statt Existenzangst**

546 ~~Wir wollen, das~~ Wir wollen, dass alle Menschen in Bayern gut und selbstbestimmt ~~Leben~~
 547 ~~können, darum~~ leben können. Darum braucht es
 548 endlich eine Politik, die ~~unkorruptierbar~~ das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt
 549 ~~stellt:~~ und sich nicht von Macht- oder Profitinteressen korrumpieren lässt.

Wir wollen das Unterstützungssystem weiter verbessern, damit Hilfen entsprechend dem
 Bedarf betroffener Menschen angeboten werden können. Nur so werden wir bedarfs- und
 zielgruppengerechte Angebote unterbreiten können.

Barrieren beim Zugang zu den Regelsystemen müssen abgebaut und Brücken in ein
 selbstbestimmtes Leben aufgebaut werden, durch flächendeckende diverse Beratungs- und
 Betreuungsangebote, niedrighschwellige Zugänge zu den Hilfesystemen und Flexibilisierung der
 Leistungstypen.

549 ~~Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV~~

Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Bürgergeld als Hartz -IV 2.0

550 Mit der Agenda 2010 hat die damalige rot-grüne Bundesregierung im Bundestag gemeinsam

551 mit der CDU/CSU im Bundesrat die Axt an den Sozialstaat gelegt. DIE LINKE war und ist
 552 die einzige Partei, die diesen Sozialabbau und den Angriff auf den Lebensstandard von
 553 Millionen von Menschen grundsätzlich ablehnt und für eine bedarfsdeckende,
 554 individuelle und sanktionsfreie Mindestsicherung einsteht.

555 • **In einem ersten Schritt fordern wir eine Erhöhung der Regelsätze, die die**
 556 • **tatsächlichen Lebenshaltungskosten absichert. ~~Wir wissen, dass die Hartz-IV-~~**
 557 • **~~Drangsalierung nur auf Bundesebene abgeschafft oder verändert werden kann.~~**

558 • **In Bayern drängen wir darauf, soviel wie möglich für die Verbesserung der**
 559 • **Lebenssituation ~~der Hartz-IV-Opfer~~ im Bundesland zu tun.**

560 **Wir werden Initiativen im Bundesrat für eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie**
 561 **Mindestsicherung anstoßen.**

562 • **Der Freistaat muss ausreichend Sozialwohnungen zur Verfügung stellen.**

563 • **Wir fordern ein 9-Euro-Sozialticket für die Nutzung des ÖPNV in ganz Bayern, das**
 564 **allen zur Verfügung gestellt wird, die Sozialleistungen beziehen.**

565 • **Wir wollen die Einführung eines Bayern-Pass für alle**
 566 **Sozialleistungsbezieher:innen in Bayern auf den Weg bringen, sodass diese**
 567 **kostenfrei kulturelle und sportliche Angebote, Museen oder andere Einrichtungen,**
 568 **z.B. Bibliotheken und das Bildungsangebot bei Volkshochschulen nutzen können.**

569 Die Einführung von Hartz-IV (Arbeitslosengeld II) als Sozialleistung ~~zeigt, dass-~~
 570 ~~in diesem Fall~~hatte die Bezeichnung „sozial“ nicht verdient ~~ist~~. Die Regelsätze reich
 571 ten

571 für ein menschenwürdiges Leben nicht aus, Hartz-IV ist war Armut per Gesetz. ~~Dazu~~
 572 ~~kommt,~~

572 ~~dass durch Sanktionen die kümmerlichen Leistungen noch weiter gekürzt werden können.~~

573 Die Ampel-Koalition hat auf den beharrlichen Druck von LINKEN, Sozialverbänden und
 574 Gewerkschaften reagiert, in dem sie einige Verbesserungen geplant hat, die aber mit
 575 der Logik von Hartz-IV nicht brechen. CDU/CSU haben über den Bundesrat so lange
 576 blockiert, bis auch davon kaum etwas übrig blieb. Das neue „Bürgergeld“ ist das alte
 577 Hartz-IV mit neuem Namen.

578 Obwohl die „Bürgergeld“-Regelsätze das absolute Existenzminimum beinhalten sollen,
 579 welches nicht weiter unterschritten werden darf, können Betroffene mit einer Kürzung
 580 der Zahlungen diszipliniert werden. Wir sagen: Eine Kürzung des Existenzminimums darf
 581 es nicht geben! Wir lehnen die Sanktionen ohne Wenn und Aber ab und kämpfen dagegen

582 an der Seite der Betroffenen.

583 Die Mietkosten werden zwar inklusive Nebenkosten vom Amt übernommen, allerdings nur
 584 bis zu einer gewissen Höhe. Auf eine Sozialwohnung warten Bedürftige oft Jahre. Die
 585 wenigen Wohnungen, die sonst in das Budget passen, sind kaum zu bekommen. Einige
 586 entscheiden sich deshalb für eine teurere Unterkunft, um ihre Chancen zu erhöhen
 587 oder bleiben entmutigt in ihrer zu teuren Wohnung. Die realen Wohnkosten inklusive
 588 Nebenkosten müssen endlich übernommen werden. Der Freistaat Bayern kann die Hartz-IV-
 589 Betroffenen unterstützen, in dem es endlich ausreichend Sozialwohnungen bereitstellt.
 590 Hier hat Bayern mit Bayernheim bisher auf ganzer Linie versagt, denn von den im Jahr
 591 2018 angekündigten 10.000 Wohnungen war Anfang 2023 keine einzige Wohnung bezogen
 und
 592 nur etwa 800 in Bau.

593 Um Sozialleistungsbeziehende die Möglichkeit zu geben, sich am gesellschaftlichen
 594 Leben zu beteiligen, braucht es einen Bayern-Pass, der die kostenfreie Teilhabe an
 595 Kultur-, Sport und Bildungsangeboten sowie den Eintritt in Museen ermöglicht.

596 **Armut in allen Lebenslagen abschaffen**

597 In Bayern, einem der reichsten Bundesländer Deutschlands, gibt es in allen
 Lebenslagen Menschen ~~in Armut~~, die in Armut leben. Ob Kinder, Jugendliche,
 598 Erwerbslose, Menschen mit Behinderung oder alte Menschen: Landes- und Bundesregierung
 599 schaffen es nicht, die Menschen vor Armut zu schützen. Wir wollen Armut in allen
 600 Lebenslagen abschaffen. Armut ist kein Ergebnis von individuellem Versagen, sondern
 601 von gesellschaftlichen und politischen Fehlentscheidungen. Wir suchen nicht die
 Schuld beim
 602 Einzelnen, sondern wollen durch gute Sozialpolitik Armut bekämpfen und durch
 gesellschaftliche Veränderungen Armut abschaffen.

- 603 • ~~Wir schaffen einen öffentlichen Beschäftigungssektor für Menschen, die keiner~~
 604 ~~regulären Arbeit nachgehen können.~~
- Wir schaffen einen öffentlichen Beschäftigungssektor für Menschen, die keiner regulären Arbeit nachgehen können.
 - Wir fordern, dass erfolgreiche Projekte aus dem Europäischen Sozialfonds Plus in Bayern (ESF+) in eine Regelförderung übergehen.
 - Wir wollen einen Masterplan zur Bekämpfung von Armut in Bayern.
 - Wir fordern flächendeckenden Ausbau von Schuldner:innenberatungen in ganz Bayern.

- 605 • **Die Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bei Arbeitsagenturen und**
- 606 **Jobcentern müssen angehoben werden.**
- 607 • **Maßnahmen müssen zielführend zur Weiterqualifikation sein und zu**
- 608 **Berufsabschlüssen führen.**
- 609 • **Kinderbetreuung muss kostenlos sein, von der Krippe bis zum Hort.**
- 610 • **Wir fordern warme und kostenfreie Mahlzeiten für alle Kinder an Schulen und in**
- 611 **Betreuungseinrichtungen sowie ein Schulfrühstück.**
- 612 • **Um der vorwiegend weiblichen Altersarmut in Bayern zu begegnen, muss der Staat**
- 613 **Sorge dafür tragen, dass Sorgearbeit als öffentliche Aufgabe organisiert wird**
- 614 **und den Frauen so eine Erwerbstätigkeit ermöglicht wird.**

615 Ende 2022 gab es in Bayern offiziell etwa 230.000 Arbeitslose. Nimmt man diverse
616 Gruppen, die künstlich herausgerechnet werden, hinzu, sind es etwa 330.000 Menschen.
617 Arbeitslosigkeit darf nicht Armut und sozialen Abstieg bedeuten. Deswegen wollen wir
618 das „Bürgergeld“ durch eine armutsfeste und sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen.

619 Wir wollen die Ursachen der Erwerbslosigkeit bekämpfen, soziale Sicherheit
620 garantieren und Armut beseitigen. Dazu müssen zusätzliche, gut bezahlte und tariflich
621 abgesicherte Arbeitsplätze geschaffen werden statt Minijobs und unfreiwilliger
622 Teilzeitarbeit. Wir wollen außerdem einen öffentlichen Beschäftigungssektor für
623 Menschen schaffen, die derzeit keiner regulären Beschäftigung nachgehen können. DIE
624 LINKE fordert, dass die Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bei den
625 Arbeitsagenturen und Jobcentern nicht gekürzt, sondern in erheblichem Maße
626 aufgestockt werden. An die Stelle kurzfristiger Maßnahmen, die den Betroffenen nicht
627 helfen, müssen langfristige Maßnahmen treten, die zu anerkannten Berufsabschlüssen
628 führen.

629 Knapp 600.000 Kinder und Jugendliche in Bayern sind von Armut betroffen. Das ist
630 inakzeptabel, zumal sich Armut im Laufe eines Menschenlebens und über Generationen
631 hinweg verfestigt. Altersgemäße Teilhabe am sozialen Leben in und außerhalb der
632 Schulklasse ist kaum möglich. Wir wollen eine armutsfeste Kindergrundsicherung. Die
633 außerschulische Kinderbetreuung und -erziehung ist kostenfrei zu gestalten. Die
634 Teilnahme an Angeboten der Jugendarbeit ist flächendeckend unbürokratisch für
635 ~~finanziell-Benachteiligte~~Arme zu ermöglichen. In jeder Kindertageseinrichtung und bei
der

636 Ganztagsbildung braucht es eine kostenfreie, warme und gesunde Mahlzeit.

A

637 In keinem anderen Bundesland sind so viele Frauen im Alter von Armut bedroht wie in
638 Bayern. So erhalten in Bayern ganze 81% aller Frauen eine Rente unterhalb der
639 Armutsgefährdungsschwelle. Selbst unter Einbeziehung des Haushaltseinkommens sind
640 mehr als ein Viertel der über 65-jährigen Frauen von Armut bedroht. Auch 19,5 Prozent
641 der Männer über 65 Jahren sind armutsgefährdet. Wir wollen Armut im Alter abschaffen.
642 Dafür braucht es eine armutsfeste solidarische Mindestrente und ordentliche Löhne,
643 aus denen ordentliche Rentenansprüche erworben werden. Um den großen
644 Rentenunterschied zwischen den Geschlechtern abzubauen, müssen mehr Frauen
645 Erwerbsarbeit ermöglicht werden. Maßnahmen wie die „Herdprämie“ der CSU sind da
646 kontraproduktiv.

B

1 **4. Bildung – der Grundstein für ein gutes Leben**

2 Bildung ist mehr als Ausbildung und umfasst mehr als reines Faktenwissen. Bildung ist
3 mehr als das Wissen, welches im Kapitalismus verwertet werden kann. Sie ist Grundlage
4 unseres Zusammenlebens und eine der Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben.
5 Bildung findet nicht nur in Schulen und Ausbildungsstätten statt, sondern begleitet
6 uns unser ganzes Leben lang.

7 Doch das Bildungssystem in Bayern verschärft die soziale Spaltung in der
8 Gesellschaft: durch die - sehr frühe - starke Wettbewerbsorientierung, durch sehr
frühe Auslese auf
9 verschiedene Schulformen nach der Grundschule. Die Entwicklungschancen von Kindern
10 hängen so sehr von finanziellen Voraussetzungen und dem sozialen Status des
11 Elternhauses ab wie in keinem anderen Bundesland. Das bayerische Bildungssystem sorgt
durch seine Aufgliederung in fünf parallele Schularten (Förderschule, Mittelschule,
Mittelschule M-Zweig, Realschule und Gymnasium) für eine Verschärfung der sozialen
Unterschiede. Die soziale Herkunft darf nicht
12 ausschlaggebend sein für die Ergebnisse des Lernens.

13 Wir LINKE wollen, dass alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, ein reich
14 erfülltes Leben führen können. Deshalb wenden wir uns gegen eine Bildungspolitik, die
15 auf Auslese und Elitenförderung setzt und fordern ein Bildungssystem, das auf ein
16 selbstbestimmtes Leben vorbereitet und in dem lebenslanges selbstgesteuertes (Weiter-
17)Lernen ein selbstverständlicher Teil ist.

18 Es braucht eine Personaloffensive für die Bildung von Bund und Ländern. Dafür muss
19 sich der Bund viel stärker an der Finanzierung des Bildungssystems beteiligen: Statt

20 des unsäglichen Kooperationsverbots in der Bildung, das es dem Bund nur in Ausnahmen
21 erlaubt, sich an Bildungsaufgaben finanziell zu beteiligen, braucht es Kooperation
22 von Bund, Ländern und Kommunen. Davor darf sich auch Bayern nicht weiter versperren!

- 23 • **Wir wollen eine dauerhafte, angemessene und nachhaltige finanzielle Förderung**
24 **für die digitale und barrierefreie, krisensichere Infrastruktur eines**
25 **zeitgemäßen Bildungssystems in Bayern. Dazu gehört auch die Auflegung eines**
26 **Investitionsprogramms „Inklusive Bildung“.**
- 27 • **Bayern soll sich im Bundesrat für ein umfangreiches Programm von Bund und**
28 **Ländern zur Gebäudesanierung von Schulen und Hochschulen einsetzen, welches**
29 **nicht nur die Instandsetzung und Modernisierung in den Blick nimmt, sondern auch**
30 **die Ausstattung mit regenerativer Energietechnik, z.B. Photovoltaik und**
31 **Solarthermie.**
- 32 • **Wir fordern eine vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit und eine Absage an**
33 **jede Form der Privatisierung von Bildungsaufgaben und -einrichtungen sowie die**
34 **Abschaffung von Gebühren in der Bildung.**
- 35 • **Wir ~~müssen weg vom Wettbewerbsföderalismus hin zu mehr Zusammenarbeit in der~~**
36 **Bildung: Das heben das Kooperationsverbot im Grundgesetz ~~muss~~ vollständig**
37 **aufgehoben. Eine**
38 **Gemeinschaftsaufgabe auf. Und verankern Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von**
39 **Bund und Ländern ~~verankert werden. Dafür soll~~**
40 **sich Bayern aussprechen und einsetzen.**
- 41 • **In allen Schulen und Kindertageseinrichtungen braucht es beitragsfreie**
42 **Verpflegung.**
- 43 • **Bayern soll sich im Bundesrat dafür einsetzen, gemeinsam mit dem Bund und den**
44 **anderen Ländern den Auf- und Ausbau von psychosozialen Unterstützungsangeboten**
45 **an allgemeinbildenden Schulen, Berufs- und Hochschulen voranzutreiben.**
- 46 • **Wir wollen eine Bundesratsinitiative starten für kostenfreie Nutzung des**
47 **öffentlichen Personennahverkehrs für Schüler:innen, Auszubildende und**
48 **Studierende sowie Sozialhilfeempfänger:innen.**
- 49 • **Wir fordern die institutionelle Verankerung der Demokratisierung der**
50 **Bildungseinrichtungen sowie Mitbestimmungsrechte der Lernenden, Lehrenden und**
anderen Beschäftigten.
- **Es braucht die dauerhafte, versicherungspflichtige und tarifvertragliche**

51 **Regelung der Arbeitsverhältnisse in allen Bildungsbereichen.**

- 52 • **Wir wollen eine aktive Gleichstellungspolitik durch bessere Vereinbarkeit von**
- 53 **Studium bzw. Ausbildung und Elternschaft, verbindliche Frauenquoten auf allen**
- 54 **Karrierestufen sowie Sicherstellung regulärer, unbefristeter**
- 55 **Beschäftigungsverhältnisse in der Bildungsarbeit.**
- 56 • ~~Bildungsarbeit braucht Professionalität: Es müssen deutlich mehr Erzieher:innen-~~
- 57 ~~und andere pädagogische Fachkräfte ausgebildet~~ Wir werden deutlich mehr
- Erzieher:innen und andere pädagogische Fachkräfte ausbilden.

58

59 **Das Kind als besondere gesamtgesellschaftliche Verantwortung**

60 Die jetzigen Kinder sind die zukünftigen Gestalter:innen der Gesellschaft. Deswegen
61 ist Kindererziehung eine enorm verantwortungsvolle Aufgabe. Im Sinne der Familien
62 muss daher die Erziehung und Förderung aller Kinder gesamtgesellschaftlich begriffen
63 werden – um den Eltern die Berufstätigkeit und allen Kindern einen guten Start ins
64 Leben zu ermöglichen, unabhängig vom Elternhaus.

- 65 • **Wir wollefordern für jedes Kind einen Krippen- oder Kitaplatz zu jeder Zeit an**
- jedem**
- 66 • **Ort - wohntnah, inklusiv, barriere- und kostenfrei!beitragsfrei.**
- 67 • **Wir fordern den massiven Ausbau der Ganztagsangebote ~~müssen ausgebaut werden~~ --**
- 68 **flexiblemit flexiblen und verlässlicheverlässlichen Öffnungszeiten in**
- 69 **Kindertageseinrichtungen von**
- mindestens 10 Stunden täglich ~~sind Voraussetzung~~.**
- 70 • **Statt Sommerschließzeiten wollen wir flexible Urlaubszeiten einführen.**
- 71 • **Wir fordern Freiheit von Gewinnstreben und weltanschaulicher Vereinnahmung in**
- 72 **allen Einrichtungen.**
- 73 • **Für alle, die mit der Erziehung unserer Kinder beschäftigt sind, braucht es eine**
- 74 **angemessene Entlohnung.**
- 75 • **Die Zeit für Vor- und Nachbereitung sowie für die Dokumentation muss bezahlt**
- 76 **werden.**
- 77 • **Durch Assistenz- und Verwaltungskräfte wollen wir pädagogische Fachkräfte**
- 78 **entlasten. Genehmigungs-, Abrechnungs- und Antragsverfahren müssen erleichtert,**
- 79 **Bürokratie abgebaut werden.**

- 80 • **Unterstützungssysteme müssen (Fachberatung, Teamentwicklungsprozesse,**
81 **Weiterbildung) substanziell ausgebaut werden.**
- 82 • **Wir wollen die Weiterqualifizierung zur pädagogischen Fachkraft von nicht**
83 **einschlägig ausgebildeten Personen gewährleisten.**
- 84 • **Ausbildungskapazitäten wollen wir deutlich erhöhen, bezahlte praxisintegrierte**
85 **Ausbildungen fördern und ausbauen sowie Kapazitäten in den Studiengängen BA**
86 **Kindheitspädagogik ausbauen.**
- 87 • **Der Quereinstieg muss möglich sein – um die Qualifizierung abzusichern, müssen**
88 **zur Praxisanleitung ausreichend Wochenstunden zur Verfügung gestellt werden.**
- 89 • **Wir fordern, die Anerkennungen für Personen mit ausländischen Qualifikationen**
90 **aus dem pädagogischen Feld zu erleichtern.**
- 91 • **Wir wollen in den Teams ausreichend Vertretungskapazitäten schaffen, um**
92 **pädagogische Qualität zu garantieren und Fehlzeiten (durch Krankheit,**
93 **Fortbildungen) besser kompensieren zu können.**

94

95 Kinder und ihre Eltern verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit. Es wird Zeit, dass
96 der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz von Anfang an endlich flächendeckend
97 umgesetzt wird. Wir wollen, dass für jedes Kind in Bayern ein gebührenfreier
98 Krippenplatz und später ein Platz in einer gebührenfreien Kindertagesstätte zur
99 Verfügung steht. Qualität heißt in diesem Zusammenhang für uns unter anderem, dass
100 ein flächendeckendes Angebot von barrierefrei gestalteten, inklusiv und barrierefrei
101 konzipierten und nichtreligiös gebundenen Krippen und Kindertagesstätten geschaffen
102 wird, in denen unsere Kinder von pädagogischem Fachpersonal nach ihren Bedürfnissen
103 betreut werden. Gemeinsames kostenfreies Mittagessen ist für uns dabei genauso
104 selbstverständlich, wie das mit- und voneinander Lernen der Kinder mit
105 unterschiedlichem Förderbedarf. Sprachenvielfalt in einer Gruppe ist für uns kein
106 Handicap – im Gegenteil, wir sehen in ihr einen wertvollen Beitrag in der
107 frühkindlichen Entwicklung.

108 Eltern sollen sich frühzeitig für eine Förderung in einer Kindertagesstätte
109 entscheiden können. Dafür brauchen wir auch in Bayern flexible und verlässliche
110 ganztägige Öffnungszeiten von wenigstens 10 Stunden täglich, ohne Sommerschließungen.
111 Alle Eltern müssen die Möglichkeit haben, einer auskömmlichen Erwerbsarbeit nachgehen
112 zu können. Wir wenden uns strikt gegen eine "Herdprämie" und ähnliche Überlegungen!

113 Gleichzeitig erteilen wir denjenigen eine Absage, die in diesem Bereich Gewinne
114 erzielen wollen und fordern die Streichung von Zuschüssen für profitorientierte
115 Krippen und Kindertagesstätten!

116 Für eine umfassend gute Qualität in der frühkindlichen Bildung, für vielfältige
117 Förder- und Bildungsangebote, bedürfnisorientierte Betreuung und Zuwendung sowie
118 sprachliche Begleitung brauchen wir ausreichend gut ausgebildete Fachkräfte, die sich
119 unter guten Rahmen- und Arbeitsbedingungen für die Jüngsten einsetzen können. Doch
120 auch in Bayern kämpfen die Einrichtungen mit einem akuten Personalmangel. Die
121 derzeitigen Krisenlagen und hoher Krankheitsstand verschärfen die Arbeitsbedingungen
122 in vielen Kitas massiv. Es muss demzufolge alles unternommen werden, um mehr Menschen
123 für den Erzieher:innenberuf zu gewinnen und zu halten. Dafür braucht es zum einen die
124 Wertschätzung der Berufe in der frühkindlichen Bildung, etwa durch tariflich
125 gesicherte und angemessene Bezahlung, vielfältige Weiterbildungsmöglichkeiten und
126 gute Ausbildungsbedingungen, und zum anderen Entlastungen im Arbeitsalltag, etwa
127 durch zusätzliche Kapazitäten für Vertretungsfälle, zur Einarbeitung und Anleitung
128 oder das Erledigen des bürokratischen Mehraufwands. Eine tarifgebundene, der
129 Verantwortung ihrer Tätigkeit entsprechende Entlohnung für die Menschen, die sich um
130 unsere Kinder kümmern ist dabei eine absolute Selbstverständlichkeit.

131 Durch den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule wird sich der
132 Personalmangel in Krippen und Kitas voraussichtlich weiter verschärfen. Daher ist es
133 so wichtig, für die Jüngsten unserer Gesellschaft jede und jeden mit Potenzial als
134 Fachkraft zu gewinnen. Wie werden alle Maßnahmen ergreifen, um genügend Fachkräfte zu
135 qualifizieren und zu halten.

136 **„Eine Schule für alle“ – gemeinsam und demokratisch lernen**

137 Statt Auslese und Misserfolgserlebnisse wollen wir ein Schulsystem, das Kooperation
138 und gemeinsames Lernen in den Vordergrund stellt, damit alle teilhaben und
139 voneinander lernen können.

140 • **Wir wollen „Eine Schule für alle“ mit allen Kompetenzen der bisherigen**
141 **unterschiedlichen Schulen. Gemeinsam von der ersten bis zur zehnten Klasse und**
142 **gut vorbereitet für ein selbstbestimmtes Leben – gut ausfinanziert wird die**
143 **Schule auch den Bedürfnissen aller gerecht.**

144 • **„Eine Schule für alle“ soll es als flächendeckendes Ganztagsangebot geben. Dabei**
145 **ist uns wichtig: jedem, nicht nur manchem Kind ein Instrument, ausreichend**

146 **Sport- und Kulturangebote im Ganzttag.**

147 • ~~Es braucht einen massiven Ausbau von Ganzttagsschulen, damit jedes Kind einen~~
148 ~~Platz erhalten kann und Eltern nicht gezwungen sind, deswegen ihren Wohnort zu~~
149 ~~wechseln oder lange Wege in Kauf genommen werden müssen.~~

150 • **Wir wollen einen verlässlichen Schulbetrieb von 8 bis 16 Uhr sicherstellen.**

151 • **Es müssen durch Fachpersonal pädagogisch betreute Übungs- und Vertiefungszeiten**
152 **in den Ganzttag integriert werden, statt Hausaufgaben am Abendbrottisch.**

153 • **Wir wollen die Reduzierung von Klassengrößen auf höchstens 25 Schüler:innen.**
154 **Mittelfristig sind zwei Lehrkräfte für 16 Schüler:innen abzustellen, damit auch**
155 **diejenigen mit besonderem Förderbedarf angemessen unterrichtet werden können.**

156 • **Wir fordern: Stress und Druck abbauen – Motivation fördern, Fähigkeiten und**
157 **Lernfortschritte individuell beurteilen statt Notendruck.**

158 • **Jahrgangswiederholungen sollen nur auf Antrag der Schüler:innen bzw. der**
Erziehungsberechtigten ermöglicht

159 **werden.**

160 • **Es braucht eigenständige, von der Schulleitung unabhängige Jugend- und**
161 **Schulsozialarbeit als festen Bestandteil von Schule mit angemessenem Schlüssel.**
162 **Die Finanzierung für feste Stellen als öffentlich Beschäftigte mit Tarifbindung**
163 **muss dauerhaft gesichert werden.**

164 • **Wir wollen gebührenfreie, gesunde Mittagsverpflegung.**

165 • **Es braucht verbindliche Qualitätsstandards für guten inklusiven Unterricht.**

166 • **Entscheidungsstrukturen der Schulen müssen demokratischer gestaltet,**
167 **partizipative Schul- und Unterrichtsentwicklung und die Politische Bildung**
168 **gestärkt und umfassende Mitspracherechte der Schüler:innen und Beschäftigten**
169 **gesichert werden.**

170 • **Wir werden den Landessozialindex einführen, nach dem Schulen an Orten mit**
171 **einkommensschwacher Bevölkerung besonders unterstützt werden können. Die**
172 **zusätzlichen Ressourcen sollen sich am Bedarf und den besonderen**
173 **Herausforderungen der Schulen ausrichten.**

174

175 Wenn wir etwas verändern wollen, müssen wir am Schulsystem rütteln, anstatt immer nur
176 Flickschusterei zu betreiben. Das derzeitige Bildungssystem ist konservativ,

177 restriktiv und selektiv. Gelernt wird vor allem für Prüfungen, nicht für das Leben.
178 Gesetzt wird auf Leistungsdruck statt auf Motivation. Besonders in Bayern werden
179 Kinder schon sehr früh selektiert, ihr weiterer Bildungsweg damit zementiert. Die
Mehrgliedrigkeit in verschiedene Schularten sorgt nachweislich für eine Verschärfung
der sozialen Schere.

180 DIE LINKE. Bayern steht dagegen für „Eine Schule für alle“, für das gemeinsame
181 Lernen. Oberste Prämisse dabei ist die Sicherung des gleichberechtigten Zugangs zu
182 guter Bildung und Bildungsgerechtigkeit. „Eine Schule für alle“ beschreibt Wege zu
183 einer gemeinsamen Schule für alle Kinder, unabhängig von sozialer, kultureller oder
184 ethnischer Herkunft, unabhängig von Alter und Geschlecht, unabhängig von der
185 Religionszugehörigkeit und unabhängig von Behinderungen. Diese Schule ist von einer
186 Lehr- und Lernkultur gekennzeichnet, in der gegenseitigen Achtung und Akzeptanz wie
187 auch das Lernen mit- und voneinander selbstverständlich sind. Sie fördert kollektives
188 und regt individuelles Lernen an. Sie vermittelt den Umgang mit Verschiedenheit.

189 DIE LINKE in Bayern setzt sich für Maßnahmen ein, die das Wiederholen von
190 Jahrgangsstufen unnötig machen. Und mit dem flächendeckenden Ausbau des Ganztags
191 wollen wir nicht bis 2026 warten, wenn der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung
192 für Grundschüler:innen gilt. Wir brauchen jetzt gute Ganztagschulen in der Breite.
193 Bedarfsprüfungen sind dafür nicht notwendig. Ganztagschulen sind so einzurichten,
194 dass den Schüler:innen auch nachmittags Bildungs- und Betreuungsangebote zur
195 Verfügung stehen, insbesondere für kreatives und experimentelles Lernen mit Zeit zum
196 Wiederholen und Trainieren von Lerninhalten. Sie sind auch eine wichtige Entlastung
197 von alleinerziehenden und/oder berufstätigen Eltern. Durch ein vielfältiges Angebot
198 im Ganztagsschulbetrieb werden alle Kinder und Jugendlichen erreicht. Im
199 Freizeitbereich bestimmt häufig der Geldbeutel der Eltern, an welchen Angeboten
200 teilgenommen werden kann. Somit leistet „Eine Schule für alle“ einen zentralen
201 Beitrag für Chancengleichheit in der Bildung und hilft dabei die soziale Spaltung in
202 der Gesellschaft abzubauen.

203 Im Sinne multiprofessioneller Teamarbeit wollen wir mehr Jugendsozialarbeit und
204 Schulsozialarbeit in der Schule—~~sie~~. Sie muss dabei eigenständig organisiert sein,
d.h.
205 unabhängig von Schulleitung und Lehrkräften. Nur wenn die Soziale Arbeit in und an
206 den Schulen gleichberechtigt und selbstbewusst als eigenständige Profession in der
Schule

207 agieren kann, kann sie ihr Potential für die Schüler:innen voll entfalten. Dafür
208 müssen Sozialarbeiter:innen **entsprechend**-ausgebildet und für die besondere Arbeit in
209 den Schulen vorbereitet werden. Soziale Arbeit muss als fester Bestandteil von
210 Schulen im Bayerischen Schulgesetz aufgenommen werden, und zwar mit einem
211 angemessenen Schlüssel. Hat eine Schule mehrere Schulteile bzw. mehr als 150
212 Schüler:innen, muss mehr als eine Stelle vorhanden sein. Wir wollen, dass
213 Jugendsozialarbeit in den Schulen und Schulsozialarbeit als Regelaufgabe nicht nur im
214 Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) verankert werden, sondern auch, dass sich
215 der Bund an der Finanzierung verlässlich beteiligt. Dafür soll sich Bayern im
216 Bundesrat einsetzen. Darüber hinaus müssen ausreichende finanzielle Mittel für die
217 Qualifizierung der Schulbegleiter:innen bereitgestellt werden. Wir fordern die
218 Finanzierung eines Schulbegleitungspools für die Kreise durch das Land.

219 Schluss mit Leistungsdruck und Stress durch Noten, Hausaufgaben und Sitzenbleiben:
220 Bereits Grundschulkinder leiden zunehmend darunter: Schule ist für die meisten
221 Schüler:innen Sinnbild von Lernstress, Angst vor Prüfungen und Noten. Schulforschung
222 und Bildungswissenschaft fordern seit längerem, das unzureichende System der
223 Ziffernnoten zu überwinden. Fähigkeiten und Lernfortschritte sollten vielmehr
224 individuell an objektiven Kriterien beurteilt werden. Schließlich soll die
Leistungsbewertung der
225 Lernförderung dienen, nicht der Bestrafung und Disziplinierung. In einem ersten
226 Schritt will DIE LINKE. Bayern das Notensystem so reformieren, dass Ziffernnoten bis
227 einschließlich zur 6. Klasse entfallen und andere, gerechtere Methoden der
228 Leistungsbewertung genutzt werden. Wir stehen für Abschlusszeugnisse, die die
erreichten Fertigkeiten und Fähigkeiten ausweisen und nicht viel oder falsch deutbare
Ziffernnoten.

229 Wir **w**erden eine demokratisch organisierte Schule mit umfassenden Mits**prache**
entscheidungsrechten
230 der Schüler:innen und **Beschäftigten**Arbeiter:innen einführen. Dazu gehört auch die
Stärkung der Politischen
231 Bildung. Demokratie muss auch an der Schule gelebt werden, damit Schüler:innen durch
232 eigene Erfahrungen lernen, wie sie sich erfolgreich einbringen können. Außerdem gilt:
233 Die Bundeswehr hat an den Schulen nichts verloren, weder mit Veranstaltungen noch
234 durch Vertretungsunterricht.

235 Im Sinne der Trennung von Kirche und Religionsgemeinschaften, eines

236 Neutralitätsgebots sowie des Menschenrechts auf freie Religionsausübung setzen wir
 237 uns dafür ein, dass der Religionsunterricht, an dem sich alle Religionsgemeinschaften
 238 beteiligen können, als Wahlpflichtfach angeboten wird und der Ethikunterricht so
 239 reformiert wird, dass er alle Schüler:innen erreicht und sie mit ihren
 240 unterschiedlichen weltanschaulichen, kulturellen und religiösen Hintergründen
 241 gemeinsam über ethische Fragen diskutieren können. Hierzu bedarf es einer besseren
 242 und gesonderten finanziellen Unterfütterung für die Hochschulen, im Bereich
 243 Philosophie mehr Ethikdidaktik zu lehren. Viele Lehrkräfte unterrichten Ethik derzeit
 244 leider fachfremd.

245 **Ohne gute Lehrkräfte geht es nicht**

246 Die Lehrkraft macht den Unterschied. Das hat nicht zuletzt die Hattie-Studie gezeigt.
 247 Wir müssen daher alles dafür tun, um für genügend und gut ausgebildetes Lehrpersonal
 248 an den Schulen zu sorgen.

- 249 • **Es braucht tatsächliche Bedarfsprognosen statt Schönrechnerei.**
- 250 • **Wir wollen eine Einstellungsoffensive für Lehrkräfte, Sozialarbeiter:innen,**
 251 **Therapeut:innen und technisches Personal. Auch Bayern muss bedarfsgerecht**
 252 **ausbilden und einstellen.**
- 253 • **Es braucht Entlastung der Lehrer:innen bei bürokratischem Mehraufwand.**
- 254 • ~~**Gerechte und gleichwertige Bezahlung nach E/A13 für Lehrer:innen an allen**~~
 255 ~~**Schulformen – zeitnah und nicht erst in vielen Jahren. Wir sorgen dafür, dass**~~
 256 ~~**das Versprechen des jetzigen Ministerpräsidenten auch umgesetzt wird**~~ **setzen die**
gerechte und gleichwertige Bezahlung nach E/A13 für alle Lehrer:innen jetzt und
nicht erst in vielen Jahren um.
- 257 • **Inklusion muss im Lehramtsstudium für alle verbindlich verankert sein, die**
 258 **Studienplätze für Lehramtsstudierende müssen ausgebaut werden.**
- 259 • **Neu zugewandertes Personal aus Bildungsberufen wollen wir zügig sprachlich und**
 260 **pädagogisch-didaktisch qualifizieren und Anerkennungsverfahren beschleunigen.**
- 261 • **Wir wollen den Quereinstieg ermöglichen und umfassend qualifizieren.**
- 262 • **Studierende, die die Lehramtsausbildung in Form eines Bachelor-**
 263 **/Masterstudiengangs absolvieren, erhalten nach einem Bachelorabschluss, auf**
 264 **Wunsch auch nach einer Praxisphase, einen Rechtsanspruch auf einen**
 265 **Masterstudienplatz, um das Studium erfolgreich beenden zu können.**

- 266 • **Strukturell soll es nur noch eine schulstufenbezogene Ausbildung mit**
267 **gleichwertigen Berufsperspektiven geben.**

268

269 Es muss alles unternommen werden, um den Beruf der Lehrkraft so attraktiv wie möglich
270 zu gestalten. Dazu gehören gute Rahmen- und Arbeitsbedingungen. Unter steigenden
271 Herausforderungen, unter Krisenlagen und Fachkräftemangel müssen sie heutzutage eine
272 Menge im Berufsalltag wegtragen. Wir brauchen die besten Köpfe für die junge
273 Generation. Dazu muss u.a. die Ausbildung von Lehrer:innen modernisiert und verstärkt
274 werden. Das wissenschaftliche Studium muss von Anfang an auf den Lehrer:innenberuf
275 ausgerichtet sein und einen fundierten fachwissenschaftlichen Teil ebenso enthalten
276 wie Erziehungswissenschaften und pädagogische Praktika zum Sammeln von
277 Unterrichtserfahrung. Das alles muss vom Studienbeginn an miteinander verknüpft sein.
278 Dazu gehören auch die Arbeit mit digitalen Medien, die Fähigkeit zu inklusiver
279 Bildung und das Arbeiten in heterogenen Lerngruppen. Die Zahl der Studienplätze muss
280 schnellstens dem realen steigenden Bedarf angepasst werden. Dazu sollen über den
281 Zukunftsvertrag Studium und Lehre des Bundes zusätzliche Lehramtsstudienplätze
282 finanziert werden. Quereinstiege müssen nicht nur formal ermöglicht werden, sondern
283 es müssen auch bereits erworbene Qualifikationen tatsächlich anerkannt werden, um
284 unnötige Doppelungen in Ausbildung und Studium zu vermeiden. So ruht der Fokus auf
285 noch nicht erworbenen Kompetenzen.

286 **Berufsbildung stärken**

287 DIE LINKE will allen Jugendlichen eine Ausbildung ermöglichen – kostenfrei, den
288 persönlichen Neigungen entsprechend und qualitativ hochwertig. Die berufliche Bildung
289 soll dabei nicht schlechter dastehen als ein Bachelorstudium.

- 290 • **Wir fordern die Stärkung des dualen Ausbildungssystems als**
291 **gesamtgesellschaftliche Aufgabe aller Betriebe.**
- 292 • **Berufsschulen müssen logistisch, personell und technisch gut ausgestattet sein**
293 **und dürfen nicht weiterhin das Stiefkind im Bildungssystem sein.**
- 294 • **Wer nicht ausbildet, soll zahlen: Es muss eine Umlagefinanzierung eingeführt**
295 **werden, bei der Betriebe, die nicht ausbilden, eine Abgabe zahlen, die**
296 **ausbildungswilligen Kleinunternehmen zugutekommt. Der Bremer Ausbildungsfond**
zeigt, dass es für die Länder hierbei einen Gestaltungsspielraum gibt.
- 297 • **WerWir werden jungen Menschen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen ~~hat~~, erhält**

298 ~~ein Angebot für~~haben, eine
 299 vollzeitschulische oder außerbetriebliche Ausbildung an qualifizierten
 300 Ausbildungsstätten und die Möglichkeit auf Förderung durch das Schüler-Bafög.
 301 ~~Ziel der Ausbildung ist zudem, im zweiten Jahr möglichst in die betriebliche~~
~~Ausbildung zu wechseln.~~ anbieten.

- 302 • Wer keinen Ausbildungsplatz bekommen hat, erhält ein Angebot für eine
 303 vollzeitschulische oder außerbetriebliche Ausbildung an qualifizierten
 304 Ausbildungsstätten und die Möglichkeit auf Förderung durch das Schüler-Bafög.
 305 Ziel der Ausbildung ist zudem, im zweiten Jahr möglichst in die betriebliche
- 306 • Wir wollen eine optimale schulische und betriebliche Ausbildung. Dazu sollen die
 307 Stellen in den Berufsschulen ausgebaut werden, sodass Azubis mindestens zwei Mal
 308 in der Woche für sechs Stunden unterrichtet werden können. Gleichzeitig müssen
 309 die Kapazitäten der betrieblichen Ausbilder:innen gestärkt werden.

310

311

- 301 • Ausbildung zu wechseln.
- Wir wollen das Zutrittsrecht für Gewerkschaften in Berufsschulen in der
Berufsschulordnung festschreiben und das Projekt Demokratie und Mitbestimmung des
DGB zum festen Bestandteil des Unterrichts machen.
- 302 • Wir wollen eine optimale schulische und betriebliche Ausbildung. Dazu sollen die
- 303 • Stellen in den Berufsschulen ausgebaut werden, sodass ~~Azubis~~ ~~mindestens~~ ~~zwei Mal~~
 304 ~~in der Woche für~~ ein Drittel der Ausbildungstage in der Berufsschule stattfindet.
Der Unterreichtstag soll mindesten sechs Stunden ~~unterrichtet werden können~~
dauern. Gleichzeitig müssen
- 305 • die Kapazitäten der betrieblichen Ausbilder:innen gestärkt werden.
- Auszubildene brauchen zum Ende ihrer Ausbildung eine Perspektive und Sicherheit.
Daher fordern wir den Anspruch auf eine unbefristete Übernahme ohne Probezeit im
erlernten Beruf. Die Landesregierung muss hier mit gutem Beispiel voran gehen und dies
im öffentlichen Dienst, sowie in den landeseigenen Betrieben und Unternehmen
sicherstellen.

- 306 • Wir wollen eine optimale schulische und betriebliche Ausbildung. Dazu sollen die
 307 Stellen in den Berufsschulen ausgebaut werden, sodass Azubis mindestens zwei Mal
 308 in der Woche für sechs Stunden unterrichtet werden können. Gleichzeitig müssen

- 309 • **Es braucht einen Mindestlohn für Azubis sowie eine Aufwandsentschädigung für**
310 **Praktikant:innen.**
- 305 • **die Kapazitäten der betrieblichen Ausbilder:innen gestärkt werden.**
- **Die gesetzeswidrige Praxis, dass an einigen Berufsschulen Azubis aus dem Unterricht in den Betrieb geholt werden, muss unterbunden werden. Hierfür muss auch die Möglichkeiten von Geldstrafen gegen Betriebe und verantwortliche Ausbilder:innen geschaffen werden.**
- 306 • ~~**Es braucht einen Mindestlohn für Azubis sowie eine Aufwandsentschädigung für**~~
307 ~~**Praktikant:innen.**~~
- **Wir fordern eine höhere Mindestausbildungsvergütung, die sich aus 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung aller Branchen des jeweiligen Ausbildungsjahres ergibt. Diese muss auch für Berufsausbildungsverhältnisse gelten, die nicht unter das Berufsbildungsgesetz fallen (z.B. Pflegeberufe). Dafür wollen wir uns im Bundesrat einsetzen.**
 - **Wir wollen, dass Praktikant:innen Anspruch auf den Mindestlohn bekommen.**
- 308
- **Wir wollen, dass die zwei Arbeits- oder Schultage vor der Abschlussprüfung bezahlt arbeits- und unterrichtsfrei ist, unabhängig davon, ob dieser unmittelbar oder nur mittelbar (z.B. wenn ein Wochenende dazwischen liegt) hervorgeht. Die Unterrichtsfreiheit kann durch eine Änderung der bayrischen Berufsschulordnung erfolgen.**

309 Nicht nur für die Menschen selbst, auch unsere Gesellschaft ist darauf angewiesen,
310 dass alle ihren Beitrag im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu ihr leisten können.
311 Dementsprechend ist Berufsausbildung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es ist
312 wichtig, dass die Menschen in die Lage versetzt werden, ihr Einkommen durch ihre
313 eigene Arbeit bestreiten zu können. Ein Fachkräftemangel muss aktiv angegangen
314 werden!

315 Das erfordert nicht nur eine qualitativ hochwertige Ausstattung der berufsbildenden
316 Schulen an Lehrmaterial und qualifiziertem Personal,

317 Es gehört für uns zur Selbstverständlichkeit, dass die Betriebe als Nutznießer gut
318 ausgebildeter Fachkräfte an den Kosten der Berufsbildung beteiligt werden. Das
319 schließt nicht nur die bereits bestehende erfolgreiche Kooperation von Berufsschulen
320 und Ausbildungsbetrieben im Rahmen der dualen Berufsausbildung ein, sondern heißt

321 auch, dass Betriebe, die sich nicht ausreichend bei der Berufsausbildung engagieren,
322 an den gesellschaftlichen Kosten, die dadurch entstehen, beteiligt werden. DIE LINKE.
323 Bayern fordert dazu eine Ausbildungsabgabe für Unternehmen mit mehr als zehn
324 Mitarbeitenden, die nicht mindestens 7 Prozent ihrer Arbeitsplätze als qualifizierte
325 Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Berufsschulen werden durch Sponsoring der Arbeitgeber oft unter Druck gesetzt, den
Gewerkschaften den Zutritt zu den Berufsschulklassen zu verwehren. Berufsschulen sind
zentrale Ausbildungsorte. Daher muss das gewerkschaftliche Zutrittsrecht auch dort gelten.
Dies wollen wir in der Berufsschulordnung festschreiben. Außerdem wollen wir, wie in den
meisten anderen Bundesländern auch, das Projekt Demokratie und Mitbestimmung der DGB
Jugend, welches den Azubis ihre Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Ausbildung
aufzeigt, zum festen Bestandteil jeder Berufsschullaufbahn machen.

326 Auszubildende sind keine billigen Aushilfskräfte, sondern angehende Fachkräfte. Sie
327 verdienen Ausbildungsvergütungen, von denen man leben kann. Auch für Auszubildende
328 müssen Mitbestimmung und Kontrolle durch ihre Auszubildendenvertretungen und ihre
329 Gewerkschaften sowohl in der betrieblichen als auch in der schulischen Ausbildung
330 sichergestellt sein. Dazu gehört auch eine Rechtsverordnung, die die Wahl einer
331 Interessenvertretung auch in außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen gewährleistet.
332 Darüber hinaus müssen weitere Voraussetzungen geschaffen sein, damit sich Menschen
333 die Zeiten der Berufsausbildung leisten können. Dazu gehört auch die allgemeine
334 Kostenfreiheit von Berufsausbildungen – u.a. an Berufsfachschulen – und die
335 konsequente Lehrmittelfreiheit während der Ausbildung. Die Zurverfügungstellung von
336 ausreichend Wohnheimplätzen für Auszubildende und die Sicherstellung der Mobilität
337 von Auszubildenden, u.a. durch die Einführung von kostengünstigen Azubitickets und
338 Regelungen für den vorzeitigen Erwerb von entsprechenden Fahrerlaubnissen gehören
339 ebenfalls zu den notwendigen Voraussetzungen, um flächendeckend in ganz Bayern
340 gelingende Berufsausbildungen zu ermöglichen.

341 **Für ein gutes Leben: Lebenslanges Lernen fördern – über die**

342 **Erstausbildung hinaus**

343 Bildung hört nicht nach dem Schulbesuch auf, sondern bleibt in unterschiedlichster
344 Form Bestandteil eines erfüllten und gelungenen Lebens – darum wollen wir für alle
345 die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens gewährleisten und ausbauen.

346 • **Lebenslanges Lernen ist eine Selbstverständlichkeit, nicht die Ausnahme!**

- 347 • **Es braucht einen freien Ausbildungszugang hinsichtlich Mobilität, Wohnraum und**
348 **Lehrmittel.**
- 349 • **Wir fordern den Rechtsanspruch auf Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen inklusive**
350 **Bildungsurlaub endlich auch in Bayern!**
- 351 • **Wir wollen die Gleichbehandlung Geflüchteter beim Zugang zu Bildung, davon**
352 **profitieren sie selbst und genauso unsere Gesellschaft!**
- 353 • **Wir verankern lebenslange Bildung als zu förderndes Allgemeingut.**

354

355 Bildungsbiografien sind nicht vorbei, wenn eine Berufsausbildung oder ein
356 Studienabschluss erreicht sind. Es ist in unserer sich technisch ständig
357 weiterentwickelnden Gesellschaft notwendig, dass Weiterbildung und Nachqualifizierung
358 lebenslang sichergestellt sind. Dazu gehört, dass in unserer sich wandelnden
359 Gesellschaft nicht davon ausgegangen werden kann, dass eine einzige Berufsausbildung
360 ausreicht, um lebenslang ein Einkommen durch Arbeit erzielen zu können.

361 Qualifizierungsangebote müssen offensiv ausgebaut werden. Es müssen Regelungen
362 geschaffen werden, um auch Menschen ohne Abitur mit Berufserfahrung zum Studium an
363 Universitäten und Fachhochschulen zuzulassen. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf
364 Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, inklusive Bildungsurlaub. Denn wie auch bei
365 Schulbesuch und Berufsausbildung ist es für die Gesellschaft von Vorteil, wenn sich
366 ihre Mitglieder selbstbestimmt Wissen aneignen, das sie befähigt ein selbstbestimmtes
367 Leben als Teil der Gemeinschaft führen zu können.

368 Bildung begleitet uns Menschen ein Leben lang und deshalb fordern wir eine
369 ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung aller Bereiche der öffentlich
370 geförderten Weiterbildung. Das heißt für uns beispielsweise, dass die
371 Volkshochschulen nicht nur erhalten, sondern auch ausgebaut und ihre Förderung durch
372 den Freistaat wesentlich angehoben werden muss. Für die Menschen, die hier
373 beschäftigt sind, fordern wir auskömmliche Beschäftigungsverhältnisse in
374 Festanstellung nach Tarif und hilfsweise auskömmliche Stundensätze bei freiberuflich
375 Tätigen, die sich in der Praxis an der Entlohnung festangestellter Beschäftigter
376 orientieren. Die Kommunen dürfen bei dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden.
377 Dies gilt genauso bei der Bereitstellung öffentlicher Bibliotheken, zu denen sie per
378 Bildungsauftrag durch die Bayerische Verfassung verpflichtet sind. Wir sehen den
379 Freistaat auch in der Pflicht, eine von Bildungsträgern unabhängige

380 Weiterbildungsberatung einzuführen, die eine am jeweiligen Menschen und seinen
381 Bedürfnissen orientierte Bildungsberatung garantiert. Zur Finanzierung dieser
382 Forderungen wollen wir, dass im bayerischen Haushalt ein Weiterbildungsetat
383 geschaffen wird, der wenigstens ein Prozent des Bildungsetats umfasst.

384 Sämtliche Forderungen zu Berufsausbildung, Weiterbildung und Qualifikation schließen
385 selbstverständlich alle Einwohner:innen Bayerns ein. Wir unterscheiden nicht nach
386 Staatsangehörigkeit, für uns sind alle Einwohner:innen gleichwertig. Das schließt
387 u.a. Geflüchtete mit ein, deren Abschlüsse zügig anerkannt werden müssen und der
388 Zugang zu weiterer Qualifikation muss ihnen ebenfalls selbstverständlich auf die
389 gleiche Weise ermöglicht werden. Ausbildungsbegleitende Maßnahmen müssen an eine
390 Ausbildungserlaubnis und nicht an Aufenthaltsstatus und Herkunftsland gekoppelt
391 werden.

392 **Digitalisierung als Chance zum freien, demokratisch orientierten**

393 **Wissenserwerb**

394 Die Digitalisierung ist mittlerweile Teil des Bildungsalltags – daher braucht es eine
395 Offensive, sodass alle über einen guten Zugang zu Geräten und Anwendungen verfügen
396 sowie das nötige Wissen für einen zielführenden und verantwortungsvollen Umgang mit
397 digitalen Angeboten.

- 398 • **Wir ~~setzen auf Open Source statt Datenkrakenprodukte privater Konzerne. Darum~~**
399 **wollen wir ~~Lobbyverbände und „Spenden“ digitaler Ausstattung aus Schulen~~**
400 **heraushalten. Deswegen setzen wir im Unterricht auf Open Source.**
- 401 • **Medienkompetenz ist eine notwendige zu fördernde Fähigkeit und gelebte Praxis.**
402 **Ein kritischer und emanzipatorischer Umgang mit digitaler Technik soll Teil von**
403 **digitaler Bildung sein. Darum braucht es mehr Medienbildung für Schüler:in,**
404 **Lehrer:in und Eltern – das beinhaltet: Medienkritik, Medienkunde,**
405 **Mediengestaltung, Datenschutz, Privatsphäre, Cyber Mobbing, Netiquette,**
406 **digitalen Rechte der Menschen und die Demokratie in Zeiten des Internets.**
- 407 • **Wir wollen freien Zugang der Lernenden und Lehrenden zu Soft- und Hardware. Dazu**
408 **braucht es für alle Schüler:innen und Lehrkräfte ein internetfähiges Gerät und**
409 **Internetzugang.**
- 410 • **Die IT-Administration darf nicht in der Freizeit von Lehrkräften stattfinden, es**
411 **braucht dazu Fachpersonal.**
- 412 • **Die Schulen brauchen IT-Systeme, die die Arbeit mit frei zugänglichen**

413 **Bildungsmaterialien uneingeschränkt ermöglichen.**

414 • **Wir fordern Breitband, WLAN sowie zeitgemäße Hard- und Software-Ausstattung in**
415 **allen**

416 **Auch die Volkshochschulen müssen mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden.**

417 • **Wir wollen eine einheitliche Lernplattform: Das Kultusministerium soll dafür**
418 **sorgen, dass dort digitale Lerninhalte für alle Fächer aller Klassenstufen zur**

419 • **Verfügung gestellt werden.**

- **Damit alle mitgenommen werden, muss der Unterricht weiterhin in Präsenz stattfinden.**
Distanzunterricht lehnen wir ab.

420 • **Wir wollen die Landesmedienanstalt zur Förderung von Medienkompetenz und**
421 **Medienförderung erhalten und ausbauen.**

422

423 In einer Welt, in der der Zugang zu digitalen Medien immer selbstverständlicher
424 erscheint, ist Medienkompetenz mehr als das reine Bedienen von digitalen Endgeräten.
425 Kinder und Jugendliche brauchen mehr und andere Kompetenzen, um im Umgang mit
426 digitalen Medien souverän agieren zu können, als durch Schulungen auf einzelne
427 Softwareprodukte geleistet werden kann. Sie müssen sich selbst in dieser digitalen
428 Welt zurechtfinden können und für sie Sinnvolles von Schädlichem unterscheiden
429 können. Sie brauchen ein grundlegendes Verständnis, wie diese digitale Welt aufgebaut
430 ist und funktioniert und wie sie sich selbst in ihr einbringen können, ohne unbewusst
431 und unnötig Risiken einzugehen.

432 Deshalb wollen wir, dass alle unsere Kinder und Jugendliche über ein mobiles
433 digitales Endgerät verfügen und fordern kostenfreie Leihgeräte für alle, die sich ein
434 solches nicht leisten können. Dafür brauchen wir digitale Bildungskonzepte und die
Ausschöpfung der Mittel aus dem DigitalPakt Schule. Unsere Bildungseinrichtungen
dürfen auch kein

435 Einfallstor für Privatisierung und Kommerzialisierung sein, weshalb wir den
436 konsequenten Einsatz freier Soft- und Hardware fordern. Um grundlegende Zusammenhänge
437 zu verstehen, ist kommerzielle Infrastruktur nicht notwendig. Im Gegenteil: Da die
438 Unternehmen einen Einblick in die Funktionsweise ihrer Technik aktiv verhindern, ist
439 sie für das Verständnis hinderlich. Das Bestreben privater Anbieter, Daten von
440 Nutzer:innen zu kommerzialisieren, muss ausreichend in der digitalen Bildung
441 behandelt werden, genauso, wie das Erarbeiten von Strategien, diesem Bestreben

442 entgegenzuwirken und souverän über die eigenen Daten zu bleiben. Zur Bildung zu
443 Medienkompetenz gehört auch, dass fächerübergreifend und durchgehend der kompetente
444 Umgang mit Quellen gelernt und eingeübt wird. Journalistische Quellen und Nachrichten
445 in einen Kontext einordnen können, Inhalte z.B. von Werbung unterscheiden zu können
446 und einen eigenen souveränen Umgang mit verschiedensten Medien zu entwickeln, muss
447 selbstverständlicher Teil von Bildung sein.

448 Voraussetzung dafür ist neben der technischen Infrastruktur – wie einer zeitgemäßen
449 modernen Internetverbindung sowie Hard- und Softwareausstattung – in den
450 verschiedenen Bildungseinrichtungen, auch ausreichend Fachpersonal, das eben jene
451 Infrastruktur betreut. Der bisherigen Praxis, dass dies untergeordnet neben anderen
452 Aufgaben von fachfremden Beschäftigten, wie z.B. Lehrkräften, erledigt werden muss,
453 erteilen wir eine klare Absage. In der Bildung Beschäftigte müssen dagegen durch eine
454 entsprechende Anpassung ihrer Ausbildung und durch fortlaufende Fortbildungsangebote
455 in die Lage versetzt werden, den pädagogischen Herausforderungen dieser digitalen
456 Welt gewachsen zu sein.

457 **5. Hochschulen – Breite Bildung statt Elitenförderung**

458 DIE LINKE. Bayern setzt sich für eine freie, autonome und demokratisch organisierte
459 Hochschule ein. Für ein inklusives Studium, ohne versteckte Kosten, im dem Bildung
460 und Forschung statt Vermarktbarkeit im Vordergrund stehen.

- 461 • **Bayern braucht eine flächendeckende staatliche Ausfinanzierung der Hochschulen.**
- 462 • **Die Demokratie an Hochschulen muss gestärkt werden und es muss mehr**
463 **Mitgestaltungsrechte, vor allem für Mitarbeitende und Studierende geben.**
- 464 • **Die Lehre an den Hochschulen muss genauso wertgeschätzt werden wie Forschung.**
- 465 • **Barrieren aller Art müssen abgebaut werden, um den Zugang zu Wissen zu**
466 **erleichtern.**
- 467 • **Die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen müssen sich drastisch verbessern.**
Schluss mit Mindestlohn und endlosen Befristungen. Bessere Bezahlung darf nicht
zu Personalabbau führen.

468 **Finanzierung**

469 Bayern ist mit 51 staatlichen Hochschulen, im bundesweiten Vergleich auf Platz 2.

470 Diese sind aber chronisch Unterfinanziert. Im Regelfall wird dieser verehrender
471 Mängel durch Drittmittel ausgeglichen. Anstatt diesen internationalen
472 Aushängeschildern Bayerns eine solide Finanzierung an die Hand zu geben, um den
473 Investitionsstau abzubauen, hat das neue Hochschulinnovationssgesetz (HIG) diese
474 dramatische Situation nur verstärkt.
475 Bayern braucht, wenn es als Hochschulstandort relevant bleiben will, einen
476 Investitionsschub. Dieser darf nicht für Prestigeprojekte verbrannt werden, sondern
477 muss in erster Linie in die Grundlegende Infrastruktur, wie Sanierung von Gebäuden
478 und der Schaffung von langfristig gesicherten Stellen, vor allem in der Lehre und den
479 Geistes- und Sozialwissenschaften, genutzt werden.
480 Eine Finanzierung durch Drittmittel der privat Wirtschaft muss überflüssig werden.
481 Doch nicht nur die Hochschulen selbst leiden an darunter unterfinanziert zu sein.
482 Auch die Studierendenwerke, die sich den Bedürfnissen der Studierenden außerhalb des
483 Hörsaals annehmen sollen, können ohne die nötigen Mittel, diesem Anspruch nicht
484 gerecht werden. Der Wohnungsmarkt in Bayern, wie im Rest Deutschlands, ist
485 überlastet. Ein Ausbauschub von Wohnheimen, würde hier viel gebrauchte Entlastung
486 schaffen. Da Student:innen nicht mehr in Konkurrenz mit anderen Mieter:innen, um
487 Wohnraum konkurrieren.
488 Zuletzt müssen auch die Studierenden direkt besser unterstützt werden. Solange das
489 BAföG nicht ausreichend hoch, für Alle, die studieren wollen, in vollem Umfang
490 zugänglich und unabhängig von der Studiendauer ist, braucht es eine bayerische
491 Grundsicherung für Student:innen in Bayern.

492 Verpflichtende Praktika im Studium sind wenigstens mit Mindestlohn zu bezahlen.
Unbezahlte Praktika lehnen wir ab.

Demokratie an den Hochschulen

493 Ähnlich wie bereits im Punkt Finanzierung genannt, hat das HIG, anstatt dringend
494 notwendige Schritte auf den Weg zu bringen, auch bei der internen Struktur der
495 Hochschulen bestehende Probleme nur vertieft.
496 Es besteht eine gefährliche Machtkonzentration bei der Hochschulleitung, die in
497 erster Linie, aber nicht nur Student:innen benachteiligt. Um diese auszugleichen
498 fordert DIE.LINKE. Bayern die Einführung studentischer Vizepräsident:innen.
499 Der Senat muss gegenüber der Hochschulleitung deutlich gestärkt werden. Zum Beispiel

500 durch die Kompetenz Studiengänge einzuführen, zu ändern oder aufzuheben. Weiter muss
501 dieser, um seinem eigenen demokratischem Anspruch gerecht zu werden, viertel-
502 paritätisch besetzt sein. Dies gilt auch für alle weiteren Hochschulgremien. In
503 Fällen in denen unmittelbar die Lehre betroffen ist, sollen die Gremien auf eine sog
504 50+1 Mehrheit der Professor:innen aufgestockt werden.

505 Die Hochschullandschaft in Bayern ist sehr vielfältig, deshalb braucht es neben einem
506 Demokratischen Grundkonzept auch immer individuelle Konzepte vor Ort. Diese werden in
507 der Grundordnung festgelegt. Diese Grundordnung muss sich jede Hochschule aus dem
508 inneren selbst geben können. Dafür braucht es einen breit aufgestellten
509 Hochschulkonvent, der allen am Hochschulleben Beteiligten ein breites Mitsprache- und
510 Stimmrecht eingeräumt wird.

511 Jede Demokratie muss sich wehren können, DIE LINKE. Bayern unterstützt jeden Vorstoß
512 sich gegen Strukturen mit rassistischem, sexistischem und völkischem Hintergrund zu
513 stellen. Für rechtes Gedankengut ist kein Platz an der Hochschule.

514

515 Verfasste Studierendenschaft

516 Angeknüpft an die Demokratie an den Hochschulen, muss sich der Zustand der
517 Studierendenvertretung (Stuv) drastisch verbessern. Gerade das Arbeiten in den
518 Ausführenden Organen dieser ist eine Vollzeitbeschäftigung. Dass diese in Bayern im
519 de facto unentschädigten Ehrenamt geschehen muss, ist zutiefst demokratiegefährdend,
520 da sie nur von Student:innen ausgeführt werden kann, die es sich leisten können, auf
521 einen bezahlten Job neben dem Studieren zu verzichten.

522 Auch grundlegende Kompetenzen, wie das eigenständige Abschließen der
523 Semesterticketverträge oder die eigene Finanzhoheit fehlen den von den Studierenden
524 gewählten Vertretern.

525 Deshalb fordert DIE LINKE. Bayern die Wiedereinführung der Verfassten
526 Studierendenschaft.

527 Diese beinhaltet ein eigenes Satzungs- und Beitragsrecht, den Status als
528 Teilkörperschaft der Hochschule.

529 Solange der Freistaat, diese Rechte nicht einräumt, müssen zumindest die
530 bereitgestellten Mittel an die Stuv vor Ort vervielfacht werden.

531

532 Lehre und Studium

533 Hochschulen zeichnen sich dadurch aus, dass sie zum einen an der Spitze der Forschung
534 nach neuen Erkenntnissen suchen und diese gleichzeitig auf möglichst direktem Weg an
535 die nächste Generation Forscher:innen weitergeben. Diese Weitergabe wird in Bayern
536 immer stärker Vernachlässigt. Die Lehre ist zum notwendigen Übel der Forschung
537 verkommen. Doch beide Bereiche müssen gleichwertig gegenüberstehen. So braucht es
538 Richtlinien, die verhindern, dass junge Dozent:innen, die Zeit und Arbeit in die
539 Verbesserung ihrer Lehrkompetenzen stecken, gegenüber Dozent:innen, die den Fokus auf
540 wissenschaftliche Veröffentlichung richten, benachteiligt werden.

541 Konkret fordert DIE LINKE. Bayern die Einführung einer beauftragten Person für
542 Studium und Lehre, die als Teil der Hochschulleitung, darauf hinarbeitet, der Lehre
543 den Stellenwert an der Hochschule zu übergeben, den sie verdient.

544 Außerdem müssen endlich die Gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um
545 Prüfungen anonymisiert abzulegen, Verpflichtende Zweitprüfer:innen bei allen
546 mündlichen Prüfungen einzusetzen und um Eingangsprüfungen abzuschaffen, da diese im
547 Regelfall diskriminierend sind.

548 Studiengebühren sind glücklicherweise weitestgehend abgeschafft. Dennoch gibt es
549 viele Versteckte Kosten, die viele Studiengänge unnötig elitär machen. So müssen
550 Student:innen oft selbst für Lehrmittel aufkommen (z.B. Material und Werkzeugkosten),
551 dies unnötig und diskriminierend. Um solche Situationen zu verhindern, muss die
552 verfassungsrechtlich garantierten Lehr- und Lernmittelfreiheit müssen auf die
553 Hochschulen ausgeweitet werden.

554 Studieren passiert international. Um das Studium an bayerischen Hochschulen auch
555 nicht bayerischen Menschen diskriminierungsfrei zu ermöglichen, muss die Anrechnung
556 von zulassungserforderlichen Leistungen vereinfacht werden. Weiter muss die Aufnahme
557 eines Studiums das Bleiberecht sicherstellen und vor Abschiebung schützen.

558

Forschung und Wissenschaft

559 Forschung muss frei sein. Das bedeutet, nicht nur, dass die Privatwirtschaft keinen
560 Einfluss darauf haben darf, was und wie geforscht wird, sondern auch, dass
561 wirtschaftliche Interessen bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen keine
562 Rolle spielen dürfen. Diese müssen offen und frei zugänglich sein. DIE LINKE Bayern

563 unterstützt jeden Vorstoß in Richtung Open Access und Open Data und setzt sich dafür
564 ein beides zum flächendeckenden Standard auszubauen.

565 Wissenschaft hat kein Interesse an Krieg, im Gegenteil, Wissenschaft lebt von
566 Kooperation und Dialog. Beides kann es nur in Friedenszeiten geben. Rüstungsforschung
567 steht diesem Ziel direkt entgegen, deshalb fordert DIE LINKE. Bayern eine
568 verpflichtende Zivilklausel für alle Hochschulen.

569 Bei der Besetzung von theologischen Lehrstühlen ist die Freiheit der Lehre, die
570 Religionsfreiheit sowie die Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften zu
571 berücksichtigen. Dabei sind in ausgewogener Weise die Interessen von
572 Religionsgemeinschaften und der staatlichen Verfassung zu berücksichtigen, damit auch
573 im kritischen Diskurs Religionsgemeinschaften zur gesellschaftlichen
574 Weiterentwicklung beitragen können. Bei Philosophie, geisteswissenschaftlichen,
575 pädagogischen und anderen Lehrstühlen ist Religionsgemeinschaften keine Beteiligung
576 einzuräumen.

577 Hochschulen als Arbeitsplatz

578 In vielen bayerischen Städten gehört die Hochschule nicht nur zu einem der größten
579 Arbeitgebern, sie ist oft der größte. Traurigerweise gibt es an den Hochschulen
580 immer mehr befristete Stellen. Dies ist nicht nur für die Beschäftigten selbst
581 äußerst belastend, da es eine Lebensplanung fast unmöglich macht, auch die Qualität,
582 vor allem der Lehre, leidet enorm. Diese Profitiert nämlich nicht von Projekten, die
583 nach kurzer Zeit als abgeschlossen gelten, sondern braucht eine solide finanzielle
584 und personelle Basis, die langfristig Wissen weitervermitteln kann.

585 DIE LINKE. Bayern fordert deshalb, mehr unbefristete Stellen an den Hochschulen und
586 eine flächendeckende Einbindung in Tarife auch und vor allem für studentische
587 Beschäftigte.

588 Gleichstellung an den Hochschulen

589 Das Kaskadenmodell ist ein erster Schritt hin zu einer Hochschule, die offen
590 gegenüber allen Geschlechtern ist. Doch müssen Hochschulen, die die vorgegebenen
591 Quoten nicht erfüllen, dazu verpflichtet werden, Konzepte auszuarbeiten, um
592 diskriminierende Strukturen abzubauen.

593 DIE LINKE. Bayern fordert, einen Ausbau der Teilzeitstudiengänge und eine umfassende,
 594 kostenlose Kinderbetreuung für Alle am Hochschulleben beteiligten, um ein Studium
 595 auch neben einer Elternschaft zu ermöglichen.

596

597 ~~6. Umwelt und Klimaschutz – nur sozial gerecht~~

6. Gemeinsam sozial -gerecht die Klimakatastrophe bekämpfen!

598 ~~Klimaschutz braucht Gerechtigkeit~~

Die menschengemachte Klimakatastrophe ist eine asymmetrische Krise. Sie entstand vorrangig durch die Industrienationen, trifft aber die Länder ohne starke Industrie am härtesten. Aber auch innerhalb der Länder mit einer starken Industrie, leidet der Großteil der Bevölkerung unter den Folgen, während die Reichen und Superreichen kaum betroffen sind.

Die Folgen, die wir jetzt spüren, wie Hitzewellen, Wassermangel und weitere, sind aber nur der Ausblick auf das, was noch kommen wird. Deutschland steht auf Platz sechs der Länder, die am meisten Treibhausgase verursacht haben. Daher ist es auch unsere Pflicht als Bayern, unseren Beitrag dazu zu leisten, die Lebensgrundlagen für alle, sowohl global als auch vor Ort, zu schützen.

Für uns als Partei ist aber klar: Die andere Parteien haben keinen Interesse daran, die echten Verursacher*innen der Klimakatastrophe anzugreifen: die Superreichen und den Kapitalismus. Wir setzen uns im Landtag dafür ein, die Klimakatastrophe zu bekämpfen und die Menschen dabei mitzunehmen. Denn als Opposition sehen wir es als unsere Aufgabe, die Regierung zu jeder Zeit an das Einhalten der Ziele des Pariser-Klimaabkommens zu mahnen und sie aktiv an die Pflicht gegen die Klimakatastrophe zu kämpfen zu erinnern.

- Wir erkennen an, dass die Ursachen der Klimakatastrophe nur durch einen Systemwandel behoben werden können und nicht durch freiwillige individuelle Handlungen.
- Wir lehnen rein marktbasierter Ansätze wie CO2-Bepreisung ohne Rückzahlung ab.
- Wir fordern weitgehende und bindende demokratische Beteiligung bei der Bekämpfung der Klimakatastrophe.
- Wir betrachten alle Vorschläge der Regierung aus der Perspektive des Klimaschutzes und kritisieren scharf, wenn diese nicht genügend oder gar schädlich sind.
- Wir stehen in engem Kontakt mit Klimaforscher*innen und den Klimabewegungen und

beteiligen sie bei unseren Entscheidungen mit ein.

Das Versprechen, die Klimakatastrophe aufhalten zu können solange persönliche Konsumverhalten verändert werden ist ein Märchen, dass von den anderen Parteien erzählt wird um den Kapitalismus zu schonen. Wahr ist, dass jede CO2 Einsparung einen Beitrag leistet zur Reduktion der Erderhitzung, aber solange die Produktionsmethoden und Energieerzeugung in Bayern und in der Rest der globalisierten Welt gleich bleiben, ist dieser Beitrag ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die einzige Lösung, wirklich eine Chance gegen die Klimakatastrophe zu haben, ist ein Systemwandel. Eine gesamtgesellschaftliche Debatte über unsere Produktionsweise und unseren kollektiven Konsumverhalten, nicht den individuellen. Lösungen wie Kreislaufwirtschaft, betonfreie Häuser oder nachhaltig erzeugte Lebensmittel haben nur eine reale Wirkung, wenn sie großflächig eingesetzt werden, statt auf dem freien Markt individuell gehandelt zu werden.

Marktbasierte politische Ansätze wie CO2-Bepreisung treffen meist die falschen. Zwar ist der Verbrauch bei den Reichen und Superreichen um ein vielfaches höher, aber diese haben auch die Mittel, die höhere Preise schmerzfrei zu bezahlen. Diese Mittel erreichen wenn dann nur Einsparungen beim Rest der Bevölkerung, was die Schere der Lebensstandards weiter auseinander treibt und mehr soziale Ungerechtigkeit erzeugt. Das kann nicht unser Ziel sein.

Die Klimakatastrophe geht uns allen an, und nur gemeinsam können wir sie bekämpfen. Dafür braucht es alle Möglichkeiten der demokratischen Beteiligung. Betriebs- und Personalräte brauchen Mitbestimmungsrechte in den Unternehmen bei der Frage der Transformation, aber auch Bürger*innenräte sollen eingerichtet werden um Mitbestimmungsrechte auch außerhalb den Betrieben zu gewährleisten. Nur so können wir die notwendige gesamtgesellschaftliche Debatten führen, um einen Systemwandel zu ermöglichen.

Es ist nicht möglich, mit den Naturgesetzen zu verhandeln, doch das ist genau was die anderen Parteien oftmals versuchen. Wir müssen sie immer wieder daran erinnern. Es ist unsere Aufgabe als Partei der sozialen Gerechtigkeit, die Regierung in Bayern anhand der Zielen des Pariser-Klimaabkommens zu prüfen und aufs schärfste zu kritisieren, wenn sie sich in die falsche Richtung bewegt. Wenn es in einem Bereich eine Notwendigkeit gibt, sich von den Zielen zu entfernen, zum Beispiel um kurzfristig Arbeitsplätze zu sichern, verlangen wir von der Regierung einen detaillierten Plan, welche Maßnahmen sie vorhat, diese Abweichung wieder einzuholen, und wie sie diese Abweichung kurzfristig über andere Bereiche komplett kompensieren will.

Als Partei die den wissenschaftlichen Konsens um die Klimakatastrophe komplett anerkennt

und als Teil der außerparlamentarischen Opposition wollen wir uns in allen unseren klimapolitisch-relevanten Entscheidungen mit den Klimaforscher*innen und den Klimabewegungen beraten. Denn auch deren Perspektiven zu hören ist ein notwendiger Bestandteil von klimagerechter Politik.

- 599 ~~Klimaschutz darf nicht die Armen treffen, wir wollen Klimagerechtigkeit. Die~~
 600 ~~Verursacher des Klimawandels, die Industrie und die Superreichen, dürfen sich bei der~~
 601 ~~Bekämpfung nicht aus der Verantwortung stehlen und müssen ihren finanziellen Anteil~~
 602 ~~beitragen, um die Maßnahmen zu finanzieren.~~
- 603 • ~~**Alle Klimaschutzmaßnahmen werden auf die Folgen für ärmere Menschen geprüft und**~~
 604 ~~**führen im besten Fall bei diesen für größtmögliche Entlastung.**~~
 - 605 • ~~**Maßnahmen, die auf Preisanreize setzen, müssen über Kopfpausehalten**~~
 606 ~~**zurückbezahlt werden.**~~
 - 607 • ~~**Perspektivisch muss der Ausstoß von fossilem CO2 verboten werden.**~~
 - 608 • ~~**Den Anfang machen hierbei Verbote von Maximal-Ausstoß wie Privatjets.**~~
 - 609 • ~~**Ein Tempolimit auf Autobahnen von 130 km/h sowie innerorts von 30 km/h ist**~~
 610 ~~**durchzusetzen.**~~
 - 611 • ~~**Intelligente Gesetze können zeitnah für deutliche Einsparungen in den**~~
 612 ~~**Unternehmen sorgen, da diese durch Innovationsdruck regelmäßig**~~
 613 ~~**anpassungsfähiger sind.**~~
 - 614 • ~~**Den letzten Schritt bilden Allgemein-Verbote, die auch im Alltag der**~~
 615 ~~**Normalbevölkerung greifen – mit ausreichender Vorlaufzeit.**~~
- 616 ~~Ob Global oder Lokal, die Auswirkungen der zunehmenden Erhitzung des Klimas treffen~~
 617 ~~überall auf der Welt die ärmeren Menschen am heftigsten. Direkte Folgen, wie Hitze~~
 618 ~~und Hochwasser; indirekte Folgen wie Lebensmittelknappheit und steigende Preise;~~
 619 ~~Anpassungsmaßnahmen wie CO2-Abgaben, Klimalanlagen und Deiche – umso reicher die~~
 620 ~~Menschen sind, umso besser können sie sich vor den Auswirkungen schützen, umso ärmer~~
 621 ~~die Menschen sind, umso heftiger leiden sie unter den Folgen.~~
- 622 ~~Dabei ist völlig klar, die Klimakrise schreitet immer schneller voran und es ist~~
 623 ~~keine Frage des ob, sondern nur des wie, wir damit umgehen. Jeder weiß: Wir müssen~~
 624 ~~unseren CO2-Ausstoß senken. Das bedeutet insbesondere den Ausbau von erneuerbaren~~
 625 ~~Energien, die Reduktion des Energieverbrauchs und den Schutz unserer natürlichen~~
 626 ~~Ökosysteme. Eine LINKE Antwort auf die Klimakrise rückt dabei zwingend die soziale~~
 627 ~~Gerechtigkeit in den Fokus und baut auf gesellschaftliche statt individuelle Ansätze.~~

628 Dabei ist völlig klar, die Klimakrise schreitet immer schneller voran und es ist
629 keine Frage des ob, sondern nur des wie, wir damit umgehen. Jeder weiß: Wir müssen
630 Im Moment werden fast ausschließlich Ansätze diskutiert, die auf den individuellen
631 Konsum abzielen. Sei es eine CO₂-Steuer oder die Subventionen von E-Autos.
632 Strukturelle Maßnahmen wie Kohle-Ausstieg oder Verbot von Verbrennungsmotoren werden
633 in die ferne Zukunft verlagert. Der individuelle Ansatz führt dabei zu einer Art
634 Ablasshandel: Wer genug Geld hat, kann sich Einkäufe im Biosupermarkt, die PV-Anlage
635 auf dem Dach und das E-Auto leisten und sich damit moralisch freikaufen, selbst wenn
636 der eigene Energieverbrauch weit über dem Durchschnitt liegt.

637 Machen wir uns nichts vor, Maßnahmen, die versuchen, CO₂-Emissionen über den Preis zu
638 steuern, wirken bei denen, die am meisten zum Klimaerhitzung beitragen kaum. Die
639 reichsten 10% der Bevölkerung in Deutschland verursachen fast 30% der Emissionen –
640 genauso viel, wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung. Es ist nicht davon
641 auszugehen, dass sich diese reichen Menschen von steigenden Preisen beeindrucken
642 lassen. Vor allem, wenn bei der Preisgestaltung darauf Rücksicht genommen werden
643 soll, dass die ärmeren Menschen nicht zu stark belastet werden.

644 Verbrauchssteuern können nur dann ein geeignetes Mittel sein, wenn die Einnahmen über
645 pro Kopf Zahlungen, wie bei der CO₂-Abgabe in der Schweiz, an die Bevölkerung zurück
646 verteilt werden. Dadurch, dass die ärmeren Haushalte in aller Regel deutlich weniger
647 CO₂ ausstoßen als der Durchschnitt, profitieren diese davon – während reiche
648 Vielverbraucher deutlich mehr zahlen.

649 Um der Geschwindigkeit der Erderhitzung aber einigermaßen gerecht zu werden, braucht
650 es weitere, wirksame Maßnahmen. Perspektivisch wird der Ausstoß von fossilem CO₂
651 vollständig verboten werden müssen. Entscheidend hierfür ist die gesellschaftliche
652 Akzeptanz der Verbote. Wenn die Verbote als erstes bei den absoluten Extrem-
653 Verbrauchern, wie Privatjets und Luxusjachten ansetzen und Schritt für Schritt auf
654 breitere Bevölkerungsteile ausgeweitet werden, wird die Akzeptanz deutlich größer
655 sein.

656 Die Eckpfeiler einer erfolgreichen Klimapolitik sind grundsätzlich bekannt: Der
657 Energieverbrauch muss massiv reduziert werden, Energieproduktion und
658 Industrieprozesse müssen schnellstmöglich 100% erneuerbar werden, es braucht eine
659 umfassende Verkehrswende und die Landwirtschaft muss CO₂, - Methan- und Lachgas-
660 Ausstoß drastisch zurückfahren. Als LINKE in Bayern wollen wir diese Politik
661 voranbringen. Mit visionären Ideen, die die Mehrheit mitdenken und mitnehmen,

662 werden wir die bayerische Staatsregierung vor uns hertreiben, so dass sie nicht
663 umhinkommen wird, bei den Reichen für die Finanzierung der Klimapolitik zu sorgen.

664 **Naturschutz**

665 Wir wollen eine intakte Natur für alle Menschen in Bayern. Der Erhalt der wunderbaren
666 Flora und Fauna in unserem Bundesland steht für uns an vorderster Stelle, genauso wie
667 der Genuss der Naturschönheit, der für alle Menschen möglich sein muss.

668 • **Naturräume müssen erhalten und verbunden werden, der Biotopverbund aus dem
669 Naturschutzgesetz muss konsequent umgesetzt werden.**

670 • **Neue Schutzräume müssen ausgewiesen werden.**

671 • **Innerhalb der Schutzgebiete braucht es Rückzugsräume für die Natur, in denen sie
672 sich weitgehend ohne Einfluss des Menschen entwickeln kann.**

673 • **Es braucht umfassenden Biodiversitätsschutz.**

674 • **Der Flächenverbrauch muss drastisch reduziert werden.**

675

676 Der Genuss der Naturschönheiten und die Erholung in der freien Natur, insbesondere
677 das Betreten von Wald und Bergweide, das Befahren der Gewässer und die Aneignung
678 wildwachsender Waldfrüchte in ortsüblichem Umfang ist jedermann gestattet. Dabei ist
679 jedermann verpflichtet, mit Natur und Landschaft pfleglich umzugehen. Staat und
680 Gemeinde sind berechtigt und verpflichtet, der Allgemeinheit die Zugänge zu Bergen,
681 Seen, Flüssen und sonstigen landschaftlichen Schönheiten freizuhalten und allenfalls
682 durch Einschränkungen des Eigentumsrechtes freizumachen sowie Wanderwege und
683 Erholungsparks anzulegen. (Art. 141, Bay. Verfassung)

684

685 Bayern hat eine vielgestaltige, in einigen Regionen auch einzigartige Natur- und
686 Kulturlandschaft. Sie reicht von der Rhön bis zum Königssee, vom Frankenwald über die
687 Donau bis hin zu den Allgäuer Alpen. Die übergroße Mehrheit der Menschen in Bayern
688 ist mit diesen Regionen tief verbunden. Dennoch sind sie bedroht. Zunehmende
689 Flächenversiegelung, Intensivlandwirtschaft, Schadstoffeinträge der Industrie,
690 Zerschneidung von Naturräumen, Verkehrsemissionen und Lärm sowie teilweise auch
691 touristische Übernutzung schädigen Landschaften und Biotope. Und auch die Klimakrise
692 macht vor der bayerischen Natur kein Halt.

693

694 Die Anzahl der unzerschnittenen verkehrssarmen Landschaftsräume in Bayern ist seit
695 1975 auf etwa die Hälfte zurückgegangen. Auch hat das Spektrum unterschiedlicher
696 Lebensräume abgenommen. Damit zusammenhängend ist ein deutlicher Rückgang der
697 Artenvielfalt zu verzeichnen. Insbesondere sind Arten der Offenlandschaften
698 betroffen, zum Beispiel Feld- und Wiesenbrüter.

699

700 Pro Tag wird in Bayern die Fläche von über 15 Fußballfeldern der Natur entrissen und
701 für immer versiegelt. Der Flächenbedarf pro Einwohner ist in den letzten 15 Jahren um
702 fast 20 Prozent gestiegen – bei gleichzeitig deutlich wachsender Bevölkerung. Dies
703 wurde durch die exzessive Wirtschafts- und Immobilienpolitik der CSU verursacht.
704 Dieser Entwicklung muss unverzüglich Einhalt geboten bzw. sie muss durch Rückbau
705 umgekehrt werden, damit auch in Zukunft für nachfolgende Generationen genügend
706 Flächen für den Naturschutz und eine nachhaltige Landwirtschaft zu Verfügung stehen.
707 Der sich ständig ausweitende Flächenbedarf ist zu hinterfragen, sowohl für Wohnen,
708 Verkehr als auch für Gewerbe. Sollte eine Ausweitung der zu bebauenden Fläche
709 unabwendbar sein, sollte möglichst ein Bauen in die Höhe statt in die Fläche
710 verordnet werden.

711

712 **7. Energiepolitik**

713 Energiepolitik muss auf die Bedürfnisse von Verbrauchern und Umwelt ausgerichtet
714 sein. Wir wollen eine Energiewende, die genau das im Blick hat und sozial gerecht den
715 dringend nötigen Wandel einleitet – für Klima und Mensch.

- 716 • **DIE LINKE fordert eine progressive Gestaltung der Energiepreise,**
717 **Grundkontingente müssen günstig sein, deutlich überdurchschnittlicher Verbrauch**
718 **dagegen besonders teuer.**
- 719 • **für die Nutzung 100% erneuerbarer Energie fordert DIE LINKE auf das**
720 **Grundkontingent einen bayerischen Sonnengroschen – eine Förderung von 10**
721 **Cent/kWh.**
- 722 • **Die Finanzierung der Energiesubventionen erfolgt durch die Einführung einer**
723 **Übergewinnsteuer.**
- 724 • **Erneuerbare Energien müssen konsequent ausgebaut werden.**
- 725 • **Die 10-H-Regel muss unverzüglich abgeschafft werden.**

- 726 • **Es braucht eine Regelung, die es den Stadtwerken unkompliziert ermöglicht, den**
727 **Strom aus PV-Anlagen, die aus der EEG-Förderung fallen, lokal zu vermarkten –**
728 **damit eröffnen sich für kommunale Stromanbieter Spielräume, eigene**
729 **Sozialtarife anzubieten.**
- 730 • **Neben dem Kohle-Ausstieg braucht es einen zeitnahen Gas-Ausstieg und der Atom-**
731 **Ausstieg ist für uns nicht rückverhandelbar.**
- 732 • **DIE LINKE fordert ein Verbot von Strom- und Gassperren.**
- 733 • **Ein Programm für Wärmedämmung das Mietshäuser in den Fokus nimmt und die**
734 **energetische Sanierungen sozial absichert, ist unerlässlich. Nach der Sanierung**
735 **dürfen die umgelegten Kosten nicht höher ausfallen als die eingesparten**
736 **Heizkosten.**

737

738 Über 80% der weltweiten Energienutzung stammt bis heute aus fossilen Energieträgern.
739 Die damit zwingend verbundenen Emissionen von CO2 zerstören unseren Planeten. Wenn
740 wir das nicht grundlegend und schnellstmöglich ändern, werden die Folgen irreversibel
741 sein!

742

743 Gleichzeitig hat die Energiekrise im vergangenen Jahr gezeigt, welche drastische
744 Folgen plötzliche Veränderungen im Energiesystem haben können. Während Wohlhabende
745 die steigenden Kosten zahlen können und energieintensive Unternehmen für Entlastungen
746 lobbyieren, bleiben ärmere Haushalte im Dunkeln und Kalten zurück.

747

748 Eine LINKE Energiepolitik muss deshalb die sozialen Aspekte der Energiewende immer
749 wieder nach vorne stellen. Dabei kommt es auf drei Ebenen an: Energieverbrauch,
750 Energieproduktion und Industrieprozesse.

751

752 Für eine sozial gerechte Energieversorgung braucht es progressive Gestaltung der
753 Energiepreise. Etliche Untersuchungen zeigen, je höher die Einkommen, umso höher der
754 Energieverbrauch oder anders gesagt, je größer der Geldbeutel, umso größer der CO2-
755 Ausstoß. Deshalb fordert DIE LINKE eine progressive Gestaltung der Energiepreise.
756 Grundkontingente für Strom und Wärme müssen bezahlbar sein für alle. Wer dagegen
757 Pool, Sauna oder übergroße Wohnungen heizt, sollte dafür deutlich mehr zahlen müssen.

758

759 Hierfür braucht es eine gesetzliche Regelung, die alle Energieversorger in die
760 Pflicht nimmt. Die Finanzierung dieser Maßnahmen kann beispielsweise durch die
761 Erhebung einer Übergewinnsteuer erfolgen.

762

763 Um auch ärmeren Haushalten die Anschaffung energiesparender Geräte und die Dämmung
764 veralteter Häuser zu ermöglichen, braucht es ein bayerisches Kreditprogramm, dass für
765 diese mittelfristig geldsparenden Investitionen zinslose Kredite zur Verfügung
766 stellt. Geknüpft an eine klare Sozialprüfung soll hier der Staat für ärmere Haushalte
767 das Finanzierungsrisiko übernehmen.

768

769 In den nächsten Jahren werden zunehmend mehr PV-Anlagen aus der Förderung durch das
770 EEG fallen. Diese Anlagen können aber in aller Regel auf Jahre noch weiter sehr
771 günstigen Strom liefern. Hier braucht eine einfache, bürokratiearme Regelung, die es
772 kommunalen Energieversorgern ermöglicht, diesen Strom lokal zu vermarkten und damit
773 zusätzliche Spielräume in der Preisgestaltung zu gewinnen.

774

775 Für ein windkraftfreundliches Bayern muss selbstverständlich die 10-H-Regel endlich
776 kippen und weiterhin setzen wir darauf, dass der Atomausstieg nicht rückwirkend
777 verhandelbar ist, denn die Energiewende funktioniert nur mit zukunftsweisenden
778 erneuerbaren Energien.

779

780 Um die klimaintensive Industrie zu motivieren ihre Emissionen zu reduzieren, braucht
781 es zum einen eine Förderung der Forschung. Zum zweiten wäre eine Möglichkeit hier
782 Anreize zum Umbau zu setzen, die Auszahlung von Energiesparprämien an alle
783 Mitarbeiter:innen für erfolgte Einsparungen. Damit wäre gewährleistet, dass auch die
784 Belegschaft die Umsetzung mitvorantreibt und im Erfolgsfall dafür belohnt wird.

624 ~~unseren~~ den gesamtgesellschaftlichen CO2 Ausstoß senken. Das bedeutet insbesondere den
Ausbau von erneuerbaren

625 Energien, die Reduktion des Energieverbrauchs und den Schutz unserer natürlichen
626 Ökosysteme. Eine LINKE Antwort auf die Klimakrise rückt dabei zwingend die soziale
627 Gerechtigkeit in den Fokus und baut auf gesellschaftliche statt individuelle Ansätze.

628 Im Moment werden fast ausschließlich Ansätze diskutiert, die auf den individuellen
629 Konsum abzielen. Sei es eine CO₂-Steuer oder die Subventionen von E-Autos.
630 Strukturelle Maßnahmen wie Kohle-Ausstieg oder Verbot von Verbrennungsmotoren werden
631 in die ferne Zukunft verlagert. Der individuelle Ansatz führt dabei zu einer Art
632 Ablasshandel: Wer genug Geld hat, kann sich Einkäufe im Biosupermarkt, die PV-Anlage
633 auf dem Dach und das E-Auto leisten und sich damit moralisch freikaufen, selbst wenn
634 der eigene Energieverbrauch weit über dem Durchschnitt liegt.

635 Machen wir uns nichts vor, Maßnahmen, die versuchen, CO₂-Emissionen über den Preis zu
636 steuern, wirken bei denen, die am meisten zur Klimaerhitzung beitragen kaum. Die
637 reichsten 10% der Bevölkerung in Deutschland verursachen fast 30% der Emissionen—
638 genauso viel, wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung. Es ist nicht davon
639 auszugehen, dass sich diese reichen Menschen von steigenden Preisen beeindrucken
640 lassen. Vor allem, wenn bei der Preisgestaltung darauf Rücksicht genommen werden
641 soll, dass die ärmeren Menschen nicht zu stark belastet werden.

642 Verbrauchssteuern können nur dann ein geeignetes Mittel sein, wenn die Einnahmen über
643 pro-Kopf-Zahlungen, wie bei der CO₂-Abgabe in der Schweiz, an die Bevölkerung zurück
644 verteilt werden. Dadurch, dass die ärmeren Haushalte in aller Regel deutlich weniger
645 CO₂ ausstoßen als der Durchschnitt, profitieren diese davon—während reiche
646 Vielverbraucher deutlich mehr zahlen.

647 Um der Geschwindigkeit der Erderhitzung aber einigermaßen gerecht zu werden, braucht
648 es weitere, wirksame Maßnahmen. Perspektivisch wird der Ausstoß von fossilem CO₂
649 vollständig verboten werden müssen. Entscheidend hierfür ist die gesellschaftliche
650 Akzeptanz der Verbote. Wenn die Verbote als erstes bei den absoluten Extrem-
651 Verbrauchern, wie Privatjets und Luxusjachten ansetzen und Schritt für Schritt auf
652 breitere Bevölkerungsteile ausgeweitet werden, wird die Akzeptanz deutlich größer
653 sein.

654 Die Eckpfeiler einer erfolgreichen Klimapolitik sind grundsätzlich bekannt: Der
655 Energieverbrauch muss massiv reduziert werden, Energieproduktion und
656 Industrieprozesse müssen schnellstmöglich 100% erneuerbar werden, es braucht eine
657 umfassende Verkehrswende und die Landwirtschaft muss CO₂,—Methan—und Lachgas-
658 Ausstoß drastisch zurückfahren. Als LINKE in Bayern wollen wir diese Politik
659 voranbringen. Mit visionären Ideen, die die Mehrheit mitdenken und mitnehmen,
660 werden—wir die bayerische Staatsregierung vor uns hertreiben, so dass sie nicht
661 umhinkommen wird, bei den Reichen für die Finanzierung der Klimapolitik zu sorgen.

Naturschutz ist die beste Klimaanpassung

663 ~~Wir wollen eine intakte Natur für alle Menschen in Bayern. Der Erhalt der wunderbaren~~
664 ~~Flora und Fauna in unserem Bundesland steht für uns an vorderster Stelle, genauso wie~~
665 ~~der Genuss der Naturschönheit, der für alle Menschen möglich sein muss.~~

Auch wenn wir die Ziele des Pariser Klimaabkommens einhalten und die Erderwärmung auf 1.5 °C beschränken, werden wir uns an ein verändertes Klima anpassen müssen. Die letzten Sommer haben gezeigt, es wird wärmer und es regnet unregelmäßiger. Damit steigt auch die Gefahr von Dürren und Waldbränden, aber auch von Überflutungen. Doch auch in Gebieten, die durch das Schmelzwasser von Gletschern weniger auf Regen angewiesen sind, wird die Wasserversorgung unsicherer, denn mit steigenden Temperaturen schmelzen auch die Gletscher immer schneller.

Wir fordern

- Regelmäßige Überprüfung der Wasserversorgungssicherheit
- Erhalt und Ausweitung der Naturschutzgebiete. Dabei ist Biodiversität für uns ein Schwerpunkt.
- Der steigende Flächenverbrauch in Bayern muss dringend gestoppt werden und wir müssen Flächen aktiv entsiegeln.
- Wir fordern eine regelmäßige Überprüfung der Wasserversorgungssicherheit unter Berücksichtigung der Klimamodelle und eine Kopplung der landes- und kreisweiten Strategien zur Sicherstellung der Wasserversorgung.

Eine der besten Möglichkeiten sich vor dem wandelnden Klima zu schützen sind resiliente Ökosysteme. Für uns ist das nur ein weiterer guter Grund, den Erhalt der Flora und Fauna in Bayern an vorderste Stelle zu stellen. Es braucht umfassenden Biodiversitätsschutz, auch durch Wiederansiedlung hier ausgerotteter Tierarten, denn artenreiche Ökosysteme sind resilienter. Deswegen setzen wir uns für den Erhalt und die Verbindung von Naturräumen ein und fordern die Ausweisung von weiteren Naturschutzgebieten. Innerhalb der Schutzgebiete muss es Rückzugsräume für die Natur geben, in denen sie sich ohne Einfluss des Menschen entwickeln kann.

Täglich wird in Bayern die Fläche von 15 Fußballfeldern versiegelt. Der Flächenbedarf ist durch die exzessive Wirtschafts- und Immobilienpolitik der CSU in den letzten 15 Jahren um 20 % pro

Person gestiegen. Wir fordern eine radikale Trendwende hin zur Entsiegelung von Flächen zugunsten von Renaturierung. Hier spielen die Moore Bayerns wegen ihres großen Einflusses auf das Klima eine besondere Rolle. Es dürfen keine weiteren Moore mehr trockengelegt werden und trockengelegte Moore sollen wieder vernässt werden. Auch in den Städten muss Entsiegelung von Flächen zum Ausbau von Parks und Grünflächen führen, um die Temperaturen im Hochsommer und die Gefahr von Überschwemmungen zu verringern.

Generell können Flächen auch zugunsten von nachhaltiger Landwirtschaft entsiegelt werden. Doch auch die Landwirtschaft an sich hätte durch doppelte Flächennutzen in Form von beispielsweise Agri-Photovoltaik das Potential viel Fläche einzusparen.

- 666 • ~~Naturräume müssen erhalten und verbunden werden, der Biotopverbund aus dem~~
- 667 ~~Naturschutzgesetz muss konsequent umgesetzt werden.~~
- 668 • ~~Neue Schutzräume müssen ausgewiesen werden.~~
- 669 • ~~Innerhalb der Schutzgebiete braucht es Rückzugsräume für die Natur, in denen sie~~
- 670 ~~sich weitgehend ohne Einfluss des Menschen entwickeln kann.~~
- 671 • ~~Es braucht umfassenden Biodiversitätsschutz.~~
- 672 • ~~Der Flächenverbrauch muss drastisch reduziert werden.~~

673

~~Der Genuss der Naturschönheiten und die Erholung in der freien Natur, insbesondere das Betreten von Wald und Bergweide, das Befahren der Gewässer und die Aneignung wildwachsender Waldfrüchte in ortsüblichem Umfang ist jedermann gestattet. Dabei ist jedermann verpflichtet, mit Natur und Landschaft pfleglich umzugehen. Staat und Gemeinde sind berechtigt und verpflichtet, der Allgemeinheit die Zugänge zu Bergen, Seen, Flüssen und sonstigen landschaftlichen Schönheiten freizuhalten und allenfalls durch Einschränkungen des Eigentumsrechtes freizumachen sowie Wanderwege und Erholungsparks anzulegen. (Art. 141, Bay. Verfassung)~~

682

~~Bayern hat eine vielgestaltige, in einigen Regionen auch einzigartige Natur- und Kulturlandschaft. Sie reicht von der Rhön bis zum Königssee, vom Frankenwald über die Donau bis hin zu den Allgäuer Alpen. Die übergroße Mehrheit der Menschen in Bayern ist mit diesen Regionen tief verbunden. Dennoch sind sie bedroht. Zunehmende Flächenversiegelung, Intensivlandwirtschaft, Schadstoffeinträge der Industrie, Zerschneidung von Naturräumen, Verkehrsemissionen und Lärm sowie teilweise auch~~

689 touristische Übernutzung schädigen Landschaften und Biotope. Und auch die Klimakrise
690 macht vor der bayerischen Natur kein Halt.

691

692 Die Anzahl der unzerschnittenen verkehrsarmen Landschaftsräume in Bayern ist seit
693 1975 auf etwa die Hälfte zurückgegangen. Auch hat das Spektrum unterschiedlicher
694 Lebensräume abgenommen. Damit zusammenhängend ist ein deutlicher Rückgang der
695 Artenvielfalt zu verzeichnen. Insbesondere sind Arten der Offenlandschaften
696 betroffen, zum Beispiel Feld- und Wiesenbrüter.

697

698 Pro Tag wird in Bayern die Fläche von über 15 Fußballfeldern der Natur entrissen und
699 für immer versiegelt. Der Flächenbedarf pro Einwohner ist in den letzten 15 Jahren um
700 fast 20 Prozent gestiegen – bei gleichzeitig deutlich wachsender Bevölkerung. Dies
701 wurde durch die exzessive Wirtschafts- und Immobilienpolitik der CSU verursacht.
702 Dieser Entwicklung muss unverzüglich Einhalt geboten bzw. sie muss durch Rückbau
703 umgekehrt werden, damit auch in Zukunft für nachfolgende Generationen genügend
704 Flächen für den Naturschutz und eine nachhaltige Landwirtschaft zu Verfügung stehen.
705 Der sich ständig ausweitende Flächenbedarf ist zu hinterfragen, sowohl für Wohnen,
706 Verkehr als auch für Gewerbe. Sollte eine Ausweitung der zu bebauenden Fläche
707 unabwendbar sein, sollte möglichst ein Bauen in die Höhe statt in die Fläche
708 verordnet werden.

709

710 **7. — Energiepolitik**

7. Erneuerbare Energien für Bayern!

711 Energiepolitik muss auf die Bedürfnisse von Verbrauchern und Umwelt ausgerichtet
712 sein. Wir wollen eine Energiewende, die genau das im Blick hat und sozial gerecht den
713 dringend nötigen Wandel einleitet – für Klima und Mensch.

Die bayerische Energiepolitik muss sich an zwei Grundpfeilern ausrichten, sie muss die
Bedürfnisse der Menschen und des Klimas in den Blick nehmen. Dafür braucht es eine
konsequente und umgehende Energiewende, die sozial gerecht den Wandel einleitet.

Wir fordern:

- Erneuerbare Energien konsequent ausbauen

- Die Infrastruktur für die dezentrale Energiewende stärken
- Nachbarschaften zu Energiequartieren ausbauen
- Bürger:innen an der Energiewende beteiligen

Nach dem vor über 20 Jahre eingeleiteten Ausstieg aus der Atomspaltung und dem nach dem Reaktorunfall in Fukushima unter anderem von der CSU beschlossenen vorgezogenen Atomausstieg, hat die bayerische Landesregierung vollständig versagt, Alternativen zu schaffen.

Sonnenenergie wurde aktiv ausgebremst, Verteilnetze nicht ausgebaut, Windräder verunmöglicht und die Abhängigkeit von Kohle, Öl, Gas und Uran aus Russland, Kasachstan, Niger und den Golf-Staaten massiv erhöht. Die Energiewende wurde nicht nur verschlafen, sie wurde ausgebremst und boykottiert.

In den letzten Jahrzehnten haben Stoiber, Seehofer und Söder sich aktiv gegen den Netzausbau, gegen Solarenergie und gegen Windenergie gestellt. Bereits heute gibt es große Regionen in Bayern, in denen Solarenergie nicht mehr ins Netz eingespeist werden darf, weil die Netze sonst überlastet werden. Wir setzen uns für dezentrale Netze ein statt großer Trassen und damit für Bürger:innenenergie.

Bayern muss hier einen neuen Weg in Richtung erneuerbare Energien einschlagen, sonst kann die Industrie hier nicht mehr produzieren und die Einwohner:innen können ihren Strom dann nicht mehr bezahlen.

- 714 • ~~**DIE LINKE fordert eine progressive Gestaltung der Energiepreise,**~~
 715 ~~**Grundkontingente müssen günstig sein, deutlich überdurchschnittlicher Verbrauch**~~
 716 ~~**dagegen besonders teuer.**~~

Erneuerbare Energien konsequent ausbauen! - Bürokratische Blockaden abbauen!

- 717 • **für die Nutzung 100% erneuerbarer Energie fordert DIE LINKE auf das**
 718 **Grundkontingent einen bayerischen Sonnengroschen – eine Förderung von 10**
 719 **Cent/kWh.**
- 720 • **Die Finanzierung der Energiesubventionen erfolgt durch die Einführung einer**
 721 **Übergewinnsteuer.**
- 722 • **Erneuerbare Energien müssen konsequent ausgebaut werden.**
- 723 • **Die 10-H-Regel muss unverzüglich abgeschafft werden.**
- 724 • **Es braucht eine Regelung, die es den Stadtwerken unkompliziert ermöglicht, den**
 725 **Strom aus PV-Anlagen, die aus der EEG-Förderung fallen, lokal zu vermarkten –**

726 **damit eröffnen sich für kommunale Stromanbieter Spielräume, eigene**
727 **Sozialtarife anzubieten.**

728 • **Neben dem Kohle-Ausstieg braucht es einen zeitnahen Gas-Ausstieg und der Atom-**
729 **Ausstieg ist für uns nicht rückverhandelbar.**

730 • **DIE LINKE fordert ein Verbot von Strom- und Gassperren.**

731 • **Ein Programm für Wärmedämmung das Mietshäuser in den Fokus nimmt und die**
732 **energetische Sanierungen sozial absichert, ist unerlässlich. Nach der Sanierung**
733 **dürfen die umgelegten Kosten nicht höher ausfallen als die eingesparten**
734 **Heizkosten.**

735

736 Über 80% der weltweiten Energienutzung stammt bis heute aus fossilen Energieträgern.
737 Die damit zwingend verbundenen Emissionen von CO2 zerstören unseren Planeten. Wenn
738 wir das nicht grundlegend und schnellstmöglich ändern, werden die Folgen irreversibel
739 sein!

740

741 Gleichzeitig hat die Energiekrise im vergangenen Jahr gezeigt, welche drastische
742 Folgen plötzliche Veränderungen im Energiesystem haben können. Während Wohlhabende
743 die steigenden Kosten zahlen können und energieintensive Unternehmen für Entlastungen
744 lobbyieren, bleiben ärmere Haushalte im Dunkeln und Kalten zurück.

745

746 Eine LINKE Energiepolitik muss deshalb die sozialen Aspekte der Energiewende immer
747 wieder nach vorne stellen. Dabei kommt es auf drei Ebenen an: Energieverbrauch,
748 Energieproduktion und Industrieprozesse.

749

750 Für eine sozial gerechte Energieversorgung braucht es progressive Gestaltung der
751 Energiepreise. Etliche Untersuchungen zeigen, je höher die Einkommen, umso höher der
752 Energieverbrauch oder anders gesagt, je größer der Geldbeutel, umso größer der CO2-
753 Ausstoß. Deshalb fordert DIE LINKE eine progressive Gestaltung der Energiepreise.
754 Grundkontingente für Strom und Wärme müssen bezahlbar sein für alle. Wer dagegen
755 Pool, Sauna oder übergroße Wohnungen heizt, sollte dafür deutlich mehr zahlen müssen.

756

757 Hierfür braucht es eine gesetzliche Regelung, die alle Energieversorger in die

758 Pflicht nimmt. Die Finanzierung dieser Maßnahmen kann beispielsweise durch die
759 Erhebung einer Übergewinnsteuer erfolgen.

760

761 Um auch ärmeren Haushalten die Anschaffung energiesparender Geräte und die Dämmung
762 veralteter Häuser zu ermöglichen, braucht es ein bayerisches Kreditprogramm, das für
763 diese mittelfristig geldsparenden Investitionen zinslose Kredite zur Verfügung
764 stellt. Geknüpft an eine klare Sozialprüfung soll hier der Staat für ärmere Haushalte
765 das Finanzierungsrisiko übernehmen.

766

767 In den nächsten Jahren werden zunehmend mehr PV-Anlagen aus der Förderung durch das
768 EEG fallen. Diese Anlagen können aber in aller Regel auf Jahre noch weiter sehr
769 günstigen Strom liefern. Hier braucht eine einfache, bürokratiearme Regelung, die es
770 kommunalen Energieversorgern ermöglicht, diesen Strom lokal zu vermarkten und damit
771 zusätzliche Spielräume in der Preisgestaltung zu gewinnen.

772

773 Für ein windkraftfreundliches Bayern muss selbstverständlich die 10-H-Regel endlich
774 kippen und weiterhin setzen wir darauf, dass der Atomausstieg nicht rückwirkend
775 verhandelbar ist, denn die Energiewende funktioniert nur mit zukunftsweisenden
776 erneuerbaren Energien.

777

778 Um die klimaintensive Industrie zu motivieren ihre Emissionen zu reduzieren, braucht
779 es zum einen eine Förderung der Forschung. Zum zweiten wäre eine Möglichkeit hier
780 Anreize zum Umbau zu setzen, die Auszahlung von Energiesparprämien an alle
781 Mitarbeiter:innen für erfolgte Einsparungen. Damit wäre gewährleistet, dass auch die
782 Belegschaft die Umsetzung mitvorantreibt und im Erfolgsfall dafür belohnt wird.

714 • **Die Energieversorgung muss wieder zurück in öffentliche oder genossenschaftliche**

715 **Hand**

716 • **DIE LINKE fordert eine progressive Gestaltung der Energiepreise,
Grundkontingente müssen günstig sein, deutlich überdurchschnittlicher Verbrauch
dagegen besonders teuer.**

717 • **~~für die Nutzung 100% erneuerbarer Energie fordert DIE LINKE auf das-~~**
718 **~~Grundkontingent einen bayerischen Sonnengroschen – eine Förderung von 10-~~**
719 **~~Cent/kWh.~~**

- Wir fordern den konsequenten Ausbau von erneuerbaren Energien!
- Wir fordern das Beheben von Blockaden und Hürden bei der Energiewende, insbesondere die unverzügliche Abschaffung der 10-H-Regel.
- Wir fordern eine Landesbehörde mit dem Auftrag „Koordination und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien“, die Verfahren durch den Behördenschwungel begleitet und beschleunigt.
- Wir fordern, dass die Optik im Sinne des Denkmalschutzes kein Grund gegen Photovoltaik ist. Der Denkmalschutz muss sich hier der Energiewende unterordnen!

Wir werden Bayern systematisch nach Chancen für Geothermie erkunden und diese Chancen nutzen. Biogasanlagen in Konkurrenz zur Nahrungsproduktion lehnen wir ab. Biogasanlagen sollen zur Verwertung von Ernteabfällen und Biomüll in der Nähe dienen; nicht über dutzende Kilometer von einem nur dafür gepflanzten Maisfeld mit Traktoren angefahren werden. Wir werden auch Genehmigungsverfahren für Agri-Photovoltaik vereinfachen.

Flächenmehrfachnutzung müssen wir ermöglichen.

Die Wasserstoffproduktion verursacht aktuell noch deutliche CO₂-Emissionen, weil sie größtenteils auf Erdöl basiert und Umstellungen, beispielsweise der Stahlindustrie weg von Kohle und Erdgas, werden den Bedarf an Wasserstoff noch weiter erhöhen. Wasserstoff wird daher kein Ersatz für das gesamte Erdgasnetz darstellen, sondern an einzelnen Punkten konzentriert eingesetzt werden.

Um die über Jahre aufgebauten rechtlichen Hürden für Erneuerbare Energien abzubauen fordern wir das Einreißen sämtlicher Blockaden und Hürden. Die 10-H-Regelung muss sofort fallen. Es kann nicht sein, dass Windräder weiter von Siedlungen entfernt sein müssen als Atomkraftwerke.

Zusätzlich müssen wir Genehmigungsverfahren beschleunigen. Hier fordern wir eine eigene Landesbehörde, die die Genehmigungsverfahren für Erneuerbare Energien zwischen den Behörden koordiniert und beschleunigt. Wir brauchen hier einen Turbo und kein vor sich hin plätschern!

Auch können an vielen Orten wegen der Veränderung der Optik beispielsweise keine Solaranlagen auf den Dächern von denkmalgeschützten Häusern errichtet werden. Hier müssen wir nachziehen und den Vorrang der Erneuerbaren Energien vor der Optik des Denkmalschutzes durchsetzen.

Trotzdem werden auch alle Maßnahmen zum Umstieg auf erneuerbare Energien nicht ausreichen den CO₂-Ausstoß auf ein klimaverträgliches Maß zu reduzieren – jede kWh die

nicht verbraucht wird, muss nicht erst umständlich produziert werden.

- 720 • ~~Die Finanzierung der Energiesubventionen erfolgt durch die Einführung einer~~
721 ~~Übergewinnsteuer.~~

Infrastruktur für die Energiewende stärken!

- 722 • ~~Erneuerbare Energien müssen konsequent ausgebaut werden.~~

Bayern betreibt nach wie vor Kohlekraftwerke. Diese müssen so schnell wie möglich, spätestens aber bis 2025 abgeschaltet werden. Auch der Gasausstieg ist notwendig. Deswegen fordern wir ein Programm zum Gasausstieg bis 2040. Atomenergie ist keine Alternative.

In den letzten Jahrzehnten hat die Landesregierung es verpasst, die Verteilnetze für Strom und Fernwärme auszubauen. Deswegen brauchen wir hier ein intensives Ausbauprogramm. Hier sollen die bayerischen Landesenergiewerke den Netzbau aktiv vorantreiben. Weiter sollen sie auch Stromspeicher, Windenergie und Solarenergie im großen Stil ausbauen.

- 723 • ~~Die 10-H-Regel muss unverzüglich abgeschafft werden.~~

Nachbarschaften zu Energiequartieren ausbauen!

- 724 • ~~Es braucht eine Regelung, die es den Stadtwerken unkompliziert ermöglicht, den~~
725 ~~Strom aus PV-Anlagen, die aus der EEG-Förderung fallen, lokal zu vermarkten —~~
726 ~~damit eröffnen sich für kommunale Stromanbieter Spielräume, eigene —~~
727 ~~Sozialtarife anzubieten.~~

Rehbichl (Pfronten), Neustadt (Moosburg a.d. Isar), Margaretenau (Regensburg) und Neuaubing-Westkreuz (München) machen es in Bayern bereits vor. Die Energiewende schaffen wir nicht nur durch Einzellösungen für jede Wohnung. Wir brauchen dezentrale weitgehend selbstversorgende Nachbarschaften. Das erhöht die Bereitschaft zum Ausbau der Erneuerbaren Energien, schont das Netz und senkt den Strompreis.

Bestehende Förderprogramme der EU und des Bundes zur energetischen Stadtsanierung und zu energetischem Quartiersmanagement müssen gestärkt und notfalls übernommen werden. Strom und Wärmeversorgung in Bürger:innenhand.

Bürgerenergiegenossenschaften müssen gestärkt werden. Sie sind eine mögliche Organisationsform, wie Bürger:innen gemeinsam die Energieversorgung (Strom und Wärme) sicherstellen können. Hier müssen wir insbesondere die Windkraft in Bayern stärken und die Bürger:innen über Bürger:innenenergiegenossenschaften direkt beteiligen.

Indem wir Kommunen ein Förderprogramm zum Aufbau von Energiespeichern geben, können es sich Kommunen leisten, ihre Industrie am Standort zu halten und die Einwohner:innen zu versorgen. Wir brauchen starke und verlässliche Partner:innen in der Energiewende.

- 728 • ~~Neben dem Kohle-Ausstieg braucht es einen zeitnahen Gas-Ausstieg und der Atom-~~
729 ~~Ausstieg ist für uns nicht rückverhandelbar.~~

Bürger:innen an der Energiewende beteiligen!

- 730 • ~~DIE LINKE fordert ein Verbot von Strom- und Gassperren.~~

2025 werden flexible Strompreise deutschlandweit zum Verbraucher:innenrecht. Um den günstigen Sonnenstrom auch als Bürger:innen und vor allem Mieter:innen nutzen zu können, müssen Stromspeicher von bis zu 5 kWh direkt bei den Verbraucher:innen gefördert werden.

Das schont Netze und senkt Kosten.

Balkonsolkraftwerke geben auch Mieter:innen eine Möglichkeit, Ihren Anteil zur Energiewende beitragen zu können und Ihren Strombedarf aus dem Netz zu reduzieren.

Mit der Ersatzbeschaffung von Elektrogeräten kann der Stromverbrauch massiv reduziert werden. Alte Kühl- und Gefrierschränke, Geschirrspüler und Waschmaschinen brauchen ein vielfaches von modernen neuen Geräten. Neugeräte sparen hier schon mittelfristig Kosten, weswegen wir die Anschubfinanzierung fördern müssen.

Offene Löcher, schlecht abgedichtete Fenster und Türrahmen lassen viel Wärme aus der Wohnung abfließen und erhöhen den Heizbedarf. Die Wärmedämmung ist daher notwendig, darf aber nicht zu Lasten von Mieter:innen gehen, die sich anschließend die Miete nicht mehr leisten können. Sie darf daher nicht auf die Kaltmiete umgelegt werden.

Wärmepumpen sind die klimafreundliche und energieeffiziente Möglichkeit, Räume warm zu halten. Der Einbau von Wärmepumpen muss sich vervielfachen und genau deswegen müssen wir ihn fördern.

Es kann nicht sein, dass Großunternehmen günstige Preise direkt von den Strombörsen erhandeln können und einfache Mieter:innen kein Geld für das Heizen, den Herd oder den Kühlschrank haben. Wir müssen ein kulturfähiges Grundkontingent an Energiebedarf schützen und günstig anbieten. Wir fordern eine progressive Gestaltung der Energiepreise, Grundkontingente müssen günstig sein, deutlich überdurchschnittlicher Verbrauch dagegen besonders teuer. Menschen dürfen nicht in kalten Wohnungen sitzen bleiben oder keinen Strom zum Kochen haben. Deswegen fordern wir ein Verbot von Strom- und Gassperren.

- 731 • **Ein Programm für Wärmedämmung das Mietshäuser in den Fokus nimmt und die**
 732 **energetische Sanierungen sozial absichert, ist unerlässlich. Nach der Sanierung**
 733 **dürfen die umgelegten Kosten nicht höher ausfallen als die eingesparten**
 734 **Heizkosten.**
- 730 • ~~**DIE LINKE fordert ein Verbot von Strom- und Gassperren.**~~

2025 werden flexible Strompreise deutschlandweit zum Verbraucher:innenrecht. Um den günstigen Sonnenstrom auch als Bürger:innen und vor allem Mieter:innen nutzen zu können, müssen Stromspeicher von bis zu 5 kWh direkt bei den Verbraucher:innen gefördert werden. Das schont Netze und senkt Kosten.

Balkensolarkraftwerke geben auch Mieter:innen eine Möglichkeit, Ihren Anteil zur Energiewende beitragen zu können und Ihren Strombedarf aus dem Netz zu reduzieren.

Mit der Ersatzbeschaffung von Elektrogeräten kann der Stromverbrauch massiv reduziert werden. Alte Kühl- und Gefrierschränke, Geschirrspüler und Waschmaschinen brauchen ein vielfaches von modernen neuen Geräten. Neugeräte sparen hier schon mittelfristig Kosten, weswegen wir die Anschubfinanzierung fördern müssen.

Offene Löcher, schlecht abgedichtete Fenster und Türrahmen lassen viel Wärme aus der Wohnung abfließen und erhöhen den Heizbedarf. Die Wärmedämmung ist daher notwendig, darf aber nicht zu Lasten von Mieter:innen gehen, die sich anschließend die Miete nicht mehr leisten können. Sie darf daher nicht auf die Kaltmiete umgelegt werden.

Wärmepumpen sind die klimafreundliche und energieeffiziente Möglichkeit, Räume warm zu halten. Der Einbau von Wärmepumpen muss sich vervielfachen und genau deswegen müssen wir ihn fördern.

Es kann nicht sein, dass Großunternehmen günstige Preise direkt von den Strombörsen erhandeln können und einfache Mieter:innen kein Geld für das Heizen, den Herd oder den Kühlschrank haben. Wir müssen ein kulturfähiges Grundkontingent an Energiebedarf schützen und günstig anbieten. Wir fordern eine progressive Gestaltung der Energiepreise, Grundkontingente müssen günstig sein, deutlich überdurchschnittlicher Verbrauch dagegen besonders teuer. Menschen dürfen nicht in kalten Wohnungen sitzen bleiben oder keinen Strom zum Kochen haben. Deswegen fordern wir ein Verbot von Strom- und Gassperren.

Energieverschwendung beenden

- Wir fordern ein Bayerisches Energie-Effizienz-Gesetz, mit weitreichenderen Zielen als im

Bund

- Wir fordern eine konsequente Förderung von Maßnahmen zur Energieeinsparung auf allen

Ebenen

- Wir fordern eine Aufklärungskampagne, die Unternehmen und Bürger:innen über

Energieverschwendung und deren Beseitigung informiert

- Wir fordern konkrete Verbrauchsgrenzen für Luxus-Güter mit zu hohem Energieverbrauch

Energiesparen ist unsere sinnvollste Energiequelle. Mit einem eigenen Energie-Effizienz-Gesetz

kann Bayern die Weichen für die Zukunft stellen: 45 % Energieeinsparung bis 2030, ein

umfassendes Monitoring, festgelegte Sektorziele und deren verpflichtende Umsetzung sind

notwendig, um die Pariser Klimaziele nicht vollständig zu verfehlen.

Es braucht ein umfassendes Förderungsprogramm, das die Anschaffung energiesparender

Technologien ermöglicht, das Anreize zur Wärmedämmung schafft von der Mieter:innen und

Vermieter:innen profitieren, das kostenfreie Kleinstkredite anbietet für die Anschaffung

energiesparender Alltagsgeräte und das von der Verwaltung zeitnah umgesetzt werden kann.

Mit einem proaktiven Aufklärungsprogramm müssen Bürger:innen und Unternehmen

angesprochen und auf Energieverschwendung im Alltag und deren Beseitigung aufmerksam

gemacht werden. Hierfür braucht es persönliche Ansprechpartner:innen in den

Energieagenturen der Landkreise, die mit Angeboten auf die Unternehmen, Kommunen und

Bürger:innen zugehen. Wir stehen für eine ehrliche Anti-Verschwendungspolitik, die nicht

Bürger:innen belehrt, wie man Waschlappen nutzt.

Überdimensionierter Luxus-Konsum der Reichsten verbraucht enorme Mengen Energie. Diese

Verschwendung muss schnellstens beendet werden. Insbesondere im Bereich Verkehr mit

Privatjets und Mega-Yachten, aber auch völlig überdimensionierten PKWs braucht es klare

Begrenzungen, die die Energieverschwendung eindämmen. Riesige Wohnungen mit

Außenpools, die im Winter geheizt und im Sommer womöglich noch gekühlt werden, stellen

auf vielen Ebenen ein massives Problem dar, wenn sie nur von einer oder wenigen Personen

bewohnt werden. Entsprechend müssen wir die Frage aufwerfen, welche Wohnflächen wir uns

als Gesellschaft leisten können. Unsere Antwort ist klar: Wir fordern konkrete

Verbrauchsgrenzen, die den Wohlstand der breiten Mehrheit erhalten, aber die Verschwendung

der Reichsten beenden.

- 731 • **Ein Programm für Wärmedämmung das Mietshäuser in den Fokus nimmt und die**
- 732 **energetische Sanierungen sozial absichert, ist unerlässlich. Nach der Sanierung**
- 733 **dürfen die umgelegten Kosten nicht höher ausfallen als die eingesparten**
- 734 **Heizkosten.**

735

736 ~~Über 80% der weltweiten Energienutzung stammt bis heute aus fossilen Energieträgern.~~
737 ~~Die damit zwingend verbundenen Emissionen von CO2 zerstören unseren Planeten. Wenn~~
738 ~~wir das nicht grundlegend und schnellstmöglich ändern, werden die Folgen irreversibel~~
739 ~~sein!~~

740

741 ~~Gleichzeitig hat die Energiekrise im vergangenen Jahr gezeigt, welche drastische~~
742 ~~Folgen plötzliche Veränderungen im Energiesystem haben können. Während Wohlhabende~~
743 ~~die steigenden Kosten zahlen können und energieintensive Unternehmen für Entlastungen~~
744 ~~lobbyieren, bleiben ärmere Haushalte im Dunkeln und Kalten zurück.~~

745

746 ~~Eine LINKE Energiepolitik muss deshalb die sozialen Aspekte der Energiewende immer~~
747 ~~wieder nach vorne stellen. Dabei kommt es auf drei Ebenen an: Energieverbrauch,~~
748 ~~Energieproduktion und Industrieprozesse.~~

749

750 ~~Für eine sozial gerechte Energieversorgung braucht es progressive Gestaltung der~~
751 ~~Energiepreise. Etliche Untersuchungen zeigen, je höher die Einkommen, umso höher der~~
752 ~~Energieverbrauch oder anders gesagt, je größer der Geldbeutel, umso größer der CO2-~~
753 ~~Ausstoß. Deshalb fordert DIE LINKE eine progressive Gestaltung der Energiepreise.~~
754 ~~Grundkontingente für Strom und Wärme müssen bezahlbar sein für alle. Wer dagegen~~
755 ~~Pool, Sauna oder übergroße Wohnungen heizt, sollte dafür deutlich mehr zahlen müssen.~~

756

757 ~~Hierfür braucht es eine gesetzliche Regelung, die alle Energieversorger in die~~
758 ~~Pflicht nimmt. Die Finanzierung dieser Maßnahmen kann beispielsweise durch die~~
759 ~~Erhebung einer Übergewinnsteuer erfolgen.~~

760

761 ~~Um auch ärmeren Haushalten die Anschaffung energiesparender Geräte und die Dämmung~~
762 ~~veralteter Häuser zu ermöglichen, braucht es ein bayerisches Kreditprogramm, das für~~
763 ~~diese mittelfristig geldsparenden Investitionen zinslose Kredite zur Verfügung~~
764 ~~stellt. Geknüpft an eine klare Sozialprüfung soll hier der Staat für ärmere Haushalte~~
765 ~~das Finanzierungsrisiko übernehmen.~~

766

767 In den nächsten Jahren werden zunehmend mehr PV-Anlagen aus der Förderung durch das
 768 EEG fallen. Diese Anlagen können aber in aller Regel auf Jahre noch weiter sehr
 769 günstigen Strom liefern. Hier braucht eine einfache, bürokratiearme Regelung, die es
 770 kommunalen Energieversorgern ermöglicht, diesen Strom lokal zu vermarkten und damit
 771 zusätzliche Spielräume in der Preisgestaltung zu gewinnen.

772

773 Für ein windkraftfreundliches Bayern muss selbstverständlich die 10-H-Regel endlich
 774 kippen und weiterhin setzen wir darauf, dass der Atomausstieg nicht rückwirkend
 775 verhandelbar ist, denn die Energiewende funktioniert nur mit zukunftsweisenden
 776 erneuerbaren Energien.

777

778 Um die klimaintensive Industrie zu motivieren ihre Emissionen zu reduzieren, braucht
 779 es zum einen eine Förderung der Forschung. Zum zweiten wäre eine Möglichkeit hier
 780 Anreize zum Umbau zu setzen, die Auszahlung von Energiesparprämien an alle
 781 Mitarbeiter:innen für erfolgte Einsparungen. Damit wäre gewährleistet, dass auch die
 782 Belegschaft die Umsetzung mitvorantreibt und im Erfolgsfall dafür belohnt wird.

778 Um die klimaintensive Industrie zu motivieren ihre Emissionen zu reduzieren, braucht
 779 es zum einen eine Förderung der Forschung. Zum zweiten wäre eine Möglichkeit hier
 780 Anreize zum Umbau zu setzen, die Auszahlung von Energiesparprämien an alle
 781 Mitarbeiter:innen für erfolgte Einsparungen. Damit wäre gewährleistet, dass auch die
 782 Belegschaft die Umsetzung mitvorantreibt und im Erfolgsfall dafür belohnt wird.

Unternehmen zur Energiewende zwingen!

Wir fordern, dass energieintensive Unternehmen (mehr als 20 kW Peakleistung) in Bayern bis 2030 mindestens 50 Prozent ihres jährlichen Energiebedarfs selbst aus erneuerbaren Energien produzieren müssen.

- Wir fordern, dass alle Unternehmen in Bayern bis 2030 mindestens ein Prozent ihres jährlichen Energiebedarfs in erneuerbaren Energiespeichern puffern können und diesen Anteil bis 2040 auf fünf Prozent ausbauen.
- Wir fordern Kontroll- und Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte bei der Transformation hin zu erneuerbaren Energien.
- Wir fordern, dass der Anteil an Eigenproduktion erneuerbarer Energien Teil der Vergabekriterien für öffentliche Aufträge wird. Höhere Anteile müssen sich in der Vergabe

von Land und Kommunen lohnen!

Bayern hat viele energieintensive Betriebe. Darunter auch Stahl-, Eisen- und chemische Industrie. Die Unternehmen haben es in den letzten zwei Jahrzehnten verpasst, sich selbst um ihre Energieversorgung zu kümmern. Wir fordern daher die erneuerbare Eigenproduktion von mindestens der Hälfte des jährlichen Energiebedarfs von Unternehmen, die mindestens 20 kW Peakleistung aus dem Netz abrufen. Unternehmen müssen sich ihre Energieversorgung selbst sichern und Betriebsräte bei dieser Transformation mit Kontroll- und Mitbestimmungsrechten einbinden. Alleine stellen sich die Unternehmen nicht um, wir müssen sie zwingen.

Große Speicher belasten die Netze ebenso, wie es große Verbräucher oder Erzeuger in der Gegenwart bereits tun. Wir müssen daher dezentrale Speicher schaffen und Unternehmen in die Pflicht nehmen. Mit fünf Prozent des Jahresgesamtenergiebedarfs in erneuerbaren Energiespeichern können sich Unternehmen 18 Tage lang ohne Sonne und Wind versorgen und stabilisieren gleichzeitig die Netze. Wenn Unternehmen sich für den Winter selbst vorbereiten, können Kommunen sich vollständig auf ihre Bürger:innen konzentrieren. Es kann nicht sein, dass die Versäumnisse der Unternehmen zu Stromausfällen bei Mieter:innen führen.

Um den Unternehmen einen wirtschaftlichen Anreiz zu geben, muss die Eigenproduktion Erneuerbarer Energien Teil der Vergabekriterien öffentlicher Aufträge werden. Mit Druck der Arbeiter:innen in den Betriebsräten und Druck beim Zuschlag von Aufträgen zwingen wir Unternehmen in die Energiewende.

1 **8. Mobilität**

2 Mobilität ist ein Grundbedürfnis. Damit alle mobil sein können, müssen die
3 Voraussetzungen geschaffen werden. Mobilität muss in Zeiten der Klimakrise auch
4 klimafreundlich sein. Wir wollen daher den Fokus legen auf Fußgänger:innen,
5 Radfahrer:innen und der ÖPNV bilden das Herzstück. Wir wollen den Umstieg vom Auto
6 auf Bus und Bahn – für alle bezahlbar und attraktiv.

7 **Mehr ÖPNV**

8 Mobilität ist ein Bedürfnis der Menschen in unserer Zeit. Mobilität muss dem Menschen
9 möglich sein mit möglichst wenig Auswirkungen auf andere Menschen und unsere Umwelt.
10 Daraus ergeben sich für uns folgende Grundsätze:

11

- 12 • **Weniger ist mehr. Verkehrsvermeidung bringt mehr Lebensqualität für Menschen und**

13 **Waren und entlastet die Anwohner:innen der Verkehrswege.**

14 • **Verkehr muss umweltfreundlich gestaltet werden.**

15 • **Deshalb wollen wir eine Verkehrswende, die Fuß- und Radverkehr im Nahbereich**
16 **fördert. In der Region ist der Öffentliche Nahverkehr das Verkehrsmittel der**
17 **Wahl. Im nationalen und internationalen Fernverkehr muss der Bahn Priorität**
18 **eingeräumt werden. Die unterschiedlichen Arten der Mobilität müssen bestmöglich**
19 **miteinander vernetzt werden.**

20

21 In der Übergangsphase, solange Menschen auf das Auto angewiesen sind, kann der
22 Individualverkehr mit E-Autos oder umweltfreundlichen Alternativen erfolgen.

23

24 Unsere Städte müssen fitter gemacht werden für den Klimawandel. Das bedeutet, dass
25 Flächen umgenutzt werden müssen:

26

27 • **Wir wollen mehr Bäume und Parks für eine kühlere Stadt statt Parkplätze und**
28 **überbreiter Straßen.**

29 • **Es braucht eine integrierte Stadt- und Regionalplanung für weniger Verkehr**
30 **zwischen Wohnung, Stätten des täglichen Bedarfs und dem Arbeitsplatz.**

31 • **Der Verkehrslärm muss minimiert werden.**

32 • **Der Verkehr muss verlagert werden auf Fahrrad und ÖPNV und Fußverkehr im Sinne**
33 **der Umwelt und der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer:innen.**

34 • **Wir wollen eine Beschleunigung des ÖPNV durch eigene Spuren und eine eigene**
35 **Infrastruktur.**

36 • **Wir legen einen Fokus auf die Bevorzugung von oberirdischen Strecken, die**
37 **weitaus energieeffizienter sind.**

38

39 **Den ÖPNV vom Fahrgast aus denken!**

40 Neben der Preise wollen wir den ÖPNV auch in der Taktung und Erreichbarkeit der
41 Angebote in der Fläche attraktiver gestalten, nur so können Menschen zum Umsteigen
42 bewegt werden.

43

- 44 • **Wir machen den Berufs- und Pendlerverkehr attraktiver und preiswerter durch ein**
- 45 **einheitliches Ticket zu einem günstigen Preis.**
- 46 • **Der Gelegenheitsverkehr mit einem Tagesticket (Arzt-, Behörden-,**
- 47 **Einkaufsverkehr, ...) muss günstiger sein als ein Parkticket.**
- 48 • **In den Tourismusgebieten muss eine Kurtaxe den ÖPNV einschließen.**
- 49 • **Für Schüler:innen, Student:innen und Sozialleistungsbezieher:innen muss es ein**
- 50 **Sozialticket geben.**
- 51 • **Wir fordern ein 29-€-Ticket für Bayern und ein 9-€-Bayern-Monatsticket für**
- 52 **Schüler:innen, Student:innen und Sozialleistungsbezieher:innen, das 30 Tage ab**
- 53 **Kaufdatum gültig ist.**
- 54 • **Für Gelegenheitsnutzer:innen braucht es ein 10€-Wochenticket, das 7 Tage ab**
- 55 **Kaufdatum gültig ist und ein 3€-Tagesticket.**
- 56 • **Perspektivisch ist unsere Vision ein kosten- und damit ticketfreier Nahverkehr.**
- 57 • **Wir wollen eine höhere Taktung der Angebote sowie bessere Bedingungen zu**
- 58 **Tagesrandzeiten, ggf. durch On-Demand-Angebote.**
- 59 • **Es braucht mehr Kapazitäten dort, wo Überlastung der Fahrzeuge droht.**
- 60 • **Um alle mitzunehmen, muss Barrierefreiheit Standard sein.**
- 61 • **Wir entwickeln den Nahverkehr und vernetzen ihn mit dem Fernverkehr**
- 62 **(Deutschlandtakt).**
- 63 • **Die Anbindung der kleinen Kommunen außerhalb der Ballungszentren soll über On-**
- 64 **Demand-Verkehre ohne lange Wartezeiten entwickelt und integriert werden in den**
- 65 **Regional- und**
- 66 **Fernverkehr. Kleinere Städte und Gemeinden müssen direkt untereinander vernetzt**
- 67 **werden, statt nur über Umwege durch Ballungszentren erreichbar zu sein.**
- 68 • **~~Photovoltaik auf dem Land fördern wir zur Gewinnung günstigen Stroms nicht nur~~**
- 69 **~~für Mobilität.~~**
- 70 • **Bahnhöfe und Busbahnhöfe entwickeln wir als Mobilitätszentren (Bahn, Bus,**
- 71 **Carsharing, Taxi, Bikesharing, bewachte Fahrradparkplätze) mit integrierten**
- 72 **Versorgungseinrichtungen (Einkaufen, Gastronomie, WC, ...) und als**
- 73 **Begegnungszentren mit Aufenthaltsqualität**
- 74 • **Fahren ohne Ticket muss entkriminalisiert werden. Es darf höchstens als**
- 75 **Ordnungswidrigkeit gewertet werden, vergleichbar mit einem Bußgeld, das sich am**

74 **verbotenen Parken auf Behindertenparkplätzen orientiert.**

75

76 Das 9-Euro Ticket hat es gezeigt: Wenn der Preis stimmt, steigen die Menschen um.
77 Daher muss ein kostengünstiges Angebot verstetigt werden und perspektivisch auf einen
78 kostenfreien Nahverkehr hingearbeitet werden.

79 Wir brauchen eine Strategie für den ÖPNV und eine Verkehrswende, die schnell
80 Entlastung für die Menschen bringt, die in den Ballungsgebieten besonders unter den
81 Belastungen des Autoverkehrs leiden. Wir schaffen Anreize, um insbesondere kurze
82 Strecken zu Fuß, mit dem Fahrrad und dem ÖPNV zurückzulegen. Ein Umstieg auf den ÖPNV
83 entlastet die Städte von Verkehr, von CO₂- und NO_x-Gasen, Feinstaub und Lärm.

84 Unsere Strategie für mehr öffentlichen Verkehr sieht eine Priorisierung vor, die sich
85 daran ausrichtet, schnell attraktiver für viele Fahrgäste zu werden.

86

87 **Radverkehr – schnell und sicher unterwegs**

88 Ein Teil zur Lösung der immensen Verkehrsprobleme ist das Fahrrad. Denn in Stadt und
89 Land sind viele Strecken, die Menschen zurücklegen, kürzer als 10 Kilometer.
90 Fahrräder sind preiswert, ökologisch und benötigen wenig Geld und Raum für die
91 Infrastruktur. Dennoch finden sie bisher noch nicht die notwendige Beachtung bei der
92 Umsetzung der notwendigen Verkehrswende. Das muss sich ändern!

- 93 • **Wir wollen die landesweite Planung des Radwegenetzes, insbesondere auch über**
94 **Gemeinde- und Kreisgrenzen hinweg. Die Radwege sollen den aktuellen Standards**
95 **der Niederlande entsprechen.**
- 96 • **Es braucht die Unterstützung der Kommunen beim Ausbau des Radwegenetzes und**
97 **Fahrradständern.**
- 98 • **Die Schaffung von Ladestationen für E-Bikes, sowie bewachte Radstationen an**
99 **Bahnhöfen und Abstellplätzen für Lastenräder bringen wir voran.**
- 100 • **Wir bestehen auf die Förderung sicherer Abbiegemöglichkeiten und separater**
101 **Radwege.**
- 102 • **Ausreichende und kostenfreie Radmitnahme-Kapazitäten im Nahverkehr müssen drin**
103 **sein.**
- 104 • **Wir wollen komfortable und sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder in**
105 **Fahrradhäusern an Verkehrsknotenpunkten sowie wohnortnahe**

106 **Fahrradunterstellmöglichkeiten in Fahrradhäuschen.**

107 • **Wir fordern den Ausbau von Radwegen an Straßen des Landes und Radschnellwegen**

108 • **Es braucht einen ausdefinierten Stellplatzschlüssel für sichere**

109 **Fahrradabstellanlagen im Wohnungsneubau.**

110 • **Wir unterstützen den Radentscheid Bayern.**

111 Denn mit einem größeren Anteil an Fahrrädern können wir Lärm-, Schadstoff- und
112 Gesundheitsbelastungen reduzieren und Innenstädte autofrei umgestalten. Deshalb kommt
113 dem Ausbau des inner- und überörtlichen Radwegenetzes eine bedeutende Rolle zu.

114 Dieser Ausbau kann nicht nur durch Neubau erfolgen, sondern vorrangig durch
115 Umverteilung von Verkehrsflächen – hin zum Fahrrad, auch damit nicht immer neue
116 Flächen versiegelt werden müssen. Dabei ist sicherzustellen, dass der Radverkehr als
117 Teil des Umweltverbundes den ÖPNV sinnvoll ergänzt. Deshalb braucht es sichere
118 Fahrradabstellmöglichkeiten an Bushaltestellen und Bahnhöfen, insbesondere im
119 ländlichen Raum. Das Radwegenetz und die Infrastruktur sollen zur Erledigung von
120 Fahrten mit dem Fahrrad einladen und das Radfahren auch sicherer werden lassen. Mit
121 dem Aufkommen von E-Bikes, Pedelecs und Lastenrädern lassen sich auch im ländlichen
122 Raum übliche alltägliche Strecken mit dem Rad zurücklegen und alltägliche Aufgaben
123 leichter ohne Auto erledigen. Gerade in Innenstädten kann auch der Transport von
124 leichten Gütern etwa bei Paket- oder Lieferdiensten klimafreundlich aufs Fahrrad
125 verlagert werden

126

127 **Umsetzung der Verkehrswende**

128 Die Verkehrswende gelingt nicht von allein, dazu braucht es politischen Willen, Geld
129 in die Hand zu nehmen und die Ideen umzusetzen – wir als LINKE stehen dafür ein.

130

131 • **Wir wollen eine gute finanzielle Ausstattung aller Projekte für die**
132 **Verkehrswende durch Umwidmung von Mitteln sowie der Erschließung neuer Quellen**

133 • **zur Finanzierung.**

• **Wir fordern einen sofortigen Genehmigungsstopp für Autobahnneubau und Ausbau in Bayern, damit werden zusätzliche Mittel frei.**

134 • **Damit finanzieren wir die Modernisierung der bestehenden Eisenbahnstrecken, die**
135 **Elektrifizierung und den zweigleisigen Ausbau von Eisenbahn-Nebenstrecken sowie**

136 **die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Eisenbahnstrecken.**

137 • **Der Ausbau der sozialen Infrastruktur (insbesondere sanitäre Anlagen an den**
138 **Pausenplätzen) muss unverzüglich erfolgen.**

139 • **Unternehmen im ÖPNV müssen entsprechend der Tarifverträge bezahlen.**

140 Ein Verkehrssystem, das auf massenhaften motorisierten Individualverkehr setzt, ist
ökologisch, ökonomisch und gesellschaftlich ineffizient und kann darum keine Zukunft
haben. Entsprechend müssen die Gelder umgewidmet werden. Für die Menschen, die noch
auf das Auto als Verkehrsmittel angewiesen sind, setzen wir auf Carsharing und E-
Mobilität.

141 Als Basis für die Ermöglichung der Verkehrswende muss mit Steuermitteln die
142 Modernisierung und eine gute personelle Ausstattung des ÖPNV angegangen werden. Diese
143 Mittel kommen aus einer Umwidmung der Mittel für den Straßenneubau, höhere
144 Parkgebühren, eine Citymaut in den großen Städten und Steuern auf Kerosin für
145 Flugzeuge. Damit entwickeln wir die schienengebundene Infrastruktur und können mehr
146 Personal einstellen, das gegenwärtig überall fehlt: Daher wollen wir die
147 Arbeitsplätze attraktiver machen, z.B. durch kürzere Wochenarbeitszeiten und einen
Ausbau der Pausenmöglichkeiten. Eine Förderung der Ausbildung zu den Berufsbildern
148 in und um den Nah- und Güterverkehr durch das Land und die Arbeitsagentur gehört
149 dazu, denn die einzelnen Unternehmen sind mit der Ausbildung finanziell überfordert.
150 Deshalb ist es eine gesellschaftliche Aufgabe, Menschen die Ausbildung zu
151 finanzieren. Das kann auch eine Chance für benachteiligte Gruppen am Arbeitsmarkt
152 sein.

153

154 **Güterverkehr**

155 Der Güterverkehr ist in einer globalisierten Welt nicht wegzudenken. Doch für eine
156 echte Verkehrswende braucht es auch hier ein Umdenken hin zu mehr regionalen
157 Wirtschaftskreisläufen sowie Schiene und intelligenten Verteil-Systemen.

158

159 • **Wir fordern neue Verladestationen für LKW und Container und ein größeres Angebot**
160 **an Zügen und Verbindungen.**

161 • **Die Feinverteilung in der Stadt wollen wir bündeln und auf emissionsfreien**
162 **Verkehr umstellen.**

163

164 Die wichtigste Aufgabe ist es, den Güterverkehr zu reduzieren und umweltgerechter
165 abzuwickeln. Wir müssen wieder mehr Güterverkehr auf die Schiene bringen. Dazu sind
166 aus Mauteinnahmen Infrastrukturen zu schaffen und die Verlagerung auf die Schiene zu
167 subventionieren. Die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene erfordert einen
168 deutlichen Ausbau des verkehrsmittelübergreifenden Containerverkehrs. Dafür müssen
169 größere Gewerbegebiete wieder mit Gleisanschlüssen ausgestattet werden. Neue,
170 aufkommensstarke Gewerbegebiete sollen nur noch mit Gleisanschluss genehmigt werden.
171 Wir fordern ferner erste Schritte in Richtung eines öffentlichen und
172 schienengebundenen Güterverkehrs mit Hilfe kommunaler Packstationen und kleinerer
173 Güterbahnhöfe, vor allem im ländlichen Raum. In den Ballungsgebieten sollen die
174 kommunalen Verkehrsbetriebe prüfen, ob und wie Güterverkehre auf die kommunale
175 Schiene verlagert werden können. Dafür ist eine bessere Verknüpfung der
176 überregionalen Bahn mit dem kommunalen Schienennetz nötig.

177

178 9. Gesundheit und Pflege

179 Nicht erst seit der Pandemie ist klar, unser ~~Gesundheitssystem~~Gesundheits- und
Pflegesystem ist am Limit - an
180 Qualität und Personal wir gespart, zugunsten von Rentabilität und Gewinnmaximierung
181 und auf Kosten von Patienten und Personal, das dem Druck kaum noch Stand hält. Doch
182 Gesundheit und Pflege ist keine Ware - dass der Mensch wieder im Mittelpunkt steht
und die
183 Beschäftigten endlich wieder ihre Arbeit tun können, ohne unter der Belastung zu
184 zerbrechen, dafür setzen wir uns ein.

185 Überall gut versorgt

186 Die gesundheitliche Versorgung zwischen Krankenhäusern, Arztpraxen und diesen
kommunale Versorgungszentren muss für alle gut erreichbar sein. Ob ambulant oder
187 stationär, ob in der Stadt oder auf dem Land: Alle müssen gut versorgt sein –
188 unabhängig vom Geldbeutel.

- 189 • ~~Wir wollen kommunale Versorgungszentren bzw. Polikliniken einrichten. Mobile-~~
190 ~~Arztpraxen und vernetzte Filialpraxen müssen eingeführt werden, um auch in-~~
191 ~~ländlichen Regionen die Versorgung sicherzustellen.~~

- Wir wollen kommunale Versorgungszentren bzw. Polikliniken einrichten. Mobile Arztpraxen und vernetzte Filialpraxen müssen eingeführt werden, um auch in ländlichen Regionen die Versorgung sicherzustellen.
- Die Kassenärztliche Vereinigung Bayern hat die Aufgabe, eine flächendeckende und wohnortnahe ärztliche Versorgung sicherzustellen. In vielen Bereichen sind lange Wartezeiten auf einen Arzttermin immer noch Realität – trotz guter Versorgungszahlen auf dem Papier. Im Rahmen einer gesamtbayerischen Gesundheitsplanung, die neben dem stationären auch den ambulanten und pflegerischen Bereich sowie den öffentlichen Gesundheitsdienst mit einbezieht, müssen zusätzliche Steuerungsinstrumente entwickelt werden, mit denen eine am Bedarf ausgerichtete Verteilung von Praxen und Versorgungszentren erreicht wird. Gemeinden und Städte und Patient*inneninitiativen müssen darüber hinaus bei der ambulanten Bedarfsplanung ein Mitspracherecht erhalten. Wir wollen eine kleinräumigere Bedarfsplanung.

- 192 • **Zur sektorenübergreifenden Zusammenarbeit benötigt es eine bessere Kooperation**
 193 **zwischen Krankenhäusern und Arztpraxen. Insbesondere Hausarztpraxen auf dem Land**
 194 **bedarf es einer besonderen Unterstützung. Wir richten barrierefreie Shuttle-**
 195 **Services zu Arztpraxen ein.**
- 196 • **Wir stellen eine wohnortnahe Apothekenversorgung auch finanziell sicher.**
- 197 • **Wir richten ein Landesprogramm „Medizinische Versorgung im ländlichen Raum“ ein,**
 198 **um eine flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung zu garantieren.**
- 199 • **Zur langfristigen Arztversorgung ~~sorgen wir für ein ausreichendes Angebot an~~**
 200 **Medizinstudienplätzen stärken den Einsatz und ~~sorgen für eine Ausbildung speziell~~**
 201 **geschulter die Studiengänge spezieller**
Fachkräfte (~~„Gemeindeschwestern“~~), („Community Health Nurses“)
- 202 • **Nicht zuletzt streiten wir für eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der**
 203 **Zwei-Klassen- Versicherung: Eine „Solidarische Gesundheits- und**
 204 **Pflegeversicherung“ – für alle! In diese müssen alle einzahlen, auch**
 205 **Politiker*innen, Selbstständige sowie Beamt*innen. Zur Berechnung sollen alle**
 206 **Einkommensarten herangezogen werden, inklusive Kapitalerträgen und Einnahmen aus**
 207 **Vermietung und Verpachtung.**

208 ~~Gesundheitsversorgung~~ Gesundheits- und Pflegeversorgung ist unsere gesellschaftliche
 Daseinsvorsorge. Wir fordern einen
 209 klugen und innovativen Einsatz der Gelder in unserem Gesundheitswesen für den Umbau

210 hin zu einer zukunftsfähigen, bedarfsgerechten und interdisziplinären
 211 Gesundheitsversorgung. Denn bereits seit längerem erleben vor allem diejenigen, die
 212 auf dem Land oder in benachteiligten Stadtteilen leben, die Unterversorgung jeden
 213 Tag: Es gibt immer weniger Arztpraxen und Apotheken. Eine medizinische
 214 Grundversorgung nah am Wohnort ist vielerorts nicht mehr vorhanden. Das wollen wir
 215 ändern. Wir wollen kommunale Versorgungszentren oder Polikliniken ermöglichen.
 216 Ergänzt werden diese durch kreative Lösungen, beispielsweise durch das Doc-Mobil, bei
 217 dem das medizinische Personal in Kleinbussen unterwegs ist, oder speziell geschulte
 218 Gesundheitsfachkräfte (~~„Gemeindeschwestern“~~) („Community Health Nurses“), die
 Hausbesuche machen und durch ~~die-~~
 219 ~~Übernahme nichtärztlicher Tätigkeiten Arztpraxen entlasten~~ ihren Einsatz ihrer
Kompetenzen die kommunalen Versorgungszentren und Arztpraxen ergänzen. Auch
 Apotheken
 können
 220 niedrigschwellige Angebote der Gesundheitsberatung und Prävention übernehmen.
 221 Der Freistaat ist hier in der Verantwortung, die Kommunen so auszustatten, dass sie
 222 ihrem Auftrag überall nachkommen können und eine geeignete ~~Gesundheitsversorgung~~
Gesundheits- und Pflegeversorgung gut
 223 erreichbar für alle Bürger*innen bereitzustellen. Dazu gehört auch, dass ausreichend
 224 Mediziner*innen und (auch akademisierte) Fachkräfte in den weiteren Heilberufen
 ausgebildet werden können. Das Land muss die Kapazitäten im
 225 Medizinstudium deutlich erhöhen und bei diesem Ausbau auch dafür sorgen, dass die
 226 Aus- und Weiterbildung junger Mediziner*innen familienfreundlich geschehen kann.

227 **Gesunde Krankenhäuser**

228 Die stationäre Versorgung in Bayern ist überlebenswichtig. Das war schon vor der
 229 Pandemie klar, ist danach wichtiger denn je: Wir streiten für eine flächendeckende
 230 und schnell erreichbare stationäre Versorgung. Die Beschäftigten müssen hierbei
 231 entlastet werden, auch damit die Patient:innen wirklich im Mittelpunkt der Versorgung
 232 stehen.

- 233 • **Wir setzen uns für einen öffentlichen Klinikverbund nach dem Beispiel der**
- 234 **Bezirkskliniken bei psychiatrischen Kliniken ein. Dieser kann auch als**
- 235 **Schutzschirm gegen Privatisierung und Schließung funktionieren.**
- 236 • **Wir erhalten kommunale und freigemeinnützige Krankenhäuser, führen privatisierte**

- 237 • ~~Krankenhäuser in öffentliches Eigentum zurück und richten einen landeseigenen-~~
238 ~~Krankenhausstrukturfonds ein~~ stellen dem öffentlichen Klinikverbund dafür eine
239 Milliarde Euro zur Verfügung. Um eine wohnortnahe Versorgung zu garantieren, der
~~mit vier Milliarden Euro aus Landesmitteln~~
~~ausgestattet wird~~ legen wir einen Transformationsfonds von eine Milliarde Euro
jährlich auf.
- 240 • ~~Wir wollen die Krankenhäuser ausfinanzieren, anstatt den Kostendruck zu-~~
241 ~~verschärfen: Wir erhöhen die Investitionen des Freistaats auf das Niveau von-~~
242 ~~2002 unter Berücksichtigung der Inflation. Der Investitionsstau muss mit einer-~~
243 ~~Milliarde Euro aufgelöst werden.~~
- Wir wollen die Krankenhäuser ausfinanzieren und den Investitionsstau beseitigen, anstatt
den Kostendruck zu verschärfen: Wir verdoppeln die jährlichen Investitionen des Freistaats
auf 1,3 Mrd. Euro.
- 244 • **Wir legen verbindliche gesetzliche Regelungen für ausreichend Personal im**
245 **Krankenhaus fest.**
- 246 • **Wir brauchen ein Tarifvertrag für alle statt Lohndumping in öffentlichen**
247 **Krankenhäusern: Ausgelagerte Bereiche gliedern wir wieder ein (Reinigung, Küche,**
248 **Labor, Sterilisation etc.)**
- 249 • **Krankenhausplanung muss bedarfsorientiert und wohnortnah organisiert sein. Dafür**
250 **bauen wir die regionale Zusammenarbeit von Krankenhäusern und Klinikträgern aus.**
251 **Auch für Krankenhäuser braucht es ein Landesprogramm „Medizinische Versorgung im**
252 **ländlichen Raum“, um eine flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung**
253 **sicherzustellen.**
- 254 • **Die Regierung scheut sich, aus der Coronapandemie zu lernen. Wir fordern, für**
255 **die Zukunft ausreichend Kapazitäten für Notfälle wie Epidemien, Seuchen,**
256 **Großunfälle oder Naturkatastrophen sicherzustellen.**
- 257 • **Wir streiten für eine demokratische Krankenhausplanung: Über das**
258 **Leistungsangebot und die Schließung von Krankenhäusern und Fachabteilungen**
259 **dürfen weder Kostendruck noch politische Hinterzimmer entscheiden. Die**
260 **betroffene Bevölkerung muss umfassend beteiligt werden.**
- 261 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitssystem
262 ist. In Bayern wie auch bundesweit mussten viele Beschäftigte in den Krankenhäusern
263 über ihre Grenzen gehen, um einen Kollaps zu verhindern. Während sich alle einig

264 waren, dass hier Großartiges geleistet wurde und mit Applaus nicht geizten, hat sich
265 die Arbeitssituation für die Beschäftigten aber nicht verbessert. Das bestehende
266 Fallpauschalensystem hat zu Personalmangel, Lohndumping und unmenschlichem
267 Kostendruck geführt. Es ist weder pandemiesicher noch gemeinwohlorientiert. Attraktiv
268 ist dieses Abrechnungssystem nur für profitorientierte Träger: Sie machen Rendite auf
269 Kosten der Beschäftigten, der Patient*innen und der Versicherten. Die Privatisierung
270 von Krankenhäusern ist ein Irrweg, den es zu verlassen gilt.

271 Inflation und Energiepreisexplosion haben diese Situation massiv verschärft, viele
272 Kliniken in Bayern sind aktuell von Insolvenz bedroht. Die Fallpauschalen müssen
273 durch ein neues System der kostendeckenden Finanzierung abgelöst werden. DIE LINKE
274 fordert eine gesetzliche, bedarfsgerechte und voll finanzierte Personalbemessung für
275 alle Berufsgruppen im Krankenhaus sowie einen wissenschaftlich abgesicherten
Qualifikationsmix für alle Qualifikationsstufen die Pflege betreffend.

276 Auch die geplante Krankenhausreform von Bundesgesundheitsminister Lauterbach bedroht
277 viele Kliniken in Bayern: Mehrere hundert Akutkrankenhäuser sollen bundesweit
278 geschlossen und zu besseren Pflegeheimen gemacht werden, in denen keine
279 Notfallversorgung mehr stattfindet. Es droht auch in Bayern ein massiver Abbau von
280 Gesundheitsversorgung in der Fläche. Sollen Notfallpatient*innen künftig 45 Minuten
281 zum nächsten Krankenhaus fahren? Wir haben bereits große Lücken bei der
282 rettungsdienstlichen Versorgung. Ein weiterer Abbau wird dramatische Konsequenzen für
283 Patient*innen haben. Als LINKE wehren wir uns deswegen vor Ort und in den Bündnissen
284 gegen mögliche Schließungen. Dies kann niemals vom ärztlichen Bereitschaftsdienst
285 aufgefangen werden.

286 Hinzu kommt, dass der Freistaat seit vielen Jahren seine finanziellen Verpflichtungen
287 gegenüber den Krankenhäusern bei den Investitionen nicht vollständig erfüllt. ~~Dabei~~
288 ~~ist das Land gesetzlich verpflichtet, die notwendigen Bau- und Sanierungsvorhaben der~~
289 ~~Krankenhäuser zu finanzieren. Wir wollen eine Milliarde Euro für Bau, Sanierung und~~
290 ~~medizinische Ausstattung~~ Während sich die Kosten der bayerischen Krankenhäuser. ~~Diese~~
~~Summe ist~~ in künftigen den letzten 20

291 Jahren ~~an die Inflationsrate zu koppeln~~ verdoppelt haben, liegen die
Investitionsmittel des Freistaats nicht einmal zehn Prozent über dem Niveau von 2002.
Dabei ist das Land gesetzlich verpflichtet, die notwendigen Bau- und
Sanierungsvorhaben der Krankenhäuser zu finanzieren. Wir wollen die derzeitigen
Investitionsmittel verdoppeln, damit Krankenhäuser mehr als nur das Allernötigste

bauen und sanieren können. Die Mittel werden dringend gebraucht für energetische, klimagerechte Sanierungen, Digitalisierung und den Abbau des Investitionsstaus, der unter der CSU-Regierung entstanden ist.

~~292 Um kommunale und freigemeinnützige Krankenhäuser vor Privatisierung oder Schließung
293 zu schützen, wollen wir einen Schutzschirm des Freistaats aufspannen: Ein
294 öffentlicher bayerischer Klinikverbund soll die Möglichkeit schaffen, dass der
295 Freistaat sich an Krankenhäusern, deren wirtschaftliche Existenz bedroht ist,
296 beteiligen kann oder ganz zum Träger wird. Mithilfe des Verbunds können auch
297 privatisierte Krankenhäuser in öffentliches Eigentum zurückgeholt werden. Für den
298 Anfang soll ein landeseigener Strukturfonds die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit
299 des Verbunds gewährleisten.~~

Die Unikliniken stärken und die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen verbessern

Wir wollen, dass die Uniklinken ein Ort guter gesundheitlicher Versorgung und guter Arbeitsbedingungen sind. Dafür brauchen wir eine bedarfsgerechte Personalausstattung. Aus diesem Grund unterstützen wir Initiativen der Beschäftigten und Tarifbewegungen für mehr Personal im Krankenhaus. Dadurch werden der gesellschaftliche Versorgungsbedarf, die Versorgungsqualität und deren Nachhaltigkeit gedeckt bzw. sichergestellt.

Wir wollen erreichen, dass die Unikliniken Leuchttürme für die gesundheitliche und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung sind. Dazu gehört, dass es einen Ausbau der Notaufnahmen gibt.

Wir unterstützen eine stärkere Zusammenarbeit von kommunalen Kliniken und Uniklinken für eine bessere Gesundheitsversorgung sowie bessere Forschung und Ausbildung. Wir wollen die Ausbildungskapazitäten für Pflege- und Therapieberufe erhöhen. Die Medizinstudierenden im Praktischen Jahr nehmen in der Patient*innenversorgung sowohl im stationären als auch im hausärztlichen Bereich eine wichtige Rolle ein. Deshalb wollen wir sicherstellen, dass alle Medizinstudierenden im Praktischen Jahr eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe des BAföG-Höchstsatzes erhalten.

Wir wollen Beschäftigte von Tochterfirmen und ausgegliederte Bereiche der Uniklinken in diese zurückführen (Insourcing). Unser Ziel ist es, dass alle Beschäftigten der Uniklinken gleiches Geld für gleiche Arbeit auf dem Niveau des Tarifvertrages der Länder verdienen. Wir werden die Unikliniken bei der Gegenfinanzierung dieser Mehrkosten nicht alleinlassen.

Wir wollen darauf hinwirken, dass Psychotherapeut*innen in Ausbildung in allen Unikliniken tariflich nach ihrem Grundberuf bezahlt werden. Die Krankenhäuser im Eigentum des Landes müssen hier mit gutem Beispiel voran gehen.

Um kommunale und freigemeinnützige Krankenhäuser vor Privatisierung oder Schließung zu schützen, wollen wir einen Schutzschirm des Freistaats aufspannen: Ein öffentlicher bayerischer Klinikverbund soll die Möglichkeit schaffen, dass der Freistaat sich an Krankenhäusern, deren wirtschaftliche Existenz bedroht ist, beteiligen kann oder ganz zum Träger wird. Mithilfe des Verbunds können auch privatisierte Krankenhäuser in öffentliches Eigentum zurückgeholt werden. Für den Anfang soll ein landeseigener Strukturfonds die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit des Verbunds gewährleisten.

300 Um kommunale und freigemeinnützige Krankenhäuser vor Privatisierung oder Schließung
301 zu schützen, wollen wir einen Schutzschirm des Freistaats aufspannen: Ein
302 öffentlicher bayerischer Klinikverbund soll die Möglichkeit schaffen, dass der
303 Freistaat sich an Krankenhäusern, deren wirtschaftliche Existenz bedroht ist,
304 beteiligen kann oder ganz zum Träger wird. Mithilfe des Verbunds können auch

305 **Pflege ist wertvoll**

306 Wir brauchen eine menschenwürdige Langzeitpflege, die sich an der konkreten Situation
307 der Menschen mit Pflegebedarf und ihrer Angehörigen ausrichtet:

- 308 • **Wir benötigen verbindliche gesetzliche Regelungen für bedarfsorientierte**
309 **Personalschlüssel in der Pflege.**
- 310 • **Es braucht ein Ende der „Minutenpflege“ durch eine bessere Fachkraftquote in den**
311 **ambulanten Pflegediensten.**
- 312 • **Wir streiten für den Ausbau alternativer Wohn- und Versorgungsformen für**
313 **Menschen mit Pflegebedarf.**
- 314 • **Es ist ein Landesprogramm für den Ausbau von Kurz – und Tagespflegeplätzen**
315 **notwendig.**
- 316 • **Wir streiten für mehr Mitsprache von Betroffenen hinsichtlich ihrer Unterkunft**
317 **und Verpflegung.**
- 318 • **Pflege macht arm: Wir benötigen eine deutliche Anhebung des Landespflegegelds**
319 **und regelhafte Dynamisierung des Betrags, gemessen an der jährlichen Inflation.**

320 Wir wollen eine Politik, die gerecht und solidarisch ist und eine menschenwürdige
321 Pflege gewährleistet. Deshalb dürfen Pflegeheime keine Anlageobjekte sein, die
322 Rendite zu liefern haben – sie gehören in die öffentliche Hand. Denn bei der
323 Langzeitpflege gehören die Menschen mit Pflegebedarf in den Mittelpunkt. Die Fürsorge
324 für sie muss ihren Bedürfnissen gerecht werden und nicht möglichst viel Gewinn
325 erzielen. Ein besonders trauriges Ergebnis profitorientierter Gesundheitspolitik sind

326 die seit langem bekannten und andauernden „Misstände“ in der Langzeitpflege. Die
327 Wehrlosigkeit vieler Menschen mit Pflegebedarf und die weitverbreitete
328 Mittellosigkeit, gerade im Alter, sorgen regelmäßig für unhaltbare Zustände und
329 machen Schlagzeilen. In stationären Einrichtungen haben Betroffene kaum
330 Möglichkeiten, sich gegen Fehlverhalten und schlechte Bedingungen zu wehren. Es gibt
331 lediglich ein Anhörungs- und Beschwerderecht. Hier müssen wir Menschen mit
332 Pflegebedarf dabei unterstützen, umfassende Rechte ergreifen zu können und ihren
333 Lebensraum besser gestalten zu können.

334 Das bisherige Teilkaskoprinzip in der Pflegeversicherung ermöglicht überwiegend
335 körperbezogene Versorgung im Akkord, persönliche und soziale Bedürfnisse bleiben
336 ebenso auf der Strecke wie eine umfassende, ganzheitliche Pflege. Hier ist der
337 Freistaat gefordert, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, damit Pflege
338 nicht zum Armutsrisiko wird und die Kosten für Pflege endlich in vollem Umfang von
339 der Pflegeversicherung übernommen werden. Die Einrichtungseinheitlichen Eigenanteile
340 gehören in Bayern zu den höchsten bundesweit. Die Pflegekosten explodieren und
341 Menschen mit Pflegebedarf werden von der verantwortlichen Politik damit allein
342 gelassen. Menschen mit Pflegebedarf sollten ohne finanzielle Nöte entscheiden können,
343 ob sie von Angehörigen oder von Fachkräften pflegerisch versorgt werden möchten. Wir
344 wollen eine bessere Unterstützung und Absicherung pflegender Angehöriger.

345 **Gute Arbeit für gute Pflege und Gesundheit**

346 Gute Pflege setzt gute Arbeit voraus, diese braucht eine gute Ausbildung:

- 347 • **Es benötigt eine Aufwertung der Pflegeberufe durch gute tarifliche Bezahlung und**
348 **gute Arbeitsbedingungen: Dazu gehört eine verbindliche und ausreichende**
349 **Personalbemessung in Krankenhäusern und Pflegeheimen sowie ausreichend Zeit in**
350 **der ambulanten Pflege.**
- 351 • **Wir streiten für eine Aufwertung der medizinischen Fachberufe und**
352 **therapeutischen Berufe, die bislang nur auf Überweisung tätig werden können.**
- 353 • **Wir streiten für die Einstellung und Ausbildung von mehr Pflegekräften. Wir**
354 **verbessern die Ausbildungsbedingungen, indem Auszubildende in Pflegeberufen**
355 **freigestellt und nicht auf Stellenpläne angerechnet werden. Die Ausbilder:innen**
356 **müssen in der Zeit von sonstigen pflegerischen Aufgaben befreit werden.**
- 357 • **Wir richten eine zentrale, anonyme Beschwerdestelle beim Landesamt für Pflege**
358 **ein.**

359 Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten in den Krankenhäusern:
360 mehr Personal und eine gesetzliche Personalbemessung, die eine gute Versorgung
361 sicherstellt. Das Gesundheitswesen muss am Gemeinwohl orientiert sein – ohne Profite!
362 Gerade im Gesundheitswesen bestehen für Pflegekräfte bereits seit Jahren schlechte
363 Arbeitsbedingungen: Viele Überstunden, Wochen- und Nachtschichten, ständige
364 Bereitschaft zum Einspringen und eine geringe Bezahlung – ein Beruf, der selbst die
365 überzeugtesten Pflegekräfte irgendwann auslaugt. Der Ursprung des Pflegenotstands
366 liegt in der Privatisierung des Gesundheits- und Pflegesektors. Die Privatisierung
367 stellt Profite vor die Gesundheit der Menschen. Profite, die auf der Arbeit der
368 Beschäftigten in Gesundheit und Pflege beruhen. Ausgeschüttet werden diese Profite an
369 Eigentümer:innen, Aktionär:innen und Manager:innen von Konzernen. Privatisierung
370 führt also nicht nur zu steigenden Kosten, sinkender Pflegequalität, sich
371 verschlechternden Arbeitsbedingungen und damit verbundener Flucht der Pflegekräfte
372 aus ihrem Beruf, sondern zusätzlich zu einer Umverteilung von unten nach oben. Dieser
373 Spirale muss der Freistaat Einhalt gebieten.

374 **In jeder Lebenssituation gut versorgt**

375 Die Menschen müssen in jeder Lebenslage eine optimale Versorgung erhalten. Dies gilt
376 nicht nur bei Krankheit, auch im hohen Alter und vor allem am Anfang des Lebens.
377 Unsere Vision ist Gesundheit und bestmögliche Versorgung als Menschenrecht.

- 378 • **Es benötigt eine wohnortnahe Versorgung durch Geburtsstationen und eine**
379 **Einführung eines Haftpflichtfonds für ambulant arbeitende Hebammen.**
- 380 • **Wir streiten für eine ausreichende Finanzierung für die Unterstützung von**
381 **Kindern und Jugendlichen und von deren Bezugspersonen bei traumatischen**
382 **Erfahrungen, wie z.B. Gewalt, Flucht oder Missbrauch, sowie für**
383 **Präventionsarbeit.**
- 384 • **Wir führen ein unabhängiges psychosoziales Beratungssystem auf kommunaler Ebene**
385 **ein.**
- 386 • **Wir ordnen die psychotherapeutischen Versorgungsbezirke neu und schaffen mehr**
387 **Kassensitze für die ambulante psychiatrische Versorgung, insbesondere in im**
388 **Moment schlecht versorgten Gebieten.**
- 389 • **Wir bauen ambulante Einrichtungen der Gemeindepsychiatrie für alle Lebensalter**
390 **in öffentlicher Trägerschaft aus. Wir richten Beratungsangebote für Angehörige**
391 **psychisch Erkrankter ein und unterstützen die Bezirke, in denen die**

- 392 **Bezirkskliniken einen Großteil der psychiatrischen Betreuung übernehmen.**
- 393 • **Hospize und ambulante palliative Versorgung werden flächendeckend ausgebaut. Wir**
- 394 **fördern die Begleitung von Angehörigen Schwerstkranker und Sterbender.**
- 395 • **Wir stellen einen Landesgesundheitsplan mit konkret überprüfbaren Zielen auf.**
- 396 • **Es benötigt kostenfreie Präventions- und Rehabilitationsangebote für alle**
- 397 **Versicherten.**
- 398 • **DIE LINKE setzt sich für einen Anti-Korruptionsbeauftragten im Gesundheitswesen**
- 399 **ein.**

400 Für Bayern wollen wir eine Gesundheitspolitik, die politische Verantwortung und
401 demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung miteinander verbindet. Wir wollen dafür
402 sorgen, dass krankmachende Lebens- und Umweltbedingungen beseitigt werden. Eine
403 umfassende Gesundheitsberichterstattung soll helfen, regionale und
404 geschlechtsspezifische Gesundheitsziele in einem Landesgesundheitsplan zu entwickeln
405 und umzusetzen. Die Gesundheitspolitik und die Planung des Landes mit den Kommunen
406 soll dafür sorgen, dass die Menschen wohnortnah erhalten, was sie brauchen.

407 Dazu gehört ein nötiges Wiederaufbauprogramm für Geburtsstationen, die in den
408 vergangenen Jahren aus Profitlogik geschlossen wurden. Eine niedrigschwellige,
409 geburtshilfliche Versorgung muss wohnortnah stattfinden können. Nur so und durch eine
410 bessere Absicherung ambulant arbeitender Hebammen sind Schwangere, Gebärende und
411 Eltern ausreichend versorgt.

412 Darüber hinaus ist es eine öffentliche Aufgabe, Kinder- und Jugendgesundheit für alle
413 zu fördern. Kinder und Jugendliche aus Familien mit wenig Einkommen haben erhöhte
414 Gesundheitsrisiken. Sie leben oft in Stadtteilen mit höherer Lärmbelastung und
415 stärkerer Umweltverschmutzung. Folgen sind beispielsweise Häufungen von
416 Atemwegserkrankungen, Allergien, frühkindlichen Entwicklungsstörungen oder
417 psychosomatischen Erkrankungen mit Kopf- und Bauchschmerzen. Kinder mit chronischen
418 Erkrankungen wie Diabetes, Asthma oder Krebs benötigen besondere Unterstützung, um
419 ihr Recht auf Bildung, Freizeit und Kultur wahrzunehmen. Wir wollen ihre Familien mit
420 Schul- und Kita-Gesundheitsdiensten besser entlasten.

421 Bei immer mehr Erkrankungen handelt es sich um psychische oder psychosomatische
422 Krankheiten, bedingt oder mitbedingt durch Stress, Mobbing, Arbeitsverdichtung,
423 Erwerbslosigkeit oder die Belastungen durch die Corona-Pandemie. In Bayern fehlen
424 hierfür vielerorts psychiatrische, psychologische und psychotherapeutische Hilfen.

425 Die Durchschnittswartezeit auf einen Therapieplatz beträgt mittlerweile
426 durchschnittlich mehr als vier Monate. Psychische Erkrankungen sind in der
427 Gesellschaft immer noch ein großes Tabuthema, was die Situation der Erkrankten
428 zusätzlich verschlimmert. Zwar hat der Freistaat in den vergangenen Jahren einen
429 neuen Studiengang in dem Bereich geschaffen, allerdings ist dieser derart
430 unterfinanziert, dass auch dies den steigenden Bedarf an Psychotherapeut*innen
431 niemals decken wird. Hier muss der Freistaat endlich seiner Verantwortung nachkommen.
432 Eine weitere sensible Lebenssituation ist das Lebensende. Es ist unsere
433 gesellschaftliche Aufgabe, dass Menschen auch in dieser Zeit gut versorgt werden.
434 Viele Menschen treibt die Sorge um, dass sie im Alter oder bei einer schweren
435 Krankheit mit Leid und Schmerz allein gelassen werden oder ihren Angehörigen zur Last
436 fallen. Die Politik muss den Menschen diese Ängste nehmen und dafür sorgen, dass
437 Menschen mit Pflegebedarf und pflegende Familienangehörige endlich genau diejenigen
438 Hilfsangebote bekommen, die sie benötigen. So können etwa eine gute pflegerische
439 Versorgung oder die Palliativmedizin dazu beitragen, dass vielen auch diese letzte
440 Zeit noch lebenswert gemacht wird.
441 Damit all dies realisierbar ist, bedarf es eines Systemwechsels in der Finanzierung
442 von Gesundheit und Pflege. Der Freistaat muss sich dafür einsetzen, dass sich endlich
443 alle Menschen angemessen und solidarisch an der Finanzierung des Gesundheitswesens
444 beteiligen. Mit der Solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung entrichten alle
445 den gleichen Prozentsatz ihres gesamten Einkommens für die Gesundheits- und
446 Pflegeversorgung. Damit ist das unnötige Nebeneinander der Versicherungssysteme
447 abgeschafft, die systemimmanente Unterfinanzierung der Pflegeversicherung beendet und
448 die weitere methodische Schonung Vermögender und Superreicher ausgeschlossen. Mit
449 dieser Finanzierungsreform und einem Gesundheitssystem ohne Wettbewerb und
450 Profitlogik ermöglichen wir allen Menschen einen Zugang zu guter medizinischer
451 Versorgung auf dem neusten Stand. Das bedeutet bessere Vorsorge sowie bestmögliche
452 Versorgung im Krankheits- oder Pflegefall.

453 **Suchtkranken helfen, nicht kriminalisieren**

454 Drogensucht ist eine Krankheit: Statt die Menschen zu kriminalisieren, benötigt es
455 dringend eine andere Strategie, die den Menschen hilft.

- 456 • **Wir streiten für den Ausbau niedrigschwelliger Programme zur Suchtprävention.**
457 **Dazu braucht es flächendeckende Therapie- und Präventionsangebote.**

- 458 • **Bayern muss bei der Legalisierung von Cannabis vom Bremser zum Vorreiter werden.**
- 459 **Dies funktioniert über eine Bundesratsinitiative, wenn die Regierung weiter**
- 460 **zaudert, und eine unverzügliche Anhebung der Bagatellgrenze zur Strafverfolgung.**
- 461 • **Auch bei anderen illegalisierten Drogen streitet DIE LINKE für eine Umkehr in**
- 462 **der Politik: Es benötigt Drug-Checking-Angebote, eine Anhebung der**
- 463 **Bagatellgrenzen auch dort und die Einrichtung von Drogenkonsumräumen.**
- 464 • **Die Möglichkeiten der Substitutionsbehandlung sind in Bayern beschränkt. Wir**
- 465 **unterstützen Ärzt:innen, Krankenhäuser und medizinische Versorgungszentren, um**
- 466 **die Kapazitäten auszuweiten.**

467 Die bayerische Regierung gibt sich als härteste Gegnerin im Umgang mit Drogen –
468 soweit sie illegal sind. Während Alkohol zum Kulturgut des Landes dazugehört, werden
469 Konsumierende und Suchtkranke anderer Drogen kriminalisiert. Dabei sind sich nahezu
470 alle Suchtforscher:innen einig, dass die Illegalisierung von Drogen nicht zu einem
471 besseren Umgang im Drogenkonsum führt. Wir benötigen ein Umdenken: Suchtabhängige
472 Menschen sind krank. Ihnen muss geholfen werden, sie dürfen nicht weiter in den
473 Teufelskreis der Kriminalisierung gedrängt werden. Dazu bedarf es Drogenkonsumräume,
474 Möglichkeiten, Drogen nach ihrer Reinheit zu testen, sogenanntes Drug-Checking.

475 **10. Die Mieten nicht dem Markt überlassen**

476

477 Für DIE LINKE ist angemessener und bezahlbarer Wohnraum ein Grundrecht. Wir wollen
478 sozial durchmischte Stadtviertel statt Verdrängung und Gentrifizierung. Für uns ist
479 klar: Der freie Wohnungsmarkt ist unfähig diese Ziele zu erreichen. Er bevorzugt die
480 Wohlhabenden und quetscht die Mieterinnen und Mieter finanziell aus. DIE LINKE steht
481 für eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit. Insbesondere fordern wir einen starken
482 kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau mit sozialen und nachhaltigen
483 Vorgaben. Große profitorientierte Wohnungsunternehmen müssen in die öffentliche Hand
484 überführt werden. Wir stehen ohne Wenn und Aber an der Seite der Mieterinnen und
485 Mieter im Kampf um bezahlbares Wohnen. Wir setzen uns auf allen politischen Ebenen
486 für eine Absenkung der Mieten ein.

487

488 Boden- und Mietpreise in Bayern explodieren - und das nicht nur in den Metropolen wie
489 München und Nürnberg, sondern auch im Oberallgäu, in Bad Kissingen oder in Donau-
490 Ries. Landesweit sind die Mieten in den letzten 10 Jahren um 54% gestiegen. 162

491 bayerische Kommunen haben offiziell einen angespannten Mietwohnungsmarkt.
492 Gleichzeitig sinken die Reallöhne für einen großen Teil der Bevölkerung. Immer
493 häufiger geht jeder zweite Euro des Arbeitseinkommens als Miete direkt weiter in die
494 Tasche von Eigentümern und Investoren.

495

496 Die rasant steigenden Miet- und Bodenpreise sind auch eine Einladung für
497 Spekulationsgeschäfte. So lassen Investoren bestehendes Bauland ungenutzt, um es
498 später mit leistungslosen Gewinnen weiterzuverkaufen. Ähnliches gilt für den
499 Wohnungsleerstand. Während viele Menschen verzweifelt nach einer Wohnung suchen,
500 stehen allein in München etwa 50.000 Wohnungen leer. In der Konsequenz ist die Suche
501 nach einer (bezahlbaren) Wohnung in vielen Gegenden reine Glückssache. Gute Lagen
502 sind heute fast ausschließlich den Wohlhabenden vorbehalten - Menschen mit kleinen
503 und mittleren Einkommen, Studierende und Rentner:innen werden an den Stadtrand
504 gedrängt. Immer häufiger wird sogar Wohnungsbestand in guten Lagen, im Sinne der
505 Profitmaximierung, abgerissen oder umgewandelt und durch neue Luxuswohnungen ersetzt.
506 Das ist nicht nur eine Katastrophe für die Menschen, sondern auch für die
507 Klimabilanz. Die Erzählung der Effizienz von freien Wohnungsmärkten ist und bleibt
508 ein Märchen. Die Realität ist: Wer Geld hat, profitiert - alle anderen müssen
509 schauen, wo sie bleiben.

510

511 Ein trauriges Beispiel für das Versagen der Politik liefert die bayerische
512 Landesregierung selbst: 2013 wurde der Wohnungsbestand der landeseigenen GBW-Gruppe
513 unter dem damaligen Finanzminister Markus Söder privatisiert. Betroffen waren davon
514 33.000 Wohnungen in Bayern. Seitdem werden die Betroffenen gnadenlos ausgepresst wie
515 Zitronen. Durch Luxussanierungen, Verwahrlosung, maximalen Mieterhöhungen, Abriss und
516 Neubau von Eigentumswohnungen werden alle Mittel angewandt, um die Menschen zu
517 verdrängen und Milliardengewinne einzufahren. Dabei ist der soziale Wohnungsbau schon
518 lange im Niedergang. Gab es 1988 in Bayern noch 495.000 Wohnungen mit Miet- und
519 Belegungsbindungen, sind es heute nur noch 140.000.

520

521 DIE LINKE stellt sich gegen diese Art kapitalistischer Wohnungs- und Bodenpolitik.
522 Wir kämpften dafür, dass die Landesregierung ihrem verfassungsmäßigen Auftrag zur
523 Regulierung des Wohnungsmarkts nachkommt! Das bedeutet für uns:

525 Ausbau von öffentlichen, sozialen und gemeinnützigen**526 Wohnungsbau**

527 “ (1) Jeder Bewohner und jede Bewohnerin Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene
528 Wohnung. (2) Die Förderung des Baues von bezahlbarem Wohnraum ist Aufgabe des Staates
529 und der Gemeinden. (3) Die Wohnung ist für jedermann eine Freistätte und
530 unverletzlich.“ (Bayerische Verfassung: Art. 106)

531 Wir LINKE nehmen die bayerische Verfassung ernst. Darum muss Wohnen für alle in
532 angemessenem Rahmen, was den Preis und die Qualität anbelangt, möglich sein.

533 • **Wir wollen die Schaffung von mindestens 40.000 Sozialwohnungen jährlich - dabei**
534 **gilt: einmal Sozialwohnung, immer Sozialwohnung.**

535 • **Günstige Kredite für gemeinnützigen Wohnraum durch die bayerische Landesbank**
536 **(BayernLB) müssen gefördert werden.**

537 • **Der Wohnraum muss zurück in die öffentliche Hand. Wir wollen Kommunen,**
538 **Genossenschaften und Mieterzusammenschlüssen den Rückkauf von Wohnungen**
539 **ermöglichen. Dafür braucht es eine Förderung durch einen**
540 **Rekommunalisierungsfonds. Die Kommunen brauchen dafür sofort ein neues,**
541 **rechtssicheres Vorkaufsrecht mit der Möglichkeit zur Preislimitierung zum**
542 **sozialen Ertragswerts.**

543 • **Dawonia & Co. Wollen wir enteignen. Das Grundgesetz, aber auch die bayerische**
544 **Verfassung ermöglichen Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit. Um den**
545 **bisherigen Missbrauch zu unterbinden, werden wir bei großen**
546 **Immobilienunternehmen auch dieses Mittel nutzen. Die 33.000 von Markus Söder**
547 **privatisierten Wohnungen der GBW (heute Dawonia) werden zurück in öffentliches**
548 **Eigentum überführt. Damit kann auch die erfolglose Bayernheim abgewickelt**
549 **werden.**

550 • **Die Privatisierung von öffentlichem Boden wollen wir verbieten. Boden kann nur**
551 **im Erbbaurecht vergeben werden. Kommunale und genossenschaftliche Nutzung wird**
552 **bevorzugt.**

553 • **Mehr finanzielle Mittel für Wohnheimplätze sind zu schaffen. Ziel ist ein**
554 **sozialverträglicher Wohnraum für alle Studierenden und Azubis zu einem maximalen**
555 **Preis von 7,50 Euro/m².**

556 • **Angemessene Unterkünfte für Geflüchtete und Obdachlose müssen drin sein: Die**
557 **Unterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften ist würdelos und muss**
558 **sofort beendet werden.**

559

560 DIE LINKE stellt sich gegen die Privatisierung und Profitorientierung des
561 Wohnungsmarktes. Wir stehen für die Stärkung von demokratischen und gemeinnützigen
562 Eigentumsformen wie dem kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau.

563

564 **Sozialverträgliche energetische Sanierung von Gebäuden**

565 Die Sanierung von Wohnraum ist nötig, gerade aus energetischen Aspekten. Jedoch darf
566 diese nicht dazu „benutzt“ werden, Mieterhöhungen durchzudrücken und Mieter:innen
567 mehr zu belasten.

568 • **Die jährliche energetische Sanierung von 2% - 3% des Wohnungsbestands ist**
569 **anzustreben und eine Verpflichtung zur Bereitstellung von Ersatzwohnraum während**
570 **der Sanierungsmaßnahmen zu gewährleisten.**

571 • **Es darf keine Steigerung der Warmmiete aufgrund energetischer Sanierung geben!**
572 **Aufschläge auf die Kaltmiete sind nur in Höhe der erreichten**
573 **Heizkosteneinsparung möglich, und nur so lange, bis die Investition abbezahlt**
574 **ist.**

575 • **Fördertöpfe der BayernLB sollen für kleine Vermieter da sein, damit diese**
576 **notwendigen Modernisierungen stemmen können.**

577

578 DIE LINKE sieht sich dem 1,5 Grad Klimaziel verpflichtet - das bedeutet
579 Klimaneutralität spätestens 2035! Heute sind unsere Gebäude für etwa 30% der gesamten
580 deutschen CO2 Emissionen verantwortlich. Um das zu ändern, braucht es eine
581 Ausbauoffensive bei energetischen Sanierungen. Das Problem: Die klimapolitisch
582 notwendigen Sanierungen werden nicht selten genutzt, um die Mieten (über die
583 sogenannte Modernisierungsumlage) zu erhöhen oder die gesetzliche Mietpreisbremse zu
584 umgehen. Betroffen von den Auswirkungen sind vor allem Haushalte mit kleinen und
585 mittleren Einkommen. Das ist ungerecht. Gerade Menschen mit kleinerem Einkommen leben
586 auf weniger Fläche und verbrauchen damit nur ungefähr die Hälfte an Heizenergie
587 verglichen mit den reichsten 10% der Bevölkerung.

589 Grundrecht auf Wohnen

590 Jeder Mensch hat das Anrecht auf angemessenen Wohnraum – Wohnungen dürfen daher
591 nicht

592 als Spekulationsobjekte missbraucht werden. Wir als LINKE stehen dafür ein.

593 • **Wir machen Druck, um die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in**
594 **angespannten Wohnungsmärkten dauerhaft zu beenden. Die ist sogar - wenn auch nur**
595 **begrenzt bis 2026 - in dem neuen Baulandmobilisierungsgesetz vorgesehen. Bis**
596 **heute weigert sich die bayerische Staatsregierung allerdings, die benötigte**
597 **Rechtsverordnung zu erlassen.**

598 • **Wir unterstützen eine deutschlandweiten Initiative zur gesetzlichen Deckelung**
599 **der Miet- und Bodenpreise, sowie einer flächendeckenden, unbegrenzten und**
600 **ausnahmslosen Mietpreisbremse.**

601 • **Ein wirksames Zweckentfremdungsverbot, um spekulativen Leerstand und**
602 **kommerzielle Vermietung von Wohnraum als Ferienwohnung zu stoppen, ist unser**
603 **Ziel.**

604 • **Die Einhaltung von Mietpreisbremse und Zweckentfremdungsverbot müssen wirksam**
605 **kontrolliert werden. Eigentümer, die diesen Regeln zuwiderhandeln, müssen**
606 **wirkungsvoll bestraft werden.**

607 • **Verbindliche Quoten beim Neubau für Sozialwohnungen von mindestens 50% sind**
608 **einzuhalten.**

609 • **Wir wollen verpflichtende Mietspiegel für Städte mit mehr als 25.000 Einwohnern,**
610 **damit sich Mieter wirksam gegen Mietsteigerungen zur Wehr setzen können. Damit**
611 **der Mietspiegel kein Mieterhöhungsspiegel wird, sollen alle Mieten in die**
612 **Berechnung einfließen, nicht nur die der letzten 6 Jahre. (Bundesgesetz)**

613 • **Ein Wohnungsaufsichtsgesetz muss geschaffen werden zur effektiven Bekämpfung von**
614 **Wohnungsmissständen und zur Durchsetzung von Mindeststandards für Wohnraum.**

615 Grund und Boden sind ein unvermehrbares Gut und dadurch besonders von

616 Verteilungskonflikten betroffen. Die blinde Marktorientierung hat dazu geführt, dass

617 bei der Verteilung von Wohnraum das Recht des Stärkeren und des Profites gilt.

618 Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen werden immer mehr aus guten Wohnlagen

619 verdrängt - mit den entsprechenden Konsequenzen für den Arbeitsplatz und das soziale
620 Umfeld. Deshalb fordern wir, als DIE LINKE, eine stärkere Regulierung des
621 Wohnungsmarktes.

622

623 **11. Inklusion: Mehr als nur ein Lippenbekenntnis**

624 Seit März 2009 ist in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft. Sie
625 ist ein Meilenstein in der Behindertenpolitik, erkennt sie doch erstmals die
626 Wechselwirkungen zwischen Menschen mit Beeinträchtigungen und einstellungs- und
627 umweltbedingten Barrieren an, welche laut UN-Konvention erst zur Entstehung der
628 Behinderung führen. Aus diesem Grund verlangt die UN-Konvention von den beigetretenen
629 Staaten eine Entwicklung hin zur inklusiven Gesellschaft, in der Menschen mit
630 Behinderung eine umfassende, gleichberechtigte Teilhabe sowie volle Selbstbestimmung
631 garantiert wird.

632 **Barrierefreiheit ist die Voraussetzung zur Verwirklichung von**

633 **Inklusion und Teilhabe**

634 Barrierefreiheit muss endlich in allen Lebensbereichen umgesetzt werden, wir geben
635 uns mit Lippenbekenntnissen nicht zufrieden.

- 636 • **Bayern muss endlich barrierefrei werden.**
- 637 • **Wir wollen Menschen mit Behinderung als Expert:innen in eigener Sache bei jeder**
638 **Planung beteiligen.**
- 639 • **Es braucht die Einrichtung einer Landesfachstelle für Barrierefreiheit.**
- 640 • **Wir fordern die Unterstützung bei der Vernetzung von Menschen mit Behinderung,**
641 **Senior:innen, Elternverbänden und den Parteien.**
- 642 • **Auch sprachlich muss Barrierefreiheit gewährleistet werden, etwa durch die**
643 **Kostenübernahme von Gebärdendolmetschern oder Informationen, die allen auf**
644 **unterschiedliche Weise zugänglich gemacht werden, je nach Bedarf.**

645 Der öffentliche Nahverkehr, öffentliche Einrichtungen und Gebäude, Plätze und Straßen
646 sind genauso wie Formulare und amtliche Informationsmaterialien in Bayern nicht
647 überall jederzeit für Menschen mit Behinderung nutzbar.

648 Bayern muss endlich barrierefrei werden. Dabei geht es nicht nur um den Abbau
649 baulicher, sondern auch um kommunikative oder soziale Barrieren. Die Beteiligung von

650 Menschen mit Behinderung als Expert*innen in eigener Sache ist bei jeder Planung
651 besonders wichtig. Wir fordern daher die Einrichtung einer Landesfachstelle für
652 Barrierefreiheit, die sich aus Betroffenen und Verbänden zusammensetzt. Wir fordern
653 vom Freistaat weiterhin die Unterstützung der Vernetzung von Menschen mit
654 Behinderungen, Senior:innen, Elternverbänden und Vertreter:innen aller Parteien.

655 **Mobilität für Alle!**

656 Niemand darf ausgeschlossen sein vom gesellschaftlichen Leben, darum muss Mobilität
657 zum Grundrecht werden, auch für all jene, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind.

658 • **Wir fordern Gelder im ÖPNV ausschließlich für Unternehmen und Fahrzeuge, die die**
659 **Mobilitätsbedürfnisse aller Menschen abbilden.**

660 • **Es braucht leicht bedienbare fahrzeuggebundene Rampen in allen Bahnen.**

661 • **An allen Bahnhöfen muss der Mobilitätsservice rund um die Uhr ohne Anmeldung**
662 **nutzbar sein.**

663 • **Der ÖPNV muss barrierefrei nutzbar werden und mit ausreichenden, für alle**
664 **nutzbaren akustischen und optischen Informationssystemen ausgestattet werden.**

665 • **Es braucht Behindertentoiletten auch im Nahverkehr der Bahn.**

666 • **Menschen mit Behinderung im Rollstuhl sollen im Personenbereich der Züge Platz**
667 **nehmen können.**

668 • **An allen größeren Haltestellen und Bahnhöfen wollen wir stationäre**
669 **Behindertentoiletten.**

670 Busse und Bahnen in Bayern sind nicht jederzeit für alle nutzbar. Menschen mit
671 Gehbehinderung haben Probleme, in Busse und Bahnen ungehindert einzusteigen,
672 Stellplätze für Rollstuhlfahrer:innen sind knapp, Informationseinrichtungen für Seh-
673 und Hörbehinderte fehlen.

674 Der Freistaat Bayern ist Auftraggeber für staatliche und private Bahnunternehmen im
675 Nahverkehr und vergibt Zuschüsse für die Finanzierung von kommunalen Bussen und
676 Bahnen. Der Freistaat darf künftig nur noch Fahrzeuge fördern und Unternehmen
677 beauftragen, die die Mobilitätsbedürfnisse aller Menschen abbilden. Alle Bahnen
678 müssen – so lange noch keine niveaugleichen Bahnsteige als Einstiege in die Bahnen
679 gebaut worden sind - mit vom Zugpersonal leicht bedienbaren fahrzeuggebundenen Rampen
680 ausgestattet werden. Der Mobilitätsservice der Bahn muss so ausgestattet werden, dass
681 er von allen Bahnhöfen ohne tagelange Voranmeldung 24 Stunden täglich genutzt werden

682 kann. Menschen mit Rollstuhl müssen endlich, wie alle anderen Menschen jederzeit
683 spontan verreisen können. Fahrzeuge und Bahnhöfe / Haltestellen müssen barrierefrei
684 nutzbar werden und mit ausreichenden, für alle nutzbaren akustischen und optischen
685 Informationssystemen ausgestattet werden, damit alle Menschen Busse und Bahnen
686 jederzeit ohne Angst nutzen können. Bahnen sind mit ausreichenden funktionsfähigen
687 Behindertentoiletten auch im Nahverkehr auszustatten. Menschen mit Behinderungen im
688 Rollstuhl sollen an geeigneter Stelle im Personenbereich der Züge im ÖPNV-Platz
689 nehmen können, geeignete Ablageflächen sind vorzusehen. Bahnhöfe und größere
690 Haltestellen erhalten überall stationäre Behindertentoiletten.

691 **Arbeit für Alle**

692 Sinnerfüllende und gleichzeitig auskömmliche Arbeit darf auch für Menschen mit
693 Behinderung kein Wunschtraum bleiben. Wir wollen dafür sorgen, dass für alle gerechte
694 Löhne und ein gutes Arbeiten ermöglicht werden.

695 • **Wir fordern die Beendigung der finanziellen Ausbeutung in Behindertenwerkstätten**
696 **– stattdessen Mindestlohn für alle.**

697 • **Menschen mit Behinderung brauchen bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt.**

698 • **Behindertenwerkstätten müssen zur Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt**
699 **beitragen.**

700 • **Alle Arbeitgeber:innen müssen Menschen mit Behinderung einstellen - der**
701 **öffentliche Dienst muss dabei Vorbild werden.**

702 • **Wir fordern, Schluss mit dem Freikauf durch Ausgleichszahlungen.**

703

704 Arbeit ist Teil des gesellschaftlichen Lebens und damit Teilhabe. Menschen mit
705 Behinderung müssen daher in allen Betrieben und Arbeitsstätten Teil der Belegschaft
706 sein. Jedoch ist auch dafür zu sorgen, dass Menschen, die dies wünschen, in
707 Werkstätten arbeiten können. Grundkonsens ist dabei eine faire Bezahlung, mindestens
708 nach dem Mindestlohn.

709

710

Barrierefreies Internet in Bayern – im Freistaat und den

711

Bezirken

712 • **Behördliche Internetseiten müssen endlich den Regelungen der Bayerischen**
713 **Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung entsprechen.**

714 Barrierefreiheit im Web ist eine wichtige Voraussetzung für eine inklusive
715 Gesellschaft. Obwohl es vom World Wide Web Konsortium, dem internationalen Gremium
716 zur Standardisierung des Internets, bereits seit 1990 Richtlinien für ein
717 barrierefrei zugängliches Internet gibt, werden diese leider oftmals noch immer nicht
718 angewandt. In Bayern müssen behördliche Internetseiten laut BayBITV seit 1. Januar
719 2007 die internationalen Standards der Web-Zugänglichkeit für Menschen mit
720 Behinderung erfüllen. Dies ist z. Zt. flächendeckend in Bayern nicht der Fall. Diese
721 Verpflichtung muss im Freistaat und in den Bezirken endlich ernst genommen und
722 umgesetzt werden!

723

Kommunales Wohnraumförderungsprogramm – KommWFP und andere

724

Programme auf Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen

725

anwenden

726 Wohnen ohne Hindernisse, das muss drin sein. Wir fordern die Umsetzung bestehender
727 Normen und endlich ein ausreichendes Angebot an Wohnraum für Menschen mit Behinderung
728 – ganz nach ihren Bedürfnissen.

729 • **Wir fordern die vollständige Umsetzung der geltenden (DIN-)Normen zur**
730 **Barrierefreiheit bei der staatlichen Wohnraumförderung.**

731 • **Es braucht vorrangige und unbürokratische Förderung von barrierefreien Wohnungen**
732 **und inklusiver Wohnkonzepte in voller Höhe.**

733 Mit dem Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm unterstützt der Freistaat Bayern die
734 Gemeinden dabei, selbst bezahlbaren Wohnraum zu planen und zu bauen. Mit 150
735 Millionen Euro im Jahr wird der Neubau von gemeindlichen Mietwohnungen gefördert. Es
736 sollen Wohngebäude gefördert werden, die langfristig nutzbar sind und dem Ziel einer

737 geordneten städtebaulichen Entwicklung entsprechen.

738 Die staatliche Wohnraumförderung muss die Anforderungen an Barrierefreiheit von
739 Menschen mit Behinderungen und Senioren vollständig umsetzen und dabei die geltenden
740 (DIN-)Normen zur Barrierefreiheit im gesamten Wohnungsbau zwingend voraussetzen. Zu
741 einem selbstbestimmten Leben gehört die freie Wahl der Wohnform und des
742 Aufenthaltsortes. Daher muss es mehr Alternativen zur Heimunterbringung geben.
743 Barrierefreie Wohnungen und inklusive Wohnkonzepte müssen vorrangig und
744 unbürokratisch in voller Höhe gefördert werden, damit in Bayern auch Menschen mit
745 Behinderung so leben können, wie sie es wollen. Die Berücksichtigung von
746 Zusatzanforderungen für Barrierefreiheit umfasst nach Anlagen des Deutschen Städte-
747 und Gemeindebundes (DStGB) nur gut ein Prozent der Gesamtbaukosten aus. Das muss uns
748 Barrierefreiheit wert sein!

749

Menschen mit psychischen Erkrankungen stärken

750 Psychische Erkrankungen sind oft immer noch ein Stigma. Wir wollen Hilfe statt
751 Wegschauen und fordern zielgerichtete und niedrigschwellige Hilfsangebote für
752 Betroffene.

- 753 • **Schluss mit der Stigmatisierung psychischer Erkrankungen, es braucht stattdessen**
754 **frühzeitiges Erkennen durch Aufklärung und niederschwellige Beratungsangebote.**
- 755 • **Wir wollen ausreichende flächendeckende Behandlungsmöglichkeiten, ambulant, wie**
756 **auch stationär.**
- 757 • **Krisendienste müssen rund um die Uhr erreichbar sein.**
- 758 • **Wir wollen die selbstständige Rechts- und Handlungsfähigkeit der Patient:innen**
759 **erhalten.**

760 Der auch durch die Folgen der Corona-Pandemie verursachte rasante Anstieg psychischer
761 Erkrankungen hat verschiedene Ursachen, wie z. B. die Zunahme belastender Faktoren.
762 Zudem werden durch eine bessere und frühzeitige Diagnostik immer mehr psychische
763 Erkrankungen erfasst. Menschen mit psychischen Erkrankungen sind nach wie vor
764 Vorurteilen ausgesetzt.

765 Wir fordern von der bayerischen Gesundheitspolitik und von ihrer Umsetzung in den
766 Bezirken: Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen, frühzeitiges Erkennen
767 durch Aufklärung, niederschwellige Beratungsangebote und Fortbildung sowie

768 ausreichende flächendeckende Behandlungsmöglichkeiten und rund um die Uhr erreichbare
769 Krisendienste. Die Betroffenen benötigen ambulant wie stationär eine flexible und
770 schnelle Behandlung, Wir fordern, hierbei die selbstständige Rechts- und
771 Handlungsfähigkeit der Patient:innen zu erhalten.

772

Inklusive Bildung in allen Schularten

773 Unsere Gesellschaft ist vielfältig – das muss sich auch an den Schulen widerspiegeln,
774 daher wollen wir eine Gemeinschaftsschule für alle mit individueller Förderung – auch
775 für alle!

- 776 • **Wir wollen eine Schule für Alle mit den Kompetenzen aller Schularten.**
- 777 • **Inklusive Kitas und Weiterbildungen für das pädagogische Personal müssen die**
778 **Norm sein.**
- 779 • **Wir fordern die Erleichterung des Besuchs der Schule vor Ort für Kinder mit**
780 **Beeinträchtigungen.**
- 781 • **Der mobile sonderpädagogische Dienst muss ausgebaut werden.**
- 782 • **Es braucht Projekte zur medizinischen Unterstützung an Schulen für Kinder mit**
783 **und ohne Behinderungen durch Schulgesundheitspfleger:innen und**
784 **Schulpsycholog:innen.**
- 785 • **Wir werden Dyskalkulie analog zu Legasthenie in das Schulgesetz aufnehmen.**
- 786 • **Die schulischen Kommunikationsmöglichkeiten von hör- und sehbehinderten Menschen**
787 **müssen verbessert werden.**

788 Bayern ist in Deutschland einer der Spitzenreiter in Exklusion im Schulwesen. Die
789 Absonderung von Kindern in die Förderschulen steigt in Bayern seit Jahren – was im
790 Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention ein Skandal ist.

791 Menschen mit Behinderung haben in allen Lebensphasen ein Recht auf unabhängige
792 Beratung, auf Assistenz und auf Hilfsmittel. Wir möchten, dass ihre Ansprüche auf
793 Unterstützung auch in frühen Lebensphasen umfassend, zuverlässig und unbürokratisch
794 erfüllt werden. Wir benötigen eine Schule für Alle mit den Kompetenzen aller
795 Schularten. Entscheidend für eine inklusive Gesellschaft ist die
796 Selbstverständlichkeit, mit der Kinder gemeinsam heranwachsen, denn das verhindert,
797 dass Barrieren im Denken und im täglichen Miteinander überhaupt entstehen. Inklusive
798 Kitas und Weiterbildungen für das pädagogische Personal sind dafür notwendig. Wir

799 fordern, dass der Besuch der Schule vor Ort für Kinder mit Beeinträchtigungen
 800 erleichtert wird. Alle Schulgebäude müssen Schritt für Schritt barrierefrei (um-
 801)gebaut werden und Zugang für Alle bieten. Bayern benötigt endlich eine ausreichende
 802 Anzahl an Lehr- und Fachkräften (auch neben den klassischen Lehrkräften) statt dem
 803 jahrzehntealten Mangel an Lehrer:innen und Schulbegleiter:innen. Der mobile
 804 sonderpädagogische Dienst muss ausgebaut und Projekte zur medizinischen Unterstützung
 805 an Schulen für Kinder mit und ohne Behinderungen durch Schulgesundheitspfleger:innen
 806 und Schulpsycholog:innen gefördert werden. Die Förderung von Schüler:innen mit
 807 Dyskalkulie muss analog zu denen mit Legasthenie in das Schulgesetz aufgenommen
 808 werden und die schulischen Kommunikationsmöglichkeiten von hör- und sehbehinderten
 809 Menschen verbessert werden. Die Chancen der Digitalisierung müssen genutzt werden, um
 810 die Lern- und Studienbedingungen an Schulen und Universitäten für Lernende und
 811 Studierende mit Beeinträchtigung zu verbessern. Barrierefreiheit überall!

297 privatisierte Krankenhäuser in öffentliches Eigentum zurückgeholt werden. ~~Für den~~
 298 ~~Anfang soll ein landeseigener Strukturfonds~~ Der Klinikverbund wird zu diesem Zweck mit
einer Milliarde Euro für die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit
 299 ~~des Verbunds gewährleisten~~ Legislaturperiode ausgestattet. Für eine Stärkung und eine
Garantie der wohnortnahen Versorgung richten wir einen Transformationsfonds ein, über
den jährlich eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt werden.

300 **Pflege ist wertvoll**

301 ~~Wir brauchen eine menschenwürdige Langzeitpflege, die sich an der konkreten Situation~~
 302 ~~der Menschen mit Pflegebedarf und ihrer Angehörigen ausrichtet:~~

Die Pflege ist eine der größten gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit.
Derzeit leben rund 580.000 Pflegebedürftige in Bayern. Bis zum Jahr 2050 werden
voraussichtlich bis zu 1 Million Menschen im Freistaat pflegebedürftig sein. Circa 75 bis 80 %
werden davon von Angehörigen zu Hause gepflegt. Für die meisten Angehörigen ist die Pflege
ihrer Liebsten eine Selbstverständlichkeit, die sie als bereichernd empfinden. Gleichzeitig
bringt die Pflege zu Hause sie aber auch oft an ihre Grenzen – körperlich, psychisch und
finanziell.

Pflegende Angehörige brauchen mehr Hilfe im Haushalt, bei der Pflege und bei der Betreuung.
In ganz Bayern muss es genug Plätze in der Tagespflege, in der Nachtpflege und in der
Kurzzeitpflege geben. Es wird ein Budget für alle Unterstützungsleistungen gebraucht, sodass
pflegende Angehörige gemeinsam mit den Pflegebedürftigen unbürokratisch und flexibel

passende Hilfen auswählen können. Damit Überlastungen der pflegenden Angehörigen rechtzeitig erkannt und Hilfen organisiert werden können, sind mehr unabhängige Pflegeberatungen notwendig.

Mehr Zeit zum Pflegen ohne finanzielle Sorgen für pflegende Angehörige.

Damit sie genug Zeit zum Pflegen haben, müssen gute Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf geschaffen werden. Zusätzlich muss es ein Rückkehrrecht in die Vollzeitbeschäftigung geben. Die Pflege von Angehörigen darf nicht zum finanziellen Problem werden. Pflegende Angehörige brauchen eine eigene finanzielle Leistung für die Nächstenpflege, damit sie sich mit ganzem Herzen der Pflege widmen können.

Die Pflege muss sich für die pflegenden Angehörigen bei der Rente lohnen.

Die Pflege muss in der Rente besser anerkannt werden. Die Unterstützung von pflegenden Angehörigen durch Pflegedienste ist wichtig und darf für pflegende Angehörige nicht mit geringeren Rentenpunkten bestraft werden. Außerdem darf ihre Arbeitszeit keine Rolle spielen. Auch pflegende Angehörige, die bereits in Rente sind, müssen Rentenpunkte bekommen.

Wir brauchen eine menschenwürdige Langzeitpflege, die sich an der konkreten Situation der Menschen mit Pflegebedarf und ihrer Angehörigen ausrichtet:

- 303 • **Wir benötigen verbindliche gesetzliche Regelungen für bedarfsorientierte**
- 304 • **Personalschlüssel in der Pflege sowie einen wissenschaftlich abgesicherten Qualifikationsmix für alle Qualifikationsstufen die Pflege betreffend.**
- 305 • **Es braucht ein Ende der „Minutenpflege“ durch eine bessere Fachkraftquote in den**
- 306 **ambulanten Pflegediensten.**
- 307 • **Wir streiten für den Ausbau alternativer Wohn- und Versorgungsformen für**
- 308 **Menschen mit Pflegebedarf.**
- 309 • **Es ist ein Landesprogramm für den Ausbau von Kurz – und Tagespflegeplätzen**
- 310 **notwendig.**
- 311 • **Wir streiten für mehr Mitsprache von Betroffenen hinsichtlich ihrer Unterkunft**
- 312 **und Verpflegung.**
- 313 • **Pflege macht arm: Wir benötigen eine deutliche Anhebung des Landespflegegelds**
- 314 **und regelhafte Dynamisierung des Betrags, gemessen an der jährlichen Inflation.**
- 315 Wir wollen eine Politik, die gerecht und solidarisch ist und eine menschenwürdige
- 316 Pflege gewährleistet. Deshalb dürfen Pflegeheime keine Anlageobjekte sein, die
- 317 Rendite zu liefern haben – sie gehören in die öffentliche Hand. Denn bei der
- 318 Langzeitpflege gehören die Menschen mit Pflegebedarf in den Mittelpunkt. Die Fürsorge

319 für sie muss ihren Bedürfnissen gerecht werden und nicht möglichst viel Gewinn
320 erzielen. Ein besonders trauriges Ergebnis profitorientierter Gesundheitspolitik sind
321 die seit langem bekannten und andauernden „Missstände“ in der Langzeitpflege. Die
322 Wehrlosigkeit vieler Menschen mit Pflegebedarf und die weitverbreitete
323 Mittellosigkeit, gerade im Alter, sorgen regelmäßig für unhaltbare Zustände und
324 machen Schlagzeilen. In stationären Einrichtungen haben Betroffene kaum
325 Möglichkeiten, sich gegen Fehlverhalten und schlechte Bedingungen zu wehren. Es gibt
326 lediglich ein Anhörungs- und Beschwerderecht. Hier müssen wir Menschen mit
327 Pflegebedarf dabei unterstützen, umfassende Rechte ergreifen zu können und ihren
328 Lebensraum besser gestalten zu können.

329 Das bisherige Teilkaskoprinzip in der Pflegeversicherung ermöglicht überwiegend
330 körperbezogene Versorgung im Akkord, persönliche und soziale Bedürfnisse bleiben
331 ebenso auf der Strecke wie eine umfassende, ganzheitliche Pflege. Hier ist der
332 Freistaat gefordert, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, damit Pflege
333 nicht zum Armutsrisiko wird und die Kosten für Pflege endlich in vollem Umfang von
334 der Pflegeversicherung übernommen werden. Die Einrichtungseinheitlichen Eigenanteile
335 gehören in Bayern zu den höchsten bundesweit. Die Pflegekosten explodieren und
336 Menschen mit Pflegebedarf werden von der verantwortlichen Politik damit allein
337 gelassen. Menschen mit Pflegebedarf sollten ohne finanzielle Nöte entscheiden können,
338 ob sie von Angehörigen oder von Fachkräften pflegerisch versorgt werden möchten. Wir
339 wollen eine bessere Unterstützung und Absicherung pflegender Angehöriger.

340 **Gute Arbeit für gute Pflege und Gesundheit**

341 Gute Pflege setzt gute Arbeit voraus, diese braucht eine gute Ausbildung:

- 342 • **Es benötigt eine Aufwertung der Pflegeberufe durch gute tarifliche Bezahlung und**
343 **gute Arbeitsbedingungen: Dazu gehört eine verbindliche und ausreichende**
344 **Personalbemessung in Krankenhäusern und Pflegeheimen sowie ausreichend Zeit in**
345 **der ambulanten Pflege.**
- 346 • **Wir streiten für eine Aufwertung der medizinischen Fachberufe und**
347 **therapeutischen Berufe, die bislang nur auf Überweisung tätig werden können.**
- 348 • **Wir streiten für die Einstellung und Ausbildung von mehr Pflegekräften. Wir**
349 **verbessern die Ausbildungsbedingungen, indem Auszubildende in Pflegeberufen**
350 **freigestellt und nicht auf Stellenpläne angerechnet werden. Die Ausbilder:innen**
351 **müssen in der Zeit von sonstigen pflegerischen Aufgaben befreit werden.**

352 • **Wir richten eine zentrale, anonyme Beschwerdestelle beim Landesamt für Pflege**
353 **ein.**

354 Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten in den Krankenhäusern:
355 mehr Personal und eine gesetzliche Personalbemessung, die eine gute Versorgung
356 sicherstellt. Das Gesundheitswesen muss am Gemeinwohl orientiert sein – ohne Profite!
357 Gerade im Gesundheitswesen bestehen für Pflegekräfte bereits seit Jahren schlechte
358 Arbeitsbedingungen: Viele Überstunden, Wochen- und Nachtschichten, ständige
359 Bereitschaft zum Einspringen und eine geringe Bezahlung – ein Beruf, der selbst die
360 überzeugtesten Pflegekräfte irgendwann auslaugt. Der Ursprung des Pflegenotstands
361 liegt in der Privatisierung des Gesundheits- und Pflegesektors. Die Privatisierung
362 stellt Profite vor die Gesundheit der Menschen. Profite, die auf der Arbeit der
363 Beschäftigten in Gesundheit und Pflege beruhen. Ausgeschüttet werden diese Profite an
364 Eigentümer:innen, Aktionär:innen und Manager:innen von Konzernen. Privatisierung
365 führt also nicht nur zu steigenden Kosten, sinkender Pflegequalität, sich
366 verschlechternden Arbeitsbedingungen und damit verbundener Flucht der Pflegekräfte
367 aus ihrem Beruf, sondern zusätzlich zu einer Umverteilung von unten nach oben. Dieser
368 Spirale muss der Freistaat Einhalt gebieten.

In der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig ein gut funktionierender Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD) für die Gesellschaft ist. Den ÖGD wollen wir erheblich ausbauen und den Personalbestand erhöhen. Ein Ausbau ist erforderlich, um bisherige und zukünftige Aufgaben angemessen erfüllen zu können.

Mit dem Pakt für den ÖGD hat der Bund umfangreiche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, um diesen zu reformieren. Wir wollen diese nutzen und diese mit einem Landesprogramm ergänzen, um einen modernen, nachhaltigen und bevölkerungsnahen ÖGD in den Kommunen aufzubauen.

Zukünftig soll ein Schwerpunkt des ÖGD auf den Themen der Gesundheitsförderung und Prävention liegen, aber auch Themen, die bislang nicht im ÖGD verankert sind wie z. B. „Klima und Gesundheit“, müssen stärker in den Fokus genommen werden. Hierfür werden unterschiedliche Qualifikationen benötigt, neben Ärzt*innen brauchen wir auch Sozialarbeiter*innen und Gesundheitswissenschaftler*innen.

Einen besonderen Fokus wollen wir auch auf den Ausbau von Stellen für Präventions- bzw. Pflegefachkräfte legen. Einer Präventions- bzw. Pflegekraft soll eine bestimmte Anzahl an Bürger*innen zugeteilt werden, für die sie feste Ansprechperson und Begleitperson bei gesundheitlichen Fragestellungen und -problemen ist. Um das notwendige Personal zu

gewinnen, setzten wir uns für attraktive Arbeitsbedingungen im ÖGD ein (bspw. Tarifbindung, unbefristete Verträge, Weiterbildungsmöglichkeiten).

369 In jeder Lebenssituation gut versorgt

370 Die Menschen müssen in jeder Lebenslage eine optimale Versorgung erhalten. Dies gilt
371 nicht nur bei Krankheit, auch im hohen Alter und vor allem am Anfang des Lebens.

372 Unsere Vision ist Gesundheit und bestmögliche Versorgung als Menschenrecht.

- 373 • **Es benötigt eine wohnortnahe Versorgung durch Geburtsstationen und eine**
- 374 **Einführung eines Haftpflichtfonds für ambulant arbeitende Hebammen.**
- 375 • **Wir streiten für eine ausreichende Finanzierung für die Unterstützung von**
- 376 **Kindern und Jugendlichen und von deren Bezugspersonen bei traumatischen**
- 377 **Erfahrungen, wie z.B. Gewalt, Flucht oder Missbrauch, sowie für**
- 378 **Präventionsarbeit.**
- 379 • **Wir führen ein unabhängiges psychosoziales Beratungssystem auf kommunaler Ebene**
- 380 **ein.**
- 381 • **Wir ordnen die psychotherapeutischen Versorgungsbezirke neu und schaffen mehr**
- 382 **Kassensitze für die ambulante psychiatrische Versorgung, insbesondere in im**
- 383 **Moment schlecht versorgten Gebieten.**
- 384 • **Wir bauen ambulante Einrichtungen der Gemeindepsychiatrie für alle Lebensalter**
- 385 **in öffentlicher Trägerschaft aus. Wir richten Beratungsangebote für Angehörige**
- 386 **psychisch Erkrankter ein und unterstützen die Bezirke, in denen die**
- 387 **Bezirkskliniken einen Großteil der psychiatrischen Betreuung übernehmen.**
- 388 • **Hospize und ambulante palliative Versorgung werden flächendeckend ausgebaut. Wir**
- 389 • **fördern die Begleitung von Angehörigen Schwerstkranker und Sterbender.**
- 390 • **Wir stellen einen Landesgesundheitsplan mit konkret überprüfbaren Zielen auf.**
- 391 • **Es benötigt kostenfreie Präventions- und Rehabilitationsangebote für alle**
- 392 • **Versicherten.**
- **Ein Grundstock an Verhütungsmitteln muss allen kostenfrei zur Verfügung stehen.**
- **Keinen Kinderwunsch zu haben, ist lebenslang legitim.**
- 393 • ~~**DIE LINKE setzt sich für einen Anti-Korruptionsbeauftragten im Gesundheitswesen-**~~
- 394 ~~**ein.**~~
- **DIE LINKE setzt sich für einen Anti-Korruptionsbeauftragten im Gesundheitswesen ein.**

- **Der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung für Menschen ohne Versicherungsschutz muss sichergestellt sein. Der anonyme Krankenschein ist hier ein wichtiger Schritt und muss weitergeführt und ausgebaut werden. Wir wollen auch mehrsprachige Beratung und Informationen für Menschen ohne Versicherungsschutz verbessern und sicherstellen.**

395 Für Bayern wollen wir eine Gesundheitspolitik, die politische Verantwortung und
396 demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung miteinander verbindet. Wir wollen dafür
397 sorgen, dass krankmachende Lebens- und Umweltbedingungen beseitigt werden. Eine
398 umfassende Gesundheitsberichterstattung soll helfen, regionale und
399 geschlechtsspezifische Gesundheitsziele in einem Landesgesundheitsplan zu entwickeln
400 und umzusetzen. Die Gesundheitspolitik und die Planung des Landes mit den Kommunen
401 soll dafür sorgen, dass die Menschen wohnortnah erhalten, was sie brauchen.

402 Dazu gehört ein nötiges Wiederaufbauprogramm für Geburtsstationen, die in den
403 vergangenen Jahren aus Profitlogik geschlossen wurden. Eine niedrigschwellige,
404 geburtshilfliche Versorgung muss wohnortnah stattfinden können. Nur so und durch eine
405 bessere Absicherung ambulant arbeitender Hebammen sind Schwangere, Gebärende und
406 Eltern ausreichend versorgt.

407 Darüber hinaus ist es eine öffentliche Aufgabe, Kinder- und Jugendgesundheit für alle
408 zu fördern. Kinder und Jugendliche aus Familien mit wenig Einkommen haben erhöhte
409 Gesundheitsrisiken. Sie leben oft in Stadtteilen mit höherer Lärmbelastung und
410 stärkerer Umweltverschmutzung. Folgen sind beispielsweise Häufungen von
411 Atemwegserkrankungen, Allergien, frühkindlichen Entwicklungsstörungen oder
412 psychosomatischen Erkrankungen mit Kopf- und Bauchschmerzen. Kinder mit chronischen
413 Erkrankungen wie Diabetes, Asthma oder Krebs benötigen besondere Unterstützung, um
414 ihr Recht auf Bildung, Freizeit und Kultur wahrzunehmen. Wir wollen ihre Familien mit
415 Schul- und Kita-Gesundheitsdiensten besser entlasten.

416 Bei immer mehr Erkrankungen handelt es sich um psychische oder psychosomatische
417 Krankheiten, bedingt oder mitbedingt durch Stress, Mobbing, Arbeitsverdichtung,
418 Erwerbslosigkeit oder die Belastungen durch die Corona-Pandemie. In Bayern fehlen
419 hierfür vielerorts psychiatrische, psychologische und psychotherapeutische Hilfen.
420 Die Durchschnittswartezeit auf einen Therapieplatz beträgt mittlerweile
421 durchschnittlich mehr als vier Monate. Psychische Erkrankungen sind in der
422 Gesellschaft immer noch ein großes Tabuthema, was die Situation der Erkrankten
423 zusätzlich verschlimmert. Zwar hat der Freistaat in den vergangenen Jahren einen
424 neuen Studiengang in dem Bereich geschaffen, allerdings ist dieser derart

425 unterfinanziert, dass auch dies den steigenden Bedarf an Psychotherapeut*innen
 426 niemals decken wird. Hier muss der Freistaat endlich seiner Verantwortung nachkommen.
 427 Eine weitere sensible Lebenssituation ist das Lebensende. Es ist unsere
 428 gesellschaftliche Aufgabe, dass Menschen auch in dieser Zeit gut versorgt werden.
 429 Viele Menschen treibt die Sorge um, dass sie im Alter oder bei einer schweren
 430 Krankheit mit Leid und Schmerz allein gelassen werden oder ihren Angehörigen zur Last
 431 fallen. Die Politik muss den Menschen diese Ängste nehmen und dafür sorgen, dass
 432 Menschen mit Pflegebedarf und pflegende Familienangehörige endlich genau diejenigen
 433 Hilfsangebote bekommen, die sie benötigen. So können etwa eine gute pflegerische
 434 Versorgung oder die Palliativmedizin dazu beitragen, dass vielen auch diese letzte
 435 Zeit noch lebenswert gemacht wird.

436 Damit all dies realisierbar ist, bedarf es eines Systemwechsels in der Finanzierung
 437 von Gesundheit und Pflege. Der Freistaat muss sich dafür einsetzen, dass sich endlich
 438 alle Menschen angemessen und solidarisch an der Finanzierung des Gesundheitswesens
 439 beteiligen. Mit der Solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung entrichten alle
 440 den gleichen Prozentsatz ihres gesamten Einkommens für die Gesundheits- und
 441 Pflegeversorgung. Damit ist das unnötige Nebeneinander der Versicherungssysteme
 442 abgeschafft, die systemimmanente Unterfinanzierung der Pflegeversicherung beendet und
 443 die weitere methodische Schonung Vermögender und Superreicher ausgeschlossen. Mit
 444 dieser Finanzierungsreform und einem Gesundheitssystem ohne Wettbewerb und
 445 Profitlogik ermöglichen wir allen Menschen einen Zugang zu guter medizinischer
 446 Versorgung auf dem neusten Stand. Das bedeutet bessere Vorsorge sowie bestmögliche
 447 Versorgung im Krankheits- oder Pflegefall.

448 **Suchtkranken helfen, nicht kriminalisieren**

Umdenken in der Drogenpolitik: Suchtkranken helfen, nicht kriminalisieren

449 ~~Drogensucht ist eine Krankheit: Statt die Menschen zu kriminalisieren, benötigt es~~
 450 ~~dringend eine andere Strategie, die den Menschen hilft.~~ Wir fordern ein
grundsätzliches Umdenken in der Drogenpolitik. Die bayerische Regierung gibt sich als
härteste Gegnerin im Umgang mit Drogen - soweit sie illegal sind. Während Alkohol zum
Kulturgut des Landes dazugehört, werden Konsumierende und Suchtkranke anderer Drogen
kriminalisiert.

Wir fordern:

- 451 • **Wir streiten für den Ausbau niedrigschwelliger Programme zur Suchtprävention.**
 452 **Dazu braucht es flächendeckende Therapie- und Präventionsangebote.**
- 453 • **Bayern muss bei der Legalisierung von Cannabis vom Bremser zum Vorreiter werden.**
 454 **Dies funktioniert über eine Bundesratsinitiative, wenn die Regierung weiter**
 455 **zaudert, und eine unverzügliche Anhebung der Bagatellgrenze zur Strafverfolgung.**
- 456 • **Auch bei anderen illegalisierten Drogen streitet DIE LINKE für eine Umkehr in**
 457 **der Politik: Es benötigt Drug-Checking-Angebote, eine Anhebung der**
 458 **Bagatellgrenzen auch dort und die Einrichtung von Drogenkonsumräumen.**
- 459 • **Die Möglichkeiten der Substitutionsbehandlung sind in Bayern beschränkt. Wir**
 460 **unterstützen Ärzt:innen, Krankenhäuser und medizinische Versorgungszentren, um**
 461 **die Kapazitäten auszuweiten.**

462 ~~Die bayerische Regierung gibt sich als härteste Gegnerin im Umgang mit Drogen –~~
 463 ~~soweit sie illegal sind. Während Alkohol zum Kulturgut des Landes dazugehört, werden~~
 464 ~~Konsumierende und Suchtkranke anderer Drogen kriminalisiert. Dabei sind sich nahezu~~
 465 Nahezu
 466 alle ~~Suchtforscher:innen~~ Suchtforscher*innen sind sich einig, dass die Illegalisierung
 von Drogen nicht zu einem
 467 ~~besseren Umgang im Drogenkonsum führt. Wir benötigen ein Umdenken: Suchtabhängige-~~
 468 ~~Menschen sind krank. Ihnen muss geholfen werden, sie~~ Auf Bundesebene setzen wir uns
für eine grundlegende Reform des Betäubungsmittelgesetzes einsetzen, die Menschen
nicht aufgrund ihres Konsums kriminalisiert. Bezugsmöglichkeiten dürfen nicht weiter
in den
 469 ~~Teufelskreis der Kriminalisierung gedrängt werden. Dazu bedarf~~ profitorientiert sein
und müssen mit Aufklärung, Jugendschutz und Prävention einhergehen. Wir setzen uns
dafür ein, dass rechtliche Rahmenbedingungen für die Einführung von Cannabis-Clubs
geschaffen werden. Die Clubs dienen der Deckung des persönlichen Bedarfs. Der private
Eigenanbau von Cannabis soll grundsätzlich ermöglicht werden. Wir fordern
Eigenbedarfsgrenzen auch für andere illegalisierte Substanzen. Damit betreten wir
bundespolitisch kein Neuland. Damit leisten wir einen Beitrag zur Entlastung der
Justiz und zur Entkriminalisierung der Konsumierenden.
Sucht- und Drogenhilfe muss verstetigt, bedarfsorientierte ambulante Therapieangebote
ausgebaut werden. Dabei geht es ~~Drogenkonsumräume,-~~
 469 ~~Möglichkeiten, Drogen nach~~ auch darum, die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen
mit Suchterkrankungen zu fördern. Psychosoziale sowie sozialpädagogische

Betreuungsangebote für Schwerstabhängige müssen erweitert und vorangetrieben werden.

Wir fordern, dass die Träger der Sucht- und Drogenhilfe stärker in ihrer Reinheit zu testen, sogenanntes Drug-Checking Arbeit unterstützt und finanziell besser ausgestattet werden, sodass sie für ihre Arbeit ausreichend Personal mit tarifgebundener Bezahlung beschäftigen können.

470 ~~10. Die Mieten nicht dem Markt überlassen~~

10. Keine Profite mit Boden und Miete

471

--Das Kapitel (Miete & Wohnen) wird an die vierte Stelle im Leitantrag verschoben--

472 Für DIE LINKE ist angemessener und bezahlbarer Wohnraum ein Grundrecht. Wir wollen
 473 sozial durchmischte Stadtviertel statt Verdrängung und Gentrifizierung. Für uns ist
 474 klar: Der freie Wohnungsmarkt ist unfähig diese Ziele zu erreichen. Er bevorzugt die
 475 Wohlhabenden und quetscht die Mieterinnen und Mieter finanziell aus. DIE LINKE steht
 476 für eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit. Insbesondere fordern wir einen starken
 477 kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau mit sozialen und nachhaltigen
 478 Vorgaben. Große profitorientierte Wohnungsunternehmen müssen in die öffentliche Hand
 479 überführt werden. Ohne Druck von unten geht es nicht. Deshalb unterstützen wir aktiv
 Mieterinitiativen und die Mietenbewegung. Damit der Druck von unten auf die
 Immobilienlobby, auf die Konzerne und auf die politisch Verantwortlichen wächst. Wir
 stehen ohne Wenn und Aber an der Seite der Mieterinnen und
 480 Mieter im Kampf um bezahlbares Wohnen. Wir setzen uns auf allen politischen Ebenen
 481 für eine Absenkung der Mieten ein.

482

483 Boden- und Mietpreise in Bayern explodieren - und das nicht nur in den Metropolen wie
 484 München und Nürnberg, sondern auch im Oberallgäu, in Bad Kissingen oder in Donau-
 485 Ries. Landesweit sind die Mieten in den letzten 10 Jahren um 54% gestiegen. 162
 486 bayerische Kommunen haben offiziell einen angespannten Mietwohnungsmarkt.
 487 Gleichzeitig sinken die Reallöhne für einen großen Teil der Bevölkerung. Immer
 488 häufiger geht jeder zweite Euro des Arbeitseinkommens als Miete direkt weiter in die
 489 Tasche von Eigentümern und Investoren.

490

491 Die rasant steigenden Miet- und Bodenpreise sind auch eine Einladung für

492 Spekulationsgeschäfte. So lassen Investoren bestehendes Bauland ungenutzt, um es
493 später mit leistungslosen Gewinnen weiterzuverkaufen. Ähnliches gilt für den
494 Wohnungsleerstand. Während viele Menschen verzweifelt nach einer Wohnung suchen,
495 stehen allein in München etwa 50.000 Wohnungen leer. In der Konsequenz ist die Suche
496 nach einer (bezahlbaren) Wohnung in vielen Gegenden reine Glückssache. Gute Lagen
497 sind heute fast ausschließlich den Wohlhabenden vorbehalten - Menschen mit kleinen
498 und mittleren Einkommen, Studierende und Rentner:innen werden an den Stadtrand
499 gedrängt. Immer häufiger wird sogar Wohnungsbestand in guten Lagen, im Sinne der
500 Profitmaximierung, abgerissen oder umgewandelt und durch neue Luxuswohnungen ersetzt.
501 Das ist nicht nur eine Katastrophe für die Menschen, sondern auch für die
502 Klimabilanz. Die Erzählung der Effizienz von freien Wohnungsmärkten ist und bleibt
503 ein Märchen. Die Realität ist: Wer Geld hat, profitiert - alle anderen müssen
504 schauen, wo sie bleiben.

505

506 Ein trauriges Beispiel für das Versagen der Politik liefert die bayerische
507 Landesregierung selbst: 2013 wurde der Wohnungsbestand der landeseigenen GBW-Gruppe
508 unter dem damaligen Finanzminister Markus Söder privatisiert. Betroffen waren davon
509 33.000 Wohnungen in Bayern. Seitdem werden die Betroffenen gnadenlos ausgepresst wie
510 Zitronen. Durch Luxussanierungen, Verwahrlosung, maximalen Mieterhöhungen, Abriss und
511 Neubau von Eigentumswohnungen werden alle Mittel angewandt, um die Menschen zu
512 verdrängen und Milliardengewinne einzufahren. Dabei ist der soziale Wohnungsbau schon
513 lange im Niedergang. Gab es 1988 in Bayern noch 495.000 Wohnungen mit Miet- und
514 Belegungsbindungen, sind es heute nur noch 140.000.

515

516 DIE LINKE stellt sich gegen diese Art kapitalistischer Wohnungs- und Bodenpolitik.
517 Wir kämpften dafür, dass die Landesregierung ihrem verfassungsmäßigen Auftrag zur
518 Regulierung des Wohnungsmarkts nachkommt! Das bedeutet für uns:

519

520 **Ausbau von öffentlichen, sozialen und gemeinnützigen**

521 **Wohnungsbau**

522 " (1) Jeder Bewohner und jede Bewohnerin Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene
523 Wohnung. (2) Die Förderung des Baues von bezahlbarem Wohnraum ist Aufgabe des Staates
524 und der Gemeinden. (3) Die Wohnung ist für jedermann eine Freistätte und

525 unverletzlich.“ (Bayerische Verfassung: Art. 106)

526 Wir LINKE nehmen die bayerische Verfassung ernst. Darum muss Wohnen für alle in
527 angemessenem Rahmen, was den Preis und die Qualität anbelangt, möglich sein.

528 • **Wir wollen die Schaffung von mindestens 40.000 Sozialwohnungen jährlich - dabei**
529 **gilt: einmal Sozialwohnung, immer Sozialwohnung.**

530 • **Günstige Kredite für gemeinnützigen Wohnraum durch die bayerische Landesbank**

531 • **(BayernLB) müssen gefördert werden.**

• **Wir wollen Wohnformen wie Miethäusersyndikate fördern. Die Landesbank soll neue
Miethäusersyndikate mit Zuschüssen und zinslosen Darlehen fördern.**

532 • **Der Wohnraum muss zurück in die öffentliche Hand. Wir wollen Kommunen,**
533 **Genossenschaften und Mieterzusammenschlüssen den Rückkauf von Wohnungen**
534 **ermöglichen. Dafür braucht es eine Förderung durch einen**

535 • ~~**Rekommunalisierungsfonds. Die Kommunen brauchen dafür sofort ein neues,**~~
536 ~~**rechtssicheres Verkaufsrecht mit der Möglichkeit zur Preislimitierung zum**~~
537 ~~**sozialen Ertragswerts.**~~

538 • **Dawonia & Co. Wollen wir enteignen. Das Grundgesetz, aber auch die bayerische**
539 **Verfassung ermöglichen Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit. Um den**
540 **bisherigen Missbrauch zu unterbinden, werden wir bei großen**

541 **Immobilienunternehmen auch dieses Mittel nutzen. Die 33.000 von Markus Söder**
542 **privatisierten Wohnungen der GBW (heute Dawonia) werden zurück in öffentliches**
543 **Eigentum überführt. Damit kann auch die erfolglose Bayernheim abgewickelt**
544 **werden.**

545 • ~~**Die Privatisierung von öffentlichem Boden wollen wir verbieten. Boden kann nur**~~
546 ~~**im Erbbaurecht vergeben werden. Kommunale und genossenschaftliche Nutzung wird**~~
547 ~~**bevorzugt.**~~

548 • **Mehr finanzielle Mittel für Wohnheimplätze sind zu schaffen. Ziel ist ein**
549 **sozialverträglicher Wohnraum für alle Studierenden und Azubis zu einem maximalen**
550 **Preis von 7,50 Euro/m².**

551 • ~~**Angemessene Unterkünfte für Geflüchtete und Obdachlose müssen drin sein: Die**~~
552 ~~**Unterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften ist würdelos und muss**~~
553 ~~**sofort beendet werden.**~~

• **Die unwürdige Unterbringung von Geflüchteten, Wohnungslosen oder Saison- und
Wanderarbeiter*innen in Massenunterkünften werden wir beenden. Jeder Mensch hat das**

Recht auf eine eigene Wohnung!

- Wir wollen den Ansatz Housing First in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit verankern. Er bedeutet, Obdachlose schnell und als ersten Schritt in Wohnungen unterzubringen. Dazu braucht es auch die weitere Institutionalisierung niedrigschwelliger Beratungsangebote und -strukturen.

Begründung:

554

- In den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften (z.B. bei der Stadibau) braucht es demokratische Mieterräte mit Mitbestimmungsrechten.
- Kündigungen wegen Rückstände bei der Miete bei landeseigenen Wohnungen schließen wir aus. Niemand darf gekündigt werden. Bundesweit wollen wir den Kündigungsschutz verbessern.
- Räumungen die in die Wohnungslosigkeit führen, wollen wir grundsätzlich verbieten. Für die staatlichen Wohnungen setzen wir dies sofort um.

555 DIE LINKE stellt sich gegen die Privatisierung und Profitorientierung des
556 Wohnungsmarktes. Wir stehen für die Stärkung von demokratischen und gemeinnützigen
557 Eigentumsformen wie dem kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau.

558

559 Sozialverträgliche energetische Sanierung von Gebäuden

560 Die Sanierung von Wohnraum ist nötig, gerade aus energetischen Aspekten. Jedoch darf
561 diese nicht dazu „benutzt“ werden, Mieterhöhungen durchzudrücken und Mieter:innen
562 mehr zu belasten.

- 563 • ~~Die jährliche energetische Sanierung von 2% - 3% des Wohnungsbestands ist
564 anzustreben und eine Verpflichtung zur Bereitstellung von Ersatzwohnraum während
565 der Sanierungsmaßnahmen zu gewährleisten.~~

- Mindestens eine Verdopplung der energetischen Sanierungsquote von derzeit 1% auf mindestens 2%. Verpflichtung zur Bereitstellung von Ersatzwohnraum während der Sanierungsmaßnahmen.

- 566 • **Es darf keine Steigerung der Warmmiete aufgrund energetischer Sanierung geben!**
567 **Aufschläge auf die Kaltmiete sind nur in Höhe der erreichten**
568 **Heizkosteneinsparung möglich, und nur so lange, bis die Investition abbezahlt**
569 **ist.**

- 570 • **Fördertöpfe der BayernLB sollen für kleine Vermieter da sein, damit diese**
 571 • **notwendigen Modernisierungen stemmen können.**
- **Aufsetzen eines Förderprogramms klimaneutraler und sozialgerechter Gebäudebestand Bayern**
 - **Der Freistaat muss als Immobilienbesitzer Vorbild sein**

572

573 DIE LINKE sieht sich dem 1,5 Grad Klimaziel verpflichtet - das bedeutet
 574 Klimaneutralität spätestens 2035! Heute sind unsere Gebäude für etwa 30% der gesamten
 575 deutschen CO2 Emissionen verantwortlich. Um das zu ändern, braucht es eine
 576 Ausbauoffensive bei energetischen Sanierungen. Das Problem: Die klimapolitisch
 577 notwendigen Sanierungen werden nicht selten genutzt, um die Mieten (über die
 578 sogenannte Modernisierungsumlage) zu erhöhen oder die gesetzliche Mietpreisbremse zu
 579 umgehen. Betroffen von den Auswirkungen sind vor allem Haushalte mit kleinen und
 580 mittleren Einkommen. Das ist ungerecht. Gerade Menschen mit kleinerem Einkommen leben
 581 auf weniger Fläche und verbrauchen damit nur ungefähr die Hälfte an Heizenergie
 582 verglichen mit den reichsten 10% der Bevölkerung.

583

584 **Grundrecht auf Wohnen**

585 Jeder Mensch hat das Anrecht auf angemessenen Wohnraum – Wohnungen dürfen daher
 nicht

586 als Spekulationsobjekte missbraucht werden. Wir als LINKE stehen dafür ein.

- 587 • ~~Wir machen Druck, um die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in~~ Schnelle
 588 Umsetzung des Umwandlungsverbots, damit in
 589 ~~angespannten Wohnungsmärkten dauerhaft zu beenden. Die ist sogar – wenn auch nur-~~
 590 ~~begrenzt bis 2026 – in dem neuen Baulandmobilisierungsgesetz vorgesehen. Bis~~
 591 ~~heute weigert sich die bayerische Staatsregierung allerdings, die benötigte~~
~~Rechtsverordnung zu erlassen~~ Wohnungslagen nicht weiter Mietwohnungen zu
Eigentumswohnungen werden, die für den Großteil der Gesellschaft nicht leistbar
sind. Ein solches Verbot soll ab drei Wohnungen pro Haus gelten. Viel zu lange
hat die Landesregierung die Umsetzung dieses Gesetzes verschleppt.

- 592 • **Wir unterstützen eine deutschlandweiten Initiative zur gesetzlichen Deckelung**
 593 **der Miet- und Bodenpreise, sowie einer flächendeckenden, unbegrenzten und**
 594 • **ausnahmslosen Mietpreisbremse.**

- Diese Mietendeckel und Mietpreisbremsen sollen auch für Kleingewerbe, Handwerk, kulturelle Einrichtungen sowie für soziale und gemeinnützige Träger einführen können.

595 • Ein wirksames Zweckentfremdungsverbot, um spekulativen Leerstand und
596 kommerzielle Vermietung von Wohnraum als Ferienwohnung zu stoppen, ist unser
597 Ziel.

598 • Die Einhaltung von Mietpreisbremse und Zweckentfremdungsverbot müssen wirksam
599 kontrolliert werden. Eigentümer, die diesen Regeln zuwiderhandeln, müssen
600 wirkungsvoll bestraft werden.

601 • Verbindliche Quoten beim Neubau für Sozialwohnungen von mindestens 50% sind
602 einzuhalten.

603 • Wir wollen verpflichtende Mietspiegel für Städte mit mehr als 25.000 Einwohnern,
604 damit sich Mieter wirksam gegen Mietsteigerungen zur Wehr setzen können. Damit
605 der Mietspiegel kein Mieterhöhungsspiegel wird, sollen alle Mieten in die
606 Berechnung einfließen, nicht nur die der letzten 6 Jahre. (Bundesgesetz)

607 • Ein Wohnungsaufsichtsgesetz muss geschaffen werden zur effektiven Bekämpfung von
608 Wohnungsmissständen und zur Durchsetzung von Mindeststandards für Wohnraum.

609

610 ~~Grund und Boden sind ein unvermehrbares Gut und dadurch besonders von~~

611 ~~Verteilungskonflikten betroffen.~~ Die blinde Marktorientierung hat dazu geführt, dass

612 bei der Verteilung von Wohnraum das Recht des Stärkeren und des Profites gilt.

613 Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen werden immer mehr aus guten Wohnlagen

614 verdrängt - mit den entsprechenden Konsequenzen für den Arbeitsplatz und das soziale

615 Umfeld. Deshalb fordern wir, als DIE LINKE, eine stärkere Regulierung des

616 Wohnungsmarktes.

617

Spekulation mit Grund und Boden durch soziale Bodenpolitik beenden

Eine der zentralen Ursachen für steigende Mieten ist die Explosion der Bodenpreise. Seit 1964 sind die Bodenpreise durchschnittlich um mehr als 1.800 Prozent gestiegen. Allein in den vergangenen Jahren haben sich die Preise in den bayerischen Städten fast verdreifacht.

Dagegen braucht es dringend Maßnahmen, um das sich immer schneller drehende Spekulationskarussell mit Grund und Boden anzuhalten und endlich wieder bezahlbaren Wohnungsbau zu ermöglichen. Denn Grund und Boden sind nicht vermehrbar. Deshalb stehen

wir für eine neue Bodenpolitik in Bayern! Dies wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- Die Bodenpreise für den sozialen Wohnungsbau müssen zweckgebunden gedeckelt werden. Nur mit bezahlbarem Boden sind auch bezahlbare Mieten möglich.
- Die Privatisierung öffentlicher Grundstücke wollen wir mit einem bayerischen Bodensicherungsgesetz ausschließen. Öffentlichen Boden wollen wir nur noch in Erbbaurecht vergeben. Der Erbpachtzins für Genossenschaften und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau wollen wir deutlich senken. Er soll sich am sozialen Nutzen des Geschosswohnungsbaus orientieren und damit langfristig leistbare Mieten garantieren.
- Der Freistaat Bayern verkauft Grundstücke zu einem sozialen Preis nur noch an die Kommunen. Ein Grundstücksverkauf wie an Apple darf sich nicht mehr wiederholen
- Um den Anteil öffentlichen Eigentums am Boden zu erhöhen, fordern wir ein Ankaufprogramm in Höhe von 800 Millionen Euro jährlich, aus dem der Freistaat für die Kommunen Mittel zur Verfügung stellt, um den Erwerb von Boden sicherzustellen. Vom Bund fordern wir eine weitere Beteiligung.
- Der Freistaat muss seine Liegenschaftspolitik am Gemeinwohl ausrichten und von der Finanzpolitik entkoppeln. Sie darf nicht länger am größtmöglichen Gewinn für den Landeshaushalt ausgerichtet sein.
- Der Kapitalverwertungsdruck auf den Bodenmarkt ist nach wie vor enorm. Er verhindert oft eine Nutzung im Interesse der Menschen. Dort, wo wir dem nicht durch Regulierung oder Ankauf begegnen können, wollen wir über eine stärkere Besteuerung zumindest einen Beitrag zur Finanzierung des Allgemeinwesens leisten. Deshalb wollen wir eine Erhöhung der Hebesätze im Freistaat und eine Reform der Grunderwerbssteuer auf Bundesebene, die mehr Differenzierung nach Nutzung und die Besteuerung von Share Deals erlaubt.
- Auf Bundesebene wollen wir das Vorkaufsrecht der Kommunen zurück und wollen dies stärken: Es soll überall ohne Ausnahme und innerhalb von bis zu sechs Monaten ausgeübt werden können.
- Wir brauchen außerdem ein preislimitiertes Vorkaufsrecht, das sich nicht am spekulativen „Marktpreis“ orientiert, sondern an bezahlbaren Mieten (sozialer Ertragswert) für die Bewohner*innen.
- Spekulationen mit Bauland wollen wir stoppen. Deshalb wollen wir leistungslose Gewinne durch den Wertzuwachs an Grundstücken über eine Bodenwertzuwachssteuer abschöpfen.

Junges Wohnen: Wohnheimoffensive für Studierende und Auszubildende

Wenn Studierende keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden, dann bedeutet das vor allem eins: Jugendliche ohne reiche Eltern haben es immer schwerer, ein Studium zu finanzieren.

Immer mehr Menschen werden vom Studium abgeschreckt, die soziale Selektion im Bildungssystem wird weiter verstärkt. Das hat auch eine negative Auswirkung auf die Vielfalt an den Hochschulen. Studierende aus Nicht-Akademikerfamilien mit ihren individuellen Erfahrungen sehen wir als Bereicherung für die Hochschulkultur und Forschung.

Wohnheimplätze öffentlicher Träger bieten die Möglichkeiten sich auch mit wenig Geld auf das Studium konzentrieren zu können.

Doch während die Zahl der Studierenden in den letzten Jahren stark gestiegen ist, haben die Wohnheimplätze des Studierendenwerks in Bayern seit 2018 sogar von 26.230 auf 24.100 abgenommen. Dies sind Folgen einer Mangelwirtschaft. Die Studierendenwerke wurden in den letzten Jahren vom Land stark unterfinanziert, wodurch sich ein hoher Sanierungsstau ergeben hat. Der skandalöse Leerstand von 1.500 Wohnungen in der Studentenstadt in München ist das bekannte Ergebnis dieser katastrophalen Landespolitik.

Auch für junge Menschen in der beruflichen Ausbildung ist es aufgrund der hohen Mieten kaum mehr möglich, in räumlicher Nähe zum Ausbildungsort zu leben. Der Bau von Azubiwohnheim bietet eine Möglichkeit dieser Entwicklung entgegenzuwirken und ein eigenständiges, gemeinschaftlich organisiertes Wohnen zu fördern.

- Sonderprogramm für den Neubau von Studierendenwohnheimen. Mindestens 3.000 neue Wohnheimplätze pro Jahr in Bayern
- Erhöhung der Fördergelder für den Neubau und die Sanierung von Wohnheimen
- Schnelle Sanierung aktuell leerstehender Wohnheime durch erfahrene Maßnahmenträger (Nein zur Bayernheim!)
- Wir wollen den Bau öffentlicher Auszubildendenwohnheime fördern, insbesondere im ländlichen Raum, sodass jährlich 2.000 neue Wohnheimplätze für Auszubildende entstehen. Dazu soll die Entstehung von Azubiwerken unterstützt werden.

11. Inklusion: Mehr als nur ein Lippenbekenntnis

619 Seit März 2009 ist in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft. Sie
 620 ist ein Meilenstein in der Behindertenpolitik, erkennt sie doch erstmals die
 621 Wechselwirkungen zwischen Menschen mit Beeinträchtigungen und einstellungs- und
 622 umweltbedingten Barrieren an, welche laut UN-Konvention erst zur Entstehung der
 623 Behinderung führen. Aus diesem Grund verlangt die UN-Konvention von den beigetretenen

624 Staaten eine Entwicklung hin zur inklusiven Gesellschaft, in der Menschen mit
625 Behinderung eine umfassende, gleichberechtigte Teilhabe sowie volle Selbstbestimmung
626 garantiert wird.

627 Barrierefreiheit ist die Voraussetzung zur Verwirklichung von

628 Inklusion und Teilhabe

629 Barrierefreiheit muss endlich in allen Lebensbereichen umgesetzt werden, wir geben
630 uns mit Lippenbekenntnissen nicht zufrieden.

- 631 • **Bayern muss endlich barrierefrei werden.**
- 632 • **Wir wollen Menschen mit Behinderung als Expert:innen in eigener Sache bei jeder**
633 **Planung beteiligen.**
- 634 • **Es braucht die Einrichtung einer Landesfachstelle für Barrierefreiheit.**
- 635 • **Wir fordern die Unterstützung bei der Vernetzung von Menschen mit Behinderung,**
636 **Senior:innen, Elternverbänden und den Parteien.**
- 637 • **Auch sprachlich muss Barrierefreiheit gewährleistet werden, etwa durch die**
638 **Kostenübernahme von Gebärdendolmetschern oder Informationen, die allen auf**
639 **unterschiedliche Weise zugänglich gemacht werden, je nach Bedarf.**

640 Der öffentliche Nahverkehr, öffentliche Einrichtungen und Gebäude, Plätze und Straßen
641 sind genauso wie Formulare und amtliche Informationsmaterialien in Bayern nicht
642 überall jederzeit für Menschen mit Behinderung nutzbar.

643 Bayern muss endlich barrierefrei werden. Dabei geht es nicht nur um den Abbau
644 baulicher, sondern auch um kommunikative oder soziale Barrieren. Die Beteiligung von
645 Menschen mit Behinderung als Expert*innen in eigener Sache ist bei jeder Planung
646 besonders wichtig. Wir fordern daher die Einrichtung einer Landesfachstelle für
647 Barrierefreiheit, die sich aus Betroffenen und Verbänden zusammensetzt. Wir fordern
648 vom Freistaat weiterhin die Unterstützung der Vernetzung von Menschen mit
649 Behinderungen, Senior:innen, Elternverbänden und Vertreter:innen aller Parteien.

650 Mobilität für Alle!

651 Niemand darf ausgeschlossen sein vom gesellschaftlichen Leben, darum muss Mobilität
652 zum Grundrecht werden, auch für all jene, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind.

- 653 • **Wir fordern Gelder im ÖPNV ausschließlich für Unternehmen und Fahrzeuge, die die**
654 **Mobilitätsbedürfnisse aller Menschen abbilden.**

- 655 • **Es braucht leicht bedienbare fahrzeuggebundene Rampen in allen Bahnen.**
- 656 • **An allen Bahnhöfen muss der Mobilitätsservice rund um die Uhr ohne Anmeldung**
657 **nutzbar sein.**
- 658 • **Der ÖPNV muss barrierefrei nutzbar werden und mit ausreichenden, für alle**
659 **nutzbaren akustischen und optischen Informationssystemen ausgestattet werden.**
- 660 • **Es braucht Behindertentoiletten auch im Nahverkehr der Bahn.**
- 661 • **Menschen mit Behinderung im Rollstuhl sollen im Personenbereich der Züge Platz**
662 **nehmen können.**
- 663 • **An allen größeren Haltestellen und Bahnhöfen wollen wir stationäre**
664 **Behindertentoiletten.**

665 Busse und Bahnen in Bayern sind nicht jederzeit für alle nutzbar. Menschen mit
666 Gehbehinderung haben Probleme, in Busse und Bahnen ungehindert einzusteigen,
667 Stellplätze für Rollstuhlfahrer:innen sind knapp, Informationseinrichtungen für Seh-
668 und Hörbehinderte fehlen.

669 Der Freistaat Bayern ist Auftraggeber für staatliche und private Bahnunternehmen im
670 Nahverkehr und vergibt Zuschüsse für die Finanzierung von kommunalen Bussen und
671 Bahnen. Der Freistaat darf künftig nur noch Fahrzeuge fördern und Unternehmen
672 beauftragen, die die Mobilitätsbedürfnisse aller Menschen abbilden. Alle Bahnen
673 müssen – so lange noch keine niveaugleichen Bahnsteige als Einstiege in die Bahnen
674 gebaut worden sind - mit vom Zugpersonal leicht bedienbaren fahrzeuggebundenen Rampen
675 ausgestattet werden. Der Mobilitätsservice der Bahn muss so ausgestattet werden, dass
676 er von allen Bahnhöfen ohne tagelange Voranmeldung 24 Stunden täglich genutzt werden
677 kann. Menschen mit Rollstuhl müssen endlich, wie alle anderen Menschen jederzeit
678 spontan verreisen können. Fahrzeuge und Bahnhöfe / Haltestellen müssen barrierefrei
679 nutzbar werden und mit ausreichenden, für alle nutzbaren akustischen und optischen
680 Informationssystemen ausgestattet werden, damit alle Menschen Busse und Bahnen
681 jederzeit ohne Angst nutzen können. Bahnen sind mit ausreichenden funktionsfähigen
682 Behindertentoiletten auch im Nahverkehr auszustatten. Menschen mit Behinderungen im
683 Rollstuhl sollen an geeigneter Stelle im Personenbereich der Züge im ÖPNV-Platz
684 nehmen können, geeignete Ablageflächen sind vorzusehen. Bahnhöfe und größere
685 Haltestellen erhalten überall stationäre Behindertentoiletten.

686 **Arbeit für Alle**

687 Sinnerfüllende und gleichzeitig auskömmliche Arbeit darf auch für Menschen mit

688 Behinderung kein Wunschtraum bleiben. Wir wollen dafür sorgen, dass für alle gerechte
689 Löhne und ein gutes Arbeiten ermöglicht werden.

690 • **Wir fordern die Beendigung der finanziellen Ausbeutung in Behindertenwerkstätten**

691 • - **stattdessen** Mindestlohn muss für alle gelten.

692 • **Menschen mit Behinderung brauchen bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt.**

693 • **Behindertenwerkstätten müssen zur Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt**
694 **beitragen.**

695 • **Alle Arbeitgeber:innen müssen Menschen mit Behinderung einstellen - der**
696 **öffentliche Dienst muss dabei Vorbild werden.**

697 • **Wir fordern, Schluss mit dem Freikauf durch Ausgleichszahlungen.**

698

699 Arbeit ist Teil des gesellschaftlichen Lebens und damit Teilhabe. Menschen mit
700 Behinderung müssen daher in allen Betrieben und Arbeitsstätten Teil der Belegschaft
701 sein. Jedoch ist auch dafür zu sorgen, dass Menschen, die dies wünschen, in
702 Werkstätten arbeiten können. Grundkonsens ist dabei eine faire Bezahlung, mindestens
703 nach dem Mindestlohn.

704

705

Barrierefreies Internet in Bayern – im Freistaat und den

706

Bezirken

707 • **Behördliche Internetseiten müssen endlich den Regelungen der Bayerischen**

708 **Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung entsprechen.**

709 Barrierefreiheit im Web ist eine wichtige Voraussetzung für eine inklusive
710 Gesellschaft. Obwohl es vom World Wide Web Konsortium, dem internationalen Gremium
711 zur Standardisierung des Internets, bereits seit 1990 Richtlinien für ein
712 barrierefrei zugängliches Internet gibt, werden diese leider oftmals noch immer nicht
713 angewandt. In Bayern müssen behördliche Internetseiten laut BayBITV seit 1. Januar
714 2007 die internationalen Standards der Web-Zugänglichkeit für Menschen mit
715 Behinderung erfüllen. Dies ist z. Zt. flächendeckend in Bayern nicht der Fall. Diese
716 Verpflichtung muss im Freistaat und in den Bezirken endlich ernst genommen und

717 umgesetzt werden!

718

Kommunales Wohnraumförderungsprogramm – KommWFP und andere

719

Programme auf Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen

720

anwenden

721 Wohnen ohne Hindernisse, das muss drin sein. Wir fordern die Umsetzung bestehender
722 Normen und endlich ein ausreichendes Angebot an Wohnraum für Menschen mit Behinderung
723 - ~~ganz nach ihren Bedürfnissen~~ flächendeckend und als Versorgung für alle
Bürger:innen. Barrierefreiheit für alle.

724 • **Wir fordern die vollständige Umsetzung der geltenden (DIN-)Normen zur**
725 **Barrierefreiheit bei der staatlichen Wohnraumförderung.**

726 • **Es braucht vorrangige und unbürokratische Förderung von barrierefreien Wohnungen**
727 **und inklusiver Wohnkonzepte in voller Höhe.**

728 Mit dem Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm unterstützt der Freistaat Bayern die
729 Gemeinden dabei, selbst bezahlbaren Wohnraum zu planen und zu bauen. Mit 150
730 Millionen Euro im Jahr wird der Neubau von gemeindlichen Mietwohnungen gefördert. Es
731 sollen Wohngebäude gefördert werden, die langfristig nutzbar sind und dem Ziel einer
732 geordneten städtebaulichen Entwicklung entsprechen. Förderung soll an einen
Inklusionsvorbehalt geknüpft werden.

733 Die staatliche Wohnraumförderung muss die Anforderungen an Barrierefreiheit von
734 Menschen mit Behinderungen und Senioren vollständig umsetzen und dabei die geltenden
735 (DIN-)Normen zur Barrierefreiheit im gesamten Wohnungsbau zwingend voraussetzen. Zu
736 einem selbstbestimmten Leben gehört die freie Wahl der Wohnform und des
737 Aufenthaltsortes. Daher muss es mehr Alternativen zur Heimunterbringung geben.
738 Barrierefreie Wohnungen und inklusive Wohnkonzepte müssen vorrangig und
739 unbürokratisch in voller Höhe gefördert werden, damit in Bayern auch Menschen mit
740 Behinderung so leben können, wie sie es wollen. Die Berücksichtigung von
741 Zusatzanforderungen für Barrierefreiheit umfasst nach Anlagen des Deutschen Städte-

742 und Gemeindebundes (DStGB) nur gut ein Prozent der Gesamtbaukosten aus. Das muss uns
743 Barrierefreiheit wert sein!

744

Menschen mit psychischen Erkrankungen stärken

745 Psychische Erkrankungen sind oft immer noch ein Stigma. Wir wollen Hilfe statt
746 Wegschauen und fordern zielgerichtete und niedrigschwellige Hilfsangebote für
747 Betroffene.

748 • **Schluss mit der Stigmatisierung psychischer Erkrankungen, es braucht stattdessen**
749 **frühzeitiges Erkennen durch Aufklärung und niederschwellige Beratungsangebote.**

750 • **Wir wollen ausreichende flächendeckende Behandlungsmöglichkeiten, ambulant, wie**
751 **auch stationär.**

752 • **Krisendienste müssen rund um die Uhr erreichbar sein.**

753 • **Wir wollen die selbstständige Rechts- und Handlungsfähigkeit der Patient:innen**
754 **erhalten.**

755 Der auch durch die Folgen der Corona-Pandemie verursachte rasante Anstieg psychischer
756 Erkrankungen hat verschiedene Ursachen, wie z. B. die Zunahme belastender Faktoren.
757 Zudem werden durch eine bessere und frühzeitige Diagnostik immer mehr psychische
758 Erkrankungen erfasst. Menschen mit psychischen Erkrankungen sind nach wie vor
759 Vorurteilen ausgesetzt.

760 Wir fordern von der bayerischen Gesundheitspolitik und von ihrer Umsetzung in den
761 Bezirken: Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen, frühzeitiges Erkennen
762 durch Aufklärung, niederschwellige Beratungsangebote und Fortbildung sowie
763 ausreichende flächendeckende Behandlungsmöglichkeiten und rund um die Uhr erreichbare
764 Krisendienste. Die Betroffenen benötigen ambulant wie stationär eine flexible und
765 schnelle Behandlung, Wir fordern, hierbei die selbstständige Rechts- und
766 Handlungsfähigkeit der Patient:innen zu erhalten.

767

Inklusive Bildung in allen Schularten

768 Unsere Gesellschaft ist vielfältig – das muss sich auch an den Schulen widerspiegeln,
769 daher wollen wir eine Gemeinschaftsschule für alle mit individueller Förderung – auch
770 für alle!

- 771 • **Wir wollen eine Schule für Alle mit den Kompetenzen aller Schularten.**
- Die Ausbildung von Lehrer:innen an Universitäten muss Gewicht auf Inklusion legen.
 - Fortbildungen für Lehrer:innen zur Inklusion muss verpflichtend werden.
 - Die Rückführung von Förderschulen ist zu planen.
- 772 • **Inklusive Kitas und Weiterbildungen für das pädagogische Personal müssen die**
773 **Norm sein.**
- 774 • **Wir fordern die Erleichterung des Besuchs der Schule vor Ort für Kinder mit**
775 **Beeinträchtigungen.**
- 776 • **Der mobile sonderpädagogische Dienst muss ausgebaut werden.**
- 777 • **Es braucht Projekte zur medizinischen Unterstützung an Schulen für Kinder mit**
778 **und ohne Behinderungen durch Schulgesundheitspfleger:innen und**
779 **Schulpsycholog:innen.**
- 780 • **Wir werden Dyskalkulie analog zu Legasthenie in das Schulgesetz aufnehmen.**
- 781 • **Die schulischen Kommunikationsmöglichkeiten von hör- und sehbehinderten Menschen**
782 **müssen verbessert werden.**

783 Bayern ist in Deutschland einer der Spitzenreiter in Exklusion im Schulwesen. Die
784 Absonderung von Kindern in die Förderschulen steigt in Bayern seit Jahren – was im
785 Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention ein Skandal ist.

786 Menschen mit Behinderung haben in allen Lebensphasen ein Recht auf unabhängige
787 Beratung, auf Assistenz und auf Hilfsmittel. Wir möchten, dass ihre Ansprüche auf
788 Unterstützung auch in frühen Lebensphasen umfassend, zuverlässig und unbürokratisch
789 erfüllt werden. Wir benötigen eine Schule für Alle mit den Kompetenzen aller
790 Schularten. Entscheidend für eine inklusive Gesellschaft ist die
791 Selbstverständlichkeit, mit der Kinder gemeinsam heranwachsen, denn das verhindert,
792 dass Barrieren im Denken und im täglichen Miteinander überhaupt entstehen. Inklusive
793 Kitas und Weiterbildungen für das pädagogische Personal sind dafür notwendig. Wir
794 fordern, dass der Besuch der Schule vor Ort für Kinder mit Beeinträchtigungen
795 erleichtert wird. Alle Schulgebäude müssen Schritt für Schritt barrierefrei (um-
796)gebaut werden und Zugang für Alle bieten. Bayern benötigt endlich eine ausreichende
797 Anzahl an Lehr- und Fachkräften (auch neben den klassischen Lehrkräften) statt dem
798 ~~jahrzehntealten~~ Jahrzehnte alten Mangel an Lehrer:innen und Schulbegleiter:innen.
Diese Fachkräfte und auch die Lehrer:innen müssen sowohl in ihrer Ausbildung, als
auch in Fortbildungen zum Thema und zur Praxis der Inklusion geschult werden. Der

mobile

799 sonderpädagogische Dienst muss ausgebaut und Projekte zur medizinischen Unterstützung
 800 an Schulen für Kinder mit und ohne Behinderungen durch Schulgesundheitspfleger:innen
 801 und Schulpsycholog:innen gefördert werden. Eine Rückführung von den Förderschulen ist
zu planen. Die Förderung von Schüler:innen mit
 802 Dyskalkulie muss analog zu denen mit Legasthenie in das Schulgesetz aufgenommen
 803 werden und die schulischen Kommunikationsmöglichkeiten von hör- und sehbehinderten
 804 Menschen verbessert werden. Die Chancen der Digitalisierung müssen genutzt werden, um
 805 die Lern- und Studienbedingungen an Schulen und Universitäten für Lernende und
 806 Studierende mit Beeinträchtigung zu verbessern. Barrierefreiheit überall!

1 12. Asyl – ein Menschenrecht

2 Statt das Abschiebebundesland Nummer Eins zu sein, wollen wir Bayern zu einem
 3 Willkommens**bundes**land machen, das, ~~der christlichen Tradition der Nächstenliebe-~~
 4 ~~entsprechend~~, diejenigen herzlich aufnimmt, die vor Krieg, Elend, Hunger ~~und~~, Armut
 5 oder aus Gründen der politischen Verfolgung fliehen.

- 6 • **Gleiche Rechte für alle Geflüchteten. Wir fordern die Anwendung der so genannten**
 7 **»Massenzustrom-Richtlinie« für alle Geflüchteten. Mit dieser Richtlinie zeigt**
 8 **sich seit März 2022, dass damit die Integration in den Arbeitsmarkt, in die**
sozialen Sicherungssysteme, ins Schulsystem, etc. sehr gut gelingt und
Geflüchtete sofort Handlungsmacht über ihr Leben gewinnen.
- 9 • **~~Wir fordern ein Ende der Abschiebungen und einen Stopp der-~~**
 10 **~~Ausreiseverpflichtungen Geflüchteter in Bayern sowie die Abschaffung von-~~**
 11 **~~Abschiebehaft und Nachtabschiebungen.~~**
- 12 • Wir fordern das Ende von Abschiebungen und einen Stopp der Ausreiseverpflichtung
 13 Geflüchteter in Bayern.
- 14 • **Abschiebungen von Einwohner:innen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland**
verwurzelt sind, müssen sofort beendet werden – entsprechend der Rechtsprechung
des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.
- 15 • **Wir wollen ein dauerhaftes Bleiberecht statt „Kettenduldungen“, spätestens nach**

- 16 drei Jahren.
- 17 • Der Familiennachzug, insbesondere bei minderjährigen Flüchtlingen, sowie die
18 Beseitigung künstlich errichteter bürokratischer Hürden, müssen gewährleistet
19 sein.
- 20 • Humanitäre Initiativen des Landes Bayerns zur Aufnahme von Geflüchteten aus den
21 • Lagern an den Grenzen Europas, ~~insbesondere aus Griechenland und von der~~
22 ~~belarussisch/polnischen Grenze~~ sind dringend notwendig.
- 23 • Es braucht endlich eine kultursensible und diskriminierungskritische Ausbildung
24 aller
25 Verwaltungsmitarbeitenden sowie aller Mitarbeitenden in anderen Bereichen, die
26 mit Geflüchteten zu tun haben, sowie die Förderung der Flüchtlingsbetreuung
27 durch Fachpersonal unter Einbeziehung Ehrenamtlicher, die eine
28 Aufwandsentschädigung erhalten
- 29 • Wir stehen ein für eine unabhängige Asylverfahrensberatung in allen
30 Aufnahmezentren und Erstaufnahmeeinrichtungen, wobei die Orientierung über die
31 Abläufe und eine unabhängige Beratung vor Beginn des Asylverfahrens
32 sichergestellt werden muss. Diese Beratung muss mit tariflich bezahlten Stellen
33 für qualifiziertes Personal ausgestattet werden.
- 34 • Es braucht gut ausgestattete Sozialdienste sowie die Gewährleistung
35 • medizinischer Versorgung, psychosozialer Begleitung durch Sozialarbeiter*innen
36 und psychologischer Beratung in den Aufnahmezentren
37 (AZ) und Erstaufnahmeeinrichtungen EAE.
- 38 • Wir fordern Angebote zur Kinderbetreuung sowie zur Unterstützung besonders
39 Schutzbedürftiger in den AZ und EAE.
- 40 • ~~Unabhängiger Beratungsstellen für Geflüchtete, die durch das Land gefördert~~
41 ~~werden, müssen flächendeckend errichtet werden.~~
- 42 • Das Angebot bzw. die Erweiterung entgeltfreier Sprach- und Integrationskurse für
43 alle Geflüchtete, die nur durch Fachpersonal gegeben werden, muss gefördert
44 werden.
- 45 • Wir fordern die Abschaffung der AnKER-Zentren und statt dessen die
46 schnellstmögliche Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen

- 45 **statt in Gemeinschaftsunterkünften sowie die Schaffung dezentraler integrativer**
 46 **Wohnmöglichkeiten und -projekte.**
- 47 • **Räumliche Beschränkungen und Verpflichtungen, sich an einem bestimmten Ort**
 48 **aufzuhalten und ständig erreichbar zu sein, müssen aufgehoben werden.**
 - 49 • **Wir wollen ein von Partner:innen unabhängiges Bleiberecht für Geflüchtete und**
 50 **die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe; keine Koppelung des**
 51 **Bleiberechts an den Fortbestand einer Ehe.**
 - 52 • ~~**Es braucht gesonderte Beratungskurse für sexuell verfolgte Menschen, vor allem**~~
 53 ~~**für Frauen und Mädchen, in allen Regionen in dem Wissen, dass Frauen und Mädchen**~~
 54 ~~**vielfach Opfer von Vertreibungen sind**~~
 - Es braucht besondere Beratungsangebote für sexuell verfolgte Menschen, vor allem für Frauen, Mädchen und LGBTIQ+.
 - 55 • **Das Recht auf Bildung der Kinder und Jugendlichen unabhängig vom Stand des**
 56 **Asylverfahrens und der Bleibeperspektive muss umgesetzt werden; gleichzeitig**
 57 **eine zügige und sensible Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher mit**
 58 **psychologischer und pädagogischer Begleitung durch Fachkräfte.**
 - 59 • **Es braucht eine breite Vermittlung von Informationen zu Fluchtursachen über**
 60 **Schulen, Unis, Volkshochschulen, Medien usw., die neben Krieg auch Armut,**
 61 **Hunger, Klimawandel, Globalisierung und persönliche Verfolgung berücksichtigen.**
 - 62 • **Wir fordern die Aufhebung des Arbeitsverbots für Geflüchtete.**
 - 63 • **Es braucht ein aufschiebendes Vetorecht der Härtefallkommission gegenüber**
 64 **Abschiebungen, wobei die Voraussetzungen für Eingaben an die Härtefallkommission**
 65 **abgesenkt werden müssen.**
 - 66 • **Die bayerische Grenzpolizei muss abgeschafft werden.**
 - 67 • **Bayern soll zum sicheren Hafen für alle werden, statt Spitzenreiter grausamer**
 68 • **Abschiebep Praxis zu bleiben.**
 - **Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen muss erleichtert werden.**

69 Die Lage der Geflüchteten ist eine Katastrophe, besonders in Bayern. In einem
 70 Bundesland wie Bayern, das zu den reichsten der Ländern der Welt gehört, ist diese
 71 Situation völlig inakzeptabel. Asyl ist ein Menschenrecht und muss im reichen Bayern
 72 zur Grundlage der Politik werden. Die bayerische Regierung unternimmt nichts gegen
 73 die bundesweite Praxis, sondern forciert Abschiebungen teilweise sogar. Es finden
 74 unter der Landesregierung sogar Nachtabschiebungen statt. Wer vor Krieg, Hunger,

75 Armut, Verfolgung oder Klimakatastrophen flieht, darf nicht an den Grenzen unseres
76 Landes abgewiesen oder aus unserem Land abgeschoben werden. Sprachkurse werden nur
77 Geflüchteten mit Bleibeperspektive gewährt, obwohl auch andere jahrelang hier leben
78 und sich integrieren wollen. Ebenso unhaltbar ist die Chance der Geflüchteten auf dem
79 Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Menschen werden zu einem Leben in Sammelunterkünften ohne
80 Privatsphäre und in Arbeitslosigkeit gezwungen. Die medizinische Versorgung wird nur
81 in Akutfällen gewährt. Traumata werden hingenommen, statt sie zu behandeln.
82 Familiennachzug für Kriegsflüchtlinge wird eingeschränkt, was zu mehr Fluchten auf
83 lebensgefährlichen Wegen führt. Die wieder praktizierte Abschiebehaft treibt
84 Geflüchtete in Verzweiflung und unter Umständen in den Tod.

85 **13. Demokratie verteidigen, offensiv gegen**

86 **Menschenfeindlichkeit**

87 **Antifaschismus – wehret den Anfängen!**

88 Die rechtsextremen Terroranschläge und Morde der vergangenen Jahre haben die tödliche
89 Gefahr von rechts schmerzhaft gezeigt. Auch in Bayern zeigt sich immer wieder, dass
90 sich unsere Gesellschaft gefährlich nach rechts entwickelt hat. Das beweist
91 insbesondere auch das massive Erstarken der Reichbürgerszene in Bayern. Die
92 demokratische Mehrheit muss dem Einhalt gebieten!

93

94 • **Antifaschismus ist für uns das Versprechen der unangetasteten Gleichwertigkeit**
95 **sowie der Freiheit aller Menschen.**

96 • **Es gilt alle Ideologien, Bewegungen, Parteien und Zustände, die dies infrage**
97 **stellen, abzuwehren.**

98 • **Für alle Menschen, gleich welche Herkunft und gleich welcher tatsächlichen oder**
99 **zugeschriebenen sozialen Identität, wollen wir gleiche politische und soziale**
100 **Rechte sowie den gleichen Schutz vor staatlicher, wirtschaftlicher oder**
101 **vorurteilgeleiteter Diskriminierung erreichen.**

102

103 Es ist die Verantwortung aller demokratischen Kräfte, ~~Menschlichkeit~~, Antisemitismus,
104 Sexismus und Rassismus offensiv entgegenzutreten. Die Verteidigung einer
105 antifaschistischen und offenen Gesellschaft ist das Fundament unseres Zusammenlebens.

106 Mehr als 200 Todesopfer rechter Gewalt sind seit 1990 in Deutschland zu beklagen:
107 NSU, die Anschläge in Kassel, Halle, Hanau, eskalierender Rassismus, zahlreiche
108 gewalttätige Übergriffe auf Black and People of Colour, Jüdinnen und Juden, Muslime
109 und Muslima, Geflüchtete, Linke, LGBTIQ*, Feministinnen.

110 Rechte Hetze auf den Straßen, in den Parlamenten und im digitalen Raum machen
111 deutlich: ein moderner Antifaschismus, der antidemokratische Tendenzen konsequent
112 erkennt, benennt und bekämpft, war noch nie so notwendig wie heute.

113 Gesellschaftliche Umsturzfantasien, massiv steigende, oft antisemitisch besetzte
114 Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, Überfälle auf
115 Menschen, die zu den Feindbildern von Nazis gehören: Dies alles zeigt, wie notwendig
116 umfassende Maßnahmen sind, um die Demokratie zu schützen und zu stärken!

117 Wir stehen für eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen ohne Angst verschieden
118 sein können. Zivilgesellschaftlicher Protest gegen rassistische Demonstrationen und
119 sonstige rechte Aktivitäten dürfen nicht durch polizeiliche oder sonstige staatliche
120 Maßnahmen behindert oder verhindert werden.

121 **Erinnerungskultur**

122 Wir werden Stätten und Orte der Erinnerung unterstützen und uns für deren
123 Finanzierung einsetzen. Dies gilt umso mehr, als dass es immer weniger Zeitzeuginnen
124 und Zeitzeugen gibt und die Herausforderung für unsere Gesellschaft ist, die
125 Erinnerung zu bewahren und die Verantwortung aus dem Schwur von Buchenwald
126 weiterzutragen. Dabei sind Gedenkstätten entscheidende Wissensvermittler, denen dafür
127 alle Unterstützung zur Verfügung gestellt werden muss.

128 **- Wir setzen uns dafür ein, den 8. Mai zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären.**
129 **Unser Ziel ist es, den Tag der Befreiung vom Faschismus bundesweit als Feiertag zu**
130 **begehen.**

131 **- Wir setzen uns dafür ein, dass alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden,**
132 **um gegen rechte, rassistische, antisemitische und diskriminierende Aktivitäten und**
133 **Äußerungen von Bediensteten im Staatsdienst vorzugehen.**

134 Wir wollen die Radikalisierungsprävention im Bereich Islamismus weiter ausbauen,
135 insbesondere durch verstärkte Fortbildungsangebote für Schulen und im Bereich der
136 Erwachsenenbildung. Mit intensiveren Antiradikalisierungsmaßnahmen für jene, die sich
137 dem gewaltorientierten Islamismus zuwenden, einschließlich derer in Haftanstalten,
138 wollen wir versuchen, der mörderischen Ideologie Anhängerinnen und Anhänger zu

139 entziehen.

140

141 **Landesantidiskriminierungsgesetz**

142 - **Wir fordern ein Landesantidiskriminierungsgesetz, das die Lücken des allgemeinen**
143 **Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) schließt und insbesondere bestehende Diskriminierung**
144 **durch hoheitliches Handeln beseitigt.**

145 - **Wir fordern eine kontinuierliche und gesicherte Förderung von Jugendarbeit,**
146 **Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit sowie die Unterstützung von Freiräumen.**

147

148 Wir wollen Jugendliche und junge Erwachsene präventiv gegen menschenverachtende
149 Ideologie stärken. Die Auseinandersetzung mit diskriminierenden Positionen soll von
150 der Schule bis zur Erwachsenenbildung ausgebaut und gefördert werden. Weiter sollen
151 ein Verbandsklagerecht, verlängerte Klagefristen und mindestens die
152 Beweislast erleichterung für die von Diskriminierung Betroffenen enthalten sein. Wir
153 fordern, dass Antirassismusbeauftragte als Ansprechpersonen für Betroffene von
154 Rassismus und Diskriminierung und für öffentliche Einrichtungen einsetzen. Beratungs-
155 und Weiterbildungsangebote gegen Hass-Sprache, Desinformation und
156 Verschwörungsideologien in sozialen Netzwerken für Schulen, in der Jugendarbeit und
157 der Erwachsenenbildung, weil soziale Medien als Verstärker von rassistischen,
158 neonazistischen, islamfeindlichen, antisemitischen und auch islamistischen Ideologien
159 dienen.

160 **Direkte Demokratie**

161 Wir werden die Diskussion um die Möglichkeiten der Demokratieentwicklung in Bayern
162 parlamentarisch und außerparlamentarisch vorantreiben.

163 - **Wir unterstützen die Forderung der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre.**

164 Um die direkte Demokratie weiterzuentwickeln, muss die Begrenzung des
165 Haushaltsvorbehalts bei Volksbegehren aufgehoben werden. Wer die direkte Demokratie
166 in Bayern voranbringen will, muss die Zulässigkeit von Volksbegehren und
167 Volksentscheiden erweitern und darf diese nicht auf in „kostenfreie“ Gesetze
168 begrenzen.

169 Die Erfahrungen aus der Corona Pandemie zeigen, dass die Stärkung benachteiligungs –
170 und barrierefreie Beteiligung – und Mitbestimmungsmöglichkeiten durch die Anwendung

171 modernen und nutzerfreundlicher elektronischer Formen (E-Democracy) dringend
172 ausgebaut werden muss. Hier sind nicht nur die Verwaltungen auf Landesebene und in
173 den Kommunen gefordert, sondern auch Schulen und Rundfunkanstalten.

174 **Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern**

175 Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, die Entwicklung ländlich geprägter
176 Regionen und die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Kommunen liegt uns besonders am
177 Herzen. Gerade in einem Flächenstaat wie Bayern ist dies eine besondere
178 Herausforderung. Bayern hat den Grundsatz der „Gleichwertigkeit der
179 Lebensverhältnisse“ (Art. 3 der Bayerischen Verfassung) bis heute nicht annähernd
180 umgesetzt. Die einzelnen Regionen Bayerns zeigen ein deutliches Auseinanderklaffen
181 hinsichtlich der Lebensverhältnisse. Hierzu soll zunächst der Schlussbericht der
182 Enquetekommission aus der 17. Legislaturperiode evaluiert werden und, unter
183 Einbeziehung außerparlamentarischen Sachverständs, konkrete Maßnahmen entwickelt
184 werden, um tatsächlich gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern herzustellen.

185 **Abschaffung des Verfassungsschutzes**

186 Bis heute hat das Landesamt für Verfassungsschutz nicht bewiesen, dass es als
187 nachrichtendienstliche Behörde ein geeignetes Frühwarnsystem vor Gefahren für
188 Demokratie und eine freie Gesellschaft ist. Ein Beitrag zum Schutz demokratischer
189 Rechte und eine Gefahren Abwehr für die Demokratie ist nicht feststellbar. Das
190 Landesamt für Verfassungsschutz entzieht sich sowohl der parlamentarischen als auch
191 der öffentlichen Kontrolle.

192 Wir halten die wiederholt behauptete gesellschaftliche und sicherheitspolitische
193 Notwendigkeit eines als Nachrichtendienst organisierten Amtes für Verfassungsschutz
194 für nicht begründet und sind weiterhin der Auffassung:

195

196 **Das Amt für Verfassungsschutz ist abzuschaffen, genau wie Radikalenerlass und**
Verfassungstreue-Bogen!

197 **>Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz**

198

199 Transparenz und Zugang zu Informationen sind notwendige Voraussetzungen für die
200 Meinungs- und Willensbildung der Bürger:innen.

201 Es fehlt im Freistaat aber ein allgemeines Gesetz, das die Behörden zur
202 Veröffentlichung amtlicher Informationen verpflichtet und den Bürger:innen ohne
203 Voraussetzungen Ansprüche auf Zugang zu Informationen bei den Behörden des Staates
204 und der Kommunen im Freistaat gewährt.

205

206 - **Wir fordern ein Informations- und Transparenzgesetz**

207

208 Entsprechende Gesetze existieren im Bund und in den meisten Bundesländern. Eine
209 moderne Demokratie schafft Transparenz und freien Zugang zu Informationen.

210 **Kommunen stärken**

211 Entscheidend für eine erfolgreiche Strukturpolitik ist eine bessere finanzielle
212 Ausstattung der Kommunen.

213 Eigene Steuerquellen, insbesondere Gewerbe- und Grundsteuer, sind von zentraler
214 Bedeutung.

215

216 • **Wir fordern wir, mehr Landesmittel für den kommunalen Finanzausgleich, damit die**
217 **kommunale Selbstverwaltung auch in wirtschaftsschwächeren Regionen**
218 **handlungsfähig bleibt.**

219

220 Für strukturell abgehängte Regionen sind zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung zu
221 stellen, um Ansiedelung neuer Wirtschaftsbereiche mit Arbeitsplätzen und
222 Wertschöpfung voranzutreiben. Die Energiewende mit den Möglichkeiten von
223 Energiegenossenschaften bietet sich hier als eine besonders zu fördernde Möglichkeit
224 an, die eine regionale Energieversorgung in Bürger:innenhand ermöglicht.

225 Der Freistaat kaschiert diese systematische Unterfinanzierung der kommunalen Ebene
226 durch ein kompliziertes System des „kommunalen Finanzausgleichs“. Wir fordern:

227 Die kommunalen Steuereinnahmen müssen auf eine auskömmliche und verlässliche Höhe
228 angehoben werden!

229 **Gute Arbeit und antidiskriminierende Strukturen – auch bei der**

230 **Polizei**

231 Gute Arbeitsbedingungen sind die Grundlage einer gut arbeitenden Polizei.

- 232 • **Wir fordern einer guten Ausbildung und einer kostenfreien Ausstattung der**
233 **Polizei.**
- 234 • **. Wir fordern eine Kennzeichnungspflicht, dass diskriminierendes, rechtsextremes**
235 **Verhalten bei der Polizei unverzüglich geahndet wird und regelmäßig von**
236 **unabhängiger Seite untersucht wird, um künftig derartigem Fehlverhalten durch**
237 **z.B. Abschaffung von Diskriminierung befördernden Strukturen entgegenwirken zu**
238 **können.**
- 239 • Das Polizeiaufgabengesetz in der derzeitigen Form ist nicht reformfähig und
muss durch ein allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz ersetzt werden.

240 Die Bürgerinnen und Bürger sollen Vertrauen in die Polizei haben. Dies bedeutet, dass
241 Polizistinnen und Polizisten demokratisch verlässlich sein müssen. Rassismus und
242 menschenfeindliche Einstellungen sind ein gesamtgesellschaftliches Problem und machen
243 auch vor der bayerischen Polizei nicht Halt

244 Prävention und Frühintervention im außerpolizeilichen sozialen Bereich sind für uns
245 die beste Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung. Immer neuen
246 Rechtsverschärfungen mit einem allein repressiven Ansatz – wie es durch die
247 Staatsregierung in Bayern der Fall ist – setzen wir ein bürgernahes und -freundliches
248 Sicherheitskonzept entgegen, das die Sorgen und Nöte der Menschen in Bayern
249 ernstnimmt und umfassend Hilfe und Unterstützung anbietet.

250 **14. Netz- & Digitalpolitik. Gemeinsam als** 251 **Zivilgesellschaft das Internet gestalten!**

252 Der Cyberhype der Industrie führt zu Projekten, deren gesellschaftlicher Nutzen
253 mindestens fragwürdig ist, die Ausbeutung der Arbeiter:innen befeuert und die
254 Spaltung der Gesellschaft vorantreibt. Unser Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu
255 schaffen, damit die Digitalisierung dem Gemeinwohl dient und allen zugutekommt. Wir
256 wollen, dass die Digitalisierung emanzipatorische Potenziale, dezentrale Teilhabe,
257 offene Innovationen, zivilgesellschaftliches Engagement und Wohlstand für alle
258 fördert. Unsere Chancen müssen wir jetzt nutzen und den digitalen Raum gestalten,
259 bevor Monopolist:innen und autoritäre Staaten Fakten schaffen.

260 **Bezahlbaren Zugang zum Internet ermöglichen!**

261 Die Nutzung des Internets darf kein Privileg sein und auch die Verfügbarkeit
262 funktionierender Endgeräte ist notwendig, um alle Menschen an Bildung, Kultur und

263 Kommunikation teilhaben zu lassen. Breitbandzugänge sind Teil der Daseinsvorsorge!

264 • **Wir wollen die Förderung öffentlicher WLANs erhalten und den Zugang**
265 **vereinfachen.**

266 • **Glasfaser- und Mobilfunknetze müssen in öffentliche oder gemeinnützige Hand und**
267 **ausgebaut werden.**

268 • **Wir wollen solides Internet in Ankerzentren und Sammelunterkünften.**

269 Für uns ist der Zugang zum Internet ein grundlegendes Menschenrecht und ist ein Teil
270 der Daseinsvorsorge. Deswegen gehört digitale Infrastruktur in öffentliche Hand. Ein
271 Internetzugang eröffnet Zugang zu Weltkultur, Bildung, aktuellen Informationen und zu
272 anderen Menschen. Dies wurde insbesondere während der Corona-Pandemie deutlich, als
273 der Internetzugang zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unabdingbar wurde. Daher
274 muss sichergestellt werden, dass jede Person in Bayern über einen ausreichend
275 schnellen Internetzugang verfügt, um nicht den Anschluss zu verlieren. Dabei liegt
276 unser Fokus insbesondere auf Menschen, deren begrenzte Mittel ihnen derzeit keinen
277 ausreichenden Zugang zum Internet ermöglichen, was ihre Bildungschancen einschränkt
278 und die Integration erschweren kann.

279 **Barrieren der Digitalen Gesellschaft abbauen!**

280 Während viele Menschen tagtäglich und selbstverständlich mit digitalen Services
281 interagieren, können das andere Menschen nicht ohne Weiteres. Hier müssen Barrieren
282 (Digital Divide) abgebaut werden!

283 • **Wir fordern eine bayrische Koordinations- und Förderstelle für Projekte,**
284 **Behörden und Initiativen, die die digitale Spaltung überwinden wollen.**

285 • **Wir fordern eine Förderinitiative für barrierearme Webseiten und Anwendungen.**

286 • **Wir fordern bestehende Unternehmensförderungen und öffentliche Vergaben an die**
287 **(digitale) Barrierearmut ihrer Produkte und Prozesse zu knüpfen!**

288 • **Digitale Barrierearmut und deren Umsetzung ist in die Aus- und**
289 **Fortbildungsprogramme an Berufsschulen und Hochschulen als Lerninhalt**
290 **verpflichtend aufzunehmen!**

291

292 Direkte Fonds zur Überwindung der digitalen Spaltung sind nur ein kleiner Teil davon,
293 was die öffentliche Hand in die Überwindung des „Digital Divide“ investiert. Eine
294 bayernweit zentrale Stelle soll diese Projekte und Initiativen koordinieren und

295 Synergien erreichen.

296 Ob fehlende Bildbeschreibung oder unzureichende Kontraste von digitalen Anwendungen -
297 digitale Barrieren sind genauso real und behindern genauso wie das fehlende

298 Ampelsignal an der Kreuzung. Hier muss eine bayernweite Förderinitiative

299 unterstützen. Weiter sollen Unternehmen mit barriereärmeren Produkten durch die

300 Bindung an die öffentliche Auftragsvergabe in den Vergabeverfahren bevorzugt werden.

301 Für die Überwindung der digitalen Spaltung ist aber auch ein Umdenken erforderlich.

302 Deswegen muss die digitale Barrierearmut fester Bestandteil von Aus- und

303 Weiterbildung werden!

304 **Transparenter Zugang zur öffentlichen Verwaltung**

305 Wir wollen einen Mehrwert für die Demokratie durch digitale Medien. Denn Transparenz

306 ist wichtig für die politische Teilhabe aller Bürger:innen in Bayern.

307 • **Wir wollen ein Informationsfreiheitsgesetz und Transparenzgesetz einführen.**

308 • **Wir fordern die Videoübertragung der öffentlichen Sitzungen von Städten,**

309 **Landkreisen und Bezirken.**

310 • **Alle von der öffentlichen Hand entwickelten oder in Auftrag gegebenen**

311 **Computerprogramme müssen zur freien Nutzung veröffentlicht werden (Public Money,**

312 **Public Code).**

313 • **Die öffentliche Hand muss - wo immer es möglich ist - statt einem**

314 **herstellerebundenen Computerprogramm eines mit offen gelegtem Programmcode**

315 **nutzen (Open Source)!**

316 • **Verschlüsselte Kommunikation mit Behörden muss über geeignete Schnittstellen**

317 **ermöglicht werden!**

318 • **Es braucht niedrigschwellige Beschwerdemöglichkeiten für Bürger:innen.**

319 Die Digitalisierung demokratischer Abläufe ist in vollem Gange. Dabei werden jedoch

320 Möglichkeiten zur digitalen Partizipation nicht konsequent genug genutzt, während auf

321 der anderen Seite, an sensiblen Stellen demokratischer Verfahren, intransparente

322 Software-Verwendung findet. Das macht unser politisches System angreifbar. Wir

323 fordern deshalb, dass der Quellcode von Software für Verwaltungsprozesse öffentlich

324 einsehbar ist.

325 Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass der Zugang zu demokratischen Verfahren

326 für alle Bürger:innen über digitale Technologien ermöglicht wird, um

327 Teilhabemöglichkeiten auszubauen. Öffentliche Sitzungen, Protokolle und Schriftstücke
328 sollen bis zur kommunalen Ebene grundsätzlich über Videoübertragungen und digitale
329 Archive abrufbar sein. Dies ermöglicht allen Bürger:innen den Zugang zu unserer
330 Demokratie und die Möglichkeit, sich zu jeder Zeit öffentlich zu Vorgängen zu äußern,
331 ohne dafür auf private Plattformen zurückgreifen zu müssen.

332 Über ein Transparenzgesetz soll darüber hinaus das Wissen des Staates allen
333 Bürger:innen zugänglich gemacht sowie über entsprechende Aufbereitung der kommunalen
334 und landeseigenen Datenbanken eine leichtere Durchsuchbarkeit gewährleistet werden.
335 Zur Kontrolle staatlicher Institutionen durch die Zivilgesellschaft ist ein
336 Informationsfreiheitsgesetz notwendig. Es ermöglicht die Hinterfragung von
337 Verwaltungshandeln genauso wie eine Vernetzung von Wissen, das uns allen
338 zugutekommt!

339 **Behörden transparent, reflektiert und nachhaltig** 340 **digitalisieren!**

341 Die Behörden müssen digitalisiert werden – bürger:innenfreundlich, transparent und
342 mit offener Software.

- 343 • **Wir wollen die Hinzuziehung aller Betroffenen bei der Ausgestaltung digitaler**
344 **Services.**
- 345 • **Die IT-Beschaffung und Nutzung ist an sozial-ökologische und**
346 **gemeinwohlorientierte Kriterien zu verankern. Die kommunalen Gremien sollen den**
347 **Einsatz kontrollieren!**
- 348 • **Offene Software sowie digitale Infrastruktur für die Verwaltung müssen zum**
349 **Standard werden.**
- 350 • **Wir fordern eine Einstellungsoffensive für IT-Fachkräfte statt Outsourcing.**
- 351 • **Wir schaffen Förderstrukturen für die Entwicklung freier Software.**
- 352 • **Wir entwickeln die Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (AKDB) zum**
353 **OpenSource-Anbieter für Fachverfahren in Behörden weiter.**
- 354 • **Die Transparenz in Hinblick auf vollautomatisierte Entscheidungssysteme muss**
355 **gewährleistet werden.**

356

357 Die Digitalisierung der Verwaltung ist lange überfällig und soll nun im Eiltempo
358 umgesetzt werden. Dabei verschieben sich klassische Verantwortlichkeiten. Zukünftig

359 werden es immer weniger menschliche Sachbearbeiter:innen sein, die über staatliche
360 Leistungen entscheiden, sondern vollautomatische Systeme und künstliche Intelligenz.
361 Die Verantwortlichkeit verlagert sich weg von Sachbearbeiter:innen hin zu
362 Systemdesigner:innen. Auch die Einbindung privater Unternehmen und Nutzung
363 proprietärer (nicht öffentlicher) Software ist in diesem Kontext kritisch zu
364 bewerten, da deren Code nicht einsehbar ist und langfristige Abhängigkeiten schafft.
365 Ein kontinuierliches Outsourcing von IT-Dienstleistungen und Infrastruktur verschärft
366 die Abhängigkeit zusätzlich.

367 Um einen souveränen Staat, Verantwortlichkeit, Transparenz, Sicherheit und
368 langfristige Kosteneffizienz sicherzustellen, fordern wir perspektivisch die
369 Umstellung auf Open-Source-Software und die Schaffung sicherer IT-Infrastruktur in
370 öffentlicher Hand. Da mangelhafte Software negative Folgen für deren Nutzer:innen,
371 die Sicherheit ihrer Daten und die digitale Infrastruktur insgesamt hat, bedarf es
372 bei dem Einsatz proprietärer Software-Haftungsklauseln, damit Hersteller:innen die
373 Verantwortung für die entstehenden Risiken (z.B. Sicherheitslücken) tragen, statt die
374 Qualität ihrer Software dem Profit zu unterwerfen. IT-Sicherheit ist die Grundlage
375 einer nachhaltigen digitalen Gesellschaft. Eine Grundbedingung hierfür ist auch
376 entsprechend geschultes Personal innerhalb der Verwaltung. Deswegen fordern wir eine
377 Einstellungs- und Ausbildungsinitiative für staatliche IT-Fachkräfte, damit digitales
378 Knowhow auch innerhalb der staatlichen Verwaltung zum Standard wird.

379 Das Land Bayern soll außerdem Strukturen für seine Kommunen schaffen, damit diese im
380 Verbund gemeinsam Softwareprojekte in Auftrag geben und finanzieren können. Der so
381 entstandene offene Code kann auch von engagierten Bürger:innen und anderen Städten
382 gewartet und weiterentwickelt werden. Diese Ausgaben mögen heute teuer erscheinen,
383 sind aber Investitionen in die Zukunft, welche uns langfristig Geld sparen und
384 verlässliche Infrastruktur zur Folge haben!

385 Neue Technologien erfordern darüber hinaus neue demokratische Verfahren, um die
386 Gestaltung digitaler Services öffentlich zu begleiten, zu evaluieren und unter
387 Hinzuziehung aller Betroffenen auszugestalten. Alle vollautomatisierten
388 Verwaltungsverfahren müssen zwingend transparent sein, um die Nachvollziehbarkeit von
389 Abläufen sicherzustellen. Behörden haben eine besondere Verantwortung offenzulegen,
390 ob und in welcher Form sie Systeme zum automatisierten Entscheiden (ADM-Systeme)
391 einsetzen. Wir fordern daher, öffentliche Register über von Behörden genutzte ADM-
392 Systeme einzuführen. Diese sollten auf verständliche und leicht zugängliche Weise

393 Auskunft über den Zweck des Systems, das zugrundeliegende Modell sowie den/die
394 Entwickler:in geben. Wir wollen nicht in einer entmenschlichten Technokratie ohne
395 Verantwortlichkeiten aufwachen. Deswegen gilt es, die Digitalisierung schöpferisch-
396 kritisch zu begleiten und unsere demokratische Rahmensetzung an die neuen
397 Anforderungen anzupassen!

398 **Gemeinwohlorientierte Innovation fördern!**

399 Die aktuelle Politik fördert Innovation und Datenbestände vor allem in privaten
400 Unternehmen. Dadurch werden Steuergelder für Wirtschafts- und Wissenschaftsförderung
401 privatisiert. Wir hingegen möchten, dass staatlich gefördertes Wissen und
402 Forschungsdaten allen Bürger:innen über freie Lizenzen zur Verfügung steht! Das
403 schafft Wohlstand für alle und vergrößert das innovative Potential unseres Landes.

- 404 • **Wir wollen offene Lizenzen für öffentlich geförderte Medien, Wissen und**
- 405 **Forschungsdaten (Open Data).**
- 406 • **Fördertöpfe für gemeinwohlorientierte Software müssen angelegt werden.**
- 407 • **Wir wollen gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden eine tarifgebundene**
- 408 **Online-Plattform des Einzelhandels zur Vernetzung der bestehenden lokalen**
- 409 **Strukturen fördern oder zu schaffen.**
- 410 • **Wir wollen ein Förderprogramm für kommunale Bürgerwerkstätten (Hacker- und**
- 411 **Makerspaces).**

412

- **Wir fordern, dass Bayern Gaming als Förderung der Kultur und E-Sport als Sport anerkennt.**

413 Damit neue Technologien uns bei den drängenden Problemen des Klima- und
414 Umweltschutzes helfen, sollen bestehende Förderungen zudem an
415 Nachhaltigkeitskriterien gebunden werden.

416 Neben dem reinen Internetzugang eröffnen auch digitale Fertigungstechniken wie
417 Lasercutter, 3D-Drucker und CNC-Fräsen nicht nur unternehmerische Innovation, sondern
418 auch Reparaturmöglichkeiten für Altgeräte und Experimentierraum für Bürger:innen. Aus
419 diesem Grund setzen wir uns für die Förderung kommunaler Bürgerwerkstätten (Hacker-
420 und Makerspaces) ein, um allen Bürger:innen einen niedrighschwelligigen Zugang zu neuen
421 Technologien zu ermöglichen und dadurch ihren Möglichkeitsraum zu erweitern.

422 **Staatliche Überwachung einschränken, um zukünftige Freiheit zu**

423 garantieren!

424 Das Ausmaß an digitaler Überwachung übersteigt heute alles je Dagewesene. Gerade die
425 Möglichkeiten der automatisierten Datenauswertung gefährden die Privatsphäre und
426 Freiheit von uns Bürger:innen. Da sagen wir Stopp!

427 • **Wir fordern ein Recht auf die Ende-zu-Ende Verschlüsselung**

428 • **Wir wollen die Videoüberwachung einschränken.**

429 • **Wir wollen den Ankauf von Sicherheitslücken durch Geheimdienste verbieten!**

430 • **Einen automatisierten Datenabgleich zwischen Sicherheitsbehörden lehnen wir ab.**

431 • **Das Prinzip der Datensparsamkeit muss in allen Verwaltungsaufgaben angewendet
432 werden.**

433 • **Wir fordern eine Informationspflicht bei digitalen Überwachungsmaßnahmen sowie
434 eine unmittelbare Inkenntnissetzung der betroffenen Bürger:innen.**

435 • **Wir fordern eine Kontakt- und Beratungsstelle für Prävention und Ersthilfe bei
436 Cyberangriffen.**

437 • **Die informationelle Selbstbestimmung muss in die Landesverfassung aufgenommen
438 werden.**

439

440 Wir stellen uns vehement gegen einen Ausbau staatlicher Überwachung und allgemeiner
441 Datensammelwut. Insbesondere die digitale Aufrüstung der Sicherheitsbehörden mit
442 Software wie VeRA muss gestoppt werden! Das so gespeicherte Wissen und die zugehörige
443 Überwachungs-Infrastruktur können nicht nur einer extremen Regierung der Zukunft in
444 die Hände fallen, sondern auch schon heute von Kriminellen ausgenutzt werden.

445 Zudem soll der Staat die Weitergabe von Daten an Dritte möglichst unterbinden und
446 bestehende Dienste auf Konformität in Hinblick auf die Datenschutzgrundverordnung
447 überprüfen. Datenschutz, Manipulationsfreiheit und informationelle Selbstbestimmung
448 sollen als Grundlage von freien, demokratischen, friedlichen und langfristig
449 souveränen Gesellschaften vorangetrieben werden.

450 Da es dennoch zu Cyberangriffen und dem Verlust sensibler Daten kommen kann, fordern
451 wir landeseigene Beratungsstellen zur Prävention und Ersthilfe bei Cyberangriffen für
452 Kommunen und bayerische Unternehmen. Dies ist notwendig, um die Freiheit und
453 Selbstbestimmung unserer Bürger:innen heute und in Zukunft zu schützen!

454 15. Frauen und Mädchen: gleiche Rechte, gleiche

455 Chancen

456 Den größten Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen und Folgen der Krise in
 457 Bayern leisten Frauen. Sie sind überdurchschnittlich in den systemrelevanten Berufen
 458 beschäftigt und damit auch besonders gefordert. Sie sind diejenigen, die im
 459 familiären Bereich Ausnahmesituationen meistern. Die Doppelbelastung durch Erwerbs-
 460 und Familienarbeit spitzt sich immer weiter, zu und überlastet Frauen.

Konservative Gesetzgebung wie die Herdprämie treibt diese ungerechten Verhältnisse auf die Spitze. Wenn Frauen sich ihren Platz im Arbeitsleben erkämpfen, leisten sie auch parallel zur Lohnarbeit weiterhin den größten Teil der Haus- und Sorgearbeit.

461 ~~Wir wollen, dass Frauen am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben~~
 462 ~~ohne Einschränkung gleichberechtigt teilhaben. Wir stehen für gleiche Löhne für~~
 463 ~~gleiche und gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen und für die Abschaffung des~~
 464 ~~Ehegatten-Splittings. Der Internationale Frauentag am 8. März soll Feiertag werden.~~

- Wir wollen, dass Frauen am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben ohne Einschränkung gleichberechtigt teilhaben.
- Wir stehen für gleiche Löhne für gleiche und gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen und für die Abschaffung des Ehegatten-Splittings.
- Damit die Sorge- und Pflegearbeit gleichmäßig verteilt werden kann, brauchen wir eine Reduzierung des Normalarbeitsverhältnisses auf 35 Stunden.
- Der Internationale Frauentag am 8. März soll Feiertag werden.
- Frauen sind insbesondere von Altersarmut betroffen. Wir möchten alle Altersarmut abschaffen.
- Wir fordern eine Änderung des Gleichstellungsgesetz mit Ausbau verbindlicher Handlungsmöglichkeiten für die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen, an den bayerischen Hochschulen und im öffentlichen Dienst.
- Geschlechterverhältnisse müssen bei Haushaltsgesetzgebung und in der sonstigen Gesetzgebung berücksichtigt werden. Wir erwarten von der nächsten Staatsregierung, sich auf Bundesebene für die Einführung eines Lohngerechtigkeitsgesetzes für Entgeltgleichheit einzusetzen.
- Wir fordern die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch (StGB).
- Wir brauchen bessere finanzielle Ausstattung von Beratungsstellen für Frauen.

- Wir fordern monatlich mindestens zwei Tage zusätzlichen Urlaub bei Menstruationsschmerzen.
- Wir fordern, dass Menstruationsartikel wie Tampons und Binden für alle kostenlos in öffentlichen Einrichtungen in ganz Bayern zur Verfügung gestellt werden.
- Flächendeckende frauenmedizinische Versorgung, die auch Möglichkeiten für Schwangerschaftsabbrüche vorsieht. Wir fordern kostenlose Verhütung in jedem Lebensalter.

465 ~~Wir sind gegen Altersarmut, die insbesondere Frauen betrifft, für die~~
 466 ~~gleichberechtigte Verteilung von familiärer Pflege- und Sorgearbeit sowie für einen~~
 467 ~~umfassenden Schutz von Frauen vor Gewalt. Wir fordern eine Änderung des~~
 468 ~~Gleichstellungsgesetz mit Ausbau verbindlicher Handlungsmöglichkeiten für die Frauen-~~
 469 ~~und Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen, an den bayerischen Hochschulen und~~
 470 ~~im Land. Um die Gleichstellungsbeauftragten zu stärken, wird die personelle~~
 471 ~~Ausstattung ausgebaut. Geschlechterverhältnisse müssen bei Haushaltsentscheidungen~~
 472 ~~und in der Gesetzgebung berücksichtigt werden.~~

Wir kämpfen für die Gleichstellung von Frauen auf allen Ebenen. Das funktioniert nur, wenn gleichermaßen zur gesellschaftlichen Wertschöpfung beitragen können wie Männer. Dafür muss einerseits (unbezahlte) weibliche Arbeit gesellschaftlich aufgewertet und andererseits weibliche Berufstätigkeit gefördert werden.

Eine Reduzierung des Normalarbeitsverhältnisses kommt der Geschlechtergerechtigkeit zu Gute; ist sogar die Voraussetzung dafür. Denn dadurch bleibt Männern und Frauen mehr Zeit für Familie und Freizeit, der Haushalt kann gleichmäßiger verteilt werden und Frauen können arbeiten gehen. Aktuell sind vor allem Frauen wegen ihrer meisten lückenhaften Erwerbsbiographie von Altersarmut betroffen. Wir möchten alle Altersarmut abschaffen. Es braucht jetzt bessere Lösungen im Rentensystem für Verdienstauffälle aufgrund von Kinderbetreuung.

473 ~~Wir erwarten von einer künftigen Staatsregierung, dass sie sich auf der Bundesebene~~
 474 ~~für die Einführung eines Lohngerechtigkeitsgesetzes für die Entgeltgleichheit~~
 475 ~~einsetzt. Wir fordern die ersatzlose Streichung des Paragraphen 219a und 218~~
 476 ~~Strafgesetzbuch (StGB). Bessere finanzielle Ausstattung von Beratungsstellen für~~
 477 ~~Frauen. Flächendeckende frauenmedizinische Versorgung, die auch Möglichkeiten für~~
 478 ~~Schwangerschaftsabbrüche vorsieht.~~

Gleichstellungsarbeit auf allen Ebenen muss weiter ausgebaut und mit realen

Handlungsmöglichkeiten versehen werden. Um die Gleichstellungsbeauftragten zu stärken, wird die personelle Ausstattung ausgebaut.

Die gesundheitliche Versorgung von Frauen muss ausgebaut werden. Das betrifft auch und vor allem Schwangerschaftsabbrüche, die nicht länger kriminalisiert werden dürfen. Außerdem muss Forschung gefördert werden, die Verhütung bei Männern entwickelt, damit nicht allein Frauen die Risiken der Hormonveränderung tragen. Wir fordern den vollständig kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln in jedem Lebensalter.

479 Wir erwarten von einer künftigen Staatsregierung, dass sie sich auf der Bundesebene
480 für die Einführung eines Lohngerechtigkeitsgesetzes für die Entgeltgleichheit

481 **Schutz vor Gewalt**

482 Ein Leben in Sicherheit ist die Grundlage für ein erfülltes und selbstbestimmtes
483 Leben. Frauen in einer patriarchalen Gesellschaft genießen dieses Privileg oftmals
484 nicht. Daher muss die Istanbul Konvention endlich umgesetzt werden.

485 • **Die Netzwerkarbeit zwischen Polizei, Frauenhäusern, Interventionsstellen und**
486 **weiteren bei Bedarf involvierten Stellen und Ämtern soll insbesondere in**
487 **Hochrisikofällen zur Vermeidung schwerster Gewalttaten und Mord ausgebaut**
488 **werden.**

489 • **Der Schutz von Frauen und Kindern sowie besonders vulnerablen Betroffenen wie**
490 **zum Beispiel Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationshintergrund und**
491 **Rassismuserfahrungen, ältere Menschen sowie Lesben, Schwule, Bisexuelle,**
492 **Transgender, Trans-, Inter- und queere Menschen (LSBTIQ) vor Gewalt muss mit der**
493 **Umsetzung der Istanbul-Konvention ausgebaut werden.**

494 • **Wir setzen uns für die Entkriminalisierung von Prostitution und Sexarbeitenden**
495 **ein und fordern die Einrichtung einer Fachberatungsstelle.**

496 Ein dem Bedarf entsprechender Ausbau der Plätze in Frauenhäusern und anderen
497 Gewaltschutzeinrichtungen ist längst überfällig. Hilfsangebote für betroffene Frauen
498 und Mädchen müssen verstärkt öffentlich bekannt gemacht und deren ständige
499 Erreichbarkeit muss gesichert werden. Frauen mit Behinderungen, Frauen mit
500 Suchterkrankungen und pflegebedürftige Frauen müssen ebenfalls in einer
501 Schutzeinrichtung Zuflucht finden können. Hierfür wollen wir die Betreuungsstrukturen
502 bis hin zu Kooperationen mit Suchtkliniken oder Pflegediensten weiterentwickeln.

503 **16. Landwirtschaft**

504 Landwirtschaft ist die Grundlage, denn ohne Landwirtschaft keine Nahrungsmittel.
505 Diese Grundlage muss zukunftsfest gemacht werden und auf die Bedürfnisse von Umwelt,
506 Mensch und Tier ausgelegt sein. Wir wollen die Landwirt:innen dabei stärken,
507 nachhaltig zu wirtschaften und allen Verbraucher:innen eine gute und gesunde
508 Ernährung zu erschwinglichen Preisen ermöglichen.

509 • **Die natürliche Lebensgrundlage in Bayern muss erhalten bleiben. Hierfür braucht**
510 **es:**

511 • **einen drastischen Rückgang des Einsatzes von synthetischen Düngern und**
512 **Pestiziden**

513 • **Förderung für Humusaufbau, Naturraumgestaltung und Landschaftserhalt**

514 • **mittelfristig eine 100% ökologische Landwirtschaft**

515 • **Die bayerische Staatsregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass biologische**
516 **Lebensmittel, als nachhaltigste Ernährungsform, am günstigsten sind,**

517 **DIE LINKE lehnt Agro-Gentechnik inklusive neuer Gentechnik-Methoden ab und setzt sich**
518 **für das Wiedererstarken der gentechnikfreien Regionen ein.**

519 • **Patente auf Saatgut, Nutztiere und Pflanzensorten wird es mit uns nicht geben.**

520 • **Wir fordern ein totales Verbot von gesundheitsgefährdenden Pestiziden.**

521 • **DIE LINKE setzt sich ein für eine artgerechte Tierhaltung und die Reduktion von**
522 **Tierbeständen.**

523 • **Bayern muss seine Initiative BioRegio 2030 ernst nehmen und deutlich mehr**
524 **Anreize setzen, um bis 2030 tatsächlich 30% Öko-Landwirtschaft zu erreichen.**

525 **Es braucht eine bayerische Förderung für Praxis-Forschung für den Ökolandbau.**

526 • **Die öffentliche Verpflegung in Schulen und Kantinen muss schnellstmöglich**
527 **vollständig ökologisch werden und hierfür ausreichend finanziell unterstützt**
528 **werden.**

529 • **Bäuerliche Betriebe und ländliche Strukturen müssen erhalten werden.**

530 Die bisherige Landwirtschaftspolitik stört unser Umweltgleichgewicht. Ein ökologisch
531 orientierter Landbau trägt hingegen zum Gewässerschutz bei, erzeugt weniger
532 Treibhausgase und ist in der Lage, diese zu binden, erhält die Artenvielfalt und
533 bewahrt die kleinteilige, reich strukturierte Kulturlandschaft.

534 Die momentane Ausrichtung nach Profitmaximierung und Export der Agrarwirtschaft hat
535 verheerende Auswirkungen auf die Umwelt sowie auf Kleinbauern und die

536 Kulturlandschaft. Damit die Landwirtschaft auch außerhalb von Agrarfabriken und
537 Monokulturen noch rentabel ist, fordert DIE LINKE einen Mindestpreis für
538 Agrarprodukte wie beispielsweise Milch. Wir teilen die Forderung der Bauern nach
539 fairen Preisen

540

541 Die bisherige Subventionspolitik hat hauptsächlich zu stärkeren Exporten geführt.
542 Fleischprodukte werden häufig ins EU-Ausland exportiert, da die Angestellten in den
543 Schlachthäusern in Deutschland im EU-Vergleich sehr schlecht bezahlt werden. Oftmals
544 werden Produkte exportiert, welche im Zielland ebenfalls angebaut werden könnten.
545 Gleichzeitig werden Lebensmittel importiert, die wiederum hier produziert werden
546 könnten.

547

548 Dieser absurde Warenverkehr ist eine massive Belastung für die Umwelt. Gleichzeitig
549 schwächt dies auch die Position der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, da eine
550 Standortkonkurrenz aufgebaut wird. Der Freistaat muss in die Pflicht genommen werden
551 diese Subventionspolitik grundlegend zu verändern, sodass Produkte, die kurze
552 Strecken transportiert werden, stärker bevorzugt werden. DIE LINKE steht für
553 Wochenmarkt statt Weltmarkt.

554

555 Große Tierfabriken lehnen wir ab. DIE LINKE setzt sich für eine Nutztierhaltung ein,
556 die flächengebunden, auf die einheimische Nachfrage bezogen und tiergerecht ist. DIE
557 LINKE setzt sich für eine Mindestfläche von zwei Großvieheinheiten pro Hektar ein.
558 Dazu sind Bestandsobergrenzen für Regionen und Standorte einzuführen. Tierhaltung
559 muss insgesamt also deutlich reduziert werden. Dabei braucht es Regeln, die dafür
560 sorgen, dass Fleisch kein Luxusgut wird, dass vom Geldbeutel abhängt, sondern die
561 dafür sorgen, dass alle Menschen sich gelegentlich Fleisch leisten können.

562

563 Formen der Nutztierhaltung mit quälerischen Produktionsweisen und einem hohen Bedarf
564 an Antibiotika wollen wir verbieten. Der Einsatz von Antibiotika und Wachstumsmitteln
565 in der Tierzucht führt zu Resistenzen und damit zu gesundheitlichen Risiken
566 und belastet die Umwelt. Daher muss der Einsatz von Antibiotika in der
567 Landwirtschaft auf notwendige Behandlungen begrenzt werden, Kontrollen müssen
568 verschärft und Verstöße härter bestraft werden.

569

570 Seit Jahrzehnten versuchen Agrarkonzerne die Landwirtschaft für Gentechnik zu öffnen.
571 Bereits in den 1990ern gab es besonders aus Bayern deutlichen Widerstand dagegen,
572 etliche Landkreise und Regionen erklärten sich für Gentechnikfrei und leisteten damit
573 einen entscheidenden Beitrag für die aktuell sehr strengen Regeln zum Einsatz von
574 Agro-Gentechnik. Mit neuen Methoden wie z.B. CRISPER/Cas hoffen die Agrarkonzerne nun
575 den europäischen Markt doch für ihre Gentechnik zu öffnen. DIE LINKE stellt sich
576 diesem Vorhaben entschieden entgegen.

577

578 Denn die Agrarkonzerne haben nur ihre Interessen im Kopf. Neben den unabwägbaren
579 Risiken durch gentechnisch veränderte Pflanzen, werden Sorten regelmäßig darauf
580 ausgerichtet gegen die Pestizide der Chemiekonzerne resistent zu sein, so dass diese
581 Absätze zusätzlich vorangetrieben werden können. Gepaart mit der Entwicklung von
582 nicht vermehrbaren Pflanzen führt das zu einer extremen Abhängigkeit der
583 Landwirtschaft von wenigen großen Konzernen.

584

585 Bayern dagegen braucht eine eigene Förderpraxis für Forschung im Ökolandbau. Da die
586 Agrarkonzerne mit nachhaltiger Landwirtschaft kaum Gewinne machen können, fehlt es an
587 dieser Stelle massiv an Investitionen. Bayern als das Bundesland mit den meisten
588 Bioflächen in Deutschland stünde es sehr gut zu Gesicht, diese Lücke wenigstens etwas
589 zu füllen.

590

591 Auch in Bezug auf die Initiative BioRegio 2030, die bis 2030 für 30% Ökolandbau in
592 Bayern sorgen soll, wäre dies sehr hilfreich. Mit aktuell 13% klafft hier noch eine
593 sehr große Lücke und es braucht maximale Förderung, damit Höfe wirklich zum Umstellen
594 bewegt werden können.

595

596 DIE LINKE setzt sich für eine artgerechte Tierhaltung ein. Nutztiere müssen ihr
597 angeborenes Verhaltensrepertoire ausleben können. DIE LINKE fordert die Förderung von
598 Forschung und den Einsatz von Methoden, die Tierversuche ersetzen. Wir setzen uns für
599 ein Verbandsklagerecht von Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen ein. Bisher
600 können nur Tierhalter oder Tiernutzer, wie zum Beispiel Experimentatoren, gegen
601 Tierschutzaufgaben klagen. Das heißt, es kann nur klagen, wer weniger Tierschutz

602 durchsetzen will. Mit einem Verbandsklagerecht könnte die Einhaltung geltender
603 Tierschutzbestimmungen gerichtlich geprüft und durchgesetzt werden.

604

605 Klar ist, die Tierhaltung muss deutlich reduziert werden. Nur so können die Tiere
606 artgerecht genug Platz haben. Zudem lassen sich nur so die Treibhausgase aus der
607 Tierhaltung ausreichend reduzieren. Dabei braucht es Regeln, die dafür sorgen, dass
608 Fleisch kein Luxusgut wird, dass vom Geldbeutel abhängt, sondern die dafür sorgen,
609 dass alle Menschen sich gelegentlich Fleisch leisten können.

610

611 Wildlebende Tiere sind eine Bereicherung für Bayern. Die Wiederansiedlung hier
612 ausgerotteter Tierarten ist möglich und sinnvoll. Diese dürfen nicht wirtschaftlichen
613 und parteipolitischen Interessen durch willkürliche Abschüsse geopfert werden

614 **17. Kunst und Kultur – für alle**

615 Teilhabe an Kunst und Kultur muss für alle möglich sein, nicht nur für Privilegierte.
616 Ein einseitiges Kunst- und Kulturverständnis engt ein, sowohl in der Ausgestaltung
617 des Angebots als auch in den Teilhabemöglichkeiten. Wir wollen Kunst und Kultur für
618 alle – vielfältig und zugänglich.

- 619 • **Wir wollen eine Kulturpolitik, die ein vielfgestaltiges und ausgewogenes**
620 **kulturelles Angebot schafft, das für die Allgemeinheit zugänglich ist.**
- 621 • **Kunst- und Kulturschaffende müssen auskömmlich von ihrer Arbeit leben können und**
622 **gut abgesichert sein – die Bedingungen dafür sind zu schaffen.**
- 623 • **Die kulturelle Infrastruktur bayerischer Kommunen im ländlichen Bereich muss**
624 **gefördert werden.**
- 625 • **Wir fordern den kostenfreien Eintritt in vom Freistaat geförderten Museen und**
626 **Sammlungen.**
- 627 • **Für eine Änderung der Lehrpläne, sodass Kunst und Kultur an den Schulen**
628 **gleichberechtigt neben anderen Fächern stehen, muss gesorgt werden.**
- 629 • **Wir fordern die Einführung eines Sozialtickets, das einen vergünstigten Eintritt**
630 **bei Kultur, Bildung, Sport und Freizeit sichert und dadurch eine Teilhabe am**
631 **sozialen und kulturellen Leben erleichtert. Dieser Bayernpass sollte Menschen**
632 **angeboten werden, die Bürgergeld, Sozialhilfe, Grundsicherung, Leistungen nach**
633 **dem Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld und Opferrenten erhalten, Menschen mit**

634 **geringen Einkommen und Bezieherinnen und Bezieher von Renten bis zur**
635 **Pfändungsfreigrenze (zurzeit 1 139,99 Euro), Schülerinnen und Schüler,**
636 **Studierende.**

637

638 Kulturelle Bildung und künstlerische Tätigkeiten sind kein Luxus oder gar nutzloser
639 Zeitvertreib, sondern ein wesentlicher Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung und
640 Grundbedürfnis aller Menschen. Alle sollen daran teilhaben können.

641 Kunst ist eine kreative Abbildung der Realität. Orte, an denen Kunst und Kultur
642 stattfindet, sind auch Orte der Begegnung und des Dialogs. Hier werden Verständnis
643 und Toleranz für das Andere entwickelt. Öffentliche Mittel und öffentliche kreative
644 Freiräume fördern die Vielfaltigkeit kultureller Äußerungsmöglichkeiten.

645 Kunst- und Kulturschaffende müssen von ihrer Arbeit leben können und
646 Kulturinteressierte unabhängig von ihrem Einkommen einen barrierefreien Zugang zu
647 Kultur haben.

648 **Clubkultur**

649 Ob in der Oper oder im Jugendclub, Kultur ist vielfältig, wird aber nur einseitig
650 gefördert. Das muss sich ändern.

651 • **Wir wollen Jugendkulturen fördern durch eine gute Ausfinanzierung.**

652 • **Nicht-kommerzielle Orte der Begegnung müssen ausgebaut werden.**

653 • **Clubs sollen als Kulturstätten anerkannt werden.**

654 • **Wir fordern eine Jugendkulturkarte mit 50 Euro Startguthaben.**

655

656 Die kulturellen und sozialen Bedarfe junger Menschen werden in Bayern seit jeher
657 stiefmütterlich behandelt (und von diversen Regularien eingeschränkt). Die Corona
658 Pandemie hat diese Defizite verschärft, die Lage von Kollektiven und
659 Clubbetreiber:innen verschlechtert und dadurch ein regelrechtes Clubsterben
660 befördert.

661 Dabei sind Clubs mittlerweile in mehreren EU-Ländern als Kulturräume anerkannt.
662 Schließlich fördern sie die Vielfalt von Musik, bieten jungen Künstler:innen eine
663 Plattform für ihr Schaffen und sind (nicht zuletzt deswegen) wichtige Orte der
664 sozialer Begegnungen, welche Menschen verschiedenster Herkunft und Hintergründe
665 zusammenbringen, Kultur im ländlichen Raum stärken und die Inklusion

666 unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen vorantreiben können.
667 DIE LINKE setzt sich zum einen dafür ein, Clubs als Kulturstätten anzuerkennen, zu
668 erhalten und zu fördern.
669 Es braucht deswegen sowohl Förderprogramme für die Spielstätten, um die Folgen von
670 Energiekostensteigerung und Inflation abzumildern, als auch einen Bestandsschutz
671 bestehender Strukturen, sowie Maßnahmen, mit denen jungen Menschen mit kleinem
672 Geldbeutel der Zugang zu diesen Kulturstätten ermöglicht wird.
673 Änderungen im Planungs- und Veranstaltungsrecht sollen die Bemühungen der Branche,
674 nachhaltiger zu veranstalten, messbar und finanziell umsetzbar machen.
675 Vertreter:innen von Kulturbetrieben/Spielstätten sind in die Gremien der
676 Stadtentwicklungspolitik aufzunehmen. Im Städtebau muss das "Agent of Change Prinzip"
677 angewandt werden. Dieses sieht vor, dass heranrückende Neubebauung für erforderlichen
678 Lärmschutz selbst sorgen muss.
679 Eine Jugendkulturkarte (inkl. 50 € Startguthaben), die auch auf Eintritte zu Clubs
680 angewandt wird, kann sowohl der gebeutelten Branche unter die Arme greifen als auch
681 finanzielle Barrieren und Zugangsbeschränkungen für junge Menschen abbauen.

682 **18. Frieden schaffen ohne Waffen**

683 Als konsequente Friedenspartei steht DIE LINKE für ein Ende aller Kriege – in der
684 Ukraine, aber auch im Jemen, in Mali, in Syrien und überall auf der Welt. Nur eine
685 gewaltfreie Welt bietet die Voraussetzung für eine internationale Entwicklung gegen
686 Armut, Klimanotstand und Pandemien. Nur durch Frieden können Menschenrechte (auch die
687 sozialen) umgesetzt werden. An die Stelle von Kriegshandlungen müssen Verhandlungen
688 treten. Konflikte bedürfen der politischen, diplomatischen und absolut zivilen
689 Regulierung. Nur Entspannungspolitik und damit verbundene gemeinsame Abrüstung sowie
690 gegenseitige Sicherheitsgarantien gewähren Sicherheit. Die 180-Grad-Wende der
691 bundesdeutschen Außenpolitik über Nacht, sowie das damit verbundene größte
692 Aufrüstungsprogramm der Nachkriegszeit lehnen wir ab. Ein neues Zeitalter des kalten
693 Krieges, atomare Teilhabe, Wirtschaftskrieg und das Befeuern einer Aufrüstungsspirale
694 kann nur in den Abgrund führen. Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen
695 globalen Machtblöcken erhitzen sich bis zum Siedepunkt. In dieser
696 interessengeleiteten Politik der Herrschenden aller Blöcke hat die überwiegende
697 Mehrheit der Menschen weltweit nichts zu gewinnen. Im Gegenteil, sie sind die
698 Leittragenden der Konfrontation.
699 Wir brauchen stattdessen mehr sinnvolle Investitionen in zivile Belange, soziale

700 Probleme gibt es genug. Wir sagen Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und zu
701 Waffenexporten! Nein zu einer weiteren Militarisierung der EU! Wir fordern die
702 Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem.
703 Atomwaffen sind endlich zu ächten. Unser Ziel ist eine nachhaltige, zivile, an den
704 gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtete und demokratisierte Wirtschaft!

705 **Friedensstandort Bayern**

706 Von Bayern muss ein Zeichen des Friedens in die Welt hinausgehen, insbesondere als
707 Freistaat, von dem aus Nazideutschland besonders viel Krieg und Terror verursacht
708 hat.

709 • **Von Bayern ausgehend stoßen wir Initiativen für europaweite Städte-Kommunikation**
710 **zur Förderung von Solidarität und Verständnis an, sowie die Förderung des**
711 **Programms „Mayors for peace“. Wir wollen mehr Städtepartnerschaften als Brücken**
712 **des Friedens in alle Welt.**

713 • **Wir schaffen eine Initiative der Landesregierung für die Schließung der US-**
714 **Kasernen und Militärstützpunkte in Ansbach, Ansbach-Katterbach, Garmisch,**
715 **Grafenwöhr, Hohenfels, Illesheim und Vilseck sowie eine Stilllegung der**
716 **Truppenübungsplätze Grafenwöhr, Hohenfels und Wildflecken, die von der NATO und**
717 **der US-Army genutzt werden.**

718 • **Wir fordern die bessere Ausstattung von THW & Katastrophenschutz, statt dem**
719 **Einsatz der Bundeswehr im Inneren.**

720 • **Wir regen die Erstellung eines jährlichen, öffentlich zugänglichen**
721 **Rüstungsberichts an, in dem die Produktion, die Erforschung sowie der Ex- und**
722 **Import von Rüstungsgütern in Bayern erfasst werden.**

723 • **Wir stehen für die Beendigung von Rüstungsexporten aus Bayern.**

724 • **Die Abschaffung des sogenannten „Celler Dialogs“, an dem Politik, Wirtschaft**
725 **und Militär teilnehmen, soll durch die bayerische Landesregierung angeregt**
726 **werden.**

727 Bayern hat erhebliche Möglichkeiten, um zum internationalen Frieden beizutragen. Von
728 der Forschung, über die Bildung bis zur Wirtschaft, alle Bereiche können etwas dazu
729 beitragen geflüchteten Menschen zu helfen, die Entwicklung anderer Länder zu fördern
730 und Kriegsursachen zu beheben. Das Land Bayern hat langjährige Partnerschaften in
731 Afrika, z. B. in Südafrika, Tunesien und Tansania. Diese Partnerschaften sind
732 auszubauen. Militärforschung an Universitäten und Instituten sowie Waffenschmieden,

733 wie Diehl und Krauss-Maffei, die mit Krieg ihr Geschäft verdienen, machen Bayern
734 hingegen zu einem der bedeutendsten Rüstungsstandorte in der Bundesrepublik. Bayern
735 ist zudem eins der wichtigsten Aufmarsch- und Durchmarschgebiete der Bundeswehr sowie
736 der NATO. Gemeinsam mit der Friedensbewegung kämpfen wir daher dafür, dass Bayern zum
737 Friedensstandort wird.

738 **Rüstungskonversion hin zu sinnvoller Arbeit**

739 Jeder Euro, der durch Krieg verdient oder für den Krieg ausgegeben wird, ist einer zu
740 viel, denn er bringt nichts als Leid, Tod und Umweltzerstörung. Bayern als eines der
741 führenden Bundesländer bei Waffenexporten ist hier besonders gefragt, eine Kehrtwende
742 einzuleiten, die ein Wirtschaften für Mensch und Umwelt statt für Elend und Krieg
743 bedeutet.

744 • **Wir stehen für die Bildung eines Konversionsbeirates unter Beteiligung von**
745 **Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten**
746 **sowie Umwelt- und Friedensorganisationen, der ein Konzept zur Umwandlung**
747 **militärischer in zivile Arbeitsplätze ausarbeitet.**

748 • **Es braucht eine ausreichende Finanzierung für ein Konversionsprogramm, mit dem**
749 **eine entsprechende Qualifizierung für alle betroffenen Beschäftigten gesichert**
750 **wird.**

751 • **Wir stehen für einen „Masterplan Friedensflächen“, bei dem die bislang noch**
752 **militärisch genutzten Flächen in zivil genutzte Flächen umgewandelt werden.**

753 • **Wir fordern eine Altlastensanierung der durch den jahrzehntelangen**
754 **Militäreinsatz belasteten Flächen auf bayerischem Gebiet aus Bundesmitteln.**

755 • **Die Umwandlung von Militärlogistik in einen international einsetzbaren**
756 **Katastrophenschutz ist unser Ziel.**

757 • **Wir unterstützen Initiativen, die Truppenübungsplätze nichtmilitärisch umwandeln**
758 **wollen.**

759 DIE LINKE. Bayern steht für die Vergesellschaftung und Umwandlung der
760 Rüstungsproduktion sowie ihrer Arbeitsplätze in zivile Arbeit. Es braucht eine neue
761 Wirtschaftsstruktur, die der sozialen, ökologischen und friedlichen Entwicklung
762 unserer Gesellschaft dient. Wir wollen Investitionen in soziale Gerechtigkeit statt
763 Rüstung und Militär.

764 **Bildung, Kultur und Wissenschaft für den Frieden**

765 Statt in Kriegselend wollen wir in den Frieden investieren und unsere Forschung,
766 Bildung und Kultur darauf ausrichten.

- 767 • **Wir fordern ein Verbot von Rüstungsforschung und die Förderung von**
768 **friedensorientierter Wissenschaft, die sich der sozialen und ökologischen**
769 **Probleme unserer Zeit annimmt.**
- 770 • **Dafür braucht es eine Umschichtung der bislang für die Rüstungsforschung**
771 **verwendeten Fördermittel in die Forschung für Konversion, Renaturierung,**
772 **Gesundheit etc.**
- 773 • **Wir setzen uns ein für ein Verbot der Bundeswehrpräsenz an Schulen, Unis, bei**
774 **Berufsmessen und in der Ausbildung: Bundeswehr raus aus öffentlichen Räumen!**
- 775 • **Die institutionelle Förderung von Friedensarbeit in den Städten und Kommunen,**
776 **z.B. von Friedensinitiativen, Geschichtswerkstätten, einer kritischen**
777 **Erinnerungskultur, friedensorientierter Kunst und Kultur sowie den alljährlichen**
778 **Friedensdemos muss vorangetrieben werden.**
- 779 • **Wir wollen die Aufnahme von regelmäßigen Gedenkstättenbesuchen in Schulen,**
780 **pädagogisch aufbereitet für den jeweiligen Jahrgang.**
- 781 • **Bayern muss in den Bereichen Kultur sowie Traditions- und Denkmalpflege**
782 **entmilitarisiert werden.**
- 783 • **Straßen und Plätze, die an Militaristen und Faschisten erinnern, sollen nach**
784 **humanistisch gesonnenen Persönlichkeiten umbenannt werden.**
- 785 • **Wir wollen die Etablierung von antimilitaristischen, staatlichen Gedenk- und**
786 **Feiertagen, wie dem Tag der Befreiung und dem Antikriegstag.**
- 787 • **Es braucht die Beendigung der Förderung von militaristischen Strukturen durch**
788 **Landesmittel.**

789 DIE LINKE. Bayern steht dafür, dass die Lehre aus den beiden Weltkriegen, der
790 europäischen Kolonialpolitik sowie den vielen Kriegen von heute nicht vor Bildungs-
791 und Wissenschaftsinstitutionen Halt macht. Krieg beginnt in den Köpfen. Bildung,
792 Kultur und Wissenschaft müssen daher über die Ursachen von Kriegen und Flucht
793 aufklären, die Bedeutung von Völkerverständigung und internationaler Solidarität
794 hervorheben und dazu ermuntern, für den Frieden aktiv zu werden. Dafür kann die
795 Landeszentrale für politische Bildung genutzt werden.

796

475 einsetzt. Wir fordern die ersatzlose Streichung des Paragraphen ~~219a und~~ 218
 476 Strafgesetzbuch (StGB). Bessere finanzielle Ausstattung von Beratungsstellen für
 477 Frauen. Flächendeckende frauenmedizinische Versorgung, die auch Möglichkeiten für
 478 Schwangerschaftsabbrüche vorsieht.

479 ~~Schutz vor Gewalt~~

Schutz vor Gewalt

480 Ein Leben in Sicherheit ist die Grundlage für ein erfülltes und selbstbestimmtes
 481 Leben. Frauen in einer patriarchalen Gesellschaft genießen dieses Privileg oftmals
 482 nicht. Daher muss die Istanbul Konvention endlich umgesetzt werden.

483 • **Die Netzwerkarbeit zwischen Polizei, Frauenhäusern, Interventionsstellen und**
 484 **weiteren bei Bedarf involvierten Stellen und Ämtern soll insbesondere in**
 485 **Hochrisikofällen zur Vermeidung schwerster Gewalttaten und Mord ausgebaut**
 486 **werden.**

487 • ~~Der Schutz von Frauen und Kindern sowie besonders vulnerablen Betroffenen wie~~
 488 ~~zum Beispiel Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationshintergrund und~~
 489 ~~Rassismuserfahrungen, ältere Menschen sowie Lesben, Schwule, Bisexuelle,~~
 490 ~~Transgender, Trans-, Inter- und queere Menschen (LSBTIQ) vor Gewalt muss mit der~~
 491 ~~Umsetzung der Istanbul-Konvention ausgebaut werden.~~

• Der Schutz von Frauen und Kindern sowie besonders vulnerablen Betroffenen vor Gewalt muss mit der Umsetzung der Istanbul-Konvention ausgebaut werden. Dafür braucht es mehr Stellen. Ein dem Bedarf entsprechender Ausbau der Plätze in Frauenhäusern und anderen Gewaltschutzeinrichtungen ist längst überfällig

• Hilfsangebote für betroffene Frauen und Mädchen müssen verstärkt öffentlich bekannt gemacht und deren ständige Erreichbarkeit muss gesichert werden.

• Frauen mit Behinderungen, Frauen mit Suchterkrankungen und pflegebedürftige Frauen müssen ebenfalls in einer Schutzeinrichtung Zuflucht finden können. Hierfür wollen wir die Betreuungsstrukturen bis hin zu Kooperationen mit Suchtkliniken oder Pflegediensten weiterentwickeln und mehr Stellen schaffen.

492 • **Wir setzen uns für die Entkriminalisierung von ~~Prostitution und~~ Sexarbeitenden**
 493 **und ein entschlossenes Vorgehen gegen Menschenhandel ein und fordern ~~die~~**
Einrichtung einer Fachberatungsstelle staatliche Fachberatungsstellen sowie
Ausstiegshilfe.

494 ~~Ein dem Bedarf entsprechender Ausbau der Plätze in Frauenhäusern und anderen~~
495 ~~Gewaltschutzeinrichtungen ist längst überfällig. Hilfsangebote für betroffene Frauen~~
496 ~~und Mädchen müssen verstärkt öffentlich bekannt gemacht und deren ständige~~
497 ~~Erreichbarkeit muss gesichert werden. Frauen mit Behinderungen, Frauen mit~~
498 ~~Suchterkrankungen und pflegebedürftige Frauen müssen ebenfalls in einer~~
499 ~~Schutzeinrichtung Zuflucht finden können. Hierfür wollen wir die Betreuungsstrukturen~~
500 ~~bis hin zu Kooperationen mit Suchtkliniken oder Pflegediensten weiterentwickeln.~~

501 **16. Landwirtschaft**

502 Landwirtschaft ist die Grundlage, denn ohne Landwirtschaft keine Nahrungsmittel.
503 Diese Grundlage muss zukunftsfest gemacht werden und auf die Bedürfnisse von Umwelt,
504 Mensch und Tier ausgelegt sein. Wir wollen die Landwirt:innen dabei stärken,
505 nachhaltig zu wirtschaften und allen Verbraucher:innen eine gute und gesunde
506 Ernährung zu erschwinglichen Preisen ermöglichen.

507 • **Die natürliche Lebensgrundlage in Bayern muss erhalten bleiben. Hierfür braucht**
508 **es:**

- 509 • **einen drastischen Rückgang des Einsatzes von synthetischen Düngern und**
510 **Pestiziden**
- 511 • **Förderung für Humusaufbau, Naturraumgestaltung und Landschaftserhalt**
- 512 • **mittelfristig eine 100% ökologische Landwirtschaft**

513 • **Die bayerische Staatsregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass biologische**
514 **Lebensmittel, als nachhaltigste Ernährungsform, am günstigsten sind,**

515 **DIE LINKE lehnt Agro-Gentechnik inklusive neuer Gentechnik-Methoden ab und setzt sich**
516 **für das Wiedererstarken der gentechnikfreien Regionen ein.**

517 • **Patente auf Saatgut, Nutztiere und Pflanzensorten wird es mit uns nicht geben.**

518 • **Wir fordern ein totales Verbot von gesundheitsgefährdenden Pestiziden.**

519 • **DIE LINKE setzt sich ein für eine artgerechte Tierhaltung und die Reduktion von**
520 **Tierbeständen.**

521 • **Bayern muss seine Initiative BioRegio 2030 ernst nehmen und deutlich mehr**
522 **Anreize setzen, um bis 2030 tatsächlich 30% Öko-Landwirtschaft zu erreichen.**

523 **Es braucht eine bayerische Förderung für Praxis-Forschung für den Ökolandbau.**

524 • **Die öffentliche Verpflegung in Schulen und Kantinen muss schnellstmöglich**
525 **vollständig ökologisch werden und hierfür ausreichend finanziell unterstützt**

526 **werden.**

527 • **Bäuerliche Betriebe und ländliche Strukturen müssen erhalten werden.**

528 Die bisherige Landwirtschaftspolitik stört unser Umweltgleichgewicht. Ein ökologisch
529 orientierter Landbau trägt hingegen zum Gewässerschutz bei, erzeugt weniger
530 Treibhausgase und ist in der Lage, diese zu binden, erhält die Artenvielfalt und
531 bewahrt die kleinteilige, reich strukturierte Kulturlandschaft.

532 Die momentane Ausrichtung nach Profitmaximierung und Export der Agrarwirtschaft hat
533 verheerende Auswirkungen auf die Umwelt sowie auf Kleinbauern und die
534 Kulturlandschaft. Damit die Landwirtschaft auch außerhalb von Agrarfabriken und
535 Monokulturen noch rentabel ist, fordert DIE LINKE einen Mindestpreis für
536 Agrarprodukte wie beispielsweise Milch. Wir teilen die Forderung der Bauern nach
537 fairen Preisen

538

539 Die bisherige Subventionspolitik hat hauptsächlich zu stärkeren Exporten geführt.
540 Fleischprodukte werden häufig ins EU-Ausland exportiert, da die Angestellten in den
541 Schlachthäusern in Deutschland im EU-Vergleich sehr schlecht bezahlt werden. Oftmals
542 werden Produkte exportiert, welche im Zielland ebenfalls angebaut werden könnten.
543 Gleichzeitig werden Lebensmittel importiert, die wiederum hier produziert werden
544 könnten.

545

546 Dieser absurde Warenverkehr ist eine massive Belastung für die Umwelt. Gleichzeitig
547 schwächt dies auch die Position der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, da eine
548 Standortkonkurrenz aufgebaut wird. Der Freistaat muss in die Pflicht genommen werden
549 diese Subventionspolitik grundlegend zu verändern, sodass Produkte, die kurze
550 Strecken transportiert werden, stärker bevorzugt werden. DIE LINKE steht für
551 Wochenmarkt statt Weltmarkt.

552

553 Große Tierfabriken lehnen wir ab. DIE LINKE setzt sich für eine Nutztierhaltung ein,
554 die flächengebunden, auf die einheimische Nachfrage bezogen und tiergerecht ist. DIE
555 LINKE setzt sich für eine Mindestfläche von zwei Großvieheinheiten pro Hektar ein.
556 Dazu sind Bestandsobergrenzen für Regionen und Standorte einzuführen. Tierhaltung
557 muss insgesamt also deutlich reduziert werden. Dabei braucht es Regeln, die dafür
558 sorgen, dass Fleisch kein Luxusgut wird, dass vom Geldbeutel abhängt, sondern die

559 dafür sorgen, dass alle Menschen sich gelegentlich Fleisch leisten können.

560

561 Formen der Nutztierhaltung mit quälerischen Produktionsweisen und einem hohen Bedarf
562 an Antibiotika wollen wir verbieten. Der Einsatz von Antibiotika und Wachstumsmitteln
563 in der Tierzucht führt zu Resistenzen und damit zu gesundheitlichen Risiken
564 und belastet die Umwelt. Daher muss der Einsatz von Antibiotika in der
565 Landwirtschaft auf notwendige Behandlungen begrenzt werden, Kontrollen müssen
566 verschärft und Verstöße härter bestraft werden.

567

568 Seit Jahrzehnten versuchen Agrarkonzerne die Landwirtschaft für Gentechnik zu öffnen.
569 Bereits in den 1990ern gab es besonders aus Bayern deutlichen Widerstand dagegen,
570 etliche Landkreise und Regionen erklärten sich für Gentechnikfrei und leisteten damit
571 einen entscheidenden Beitrag für die aktuell sehr strengen Regeln zum Einsatz von
572 Agro-Gentechnik. Mit neuen Methoden wie z.B. CRISPER/Cas hoffen die Agrarkonzerne nun
573 den europäischen Markt doch für ihre Gentechnik zu öffnen. DIE LINKE stellt sich
574 diesem Vorhaben entschieden entgegen.

575

576 Denn die Agrarkonzerne haben nur ihre Interessen im Kopf. Neben den unabwägbaren
577 Risiken durch gentechnisch veränderte Pflanzen, werden Sorten regelmäßig darauf
578 ausgerichtet gegen die Pestizide der Chemiekonzerne resistent zu sein, so dass diese
579 Absätze zusätzlich vorangetrieben werden können. Gepaart mit der Entwicklung von
580 nicht vermehrbaren Pflanzen führt das zu einer extremen Abhängigkeit der
581 Landwirtschaft von wenigen großen Konzernen.

582

583 Bayern dagegen braucht eine eigene Förderpraxis für Forschung im Ökolandbau. Da die
584 Agrarkonzerne mit nachhaltiger Landwirtschaft kaum Gewinne machen können, fehlt es an
585 dieser Stelle massiv an Investitionen. Bayern als das Bundesland mit den meisten
586 Bioflächen in Deutschland stünde es sehr gut zu Gesicht, diese Lücke wenigstens etwas
587 zu füllen.

588

589 Auch in Bezug auf die Initiative BioRegio 2030, die bis 2030 für 30% Ökolandbau in
590 Bayern sorgen soll, wäre dies sehr hilfreich. Mit aktuell 13% klafft hier noch eine
591 sehr große Lücke und es braucht maximale Förderung, damit Höfe wirklich zum Umstellen

592 bewegt werden können.

593

594 DIE LINKE setzt sich für eine artgerechte Tierhaltung ein. Nutztiere müssen ihr
595 angeborenes Verhaltensrepertoire ausleben können. DIE LINKE fordert die Förderung von
596 Forschung und den Einsatz von Methoden, die Tierversuche ersetzen. Wir setzen uns für
597 ein Verbandsklagerecht von Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen ein. Bisher
598 können nur Tierhalter oder Tiernutzer, wie zum Beispiel Experimentatoren, gegen
599 Tierschutzaufgaben klagen. Das heißt, es kann nur klagen, wer weniger Tierschutz
600 durchsetzen will. Mit einem Verbandsklagerecht könnte die Einhaltung geltender
601 Tierschutzbestimmungen gerichtlich geprüft und durchgesetzt werden.

602

603 Klar ist, die Tierhaltung muss deutlich reduziert werden. Nur so können die Tiere
604 artgerecht genug Platz haben. Zudem lassen sich nur so die Treibhausgase aus der
605 Tierhaltung ausreichend reduzieren. Dabei braucht es Regeln, die dafür sorgen, dass
606 Fleisch kein Luxusgut wird, dass vom Geldbeutel abhängt, sondern die dafür sorgen,
607 dass alle Menschen sich gelegentlich Fleisch leisten können.

608

609 Wildlebende Tiere sind eine Bereicherung für Bayern. Die Wiederansiedlung hier
610 ausgerotteter Tierarten ist möglich und sinnvoll. Diese dürfen nicht wirtschaftlichen
611 und parteipolitischen Interessen durch willkürliche Abschüsse geopfert werden

612 **17. Kunst und Kultur – für alle**

613 Teilhabe an Kunst und Kultur muss für alle möglich sein, nicht nur für Privilegierte.
614 Ein einseitiges Kunst- und Kulturverständnis engt ein, sowohl in der Ausgestaltung
615 des Angebots als auch in den Teilhabemöglichkeiten. Wir wollen Kunst und Kultur für
616 alle – vielfältig und zugänglich.

- 617 • **Wir wollen eine Kulturpolitik, die ein vielfgestaltiges und ausgewogenes**
- 618 **kulturelles Angebot schafft, das für die Allgemeinheit zugänglich ist.**
- 619 • **Kunst- und Kulturschaffende müssen auskömmlich von ihrer Arbeit leben können und**
- 620 **gut abgesichert sein – die Bedingungen dafür sind zu schaffen.**
- 621 • **Die kulturelle Infrastruktur bayerischer Kommunen im ländlichen Bereich muss**
- 622 **gefördert werden.**
- 623 • **Wir fordern den kostenfreien Eintritt in vom Freistaat geförderten Museen und**

624 **Sammlungen.**

- 625 • **Für eine Änderung der Lehrpläne, sodass Kunst und Kultur an den Schulen**
- 626 **gleichberechtigt neben anderen Fächern stehen, muss gesorgt werden.**
- 627 • **Wir fordern die Einführung eines Sozialtickets, das einen vergünstigten Eintritt**
- 628 **bei Kultur, Bildung, Sport und Freizeit sichert und dadurch eine Teilhabe am**
- 629 **sozialen und kulturellen Leben erleichtert. Dieser Bayernpass sollte Menschen**
- 630 **angeboten werden, die Bürgergeld, Sozialhilfe, Grundsicherung, Leistungen nach**
- 631 **dem Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld und Opferrenten erhalten, Menschen mit**
- 632 **geringen Einkommen und Bezieherinnen und Beziehern von Renten bis zur**
- 633 **Pfändungsfreigrenze (zurzeit 1 139,99 Euro), Schülerinnen und Schüler,**
- 634 **Studierende.**

635

636 Kulturelle Bildung und künstlerische Tätigkeiten sind kein Luxus oder gar nutzloser
637 Zeitvertreib, sondern ein wesentlicher Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung und
638 Grundbedürfnis aller Menschen. Alle sollen daran teilhaben können.

639 Kunst ist eine kreative Abbildung der Realität. Orte, an denen Kunst und Kultur
640 stattfindet, sind auch Orte der Begegnung und des Dialogs. Hier werden Verständnis
641 und Toleranz für das Andere entwickelt. Öffentliche Mittel und öffentliche kreative
642 Freiräume fördern die Vielfaltigkeit kultureller Äußerungsmöglichkeiten.

643 Kunst- und Kulturschaffende müssen von ihrer Arbeit leben können und
644 Kulturinteressierte unabhängig von ihrem Einkommen einen barrierefreien Zugang zu
645 Kultur haben.

646 **Clubkultur**

647 Ob in der Oper oder im Jugendclub, Kultur ist vielfältig, wird aber nur einseitig
648 gefördert. Das muss sich ändern.

- 649 • **Wir wollen Jugendkulturen fördern durch eine gute Ausfinanzierung.**
- 650 • **Nicht-kommerzielle Orte der Begegnung müssen ausgebaut werden.**
- 651 • **Clubs sollen als Kulturstätten anerkannt werden.**
- 652 • **Wir fordern eine Jugendkulturkarte mit 50 Euro Startguthaben.**

653

654 Die kulturellen und sozialen Bedarfe junger Menschen werden in Bayern seit jeher
655 stiefmütterlich behandelt (und von diversen Regularien eingeschränkt). Die Corona

656 Pandemie hat diese Defizite verschärft, die Lage von Kollektiven und
657 Clubbetreiber:innen verschlechtert und dadurch ein regelrechtes Clubsterben
658 befördert.
659 Dabei sind Clubs mittlerweile in mehreren EU-Ländern als Kulturräume anerkannt.
660 Schließlich fördern sie die Vielfalt von Musik, bieten jungen Künstler:innen eine
661 Plattform für ihr Schaffen und sind (nicht zuletzt deswegen) wichtige Orte der
662 sozialer Begegnungen, welche Menschen verschiedenster Herkunft und Hintergründe
663 zusammenbringen, Kultur im ländlichen Raum stärken und die Inklusion
664 unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen vorantreiben können.
665 DIE LINKE setzt sich zum einen dafür ein, Clubs als Kulturstätten anzuerkennen, zu
666 erhalten und zu fördern.
667 Es braucht deswegen sowohl Förderprogramme für die Spielstätten, um die Folgen von
668 Energiekostensteigerung und Inflation abzumildern, als auch einen Bestandsschutz
669 bestehender Strukturen, sowie Maßnahmen, mit denen jungen Menschen mit kleinem
670 Geldbeutel der Zugang zu diesen Kulturstätten ermöglicht wird.
671 Änderungen im Planungs- und Veranstaltungsrecht sollen die Bemühungen der Branche,
672 nachhaltiger zu veranstalten, messbar und finanziell umsetzbar machen.
673 Vertreter:innen von Kulturbetrieben/Spielstätten sind in die Gremien der
674 Stadtentwicklungspolitik aufzunehmen. Im Städtebau muss das "Agent of Change Prinzip"
675 angewandt werden. Dieses sieht vor, dass heranrückende Neubebauung für erforderlichen
676 Lärmschutz selbst sorgen muss.
677 Eine Jugendkulturkarte (inkl. 50 € Startguthaben), die auch auf Eintritte zu Clubs
678 angewandt wird, kann sowohl der gebeutelten Branche unter die Arme greifen als auch
679 finanzielle Barrieren und Zugangsbeschränkungen für junge Menschen abbauen.

680 **18. Frieden schaffen ohne Waffen**

681 Als konsequente Friedenspartei steht DIE LINKE für ein Ende aller Kriege – in der
682 Ukraine, aber auch im Jemen, in Mali, in Syrien und überall auf der Welt. Nur eine
683 gewaltfreie Welt bietet die Voraussetzung für eine internationale Entwicklung gegen
684 Armut, Klimanotstand und Pandemien. Nur durch Frieden können Menschenrechte (auch die
685 sozialen) umgesetzt werden. An die Stelle von Kriegshandlungen müssen Verhandlungen
686 treten. Konflikte bedürfen der politischen, diplomatischen und absolut zivilen
687 Regulierung. Nur Entspannungspolitik und damit verbundene gemeinsame Abrüstung sowie
688 gegenseitige Sicherheitsgarantien gewähren Sicherheit. Die 180-Grad-Wende der
689 bundesdeutschen Außenpolitik über Nacht, sowie das damit verbundene größte

690 Aufrüstungsprogramm der Nachkriegszeit lehnen wir ab. Ein neues Zeitalter des kalten
691 Krieges, atomare Teilhabe, Wirtschaftskrieg und das Befeuern einer Aufrüstungsspirale
692 kann nur in den Abgrund führen. Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen
693 globalen Machtblöcken erhitzen sich bis zum Siedepunkt. In dieser
694 interessengeleiteten Politik der Herrschenden aller Blöcke hat die überwiegende
695 Mehrheit der Menschen weltweit nichts zu gewinnen. Im Gegenteil, sie sind die
696 Leittragenden der Konfrontation.

697 Wir brauchen stattdessen mehr sinnvolle Investitionen in zivile Belange, soziale
698 Probleme gibt es genug. Wir sagen Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und zu
699 Waffenexporten! Nein zu einer weiteren Militarisierung der EU! Wir fordern die
700 Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem.
701 Atomwaffen sind endlich zu ächten. Unser Ziel ist eine nachhaltige, zivile, an den
702 gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtete und demokratisierte Wirtschaft!

703 **Friedensstandort Bayern**

704 Von Bayern muss ein Zeichen des Friedens in die Welt hinausgehen, insbesondere als
705 Freistaat, von dem aus Nazideutschland besonders viel Krieg und Terror verursacht
706 hat.

707 • **Von Bayern ausgehend stoßen wir Initiativen für europaweite Städte-Kommunikation**
708 **zur Förderung von Solidarität und Verständnis an, sowie die Förderung des**
709 **Programms „Mayors for peace“. Wir wollen mehr Städtepartnerschaften als Brücken**
710 **des Friedens in alle Welt.**

711 • **Wir schaffen eine Initiative der Landesregierung für die Schließung der US-**
712 **Kasernen und Militärstützpunkte in Ansbach, Ansbach-Katterbach, Garmisch,**
713 **Grafenwöhr, Hohenfels, Illesheim und Vilseck sowie eine Stilllegung der**
714 **Truppenübungsplätze Grafenwöhr, Hohenfels und Wildflecken, die von der NATO und**
715 **der US-Army genutzt werden.**

716 • **Wir fordern die bessere Ausstattung von THW & Katastrophenschutz, statt dem**
717 **Einsatz der Bundeswehr im Inneren.**

718 • **Wir regen die Erstellung eines jährlichen, öffentlich zugänglichen**
719 **Rüstungsberichts an, in dem die Produktion, die Erforschung sowie der Ex- und**
720 **Import von Rüstungsgütern in Bayern erfasst werden.**

721 • **Wir stehen für die Beendigung von Rüstungsexporten aus Bayern.**

722 • **Die Abschaffung des sogenannten „Celler Dialogs“, an dem Politik, Wirtschaft**

723 **und Militär teilnehmen, soll durch die bayerische Landesregierung angeregt**
724 **werden.**

725 Bayern hat erhebliche Möglichkeiten, um zum internationalen Frieden beizutragen. Von
726 der Forschung, über die Bildung bis zur Wirtschaft, alle Bereiche können etwas dazu
727 beitragen geflüchteten Menschen zu helfen, die Entwicklung anderer Länder zu fördern
728 und Kriegsursachen zu beheben. Das Land Bayern hat langjährige Partnerschaften in
729 Afrika, z. B. in Südafrika, Tunesien und Tansania. Diese Partnerschaften sind
730 auszubauen. Militärforschung an Universitäten und Instituten sowie Waffenschmieden,
731 wie Diehl und Krauss-Maffei, die mit Krieg ihr Geschäft verdienen, machen Bayern
732 hingegen zu einem der bedeutendsten Rüstungsstandorte in der Bundesrepublik. Bayern
733 ist zudem eins der wichtigsten Aufmarsch- und Durchmarschgebiete der Bundeswehr sowie
734 der NATO. Gemeinsam mit der Friedensbewegung kämpfen wir daher dafür, dass Bayern zum
735 Friedensstandort wird.

736 **Rüstungskonversion hin zu sinnvoller Arbeit**

737 Jeder Euro, der durch Krieg verdient oder für den Krieg ausgegeben wird, ist einer zu
738 viel, denn er bringt nichts als Leid, Tod und Umweltzerstörung. Bayern als eines der
739 führenden Bundesländer bei Waffenexporten ist hier besonders gefragt, eine Kehrtwende
740 einzuleiten, die ein Wirtschaften für Mensch und Umwelt statt für Elend und Krieg
741 bedeutet.

742 • **Wir stehen für die Bildung eines Konversionsbeirates unter Beteiligung von**
743 **Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten**
744 **sowie Umwelt- und Friedensorganisationen, der ein Konzept zur Umwandlung**
745 **militärischer in zivile Arbeitsplätze ausarbeitet.**

746 • **Es braucht eine ausreichende Finanzierung für ein Konversionsprogramm, mit dem**
747 **eine entsprechende Qualifizierung für alle betroffenen Beschäftigten gesichert**
748 **wird.**

749 • **Wir stehen für einen „Masterplan Friedensflächen“, bei dem die bislang noch**
750 **militärisch genutzten Flächen in zivil genutzte Flächen umgewandelt werden.**

751 • **Wir fordern eine Altlastensanierung der durch den jahrzehntelangen**
752 **Militäreinsatz belasteten Flächen auf bayerischem Gebiet aus Bundesmitteln.**

753 • **Die Umwandlung von Militärlogistik in einen international einsetzbaren**
754 **Katastrophenschutz ist unser Ziel.**

755 • **Wir unterstützen Initiativen, die Truppenübungsplätze nichtmilitärisch umwandeln**

756 **wollen.**

757 DIE LINKE. Bayern steht für die Vergesellschaftung und Umwandlung der
758 Rüstungsproduktion sowie ihrer Arbeitsplätze in zivile Arbeit. Es braucht eine neue
759 Wirtschaftsstruktur, die der sozialen, ökologischen und friedlichen Entwicklung
760 unserer Gesellschaft dient. Wir wollen Investitionen in soziale Gerechtigkeit statt
761 Rüstung und Militär.

762 **Bildung, Kultur und Wissenschaft für den Frieden**

763 Statt in Kriegselend wollen wir in den Frieden investieren und unsere Forschung,
764 Bildung und Kultur darauf ausrichten.

- 765 • **Wir fordern ein Verbot von Rüstungsforschung und die Förderung von**
766 **friedensorientierter Wissenschaft, die sich der sozialen und ökologischen**
767 **Probleme unserer Zeit annimmt.**
- 768 • **Dafür braucht es eine Umschichtung der bislang für die Rüstungsforschung**
769 **verwendeten Fördermittel in die Forschung für Konversion, Renaturierung,**
770 **Gesundheit etc.**
- 771 • **Wir setzen uns ein für ein Verbot der Bundeswehrpräsenz an Schulen, Unis, bei**
772 **Berufsmessen und in der Ausbildung: Bundeswehr raus aus öffentlichen Räumen!**
- 773 • **Die institutionelle Förderung von Friedensarbeit in den Städten und Kommunen,**
774 **z.B. von Friedensinitiativen, Geschichtswerkstätten, einer kritischen**
775 **Erinnerungskultur, friedensorientierter Kunst und Kultur sowie den alljährlichen**
776 **Friedensdemos muss vorangetrieben werden.**
- 777 • **Wir wollen die Aufnahme von regelmäßigen Gedenkstättenbesuchen in Schulen,**
778 **pädagogisch aufbereitet für den jeweiligen Jahrgang.**
- 779 • **Bayern muss in den Bereichen Kultur sowie Traditions- und Denkmalpflege**
780 **entmilitarisiert werden.**
- 781 • **Straßen und Plätze, die an Militaristen und Faschisten erinnern, sollen nach**
782 **humanistisch gesonnenen Persönlichkeiten umbenannt werden.**
- 783 • **Wir wollen die Etablierung von antimilitaristischen, staatlichen Gedenk- und**
784 **Feiertagen, wie dem Tag der Befreiung und dem Antikriegstag.**
- 785 • **Es braucht die Beendigung der Förderung von militaristischen Strukturen durch**
786 **Landesmittel.**

787 DIE LINKE. Bayern steht dafür, dass die Lehre aus den beiden Weltkriegen, der

788 europäischen Kolonialpolitik sowie den vielen Kriegen von heute nicht vor Bildungs-
 789 und Wissenschaftsinstitutionen Halt macht. Krieg beginnt in den Köpfen. Bildung,
 790 Kultur und Wissenschaft müssen daher über die Ursachen von Kriegen und Flucht
 791 aufklären, die Bedeutung von Völkerverständigung und internationaler Solidarität
 792 hervorheben und dazu ermuntern, für den Frieden aktiv zu werden. Dafür kann die
 793 Landeszentrale für politische Bildung genutzt werden.

794

~~494 Ein dem Bedarf entsprechender Ausbau der Plätze in Frauenhäusern und anderen
 495 Gewaltschutzeinrichtungen ist längst überfällig. Hilfsangebote für betroffene Frauen
 496 und Mädchen müssen verstärkt öffentlich bekannt gemacht und deren ständige
 497 Erreichbarkeit muss gesichert werden. Frauen mit Behinderungen, Frauen mit
 498 Suchterkrankungen und pflegebedürftige Frauen müssen ebenfalls in einer
 499 Schutzeinrichtung Zuflucht finden können. Hierfür wollen wir die Betreuungsstrukturen
 500 bis hin zu Kooperationen mit Suchtkliniken oder Pflegediensten weiterentwickeln.~~

Ein dem Bedarf entsprechender Ausbau der Plätze in Frauenhäusern und anderen
 Gewaltschutzeinrichtungen ist längst überfällig. Hilfsangebote für betroffene Frauen und
 Mädchen müssen verstärkt öffentlich bekannt gemacht und deren ständige Erreichbarkeit
 muss gesichert werden. Frauen mit Behinderungen, Frauen mit Suchterkrankungen und
 pflegebedürftige Frauen müssen ebenfalls in einer Schutzeinrichtung Zuflucht finden können.
 Hierfür wollen wir die Betreuungsstrukturen bis hin zu Kooperationen mit Suchtkliniken oder
 Pflegediensten weiterentwickeln.

15a. Queerpolitik: Gleiche Rechte für alle Menschen

Als LINKE stellen wir uns gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Laut der
 polizeilichen Kriminalstatistik 2021 ist der Zuwachs an Gewalt gegen LSBTQIA+ (Lesben,
 Schwule, Bisexuelle, trans Menschen, queere Menschen, intersexuelle Menschen, a-gender
 Menschen und weitere) enorm: mehr als 33% Zuwachs im Unterthemenfeld „sexuelle
 Orientierung“ und mehr als 50% Zuwachs bei „geschlechtliche Identität“. Das Problem ist
 neben zweifelhaften Mediendarstellung und den allgegenwärtigen patriarchalen
 Gesellschaftsstrukturen auch das politische Handeln der Staatsregierung.

- Wir wollen einen Aktionsplan gegen Homophobie und Transphobie.
- Es braucht die Förderung von Kinderwunschbehandlungen für alle Paare.
- Wir fordern Safespaces für queere Menschen, speziell sichere Unterbringung für queere Geflüchtete.

- Es braucht eine Reform der Amtlichen Schulverwaltungssoftware (ASV), um geschlechtliche Vielfalt abzubilden.

Wir unterstützen das Motto und die Forderung vieler bayerischer CSDs 2023: „Queerer Aktionsplan Bayern jetzt“. Bayern ist das einzige Bundesland, das keinen Aktionsplan gegen Homophobie und Transphobie besitzt. Ein Solcher Aktionsplan muss u.a. Wissensvermittlung zu queeren Themen beinhalten, konsequente Erfassung von queerfeindlicher Gewalt als solche und die Schaffung von queeren Einrichtungen und Unterstützungsstrukturen auch in den ländlichen Raum hinein. Diese Maßnahmen müssen aus öffentlichen Geldern ausfinanziert sein und können nicht nur auf dem Rücken von Ehrenamtlichen getragen werden.

Der Freistaat bietet über sein Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) einen Zuschuss zu Kinderwunschbehandlungen für Paare an. Bei diesem wurden nicht-cis-hetero Paare als „grundsätzlich nicht förderungsfähig“ abgelehnt. Grund für diese Förderrichtlinien sind dabei keine bundespolitischen Vorgaben, sondern sind selbst so gewählt um auszuschließen. Diese Art der staatlichen Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und sexueller Orientierung ist so nicht haltbar und muss enden. Keinem Paar dürfen deswegen höhere Kosten zugemutet werden und Kinder so zum Luxus werden, den man sich leisten können muss.

Leihmutterschaft wird von uns nicht unterstützt.

Zum Schutz vor Gewalt brauchen queere Menschen eigene Safespaces, ähnlich zu Frauenhäusern. Letztere sind meist schon überlastet und können daher keine weiteren Bedarfe auffangen. Zudem ist die Aufnahme von trans Frauen, nonbinären und intergeschlechtlichen Menschen häufig eine Grauzone für Frauenhäuser, die dann im Bedarfsfall zum Abweisungsgrund werden kann. Besonders kritisch ist die Lage von queeren Menschen in Ankerzentren. Diese können dort nicht ausreichend vor sexuellen und gewalttätigen Übergriffen geschützt werden. Wir fordern die dezentrale Unterbringung und die Bereitstellung von entsprechenden Anlaufstellen.

Die in Bayern verpflichtende Amtlichen Schulverwaltungssoftware (ASV) kennt nur die Geschlechter männlich und weiblich. Schüler*innen mit dem Eintrag divers oder ohne Eintrag können so nicht adäquat erfasst werden. Das ist insbesondere bei der Erstellung der Klassenlisten und Listen zum Schulsport via der Software problematisch. Außerdem kann kein vom Passnamen abweichender Eintrag gesetzt werden; es hängt also bis zu gerichtlichen Maßnahmen von der Empathie der Lehrkräfte ab ob der gewählte Name oder der Deadname verwendet wird. Wir fordern hier Nachbesserung der Software und Berücksichtigung der Selbstbezeichnung der Schüler*innen.

501 16. Landwirtschaft

502 Landwirtschaft ist die Grundlage, denn ohne Landwirtschaft keine Nahrungsmittel.

503 Diese Grundlage muss zukunftsfest gemacht werden und auf die Bedürfnisse von Umwelt,

504 Mensch und Tier ausgelegt sein. Wir wollen die Landwirt:innen dabei stärken,

505 nachhaltig zu wirtschaften und allen Verbraucher:innen eine gute und gesunde

506 Ernährung zu erschwinglichen Preisen ermöglichen.

507 • **Die natürliche Lebensgrundlage in Bayern muss erhalten bleiben. Hierfür braucht**
508 **es:**

509 • **einen drastischen Rückgang des Einsatzes von synthetischen Düngern und**
510 **Pestiziden**

511 • **Förderung für Humusaufbau, Naturraumgestaltung und Landschaftserhalt**

512 • **mittelfristig eine 100% ökologische Landwirtschaft**

513 • **Die bayerische Staatsregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass biologische**
514 **Lebensmittel, als nachhaltigste Ernährungsform, am günstigsten sind,**

515 **DIE LINKE lehnt Agro-Gentechnik inklusive neuer Gentechnik-Methoden ab und setzt sich**
516 **für das Wiedererstarken der gentechnikfreien Regionen ein.**

517 • **Patente auf Saatgut, Nutztiere und Pflanzensorten wird es mit uns nicht geben.**

518 • **Wir fordern ein totales Verbot von gesundheitsgefährdenden Pestiziden und die**
Offenlegung der Betriebsbücher.

519 • **DIE LINKE setzt sich ein für eine artgerechte ~~Tierhaltung~~ und ~~die Reduktion von-~~**
520 **~~Tierbeständen~~ flächengebundene Tierhaltung.**

521 • **Bayern muss seine Initiative BioRegio 2030 ernst nehmen und deutlich mehr**
522 **Anreize setzen, um bis 2030 tatsächlich 30% Öko-Landwirtschaft zu erreichen.**

523 **Es braucht eine bayerische Förderung für Praxis-Forschung für den Ökolandbau.**

524 • **~~Die öffentliche Verpflegung in Schulen und Kantinen muss schnellstmöglich-~~**
525 **~~vollständig ökologisch werden und hierfür ausreichend finanziell unterstützt~~**
526 **~~werden.~~**

• **Wir fordern, dass die öffentliche Verpflegung in Schulen, Kantinen etc. bis 2030**
vollständig bio-regional und kostenfrei wird, mit Abnahmegarantien für die
Landwirtschaft.

527 • **Bäuerliche Betriebe und ländliche Strukturen müssen erhalten werden.**

528 Die bisherige Landwirtschaftspolitik stört unser Umweltgleichgewicht. Ein ökologisch

529 orientierter Landbau trägt hingegen zum Gewässerschutz bei, erzeugt weniger
530 Treibhausgase und ist in der Lage, diese zu binden, erhält die Artenvielfalt und
531 bewahrt die kleinteilige, reich strukturierte Kulturlandschaft.

532 Die momentane Ausrichtung nach Profitmaximierung und Export der Agrarwirtschaft hat
533 verheerende Auswirkungen auf die Umwelt sowie auf Kleinbauern und die
534 Kulturlandschaft. Damit die Landwirtschaft auch außerhalb von Agrarfabriken und
535 Monokulturen noch rentabel ist, fordert DIE LINKE einen Mindestpreis für
536 Agrarprodukte wie beispielsweise Milch. Wir teilen die Forderung der Bauern nach
537 fairen Preisen

538

539 Die bisherige Subventionspolitik hat hauptsächlich zu stärkeren Exporten geführt.
540 Fleischprodukte werden häufig ins EU-Ausland exportiert, da die Angestellten in den
541 Schlachthäusern in Deutschland im EU-Vergleich sehr schlecht bezahlt werden. Oftmals
542 werden Produkte exportiert, welche im Zielland ebenfalls angebaut werden könnten.
543 Gleichzeitig werden Lebensmittel importiert, die wiederum hier produziert werden
544 könnten.

545

546 Dieser absurde Warenverkehr ist eine massive Belastung für die Umwelt. Gleichzeitig
547 schwächt dies auch die Position der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, da eine
548 Standortkonkurrenz aufgebaut wird. Der Freistaat muss in die Pflicht genommen werden
549 diese Subventionspolitik grundlegend zu verändern, sodass Produkte, die kurze
550 Strecken transportiert werden, stärker bevorzugt werden. DIE LINKE steht für
551 Wochenmarkt statt Weltmarkt.

552 Zudem fordern wir ein Ende der Lebensmittelverschwendung entlang der Lieferkette.
Jedes Jahr produzieren wir im Durchschnitt 160-180 kg pro Kopf an
Lebensmittelabfällen. Eine krasse Verschwendung bei steigendem Hunger in der Welt,
der Flächenkonkurrenz und den Auswirkungen auf das Klima. Wir wollen Containern
sofort entkriminalisieren, das Wegwerfen von verzehrbaren Lebensmitteln verbieten und
eine Verpflichtung der kostenfreien Abgabe von genießbaren, aber unverkäuflichen
Lebensmitteln an Einrichtungen.

553 Große Tierfabriken lehnen wir ab. DIE LINKE setzt sich für eine Nutztierhaltung ein,
554 die flächengebunden, auf die einheimische Nachfrage bezogen und tierartgerecht ist.

DIE

555 LINKE setzt sich für eine Mindestfläche von zwei Großvieheinheiten pro Hektar ein.
556 Dazu sind Bestandsobergrenzen für Regionen und Standorte einzuführen. Tierhaltung
557 muss insgesamt also deutlich reduziert werden. Dabei braucht es Regeln, die dafür
558 sorgen, dass Fleisch kein Luxusgut wird, dass vom Geldbeutel abhängt, sondern die
559 dafür sorgen, dass alle Menschen sich gelegentlich Fleisch leisten können.

560

561 Formen der Nutztierhaltung mit quälerischen Produktionsweisen und einem hohen Bedarf
562 an Antibiotika wollen wir verbieten. Der Einsatz von Antibiotika und Wachstumsmitteln
563 in der Tierzuehthaltung führt zu Resistenzen und damit zu gesundheitlichen Risiken
564 und belastet die Umwelt. Daher muss der Einsatz von Antibiotika in der
565 Landwirtschaft auf notwendige Behandlungen begrenzt werden, Kontrollen müssen
566 verschärft und Verstöße härter bestraft werden.

567

568 Seit Jahrzehnten versuchen Agrarkonzerne die Landwirtschaft für Gentechnik zu öffnen.
569 Bereits in den 1990ern gab es besonders aus Bayern deutlichen Widerstand dagegen,
570 etliche Landkreise und Regionen erklärten sich für Gentechnikfrei und leisteten damit
571 einen entscheidenden Beitrag für die aktuell sehr strengen Regeln zum Einsatz von
572 Agro-Gentechnik. Mit neuen Methoden wie z.B. CRISPER/Cas hoffen die Agrarkonzerne nun
573 den europäischen Markt doch für ihre Gentechnik zu öffnen. DIE LINKE stellt sich
574 diesem Vorhaben entschieden entgegen.

575

576 Denn die Agrarkonzerne haben nur ihre Interessen im Kopf. Neben den unabwägbaren
577 Risiken durch gentechnisch veränderte Pflanzen, werden Sorten regelmäßig darauf
578 ausgerichtet gegen die Pestizide der Chemiekonzerne resistent zu sein, so dass diese
579 Absätze zusätzlich vorangetrieben werden können. Gepaart mit der Entwicklung von
580 nicht vermehrbaren Pflanzen führt das zu einer extremen Abhängigkeit der
581 Landwirtschaft von wenigen großen Konzernen.

582

583 Bayern dagegen braucht eine eigene Förderpraxis für Forschung im Ökolandbau,
insbesondere der Bereich der ökologischen Pflanzenzüchtung muss deutlich ausgebaut
werden. Da die

584 Agrarkonzerne mit nachhaltiger Landwirtschaft kaum Gewinne machen können, fehlt es an
585 dieser Stelle massiv an Investitionen. Bayern als das Bundesland mit den meisten

586 Bioflächen in Deutschland stünde es sehr gut zu Gesicht, diese Lücke wenigstens etwas
587 zu füllen.

588

589 Auch in Bezug auf die Initiative BioRegio 2030, die bis 2030 für 30% Ökolandbau in
590 Bayern sorgen soll, wäre dies sehr hilfreich. Mit aktuell 13% klafft hier noch eine
591 sehr große Lücke und es braucht maximale Förderung, damit Höfe wirklich zum Umstellen
592 bewegt werden können.

593 Mittelfristig muss die gesamte Landwirtschaft ökologisch werden. Statt
Profitmaximierung und „Wachse oder Weiche“ auf den Bauernhöfen fordert DIE LINKE
einen klimafreundlichen und ökologischen Umbau der Landwirtschaft, der die bäuerliche
und ländliche Struktur erhält und das Höfesterben beendet.

594 DIE LINKE setzt sich für eine artgerechte Tierhaltung ein. Nutztiere müssen ihr
595 angeborenes Verhaltensrepertoire ausleben können. DIE LINKE fordert die Förderung von
596 Forschung und den Einsatz von Methoden, die Tierversuche ersetzen. Wir setzen uns für
597 ein Verbandsklagerecht von Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen ein. Bisher
598 können nur Tierhalter oder Tiernutzer, wie zum Beispiel Experimentatoren, gegen
599 Tierschutzaufgaben klagen. Das heißt, es kann nur klagen, wer weniger Tierschutz
600 durchsetzen will. Mit einem Verbandsklagerecht könnte die Einhaltung geltender
601 Tierschutzbestimmungen gerichtlich geprüft und durchgesetzt werden.

602

603 ~~Klar ist, die Tierhaltung muss deutlich reduziert werden. Nur so können die Tiere
604 artgerecht genug Platz haben. Zudem lassen sich nur so die Treibhausgase aus der
605 Tierhaltung ausreichend reduzieren. Dabei braucht es Regeln, die dafür sorgen, dass
606 Fleisch kein Luxusgut wird, dass vom Geldbeutel abhängt, sondern die dafür sorgen,
607 dass alle Menschen sich gelegentlich Fleisch leisten können.~~

608 Auch die Forstwirtschaft wird von der Regierung sträflich vernachlässigt. Wir
streben eine Wende hin zu einer dynamischen, naturgemäßen Waldbewirtschaftung von
Mischwäldern an. Außerdem setzen wir uns für ein Ende der Hobby-Jagd ein.

609 Wildlebende Tiere sind eine Bereicherung für Bayern. Die Wiederansiedlung hier
610 ausgerotteter Tierarten ist möglich und sinnvoll. Diese dürfen nicht wirtschaftlichen
611 und parteipolitischen Interessen durch willkürliche Abschüsse geopfert werden

612 **17. Kunst und Kultur – für alle**

613 ~~Teilhabe an Kunst und Kultur muss für alle möglich sein, nicht nur für Privilegierte.~~

Die bayerische Staatsregierung hat die Pflicht, Kultur zu schützen und zu fördern.

614 Ein einseitiges Kunst- und Kulturverständnis engt ein, sowohl in der Ausgestaltung

615 des Angebots als auch in den Teilhabemöglichkeiten. Wir wollen ~~Kunst und Kultur für~~

616 ~~alle – vielfältig und zugänglich,~~ dass alle Bevölkerungsschichten und

Bevölkerungsgruppen barrierefreien Zugang zu Musik, Theater, Ausstellungen, Literatur

und allen sonstigen künstlerischen Angeboten haben. Kunst und Kultur muss für alle

bezahlbar sein und von Anfang an gefördert werden.

617 • **Wir wollen eine Kulturpolitik, die ein vielgestaltiges und ausgewogenes**

618 **kulturelles Angebot schafft, das für die Allgemeinheit zugänglich ist.**

619 • **Kunst- und Kulturschaffende müssen auskömmlich von ihrer Arbeit leben können und**

620 **gut abgesichert sein – die Bedingungen dafür sind zu schaffen.**

621 • **Die kulturelle Infrastruktur bayerischer Kommunen im ländlichen Bereich muss**

622 **gefördert werden.**

623 • **Wir fordern den kostenfreien Eintritt in vom Freistaat geförderten Museen und**

624 **Sammlungen an allen Öffnungstagen.**

625 • ~~Für eine Änderung der~~ Wir fordern Lehrpläne, sodass in denen Kunst und Kultur an d

626 allen Schulen

~~gleichberechtigt neben anderen Fächern stehen, muss gesorgt werden~~ ein

gleichberechtigtes Nebenfach ist.

627 • ~~Wir fordern die Einführung eines Sozialtickets, das einen vergünstigten Eintritt~~

628 ~~bei Kultur, Bildung, Sport und Freizeit sichert und dadurch eine Teilhabe am~~

629 ~~sozialen und~~ Bayern-Pass. Inhaber dieses Passes zahlen für alle kulturellen Leben

~~erleichtert. Dieser Bayernpass sollte~~ Angebote maximal 5 Euro pro Veranstaltung.

Für solche Tickets müssen alle Kulturinstitutionen ein Kontingent

von 10 Prozent der Eintrittskarten reservieren. Das Land erstattet den

Veranstaltern die Differenz zu den regulären Preisen. Der Bayern-Kultur-Pass

wird Menschen

630 **angeboten werden, die Bürgergeld, Sozialhilfe, Grundsicherung, Leistungen nach**

631 **dem Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld und Opferrenten erhalten, Menschen mit**

632 **geringen Einkommen und Bezieherinnen und Bezieher von Renten bis zur**

633 **Pfändungsfreigrenze (zurzeit 1 139,99 Euro), Schülerinnen und Schüler,**

634 **Studierende.**

635

636 Kulturelle Bildung und künstlerische Tätigkeiten sind kein Luxus oder gar nutzloser
 637 Zeitvertreib, sondern ein wesentlicher Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung und
 638 Grundbedürfnis aller Menschen. Alle sollen daran teilhaben können.

639 Kunst ist eine kreative Abbildung der Realität. Orte, an denen Kunst und Kultur
 640 stattfindet, sind auch Orte der Begegnung und des Dialogs. Hier werden Verständnis
 641 und Toleranz für das Andere entwickelt. Öffentliche Mittel und öffentliche kreative
 642 Freiräume fördern die Vielfältigkeit kultureller Äußerungsmöglichkeiten.

643 Kunst- und Kulturschaffende müssen von ihrer Arbeit leben können und
 644 Kulturinteressierte unabhängig von ihrem Einkommen einen barrierefreien Zugang zu
 645 Kultur haben.

646 **Clubkultur**

647 Ob in der Oper ~~oder im Jugendclub~~, Club: Kultur ist vielfältig, wird aber nur
 einseitig

648 gefördert. Das muss sich ändern. Clubs prägen die Kultur und Lebensqualität in
 Städten und anderen Orten. Sie sind Räume kultureller Vielfalt und verdienen
 besonderen Schutz. Clubs sind Freiräume für Musik, Tanz und persönliche Entfaltung.

649 • **Wir wollen Jugendkulturen fördern durch eine gute Ausfinanzierung.**

650 • **Nicht-kommerzielle Orte der Begegnung müssen ausgebaut werden.**

651 • **Clubs sollen als Kulturstätten anerkannt werden.**

652 • **Wir fordern eine Jugendkulturkarte mit 50 Euro Startguthaben.**

653

654 Die kulturellen und sozialen Bedarfe junger Menschen werden in Bayern seit jeher
 655 stiefmütterlich behandelt (und von diversen Regularien eingeschränkt). Die Corona
 656 Pandemie hat diese Defizite verschärft, die Lage von Kollektiven und
 657 Clubbetreiber:innen verschlechtert und dadurch ein regelrechtes Clubsterben
 658 befördert.

659 Dabei sind Clubs mittlerweile in mehreren EU-Ländern als Kulturräume anerkannt.

660 Schließlich fördern sie die Vielfalt von Musik, bieten jungen Künstler:innen eine
 661 Plattform für ihr Schaffen und sind (nicht zuletzt deswegen) wichtige Orte der
 662 sozialer Begegnungen, welche Menschen verschiedenster Herkunft und Hintergründe
 663 zusammenbringen, Kultur im ländlichen Raum stärken und die Inklusion

664 unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen vorantreiben können.
665 DIE LINKE setzt sich zum einen dafür ein, Clubs als Kulturstätten anzuerkennen, zu
666 erhalten und zu fördern.
667 Es braucht deswegen sowohl Förderprogramme für die Spielstätten, um die Folgen von
668 Energiekostensteigerung und Inflation abzumildern, als auch einen Bestandsschutz
669 bestehender Strukturen, sowie Maßnahmen, mit denen jungen Menschen mit kleinem
670 Geldbeutel der Zugang zu diesen Kulturstätten ermöglicht wird.
671 Änderungen im Planungs- und Veranstaltungsrecht sollen die Bemühungen der Branche,
672 nachhaltiger zu veranstalten, messbar und finanziell umsetzbar machen.
673 Vertreter:innen von Kulturbetrieben/Spielstätten sind in die Gremien der
674 Stadtentwicklungspolitik aufzunehmen. Im Städtebau muss das "Agent of Change Prinzip"
675 angewandt werden. Dieses sieht vor, dass heranrückende Neubebauung für erforderlichen
676 Lärmschutz selbst sorgen muss.
677 Eine Jugendkulturkarte (inkl. 50 € Startguthaben), die auch auf Eintritte zu Clubs
678 angewandt wird, kann sowohl der gebeutelten Branche unter die Arme greifen als auch
679 finanzielle Barrieren und Zugangsbeschränkungen für junge Menschen abbauen.

680 **18. Frieden schaffen ohne Waffen**

681 Als konsequente Friedenspartei steht DIE LINKE für ein Ende aller Kriege – in der
682 Ukraine, aber auch im Jemen, in Mali, in Syrien und überall auf der Welt. Nur eine
683 gewaltfreie Welt bietet die Voraussetzung für eine internationale Entwicklung gegen
684 Armut, Klimanotstand und Pandemien. Nur durch Frieden können Menschenrechte (auch die
685 sozialen) umgesetzt werden. An die Stelle von Kriegshandlungen müssen Verhandlungen
686 treten. Konflikte bedürfen der politischen, diplomatischen und absolut zivilen
687 Regulierung. Nur Entspannungspolitik und damit verbundene gemeinsame Abrüstung sowie
688 gegenseitige Sicherheitsgarantien gewähren Sicherheit. Die 180-Grad-Wende der
689 bundesdeutschen Außenpolitik über Nacht, sowie das damit verbundene größte
690 Aufrüstungsprogramm der Nachkriegszeit lehnen wir ab. Ein neues Zeitalter des kalten
691 Krieges, atomare Teilhabe, Wirtschaftskrieg und das Befeuern einer Aufrüstungsspirale
692 kann nur in den Abgrund führen. Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen
693 globalen Machtblöcken erhitzen sich bis zum Siedepunkt. In dieser
694 interessengeleiteten Politik der Herrschenden aller Blöcke hat die überwiegende
695 Mehrheit der Menschen weltweit nichts zu gewinnen. Im Gegenteil, sie sind die
696 Leittragenden der Konfrontation.
697 Wir brauchen stattdessen mehr sinnvolle Investitionen in zivile Belange, soziale

698 Probleme gibt es genug. Wir sagen Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und zu
 699 Waffenexporten! Nein zu einer weiteren Militarisierung der EU! Wir fordern die
 700 Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem.
 701 Atomwaffen sind endlich zu ächten. Unser Ziel ist eine nachhaltige, zivile, an den
 702 gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtete und demokratisierte Wirtschaft!

703 **Friedensstandort Bayern**

704 Von Bayern muss ein Zeichen des Friedens in die Welt hinausgehen, insbesondere als
 705 Freistaat, von dem aus Nazideutschland besonders viel Krieg und Terror verursacht
 706 hat.

- 707 • **Von Bayern ausgehend stoßen wir Initiativen für europaweite Städte-Kommunikation**
 708 **zur Förderung von Solidarität und Verständnis an, sowie die Förderung des**
 709 **Programms „Mayors for peace“ . Wir wollen mehr Städtepartnerschaften als Brücken**
 710 **des Friedens in alle Welt.**
- 711 • **Wir schaffen eine Initiative der Landesregierung für die Schließung der US-**
 712 **Kasernen und Militärstützpunkte in Ansbach, Ansbach-Katterbach, Garmisch,**
 713 **Grafenwöhr, Hohenfels, Illesheim und Vilseck sowie eine Stilllegung der**
 714 **Truppenübungsplätze Grafenwöhr, Hohenfels und Wildflecken, die von der NATO und**
 715 **der US-Army genutzt werden.**
- 716 • **Wir fordern die bessere Ausstattung von THW & Katastrophenschutz, statt dem**
 717 **Einsatz der Bundeswehr im Inneren.**
- 718 • **Wir regen die Erstellung eines jährlichen, öffentlich zugänglichen**
 719 **Rüstungsberichts an, in dem die Produktion, die Erforschung sowie der Ex- und**
 720 **Import von Rüstungsgütern in Bayern erfasst werden.**
- 721 • **Wir stehen für die Beendigung von Rüstungsexporten aus Bayern.**
 - **Wir fordern, dass der Freistaat sicherstellt, dass eine Firma wie FinFisher, die illegal**
Überwachungssoftware in autoritäre Staaten exportiert, sich nicht mehr etablieren kann.
- 722 • **Die Abschaffung des sogenannten „Celler Dialogs“, an dem Politik, Wirtschaft An**
 723 **der Münchner „Sicherheits“-Konferenz kritisieren wir den undemokratischen**
 724 **Charakter, die enge Verquickung mit den Interessen der Rüstungsindustrie, die**
enormen staatlichen Kosten zur Durchführung der Konferenz sowie den Bundeswehr-
Einsatz im Innern. Statt intransparenter Hinterzimmerpolitik braucht es
Initiativen für internationale Entspannung, Abrüstung
und Militär teilnehmen, soll durch die bayerische Landesregierung angeregt

werdeKonversion.

- 725 • **Von Bayern ausgehend stoßen wir Initiativen für europaweite Städte-Kommunikation**
726 **zur Förderung von Solidarität und Verständnis an, sowie die Förderung des**
727 **Programms „Mayors for peace“ . Wir wollen mehr Städtepartnerschaften als Brücken**
728 **des Friedens in alle Welt.**
- 729 • **Wir schaffen eine Initiative der Landesregierung für die Schließung der US-**
730 **Kasernen und Militärstützpunkte in Ansbach, Ansbach-Katterbach, Garmisch,**
731 **Grafenwöhr, Hohenfels, Illesheim und Vilseck sowie eine Stilllegung der**
732 **Truppenübungsplätze Grafenwöhr, Hohenfels und Wildflecken, die von der NATO und**
733 **der US-Army genutzt werden.**
- 734 • **Wir fordern die bessere Ausstattung von THW & Katastrophenschutz, statt dem**
735 **Einsatz der Bundeswehr im Inneren.**
- 736 • **Wir regen die Erstellung eines jährlichen, öffentlich zugänglichen**
737 **Rüstungsberichts an, in dem die Produktion, die Erforschung sowie der Ex- und**
738 **Import von Rüstungsgütern in Bayern erfasst werden.**
- 739 • **Wir stehen für die Beendigung von Rüstungsexporten aus Bayern.**
- 740 • Bayern hat erhebliche Möglichkeiten, um zum internationalen Frieden beizutragen. Von
741
742 der Forschung, über die Bildung bis zur Wirtschaft, alle Bereiche können etwas dazu
743
744 beitragen geflüchteten Menschen zu helfen, die Entwicklung anderer Länder zu fördern
745
746 und Kriegsursachen zu beheben. Das Land Bayern hat langjährige Partnerschaften in
747
748 Afrika, z. B. in Südafrika, Tunesien und Tansania. Diese Partnerschaften sind
749
750 auszubauen. Militärforschung an Universitäten und Instituten sowie Waffenschmieden,
751
752 wie Diehl und Krauss-Maffei, die mit Krieg ihr Geschäft verdienen, machen Bayern
753
754 hingegen zu einem der bedeutendsten Rüstungsstandorte in der Bundesrepublik. Bayern
755
756 ist zudem eins der wichtigsten Aufmarsch- und Durchmarschgebiete der Bundeswehr sowie
757

758 der NATO. Gemeinsam mit der Friedensbewegung kämpfen wir daher dafür, dass Bayern
759 zum

760

761 Friedensstandort wird.

762

- **Rüstungskonversion hin zu sinnvoller Arbeit**

763

- Jeder Euro, der durch Krieg verdient oder für den Krieg ausgegeben wird, ist einer zu
764

765

viel, denn er bringt nichts als Leid, Tod und Umweltzerstörung. Bayern als eines der

766

767 führenden Bundesländer bei Waffenexporten ist hier besonders gefragt, eine Kehrtwende

768

769 einzuleiten, die ein Wirtschaften für Mensch und Umwelt statt für Elend und Krieg

770

771 bedeutet.

772

- **Wir stehen für die Bildung eines Konversionsbeirates unter Beteiligung von**

773

Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Betriebs- und

774

Personalräten

775

sowie Umwelt- und Friedensorganisationen, der ein Konzept zur Umwandlung

776

militärischer in zivile Arbeitsplätze ausarbeitet.

777

- **Es braucht eine ausreichende Finanzierung für ein Konversionsprogramm, mit dem**

778

eine entsprechende Qualifizierung für alle betroffenen Beschäftigten gesichert

779

wird.

780

- **Wir stehen für einen „Masterplan Friedensflächen“, bei dem die bislang noch**

781

militärisch genutzten Flächen in zivil genutzte Flächen umgewandelt werden.

782

- **Wir fordern eine Altlastensanierung der durch den jahrzehntelangen**

783

Militäreinsatz belasteten Flächen auf bayerischem Gebiet aus Bundesmitteln.

784

- **Die Umwandlung von Militärlogistik in einen international einsetzbaren**

785

Katastrophenschutz ist unser Ziel.

786

- **Wir unterstützen Initiativen, die Truppenübungsplätze nichtmilitärisch umwandeln**

787

wollen.

788

- DIE LINKE. Bayern steht für die Vergesellschaftung und Umwandlung der

789

790

Rüstungsproduktion sowie ihrer Arbeitsplätze in zivile Arbeit. Es braucht eine neue

791

792 Wirtschaftsstruktur, die der sozialen, ökologischen und friedlichen Entwicklung

793

794 unserer Gesellschaft dient. Wir wollen Investitionen in soziale Gerechtigkeit statt

795

796 Rüstung und Militär.

797

797 • **Bildung, Kultur und Wissenschaft für den Frieden**

798

799 • Statt in Kriegselend wollen wir in den Frieden investieren und unsere Forschung,

800

801 Bildung und Kultur darauf ausrichten.

802

803 • **Wir fordern ein Verbot von Rüstungsforschung und die Förderung von
804 friedensorientierter Wissenschaft, die sich der sozialen und ökologischen
805 Probleme unserer Zeit annimmt.**806 • **Dafür braucht es eine Umschichtung der bislang für die Rüstungsforschung
807 verwendeten Fördermittel in die Forschung für Konversion, Renaturierung,
808 Gesundheit etc.**809 • **Wir setzen uns ein für ein Verbot der Bundeswehrpräsenz an Schulen, Unis, bei
Berufsmessen und in der Ausbildung: Bundeswehr raus aus öffentlichen Räumen!**• **Die institutionelle Förderung von Friedensarbeit in den Städten und Kommunen,
z.B. von Friedensinitiativen, Geschichtswerkstätten, einer kritischen
Erinnerungskultur, friedensorientierter Kunst und Kultur sowie den alljährlichen
Friedensdemos muss vorangetrieben werden.**• **Wir wollen die Aufnahme von regelmäßigen Gedenkstättenbesuchen in Schulen,
pädagogisch aufbereitet für den jeweiligen Jahrgang.**• **Bayern muss in den Bereichen Kultur sowie Traditions- und Denkmalpflege
entmilitarisiert werden.**• **Straßen und Plätze, die an Militaristen und Faschisten erinnern, sollen nach
humanistisch gesonnenen Persönlichkeiten umbenannt werden.**• **Wir wollen die Etablierung von antimilitaristischen, staatlichen Gedenk- und
Feiertagen, wie dem Tag der Befreiung und dem Antikriegstag.**• **Es braucht die Beendigung der Förderung von militaristischen Strukturen durch
Landesmittel.**

- DIE LINKE. Bayern steht dafür, dass die Lehre aus den beiden Weltkriegen, der europäischen Kolonialpolitik sowie den vielen Kriegen von heute nicht vor Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen Halt macht. Krieg beginnt in den Köpfen. Bildung, Kultur und Wissenschaft müssen daher über die Ursachen von Kriegen und Flucht aufklären, die Bedeutung von Völkerverständigung und internationaler Solidarität hervorheben und dazu ermuntern, für den Frieden aktiv zu werden. Dafür kann die Landeszentrale für politische Bildung genutzt werden.

722 • ~~Die Abschaffung des sogenannten „Celler Dialogs“, an dem Politik, Wirtschaft~~
 723 ~~und Militär teilnehmen, soll durch die bayerische Landesregierung angeregt~~
 724 ~~werden.~~

- An der Münchner „Sicherheits“-Konferenz kritisieren wir den undemokratischen Charakter, die enge Verquickung mit den Interessen der Rüstungsindustrie, die enormen staatlichen Kosten zur Durchführung der Konferenz sowie den Bundeswehr-Einsatz im Innern. Statt intransparenter Hinterzimmerpolitik braucht es Initiativen für internationale Entspannung, Abrüstung und Konversion.

725 Bayern hat erhebliche Möglichkeiten, um zum internationalen Frieden beizutragen. Von
 726 der Forschung, über die Bildung bis zur Wirtschaft, alle Bereiche können etwas dazu
 727 beitragen geflüchteten Menschen zu helfen, die Entwicklung anderer Länder zu fördern
 728 und Kriegsursachen zu beheben. Das Land Bayern hat langjährige Partnerschaften in
 729 Afrika, z. B. in Südafrika, Tunesien und Tansania. Diese Partnerschaften sind
 730 auszubauen. Militärforschung an Universitäten und Instituten sowie Waffenschmieden,
 731 wie Diehl und Krauss-Maffei, die mit Krieg ihr Geschäft verdienen, machen Bayern
 732 hingegen zu einem der bedeutendsten Rüstungsstandorte in der Bundesrepublik. Bayern
 733 ist zudem eins der wichtigsten Aufmarsch- und Durchmarschgebiete der Bundeswehr sowie
 734 der NATO. Gemeinsam mit der Friedensbewegung kämpfen wir daher dafür, dass Bayern zum
 735 Friedensstandort wird.

736 **Rüstungskonversion hin zu sinnvoller Arbeit**

737 Jeder Euro, der durch Krieg verdient oder für den Krieg ausgegeben wird, ist einer zu
738 viel, denn er bringt nichts als Leid, Tod und Umweltzerstörung. Bayern als eines der
739 führenden Bundesländer bei Waffenexporten ist hier besonders gefragt, eine Kehrtwende
740 einzuleiten, die ein Wirtschaften für Mensch und Umwelt statt für Elend und Krieg
741 bedeutet.

- 742 • **Wir stehen für die Bildung eines Konversionsbeirates unter Beteiligung von**
743 **Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten**
744 **sowie Umwelt- und Friedensorganisationen, der ein Konzept zur Umwandlung**
745 **militärischer in zivile Arbeitsplätze ausarbeitet.**
- 746 • **Es braucht eine ausreichende Finanzierung für ein Konversionsprogramm, mit dem**
747 **eine entsprechende Qualifizierung für alle betroffenen Beschäftigten gesichert**
748 **wird.**
- 749 • **Wir stehen für einen „Masterplan Friedensflächen“, bei dem die bislang noch**
750 **militärisch genutzten Flächen in zivil genutzte Flächen umgewandelt werden.**
- 751 • **Wir fordern eine Altlastensanierung der durch den jahrzehntelangen**
752 **Militäreinsatz belasteten Flächen auf bayerischem Gebiet aus Bundesmitteln.**
- 753 • **Die Umwandlung von Militärlogistik in einen international einsetzbaren**
754 **Katastrophenschutz ist unser Ziel.**
- 755 • **Wir unterstützen Initiativen, die Truppenübungsplätze nichtmilitärisch umwandeln**
756 **wollen.**

757 DIE LINKE. Bayern steht für die Vergesellschaftung und Umwandlung der
758 Rüstungsproduktion sowie ihrer Arbeitsplätze in zivile Arbeit. Es braucht eine neue
759 Wirtschaftsstruktur, die der sozialen, ökologischen und friedlichen Entwicklung
760 unserer Gesellschaft dient. Wir wollen Investitionen in soziale Gerechtigkeit statt
761 Rüstung und Militär.

762 **Bildung, Kultur und Wissenschaft für den Frieden**

763 Statt in Kriegselend wollen wir in den Frieden investieren und unsere Forschung,
764 Bildung und Kultur darauf ausrichten.

- 765 • **Wir fordern ein Verbot von Rüstungsforschung und die Förderung von**
766 **friedensorientierter Wissenschaft, die sich der sozialen und ökologischen**
767 **Probleme unserer Zeit annimmt.**
- 768 • **Dafür braucht es eine Umschichtung der bislang für die Rüstungsforschung**

- 769 **verwendeten Fördermittel in die Forschung für Konversion, Renaturierung,**
770 **Gesundheit etc.**
- 771 • **Wir setzen uns ein für ein Verbot der Bundeswehrpräsenz an Schulen, Unis, bei**
772 **Berufsmessen und in der Ausbildung: Bundeswehr raus aus öffentlichen Räumen!**
- 773 • **Die institutionelle Förderung von Friedensarbeit in den Städten und Kommunen,**
774 **z.B. von Friedensinitiativen, Geschichtswerkstätten, einer kritischen**
775 **Erinnerungskultur, friedensorientierter Kunst und Kultur sowie den alljährlichen**
776 **Friedensdemos muss vorangetrieben werden.**
- 777 • **Wir wollen die Aufnahme von regelmäßigen Gedenkstättenbesuchen in Schulen,**
778 **pädagogisch aufbereitet für den jeweiligen Jahrgang.**
- 779 • **Bayern muss in den Bereichen Kultur sowie Traditions- und Denkmalpflege**
780 **entmilitarisiert werden.**
- 781 • **Straßen und Plätze, die an Militaristen und Faschisten erinnern, sollen nach**
782 **humanistisch gesonnenen Persönlichkeiten umbenannt werden.**
- 783 • **Wir wollen die Etablierung von antimilitaristischen, staatlichen Gedenk- und**
784 **Feiertagen, wie dem Tag der Befreiung und dem Antikriegstag.**
- 785 • **Es braucht die Beendigung der Förderung von militaristischen Strukturen durch**
786 **Landesmittel.**

787 DIE LINKE. Bayern steht dafür, dass die Lehre aus den beiden Weltkriegen, der
788 europäischen Kolonialpolitik sowie den vielen Kriegen von heute nicht vor Bildungs-
789 und Wissenschaftsinstitutionen Halt macht. Krieg beginnt in den Köpfen. Bildung,
790 Kultur und Wissenschaft müssen daher über die Ursachen von Kriegen und Flucht
791 aufklären, die Bedeutung von Völkerverständigung und internationaler Solidarität
792 hervorheben und dazu ermuntern, für den Frieden aktiv zu werden. Dafür kann die
793 Landeszentrale für politische Bildung genutzt werden.

794

Antrag L2: Bezirkstagswahlprogramm 2023

Antragsteller*in: Landesvorstand

Status: zugelassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Präambel**

2 Der Bezirkstag ist bekannt als „Sozialparlament“, welches als dritte kommunale Ebene
3 in wesentlichen Bereichen der Daseinsvorsorge für die Bürger:innen tätig wird. Der
4 Bezirk ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe für ältere und kranke Menschen
5 sowie Bürger:innen mit Behinderung und muss deshalb ohne Wenn und Aber mit den
6 nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden – mit uns LINKEN sind Kürzungen in
7 diesen Bereichen nicht zu machen!

8 Die Politik der sozialen Kälte der Bundesregierung hat konkrete Auswirkungen auf
9 Länder und Kommunen. Durch die armutsfördernde Hartz-IV-Gesetzgebung, jetzt
10 Bürgergeld, und durch eine verfehlte Gesundheits- und Pflegepolitik, deren Situation
11 sich durch die Corona-Pandemie noch verschärft hat, droht das soziale Netz zu reißen.
12 In den letzten Jahren und angeheizt durch die Pandemie und die Existenznöte aufgrund
13 der krisenbedingten Teuerungen haben die psychischen Erkrankungen aufgrund von
14 Stress, und Arbeitsverdichtung zugenommen. Denn so wie man hauptsächlich Frauen in
15 der Pandemie allein gelassen hat mit Care-Arbeit, Homeoffice und Jobs im Pflege- und
16 Dienstleistungsbereich, so lässt man jetzt auch die ärmeren Menschen mit ihren Sorgen
17 rund um die Inflation und die Teuerungen alleine. Viele von ihnen wissen nicht, wie
18 sie über die Runden kommen sollen und die Schlangen an den Tafeln werden immer
19 länger.

20 Niedriglöhne, unfreiwillige Teilzeit und die aktuellen Preissteigerungen führen dazu,
21 dass Menschen trotz Arbeit arm sind. Sie sind oft gezwungen, beim Jobcenter
22 aufzustocken und leiden später dann unter Altersarmut. Deshalb tritt DIE LINKE dafür
23 ein, dass der Mindestlohn erhöht und das Bürgergeld durch eine Mindestsicherung ohne
24 Kürzungs- und Sanktionsmöglichkeiten ersetzt wird.

25 Die Folgen dieser menschenfeindlichen Politik sind besonders auf kommunaler Ebene zu
26 spüren. Nicht selten ist der Bezirk gezwungen, die Auswirkungen der
27 gesellschaftlichen Verwerfungen aufzufangen, u.a. in psychiatrischen Einrichtungen
28 und Diensten. Doch auch dort arbeitet man am Limit.

29 Im Bezirkstag werden wir Druck machen, damit die Würde von Betroffenen und

30 Beschäftigten bewahrt bleibt und gute Standards durchgesetzt werden – auch
31 diejenigen, die in den Werkstätten arbeiten, haben einen Mindestlohn verdient, denn
32 sie sind keine Menschen zweiter Klasse! In allen Einrichtungen des Bezirks, soll es
33 selbstverständlich sein, dass alle Berufsgruppen nach TVöD bezahlt werden und die
34 Arbeitsbedingungen so ausgestaltet sind, dass die Beschäftigten nicht am Rand ihrer
35 Belastungsgrenzen arbeiten müssen.

36 Es hat sich gezeigt: Privatisiert geht nicht besser und nicht billiger. Deshalb
37 stellen wir uns der Privatisierung öffentlicher Aufgaben entgegen. Die
38 Bezirksrät:innen der Partei DIE LINKE setzen sich seit Jahren gegen jegliche
39 Kürzungen im Sozialbereich in den bayerischen Bezirkshaushalten ein und drängen
40 darauf, dass alles getan wird, was in der Macht der Bezirke steht, um
41 Privatisierungen zu verhindern und soziale Funktionen zurück in kommunale Hände zu
42 nehmen.

43 Neben den sozialen Aufgaben ist der Bezirkstag für Natur- und Umweltschutz sowie
44 Kultur- und Heimatpflege zuständig. Auch in diesen Bereichen gilt es, die Förderungen
45 zu verbessern, um Nachhaltigkeit und Qualität zu bewirken. Dazu gehört es, die Natur
46 als Erholungsrefugium zu erhalten, aber auch Kulturstätten aller Art zu fördern, das
47 kulturelle Vereinsleben zu unterstützen und regionale Vielfalt zu wahren.

48 **1. Pflege: Alter, Krankheit, Respekt**

49 Die Sparpolitik in der Pflege führt direkt in die menschliche Katastrophe. Traurige
50 Realität in vielen Pflegeheimen und Kliniken ist massiver Personalmangel, der zu
51 gefährlichen Versorgungslücken führt. Auch 3 Jahre nach Beginn der Corona Pandemie in
52 Deutschland müssen Operationen aufgeschoben und Stationen geschlossen werden, da kein
53 Personal vorhanden. Besonders die Nachtschichten sind chronisch unterbesetzt. Das
54 gefährdet Leben von Patient:innen und bringt das Personal und ihre Familien an den
55 Rand ihrer Belastungsgrenzen, was nun in eine Kündigungswelle mündete. Eine
56 persönliche Zuwendung kann kaum oder gar nicht stattfinden und Fehler durch
57 Überlastung sind zu befürchten. Die Pflegeberufe müssen deshalb endlich
58 gesellschaftlich und finanziell aufgewertet werden: Die Löhne müssen steigen und
59 damit attraktiver gemacht werden. Gleichzeitig muss ein verbindlicher und vor allem
60 ausreichender Personalschlüssel eingeführt werden, um beispielsweise genügend
61 arbeitsfreie Wochenenden und Nächte zu ermöglichen (gesetzliche Personalbemessung).
62 Durch die mangelnden Kontrollen in den Pflegeheimen werden Missstände zu spät

63 aufgedeckt. Oft erfahren die Heimaufsichten erst auf Intervention der Angehörigen von
64 katastrophalen Zuständen.

65 Viele Menschen können sich die Pflegekosten nicht leisten. Die Pflegeversicherung
66 deckt diese nicht ab. DIE LINKE setzt sich deshalb für eine solidarische Pflege-
67 Vollversicherung ein. Bis dahin muss der Bezirk die Differenzbeträge übernehmen, wenn
68 pflegebedürftige Menschen die Kosten für einen Platz im Pflegeheim oder im Hospiz
69 nicht selbst aufbringen können. Die ambulante Pflege der Menschen, die zu Hause
70 leben, muss verbessert werden. Somit ermöglichen wir Menschen, in ihrem gewohnten
71 Umfeld zu bleiben, also ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben. Dazu müssen
72 pflegende Angehörige eine Gleichstellung gegenüber den Pflegediensten erfahren und
73 umfassende Schulungsangebote erhalten. Der Ausbau der ambulanten Pflegedienste unter
74 fairen Arbeitsbedingungen wirkt unterstützend. Menschen die Wahl zu lassen, heißt,
75 sie zu respektieren und ihnen ihre Würde zu lassen. Eine Lösung sollte nicht nur nach
76 wirtschaftlichen Standpunkten gesucht werden. Außerdem gibt es jetzt schon zu wenig
77 Heimplätze für Senior:innen, weshalb die ambulante Pflege eine Entlastung mit sich
78 bringen würde. Dabei sollte auch bedacht werden, dass nicht alle zu Pflegenden der
79 deutschen Sprache mächtig sind und dass hier verstärkt auf Mehrsprachigkeit im
80 Pflorgeteam geachtet werden sollte.

81 DIE LINKE kämpft aus diesem Grund für eine solidarische Pflegeversicherung, in die
82 alle entsprechend ihrem Gesamteinkommen einzahlen müssen. Damit wären eine
83 Vollversicherung und ein besserer Personalschlüssel zu finanzieren. Mit einer
84 solidarischen Pflege-Vollversicherung, in die alle einzahlen müssten, wäre eine
85 bessere personelle Ausstattung in der Pflege sofort möglich. Laut dem Institut der
86 deutschen Wirtschaft in Köln könnten in Deutschland in der stationären Versorgung bis
87 zum Jahr 2035 rund 307.000 Pflegekräfte fehlen. Deswegen muss sich endlich etwas
88 ändern.

89 DIE LINKE setzt sich ein:

- 90 • für bessere Bezahlung und mehr Personal in der Pflege.
- 91 • für objektive, regelmäßige und unangekündigte Qualitätskontrollen.
- 92 • für die Erhöhung der Fachkraftquote.
- 93 • dafür, dass Auszubildende und Praktikantinnen und Praktikanten nicht eingesetzt
94 werden dürfen, um fehlendes Fachpersonal zu ersetzen.
- 95 • dafür, dass die Qualität der Ausbildung verbessert wird.

- 96 • zusammenfassend für einen tariflichen Mindestlohn von 20 Euro pro Stunde und die
97 Einhaltung sämtlicher Tarifbestimmungen.
- 98 • vor Ort für eine Einhaltung der Tarifverträge.

99 **2. Selbstbestimmung und Teilhabe für Menschen mit** 100 **Behinderung**

101 Gemeinsames Lernen, Arbeiten, Wohnen und ein Leben ohne Barrieren sind keine
102 Selbstverständlichkeit in Deutschland. Dies ist ein Armutszeugnis.

103 Ziel linker Bezirkstagspolitik ist, dass alle Menschen gleichberechtigt am Leben
104 teilnehmen können – mit oder ohne Behinderung. Der Ausgleich von
105 behinderungsbedingten Erschwernissen und die Umsetzung der Inklusion sind öffentliche
106 Aufgaben und keine Privatsache. Wir unterstützen die Forderungen der Behinderten- und
107 Sozialverbände und Selbsthilfegruppen nach mehr Selbstbestimmung,
108 Eigenverantwortlichkeit und vorrangiger Berücksichtigung der individuellen
109 Bedürfnisse der Betroffenen. Wir werden im Bezirkstag darauf achten, dass die
110 entsprechenden Zielsetzungen der Gesetzgebung verwirklicht werden.

111 Die Bezirke sind für die Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonvention zuständig,
112 die in Deutschland durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) und in Bayern durch das
113 Bayerische Teilhabegesetz (BayTHG I und II) bereits ab Januar
114 2018 geltendes Recht geworden ist. So soll Menschen mit Behinderung z. B. durch das
115 „persönliche Budget“ und das „Budget für Arbeit“ ein selbstbestimmtes Leben
116 ermöglicht werden. Die im BTHG formulierte Kostenneutralität steht dem jedoch im
117 Wege. Die bayerische Staatsregierung versprach vollmundig Besserstellungen, z.B. bei
118 der Integration in den 1. Arbeitsmarkt durch die Neuregelung auf Landesebene.
119 Geschehen ist hier nur wenig. Wir werden weiter Druck machen.

120 Wir werden Betroffene dabei unterstützen, ihre Rechte einzufordern. DIE LINKE
121 fordert, dass die Bezirke die Teilhabegesetze so anwenden, dass Menschen mit
122 Behinderung bessergestellt werden, als sie es jetzt sind. Derzeit wird das Thema
123 Inklusion häufig dazu missbraucht, notwendige Investitionen für bauliche Maßnahmen
124 oder Personalaufstockung in speziellen Fördereinrichtungen aufzuschieben, mit der
125 Begründung einer noch ausstehenden Sozialraumplanung.

126 Die Angebote der Eingliederungshilfe sind unzureichend. Vor allem die Hilfen und
127 Angebote für behinderte Jugendliche und Senior:innen müssen entsprechend der

128 spezifischen Bedarfe der Betroffenen ausgebaut werden.

129 Die wohnortnahe, interdisziplinäre oder frühe Förderung von behinderten und durch
130 Behinderung bedrohten Kindern ist unbedingt auszubauen. Wir wollen die Schaffung
131 inklusiver Kindergartenplätze und Schulen fördern.

132 Wir wollen „eine Schule für alle“. Die Einschulung behinderter Kinder in
133 der Regelschule muss selbstverständlich werden. Das kann aber nur
134 gelingen, wenn das qualifizierte Personal der Förderschulen ebenfalls in die
135 Regelschulen integriert wird. Außerdem sind die notwendigen baulichen Voraussetzungen
136 zu schaffen, denn inklusive Klassen oder Gruppen müssen kleiner und barrierefrei
137 sein. Die didaktische Ausbildung der Lehrkräfte und Schulbegleiter:innen ist so
138 auszubauen, dass die Pädagog:innen den bestehenden Herausforderungen gewachsen sind.
139 Schulbegleitungen haben sich zu einer festen Institution im Schulalltag, in
140 Klassenräumen und auf Pausenhöfen entwickelt und sind damit wichtige Partner:innen
141 von Eltern, Lehrkräften und Schulsozialarbeiter:innen. Das im Bundesteilhabegesetz
142 vorgesehene „Zwangspooling“ von Schulbegleiter:innen - die gemeinsame Erbringung von
143 Assistenzleistungen an mehrere leistungsberechtigte Menschen gegen deren
144 ausdrücklichen Willen - wird abgelehnt. Die Schüler:innen sollen eine passgenaue und
145 qualifizierte 1:1-Betreuung erhalten, bei der eine Schulbegleitung für einen jungen
146 Menschen zuständig ist. Schulbegleitungen können aber keine „Dauerlösung“ für die
147 Beseitigung struktureller Teilhabebarrieren im bayerischen Schulsystem darstellen.

148 Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) sollen schrittweise umgestaltet werden:
149 Beschäftigte in Werkstätten haben ein Recht auf ein reguläres Arbeitsverhältnis mit
150 tariflicher Entlohnung. Als ersten Schritt für eine bessere Bezahlung von dauerhaft
151 voll erwerbsgeminderten Menschen unterstützt DIE LINKE den Vorschlag der
152 Werkstatträte Deutschland e.V. für ein Basisgeld. Das Basisgeld sieht entsprechend
153 dieses Vorschlags vor, dass jeder berechtigte Mensch pro Monat einen Betrag erhält,
154 der bei 70% des deutschen Durchschnittseinkommens liegt. Das Basisgeld würde aus
155 öffentlichen Mitteln bezahlt werden. Grundsicherung und ähnliche Transferleistungen
156 würden dann wegfallen. Zusätzlich würden aber bestehende Leistungen, die aufgrund der
157 Behinderung anfallen, zusätzlich gezahlt werden. Das Basisgeld als staatliche
158 Leistung entkoppelt das Einkommen von der Arbeitsleistung. Es befreit die Menschen
159 aus unwürdigen Situationen, die sie zum Teil bei der Grundsicherung erleben müssen.
160 Menschen, die zum Beispiel in der WfbM arbeiten, hätten die Möglichkeit, sich zum
161 Basisgeld noch etwas dazu zu verdienen.

162 DIE LINKE fordert, den nur „arbeitnehmerähnlichen Status“ in den WfbM
163 perspektivisch aufzuheben. Menschen mit Behinderung auf sogenannten
164 Außenarbeitsplätzen in Unternehmen und bei öffentlichen Arbeitgebern sind tariflich
165 nach dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zu entlohnen. Politisches Ziel
166 der Partei DIE LINKE ist es seit langem, möglichst viele Beschäftigte der WfbM in den
167 ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, wobei ein Wahlrecht für die Betroffenen bestehen
168 muss. DIE LINKE fordert die Unterscheidung zwischen „werkstattfähigen“ und „nicht
169 werkstattfähigen Menschen“ aufzuheben. Damit entfällt auch die Zugangsbedingung in
170 eine Werkstatt: das Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Leistung.

All diese Forderungen sind wichtig für das konkrete Leben von Menschen, bearbeiten jedoch nur Fehler eines von Grund auf exkludierenden Systems: Die LINKE unterstützt die Aktivist*innen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bei ihrer Forderung, WfbM abzuschaffen.

171 Die Bezirke müssen dafür sorgen, dass die Möglichkeiten der Teilhabegesetze voll
172 ausgeschöpft, alternative Leistungsanbieter unterstützt und ein Wechsel von der WfbM
173 in den ersten Arbeitsmarkt und umgekehrt wesentlich erleichtert werden. Den
174 Betroffenen steht z. B. die Möglichkeit offen, ein „Persönliches Budget“ zu
175 beantragen, um eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auf allen Ebenen zu
176 ermöglichen. Das Persönliche Budget ist eine alternative Leistungsform der
177 Eingliederungshilfe. Durch das Persönliche Budget werden Betroffene zu
178 Auftraggeber:innen, Kund:innen oder Käufer:innen für die benötigten Leistungen und
179 bestimmen als „Expert:innen in eigener Sache“, welche Unterstützungsleistung für sie
180 persönlich hilfreich und erforderlich ist.

181 Das Budget für Arbeit schafft für Menschen mit Behinderungen einen Zugang zum ersten
182 Arbeitsmarkt und eine Alternative zur Beschäftigung in einer WfbM. Seit seiner
183 Einführung wurde in Bayern weit weniger als 100 berechtigten Personen das Budget für
184 Arbeit bewilligt.

185 Die Antragsverfahren für beide Budgetformen sind für die Betroffenen ohne
186 Unterstützung Dritter nur schwer zu bewältigen. Auch der Zugang zu Leistungen der
187 Bezirke im Rahmen von Blinden-, Hochschul- oder Kfz-Hilfe und anderen gesetzlich
188 vorgesehenen Unterstützungsmöglichkeiten und Mobilitätshilfen ist stark
189 reglementiert, der Behindertenfahrdienst in Teilen Bayerns nur erschwert und nicht im
190 notwendigem Umfang nutzbar.

191 Wir werden Menschen mit Behinderungen dabei unterstützen, ihre Rechte gegenüber

192 Behörden und Einrichtungsträgern einzufordern und wehren uns gegen weitere
193 Leistungskürzungen und unnötige bürokratische Hürden. Leistungsempfänger*innen müssen
- obwohl ihr Bedarf bereits ermittelt wurde - nachweisen, dass sie die erhaltenen
Leistungen nicht „zweckentfremden“. Als LINKE kämpfen wir für die Abschaffung der
Nachweispflicht, die das Bundessozialgericht bereits als unverhältnismäßig verurteilt
hat. Wir treten Tendenzen in den
194 Bezirken, Gelder zu Lasten der Berechtigten einzusparen und Menschen mit
195 Behinderungen vorzuschreiben, was Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft beinhaltet,
196 entschieden entgegen.

197 DIE LINKE setzt sich ein:

- 198 • für den Mindestlohn für alle Arbeitenden in den Werkstätten. Als Schritt auf dem
199 Weg zum Mindestlohn unterstützen wir die Werkstattträte bei ihrer Forderung nach
200 einem Basisgeld für Werkstattbeschäftigte.
- 201 • für eine gravierende Verbesserung der Umsetzung der Teilhabegesetze in den
202 Bezirken unter Mitwirkung der betroffenen Menschen und deren
203 Interessensvertretungen.
- 204 • für eine konsequente Befreiung aller Einrichtungen der Bezirke von Barrieren,
205 was nicht nur bedeutet, Hindernisse beim Zugang zu allen Gebäuden der Bezirke
206 und ihrer Betriebe und öffentlichen Einrichtungen zu beseitigen, sondern auch,
207 Untersuchungstechniken und Kommunikation den besonderen Bedürfnissen von
208 Menschen mit Behinderungen anzupassen; leichte Sprache und verständliche
209 Patienteninformationen müssen selbstverständlich werden.
- 210 • für eine gute finanzielle Ausstattung der Bezirke durch den Freistaat Bayern,
211 sodass die Kommunen mehr Mittel zur Ausgestaltung der Inklusion zur Verfügung
212 haben.
- 213 • für die Förderung von gemeindenahen, betreuten, inkludierten Wohnformen, die
214 stationären Heimaufenthalten vorzuziehen sind.
- 215 • für Verbesserung der Personal- und Sachausstattung in sämtlichen Einrichtungen
216 der Behindertenhilfe und der regionalen und überregionalen Offenen
217 Behindertenarbeit.
- 218 • für die volle Übernahme der Tarifsteigerungen bei den Einrichtungsträgern, die
219 im Raum der Inklusion tätig sind und für eine angemessene existenzsichernde
220 Bezahlung von Assistenzkräften.

- 221 • für eine unbürokratische schnelle Möglichkeit der Nutzung von gesetzlich
222 vorgesehenen Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung.

223 **3. Psychosoziale Versorgung und Psychiatrie**

3. Psychosoziale Versorgung, Psychiatrie und Nachwirkungen der Corona-Krise

- 224 In Bayern ist ein drastischer Anstieg psychischer Erkrankungen - nicht zuletzt durch
225 die Corona-Pandemie und die daher ergriffenen Maßnahmen - zu verzeichnen. Die
226 zunehmende soziale Kälte, Leistungsdruck am Arbeitsplatz, unzumutbare
227 Arbeitsverhältnisse und unkalkulierbare Existenzängste sind weitere Ursachen ~~hierfür~~.
228 Die
229 bayerischen Bezirke unterhalten eine große Zahl von psychiatrischen Krankenhäusern
230 und sind für die Finanzierung der psychosozialen Netze zuständig. Im Vergleich zu
231 anderen Bundesländern ist in Bayern die Anzahl der stationären Unterbringungen
232 gemessen am Durchschnitt der Bevölkerung am größten.
- 233 Die psychotherapeutische Versorgung deckt in vielen Regionen bei weitem nicht den
234 Bedarf. Insbesondere im ländlichen Bereich besteht eine drastische Unterversorgung an
235 ambulanten Hilfsangeboten. Dies führt zu einer unnötigen, vermehrt heimatfernen,
236 stationären Unterbringung. Die Bedarfsplanung muss gerade in diesem Bereich dringend
237 überarbeitet werden. Auch die Finanzierung der Therapie muss den Bedarf decken. Diese
238 mangelnde personelle Ausstattung, Überbelegungen und räumliche Enge in den
239 stationären Einrichtungen machen eine adäquate Versorgung von psychisch kranken
240 Menschen häufig unmöglich. Die Arbeitsbedingungen für das Personal sind unzumutbar.
241 Dies lässt sich auch an den immer noch praktizierten von Fixierungen und Sedierungen
242 ablesen, die unter Zeitdruck als „einfachste“ Lösungen gesehen werden, für
243 Patient:innen aber völlig menschenunwürdig sind. Eine Stärkung der ambulanten
244 Krisendienste und die Hinzuziehung von psychiatrischen Fachkräften bei der
245 Krisenintervention können dabei helfen, viele Klinikaufenthalte zu vermeiden.
- 246 DIE LINKE steht für eine Stärkung der Rechte von Patient:innen sowie eine
247 Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Dringend notwendig ist es, die bereits
248 begonnene Ablösung des Unterbringungsgesetzes durch ein Psychisch-Kranken-Hilfe-
Gesetz (PsychKHG), das diesen Namen verdient, voranzutreiben und in dem
Patientenschutz Vorrang haben muss. Die psychiatrische Versorgung muss in Bayern in

249 öffentlicher Hand bleiben und darf keinen Profitinteressen privater Anbieter geopfert
250 werden. DIE LINKE steht gegen Ausgliederungen, Umwandlung der Kliniken in
251 Tendenzbetriebe mit Haustarifvertrag und alle Privatisierungsversuche. DIE LINKE
252 steht in diesem Zusammenhang fest an der Seite der Beschäftigten. Wir sind davon
253 überzeugt, dass das Wohl der Patient:innen nicht vom Wohl der Beschäftigten zu
254 trennen ist. In der Kinder- und Jugendpsychiatrie gibt es nach wie vor zu lange
255 Wartezeiten. Durch zunehmenden Leistungsdruck geraten immer mehr Familien, Kinder und
256 Jugendliche in psychische Not. Dringend notwendig ist der Einsatz von
257 Kriseninterventionsteams mit ausgebildeten Fachkräften, die bei der Betreuung von
258 Kindern und Jugendlichen bei psychischen Krisen schnell und unbürokratisch zur Seite
259 stehen.

260 Häufig vergessen wird die besondere Situation der psychisch kranken Migrant:innen.
261 Für sie muss eine psychiatrische Betreuung in ihrer Muttersprache angeboten werden.
262 Auch die Dolmetscherdienste für muttersprachliche Informationen über Hilfsangebote
263 müssen dringend ausgebaut werden. Gerade bei den oft traumatisierten Geflüchteten ist
264 dies zwingend erforderlich und für DIE LINKE ein einzuforderndes Menschenrecht.

265 DIE LINKE setzt sich ein:

- 266 • für eine umfassende, dezentrale ambulante Versorgung psychisch kranker Menschen.
- 267 • für den flächendeckenden Ausbau ambulanter Netze und psychosozialer Betreuung.
- 268 • für den zügigen Ausbau ambulanter Krisendienste und sozialpsychiatrischer
269 Dienste, um stationäre Aufenthalte zu vermeiden.
- 270 • für den Ausbau der gerontopsychiatrischen Dienste.
- 271 • für die Dezentralisierung der Rehabilitationseinrichtungen für psychisch kranke
272 Jugendliche.
- 273 • für die Verhinderung des Gesetzentwurfs der bayerischen Staatsregierung zum
274 sogenannten „Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz“ in seiner geplanten Fassung
275 aufgrund der im Gesetzentwurf vorgesehenen Diskriminierung, Stigmatisierung und
276 Kriminalisierung von Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung.
- 277 • stattdessen für ein wirkliches Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, in dem
278 Zwangseinweisung und Zwangsmedikation die absolute Ausnahme sind, der
279 Richtervorbehalt eindeutig geregelt wird und der Ausbau der Hilfen dahingehend
280 in den Mittelpunkt gestellt wird, dass sie ein Leben in Selbstbestimmung unter
281 Entfaltung der Persönlichkeit und der Teilhabe an allen Aspekten des Lebens

- 282 ermöglichen und so die UN-Behindertenkonvention umgesetzt wird.
- 283 • für die Abschaffung der Fallpauschalen in der Psychiatrie.
 - 284 • für die Rekommunalisierung der Bezirkskliniken.
 - 285 • für Tariftreue in sämtlichen Bezirkskliniken.
 - 286 • für die Anhebung des Personalschlüssels und eine verbindliche Fachkraftquote.
 - 287 • für die Schaffung unabhängiger Kontroll- und Beschwerdestellen für Patient:innen
 - 288 in der Psychiatrie.
 - 289 • für eine umfassende Schulung in kultursensibler Pflege.

290

4. Drogen: Umdenken in der Drogenpolitik

291 DIE LINKE setzt sich für einen Paradigmenwechsel ein: weg von der Strafverfolgung,
292 hin zu Prävention, Beratung und Hilfe sowie akzeptierender Drogenpolitik: Eine
293 Unterscheidung zwischen legalen und illegalen Drogen folgt keinem medizinischen oder
294 wissenschaftlichen Prinzip, sondern ist zufällig und willkürlich. Erfahrungen zeigen,
295 dass staatliche Verbote nicht vom Drogenkonsum abhalten. Im Gegenteil: In Bayern
296 zeigt sich, dass eine repressive Drogenpolitik zu mehr Drogentoten führt.
297 Polizeiliche Sanktionen und Strafverfolgung von Suchtkranken anstelle angemessener
298 Therapieangebote lehnen wir deshalb ab. Zugleich bindet die Repression große
299 finanzielle Mittel: Bundesweit werden mehrere Milliarden Euro für die Strafverfolgung
300 ausgegeben, für Hilfe und Prävention jedoch nur ein Bruchteil davon.

301 Dabei sind Sucht und Abhängigkeit keine Verbrechen. Linke Drogenpolitik hat zum Ziel,
302 Präventions- und Informationsangebote, sowie akzeptanzorientierte und
303 niedrigschwellige therapeutische Hilfen auszubauen. Eine enge Verzahnung von
304 Suchtprävention, ausstiegsorientierten Hilfen, Drogensubstitution und
305 Gesundheitshilfen für Drogenkranke ist dringend erforderlich. Ein
306 akzeptanzorientierter Ansatz resultiert auch aus der Erfahrung des Misserfolges von
307 Zwangstherapien und dem Elend der Kriminalisierungsspirale. Beschaffungskriminalität,
308 Prostitution, Gefängnis, Ansteckung mit Hepatitis oder HIV sind Teil dieser
309 Abwärtsspirale. Die Entwöhnung und Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit sollte in
310 Therapien aus diesem Grund nicht im Vordergrund stehen, sondern auch die Verbesserung
311 der gesamten Lebenssituation wie auch die therapeutische Verarbeitung von
312 suchtvorstärkenden sozialen Lebenslagen.

313 Im Vordergrund muss stehen: Schaden reduzieren und Leben retten. Deshalb wollen wir
314 Möglichkeiten schaffen, unter sicheren und hygienischen Bedingungen und Aufsicht zu
315 konsumieren. Die Drogen sollen auf Verunreinigung und schädliche Wirkungen getestet
316 werden können (Drug-Checking). Die Erfahrungen aus anderen Bundesländern und eine
317 wissenschaftliche Studie aus Frankfurt haben positive Erfahrungen mit den
318 Drogenkonsumräumen aufgezeigt. Die Ansteckungen mit Hepatitis C und HIV sind deutlich
319 gesunken, sauberes Spritzbesteck und Impfungen werden angeboten, Therapieplätze
320 können vermittelt werden. Die Notfallversorgung durch geschultes Personal rettet
321 viele Menschen vor dem Tod. Drogenkonsumräume senken die Zahl der Rauschgifttoten und
322 erleichtern den Abhängigen den Zugang zu spezialisierten Angeboten der Suchthilfe.
323 Sie sind in Bayern längst überfällig!

324 DIE LINKE setzt sich ein:

- 325 • für eine legale und vorrangig nichtkommerzielle Bezugsmöglichkeit von Cannabis
326 und die Erlaubnis Cannabis zu besitzen, zu konsumieren sowie zum eigenen Bedarf
327 anzubauen
- 328 • für die Vereinfachung der Rezeptfreigabe für Cannabis-Medikamente für Schwer-
329 und Schwerstkranke
- 330 • für eine Entkriminalisierung von Konsument:innen von Rauschmitteln, die unter
331 das Betäubungsmittelgesetz fallen
- 332 • für eine Anpassung der StVO, dass bei erstmaligem Fahren unter Cannabiseinfluss
333 keine MPU notwendig ist (analog zu Fahren unter Alkoholeinfluss)
- 334 • für den Ausbau von Suchtberatungsstellen und Prävention
- 335 • für den flächendeckenden Ausbau von ambulanten Angeboten, Wohngemeinschaften,
336 Therapieeinrichtungen, Präventionszentren und Entzugsplätzen
- 337 • für die Schaffung von niederschweligen Angeboten
- 338 • für die Schaffung von Drogenkonsumräumen
- 339 • für den Ausbau des Substitutionsnetzes, auch in Gefängnissen
- 340 • für Drug-Checking als aktiven Gesundheitsschutz für Konsument:innen
- 341 • für die psychologisch-medizinisch betreute Vergabe von Heroin an
342 Schwerstabhängige
- 343 • für das Verbot von Werbung für alle legalen Drogen

344

345 **5. Kultur: Was uns verbindet**

346 Bayerische Kultur ist mehr als Lederhosen und Bierzelt, mehr als Weißbier und
347 Schützenvereine. Der Bezirk muss alternative und inklusive Kultur fördern und
348 finanzieren. Kleinen Kultureinrichtungen, Vereinen und Projekten muss der Zugang zu
349 Fördermitteln erleichtert werden. Diese müssen Vorrang vor kulturellen Großevents
350 haben. Der Bezirk muss die Jugend- und Popkultur stärker in den Mittelpunkt rücken.
351 Die Arbeit der Bezirksjugendringe muss stärkere Unterstützung erfahren und finanziell
352 besser ausgestattet werden. Die bildenden Künste kommen bei der Kulturförderung des
353 Bezirks oft zu kurz. Auch der Wert regionaler Kunst bemisst sich nicht nach ihrer
354 Vermarktbarkeit. Wir als LINKE stehen daher ein für eine Kunst- und Kulturförderung,
355 die unabhängig ist vom Prestige der Akteur:innen und vom Geldbeutel der Teilhabenden.
356 Wir sagen, gute Kunst- und Kulturförderung stattet die Kunst- und Kulturschaffenden
357 mit ausreichend Mitteln aus, um sich ihrer Aufgabe zu widmen und lässt alle
358 teilhaben, unabhängig vom Geldbeutel, von Herkunft, Behinderung oder Alter.

359 DIE LINKE fordert:

- 360 • einen höheren Stellenwert der Jugend- und Popkultur.
- 361 • Förderung von Kunst- und Kulturprojekten, an denen alle teilhaben können, statt
362 Groß- und Prestigeprojekte
- 363 • einen Bayernpass, der allen Sozialleistungsbezieher:innen einen kostenfreien
364 Eintritt bei Kultur, Bildung, Sport und Freizeit sichert und dadurch eine
365 Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben erleichtert.

366

6. Umwelt – Grundlage für alle

367 Der Schutz von Umwelt und Natur ist eine weitere Aufgabe des Bezirks. DIE LINKE wird
368 die Zerstörung der Umwelt und Natur skandalisieren und sich für den Vorrang des
369 Naturerhalts vor Profitinteressen einsetzen. Der Bezirk muss aktiv seinen Anteil bei
370 der Reduzierung des Flächenfraßes in Bayern leisten. Darauf wollen wir den Fokus
371 legen, statt immer weitere Flächen als Bauflächen auszuweisen.

372 Die Vorkommnisse im Bezirk Mittelfranken haben es deutlich gezeigt – gute
373 Bezirkstagspolitik beinhaltet Druck zu machen, für einen verantwortungsvollen Umgang
374 mit dem Lebensraum Natur. Zusammen mit Bürger:innen und Initiativen vor Ort konnte
375 die LINKE im Bezirkstag verhindern, dass das Muna-Gelände am Brombachsee dem

376 Privatinvestor Center Parcs zum Opfer fiel, sodass der einzigartige Lebensraum für
377 Flora und Fauna erhalten werden konnte, anstatt dem Bauvorhaben zum Opfer zu fallen.
378 Dies zeigt, die LINKE nimmt es ernst mit ihrem Engagement für die Umwelt, ganz im
379 Sinne von Artikel 141 der bayerischen Verfassung:

380 „Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist, auch eingedenk der Verantwortung
381 für die kommenden Generationen, der besonderen Fürsorge jedes einzelnen und der
382 staatlichen Gemeinschaft anvertraut [...]

383 Der Genuß der Naturschönheiten und die Erholung in der freien Natur [...] ist
384 jedermann gestattet. [...] Staat und Gemeinde sind berechtigt und verpflichtet, der
385 Allgemeinheit die Zugänge zu Bergen, Seen, Flüssen und sonstigen landschaftlichen
386 Schönheiten freizuhalten und allenfalls durch Einschränkungen des Eigentumsrechtes
387 freizumachen sowie Wanderwege und Erholungsparks anzulegen.“

388 DIE LINKE steht dafür ein, dass Natur- und Erholungsraum nicht privatisiert wird und
389 dass, abgesehen von den vorgesehenen und ebenso notwendigen Schutzflächen, der
390 Naturraum allen Menschen zur Erholung zugänglich gemacht wird, anstatt denjenigen
391 vorbehalten zu bleiben, die für die Filetstücke bezahlen können.

392 An den landwirtschaftlichen Hochschulen der Bezirke fordern wir eine Ausrichtung auf
393 nachhaltige und zukunftsträchtige Methoden in der Landwirtschaft. Der Klimawandel
394 stellt die Menschheit und insbesondere die Landwirt:innen als diejenigen, die für die
395 Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln da sind, vor immense
396 Herausforderungen. Ziel muss es daher sein, eine Landwirtschaft zu etablieren, die -
397 ohne das Ausbringen von toxischen Ackergiften und umweltschädlichen Methoden -
398 nachhaltig mit den Ressourcen umgeht und für Ernährungssicherheit und -souveränität
399 sorgt, indem regionale Kreisläufe aufgebaut werden. Der Grundstein soll dafür in den
400 Hochschulen gelegt werden.

401 DIE LINKE fordert:

- 402 • den Einsatz des Bezirks für die Bewahrung von schützenswerten Naturräumen, gegen
403 Privatisierungen.
- 404 • eine artenreiche Flora und Fauna als Naturlandschaft und Lebensraum.
- 405 • eine Reduzierung des Flächenfraßes durch über den Bezirk finanzierte
406 Einrichtungen.
- 407 • Umwelt- und Tierschutzstandards in der Landwirtschaft.
- 408 • die Förderung der bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft ohne Pestizide und

409 genverändertem Saatgut.

410 • ein Verbot von Glyphosat auf allen vom Bezirk genutzten und verpachteten
411 Flächen.

412 • die stärkere Umsetzung des ökologischen Landschafts- und Gewässerschutzes.

413

7. Auf den Punkt

414 Ziel linker Politik im Bezirk ist es, die bestehenden Verhältnisse in den
415 Einrichtungen des Bezirks grundlegend zu verbessern, Missstände aufzudecken, Politik
416 mit und für alle Bürger:innen zu machen und den Menschen ein selbstbestimmtes Leben
417 in Würde und ohne finanzielle Not zu ermöglichen.

418 Aus diesem Grund lehnt DIE LINKE alle Formen von Privatisierung der öffentlichen
419 Daseinsvorsorge ab. Die bereits erfolgte Teilprivatisierung der bezirkseigenen
420 Kliniken und Einrichtungen hat Outsourcing, Lohnkürzungen bei den Mitarbeiter:innen
421 und Stellenabbau zur Folge. Die Gründung von Nebenbetrieben zum Zweck des
422 Lohndumpings muss beendet werden. Wir treten dafür ein, dass ausgelagerte Bereiche
423 wieder in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt und bereits privatisierte
424 Betriebe umgehend rekommunalisiert werden.

425 Uns ist es wichtig, dass die Arbeit der Beschäftigten in der Altenpflege, in den
426 Krankenhäusern und in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung gewürdigt
427 und aufgewertet wird. Hierzu gehören eine faire Bezahlung und gute
428 Arbeitsvertragsbedingungen. Deshalb treten wir dafür ein, dass der Bezirk tarifliche
429 Arbeitsbedingungen als Qualitätsmerkmal beim Abschluss von Leistungsvereinbarungen
430 voraussetzt und die Finanzierung sicherstellt.

431 Die Arbeit in der Altenpflege, in den Krankenhäusern und in der Eingliederungshilfe
432 für Menschen mit Behinderung muss menschengerecht gestaltet werden. Arbeit darf nicht
433 krank machen. Deshalb treten wir dafür ein, dass die nachgewiesenen Kosten für den
434 gesetzlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz zu 100 % vom Bezirk refinanziert werden.

435 Die Mitbestimmung von Heimbeiräten und Beschäftigtenvertretungen sehen wir als
436 Selbstverständlichkeit in einer Demokratie. Wir setzen uns dafür ein, dass die
437 nachgewiesenen Aufwendungen für die gesetzliche Arbeit von Heimbeiräten, Personal-
438 und Mitarbeitervertretungen sowie Betriebsräten zu 100 % vom Bezirk refinanziert
439 werden.

440 Wir wollen, dass sich die Bürger:innen jederzeit über die Themen, die im Bezirkstag
441 beraten und beschlossen werden, umfassend informieren können. Wir treten deshalb
442 dafür ein, dass Sitzungsunterlagen, Protokolle und Beschlüsse von öffentlichen
443 Sitzungen im Internet veröffentlicht und für alle Menschen zugänglich gemacht werden
444 und eine Videoaufzeichnung stattfindet. Die Homepage des Bezirks ist als
445 barrierefreier Internetauftritt zu gestalten.

446 Zu einer echten kommunalen Selbstverwaltung gehört eine ausreichende Finanzierung.
447 Bisher ist der Bezirk u.a. durch Umlagen der Landkreise und kreisfreien Städte
448 finanziert. Da die finanzielle Ausstattung der Kommunen beschränkt ist, ist die
449 Festlegung der Umlage stets ein halsbrecherisches Unterfangen. Die
450 Haushaltsdiskussionen in den bayerischen Bezirkstagen vermitteln häufig den Eindruck,
451 es gäbe einen Wettbewerb um die weitestgehende Absenkung der Bezirksumlage. Dies
452 führt zu einer Sozialpolitik nach „Kassenlage“.

453 DIE LINKE tritt für eine direkte, den Aufgaben entsprechende ausreichende
454 Finanzierung durch den Freistaat und den Bund ein.

455 Die massenhafte Zunahme von Billiglöhnen, Leiharbeit, Minijobs und Erwerbslosigkeit
456 sorgt dafür, dass die Menschen kaum etwas in die Sozialkassen einzahlen können. All
457 diese Menschen sind im Alter arm und werden auf Sozialhilfe oder Grundsicherung
458 angewiesen sein.

459 Die Kommunen können diese Last nicht allein bewältigen. Wir wehren uns dagegen, dass
460 die Kommunen und die Bezirke mit den Folgen der von der Bundesregierung forcierten
461 Armutspolitik im Regen stehen gelassen werden.

462 Angesichts des Rechtsrucks und des Wiedererstarken des Nationalismus in Deutschland
463 und Europa sehen wir die Bezirke in der Verantwortung, einer solchen Entwicklung die
464 Stirn zu bieten. In den Zeiten des Nationalsozialismus sind in den Heil- und
465 Pflegeanstalten, den jetzigen Bezirkskliniken in Bayern, tausende Menschen dem
466 Euthanasieprogramm der Nazis zum Opfer gefallen. Das Gedenken an diese Menschen
467 wollen wir aufrechterhalten und weiter ausbauen. In den Bezirkstagen werden wir jeder
468 Art von Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung mit aller Entschlossenheit
469 entgegenzutreten.

470 DIE LINKE ist angetreten, gegen die bestehende Politik der sozialen Grausamkeiten
471 Widerstand auf allen politischen Ebenen zu leisten. Kämpfen Sie gemeinsam mit uns für
472 ein soziales, lebenswertes Bayern und unterstützen Sie unsere Kandidat:innen bei der
473 Wahl zum Bezirkstag!

224 ~~In Bayern ist ein drastischer Anstieg psychischer Erkrankungen zu verzeichnen. Die~~
225 ~~zunehmende soziale Kälte, Leistungsdruck am Arbeitsplatz, unzumutbare~~
226 ~~Arbeitsverhältnisse und unkalkulierbare Existenzängste sind Ursachen hierfür. Die~~
227 ~~bayerischen Bezirke unterhalten eine große Zahl von psychiatrischen Krankenhäusern~~
228 ~~und sind für die Finanzierung der psychosozialen Netze zuständig. Im Vergleich zu~~
229 ~~anderen Bundesländern ist in Bayern die Anzahl der stationären Unterbringungen~~
230 ~~gemessen am Durchschnitt der Bevölkerung am größten.~~

Nicht nur als Folge der dreijährigen Corona-Pandemie und der Umsetzung der damit verbundenen, freiheitsentziehenden Maßnahmen und dazugehörigen Kontaktbeschränkungen, erleben wir in Bayern einen exorbitanten und dramatischen Anstieg psychischer Erkrankungen. Die Corona-Krise wirkte wie ein Verstärker schon lange bekannter, gesellschaftlicher Fehlentwicklung und sozialpolitischer Defizite. Die zunehmende soziale Kälte, Leistungsdruck am Arbeitsplatz, unzumutbare Arbeitsverhältnisse, unkalkulierbare Existenzängste, Vereinsamung, Armut, Angst vor Krieg und soziale Isolation sind nur einige Ursachen hierfür. Die akutpsychiatrischen Aufnahmestationen in Bayern platzen aus allen Nähten, die Wartelisten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie werden immer länger und die Nachfrage ambulanter Hilfsangebote höher denn je.

Die bayerischen Bezirke unterhalten eine große Zahl von psychiatrischen Krankenhäusern und sind für die Finanzierung der ambulanten psychosozialen Netze zuständig. Trotz des ständigen Ausbaus des ambulanten Betreuungsangebotes ist in Bayern die Anzahl der stationären Unterbringungen im bundesweiten Vergleich, gemessen am Durchschnitt der Bevölkerung, am größten.

Die psychotherapeutische Versorgung deckt in vielen Regionen bei weitem nicht den Bedarf, insbesondere im ländlichen Bereich besteht eine drastische Unterversorgung an ambulanten Hilfsangeboten. Seit 2022 konnte, orientiert am Beispiel Mittelfrankens und Oberbayerns, ein Netzwerk an Krisendiensten nun in allen Bayerischen Bezirken vorgehalten werden. Wir als LINKE in den bayerischen Bezirken hatten lange für den Ausbau dieser wichtigen Versorgungsstrukturen gestritten und konnten uns in den Bezirkstagen damit auch durchsetzen. Die Stärkung der ambulanten Krisendienste und die Hinzuziehung von psychiatrischen Fachkräften bei der Krisenintervention wird dabei helfen, viele Klinikaufenthalte in Bayern zu vermeiden.

Fachkräftemangel abstellen

Die mangelnde personelle Ausstattung in psychiatrischen Krankenhäusern, Überbelegungen und räumliche Enge in den stationären Einrichtungen machen eine adäquate Versorgung von

psychisch kranken Menschen häufig unmöglich. Die Arbeitsbedingungen für das Personal sind unzumutbar. Dies lässt sich auch daran ablesen, dass Fixierungen und Sedierungen immer noch stattfinden, da sie unter Zeitdruck oft als die einzige Lösungen gesehen werden, jedoch für Patient:innen aber völlig menschenunwürdig sind. Große Teile des Pflegepersonals haben aus diesem und anderen ethischen Gründen ihren Gesundheitsberuf aufgegeben. Diese Menschen zurück in den Gesundheitsdienst zu holen, ist Aufgabe der Politik. Wir brauchen in der Psychiatrie weniger uniformiertes Sicherheitspersonal, sondern mehr hochqualifizierte Pflegekräfte. Pflegekräfte, welche mit einem guten Gefühl ihre Schicht beenden und ihren Berufsethos nicht opfern müssen.

DIE LINKE steht für eine Stärkung der Rechte von Patient:innen, Mitarbeiter:innen sowie eine Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Die psychiatrische Versorgung muss in Bayern in öffentlicher Hand bleiben und darf keinen Profitinteressen privater Anbieter geopfert werden. DIE LINKE steht gegen jede Art von Ausgliederungen, Umwandlung der Kliniken in Tendenzbetriebe mit Haustarifverträgen und alle anderen Privatisierungsversuche. DIE LINKE steht in diesem Zusammenhang fest an der Seite der Beschäftigten. Wir sind davon überzeugt, dass das Wohl der Patient:innen nicht vom Wohl der Beschäftigten zu trennen ist. In der Kinder- und Jugendpsychiatrie gibt es nach wie vor zu lange Wartezeiten und zu wenig Angebote.

Nach der Krise ist vor der Krise

Von den Verwerfungen in der Corona-Krise, wurde gerade Kinder- und Jugendliche in ihren frühen Entwicklungsphasen, besonders hart getroffen.

Durch Kontaktverbote, Schulschließungen und dem daraus resultierenden Homeschooling blieben Lerninhalte teilweise auf der Strecke, Familien und Lehrkräfte waren gleichermaßen herausgefordert. Kinder und Jugendliche, die bereits vor der Pandemie Probleme bei der Bewältigung des Lernstoffs hatten und Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien, waren besonders von den Schulschließungen betroffen.

Eine Studie der Uniklinik Essen aus dem Jahr 2022 belegt extrem hohe Steigerungsraten von psychischen Erkrankungen bei Kinder- und Jugendlichen. Im Vergleich zu den Vorjahren ist die Suizidrate bei dieser Personengruppe um das drei- bis vierfache gestiegen.

Im Zuge der Krisenbewältigung und der Kompensation der Krisenschäden muss der Situation von Kindern und Jugendlichen verstärkt Rechnung getragen werden. Um die Nachteile für die junge Generation abzufedern, bedarf es eines Nachteilsausgleichs in Bezug auf Kindheit, Jugend und das junge Erwachsenenalter.

Die Aufstockung und den Ausbau von Beratungs-, Unterstützungs- und Informationsangebote für Kinder und Jugendliche, Familien und Fachkräften, sind damit Pflicht, genauso wie monetäre Unterstützungsleistungen speziell für Familien (u. a. Entschädigung nach InfektionsschutzG, Verdreifachung Kinderkrankentage, Kinderbonus, Notfall Kinderzuschlag).

Häufig vergessen wird die besondere Situation der psychisch kranken Migrant:innen. Für sie muss eine psychiatrische Betreuung in ihrer Muttersprache angeboten werden. Auch die Dolmetscherdienste für muttersprachliche Informationen über Hilfsangebote müssen dringend ausgebaut werden. Gerade bei den oft traumatisierten Geflüchteten ist dies zwingend erforderlich und für DIE LINKE ein einzuforderndes Menschenrecht.

231 ~~Die psychotherapeutische Versorgung deckt in vielen Regionen bei weitem nicht den~~
232 ~~Bedarf. Insbesondere im ländlichen Bereich besteht eine drastische Unterversorgung an~~
233 ~~ambulanten Hilfsangeboten. Dies führt zu einer unnötigen, vermehrt heimatfernen,~~
234 ~~stationären Unterbringung. Die Bedarfsplanung muss gerade in diesem Bereich dringend~~
235 ~~überarbeitet werden. Auch die Finanzierung der Therapie muss den Bedarf decken. Diese~~
236 ~~mangelnde personelle Ausstattung, Überbelegungen und räumliche Enge in den~~
237 ~~stationären Einrichtungen machen eine adäquate Versorgung von psychisch kranken~~
238 ~~Menschen häufig unmöglich. Die Arbeitsbedingungen für das Personal sind unzumutbar.~~
239 ~~Dies lässt sich auch an den immer noch praktizierten von Fixierungen und Sedierungen~~
240 ~~ablesen, die unter Zeitdruck als „einfachste“ Lösungen gesehen werden, für~~
241 ~~Patient:innen aber völlig menschenunwürdig sind. Eine Stärkung der ambulanten~~
242 ~~Krisendienste und die Hinzuziehung von psychiatrischen Fachkräften bei der~~
243 ~~Krisenintervention können dabei helfen, viele Klinikaufenthalte zu vermeiden.~~

244 ~~DIE LINKE steht für eine Stärkung der Rechte von Patient:innen sowie eine~~
245 ~~Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Dringend notwendig ist es, die bereits~~
246 ~~begonnene Ablösung des Unterbringungsgesetzes durch ein Psychisch-Kranken-Hilfe-~~
247 ~~Gesetz (PsychKHG), das diesen Namen verdient, voranzutreiben und in dem~~
248 ~~Patientenschutz Vorrang haben muss. Die psychiatrische Versorgung muss in Bayern in~~
249 ~~öffentlicher Hand bleiben und darf keinen Profitinteressen privater Anbieter geopfert~~
250 ~~werden. DIE LINKE steht gegen Ausgliederungen, Umwandlung der Kliniken in~~
251 ~~Tendenzbetriebe mit Haustarifvertrag und alle Privatisierungsversuche. DIE LINKE~~
252 ~~steht in diesem Zusammenhang fest an der Seite der Beschäftigten. Wir sind davon~~
253 ~~überzeugt, dass das Wohl der Patient:innen nicht vom Wohl der Beschäftigten zu~~
254 ~~trennen ist. In der Kinder- und Jugendpsychiatrie gibt es nach wie vor zu lange~~
255 ~~Wartezeiten. Durch zunehmenden Leistungsdruck geraten immer mehr Familien, Kinder und~~

256 ~~Jugendliche in psychische Not. Dringend notwendig ist der Einsatz von~~
257 ~~Kriseninterventionsteams mit ausgebildeten Fachkräften, die bei der Betreuung von~~
258 ~~Kindern und Jugendlichen bei psychischen Krisen schnell und unbürokratisch zur Seite~~
259 ~~stehen.~~

260 ~~Häufig vergessen wird die besondere Situation der psychisch kranken Migrant:innen.~~
261 ~~Für sie muss eine psychiatrische Betreuung in ihrer Muttersprache angeboten werden.~~
262 ~~Auch die Dolmetscherdienste für muttersprachliche Informationen über Hilfsangebote~~
263 ~~müssen dringend ausgebaut werden. Gerade bei den oft traumatisierten Geflüchteten ist~~
264 ~~dies zwingend erforderlich und für DIE LINKE ein einzuforderndes Menschenrecht.~~

265 ~~DIE LINKE setzt sich ein:~~ **DIE LINKE setzt sich ein:**

- 266 • für eine umfassende, dezentrale ambulante Versorgung psychisch kranker Menschen.
- 267 • für den flächendeckenden Ausbau ambulanter Netze und psychosozialer Betreuung.
- 268 • für den zügigen Ausbau ambulanter Krisendienste und sozialpsychiatrischer
- 269 • Dienste, um stationäre Aufenthalte zu vermeiden.

- für den Ausbau des sozialpsychiatrischen Dienst

- 270 • für den Ausbau der gerontopsychiatrischen Dienste.

- 271 • für die Dezentralisierung der Rehabilitationseinrichtungen für psychisch kranke
- 272 Jugendliche.

273 • ~~für die Verhinderung des Gesetzentwurfs der bayerischen Staatsregierung zum~~
274 ~~sogenannten „Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz“ in seiner geplanten Fassung~~
275 ~~aufgrund der im Gesetzentwurf vorgesehenen Diskriminierung, Stigmatisierung und~~
276 ~~Kriminalisierung von Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung.~~

- für die Abschaffung der Fallpauschalen in der Psychiatrie.

- für die Rekommunalisierung der Bezirkskliniken.

- für Tariftreue in sämtlichen Bezirkskliniken.

- für die Anhebung des Personalschlüssels und eine verbindliche Fachkraftquote.

- für die Schaffung unabhängiger Kontroll- und Beschwerdestellen für Patient:innen in der Psychiatrie.

- für eine umfassende Schulung in kultursensibler Pflege.

- für den Ausbau von Unterstützungsleistungen für Kinder und Jugendliche.

- für monetäre Hilfsleistungen und Entschädigung für Familien nach dem InfektionsschutzG.

- für den Fachkräfteausbau in Sachen Kinderschutz und den Frühen Hilfen.
- für den Ausbau von Beratungsangeboten für Migran:tinnen mit psychischer Erkrankungen.

- 277 • ~~stattdessen für ein wirkliches Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, in dem~~
 278 ~~Zwangseinweisung und Zwangsmedikation die absolute Ausnahme sind, der~~
 279 ~~Richtervorbehalt eindeutig geregelt wird und der Ausbau der Hilfen dahingehend~~
 280 ~~in den Mittelpunkt gestellt wird, dass sie ein Leben in Selbstbestimmung unter~~
 281 ~~Entfaltung der Persönlichkeit und der Teilhabe an allen Aspekten des Lebens~~
 282 ~~ermöglichen und so die UN-Behindertenkonvention umgesetzt wird.~~
- 283 • ~~für die Abschaffung der Fallpauschalen in der Psychiatrie.~~
- 284 • ~~für die Rekommunalisierung der Bezirkskliniken.~~
- 285 • ~~für Tariftreue in sämtlichen Bezirkskliniken.~~
- 286 • ~~für die Anhebung des Personalschlüssels und eine verbindliche Fachkraftquote.~~
- 287 • ~~für die Schaffung unabhängiger Kontroll- und Beschwerdestellen für Patient:innen~~
 288 ~~in der Psychiatrie.~~
- 289 • ~~für eine umfassende Schulung in kultursensibler Pflege.~~

290 **4. Drogen: Umdenken in der Drogenpolitik**

291 DIE LINKE setzt sich für einen Paradigmenwechsel ein: weg von der Strafverfolgung,
 292 hin zu Prävention, Beratung und Hilfe sowie akzeptierender Drogenpolitik: Eine
 293 Unterscheidung zwischen legalen und illegalen Drogen folgt keinem medizinischen oder
 294 wissenschaftlichen Prinzip, sondern ist zufällig und willkürlich. Erfahrungen zeigen,
 295 dass staatliche Verbote nicht vom Drogenkonsum abhalten. Im Gegenteil: In Bayern
 296 zeigt sich, dass eine repressive Drogenpolitik zu mehr Drogentoten führt.
 297 Polizeiliche Sanktionen und Strafverfolgung von Suchtkranken anstelle angemessener
 298 Therapieangebote lehnen wir deshalb ab. Zugleich bindet die Repression große
 299 finanzielle Mittel: Bundesweit werden mehrere Milliarden Euro für die Strafverfolgung
 300 ausgegeben, für Hilfe und Prävention jedoch nur ein Bruchteil davon.

301 Dabei sind Sucht und Abhängigkeit keine Verbrechen. Linke Drogenpolitik hat zum Ziel,
 302 Präventions- und Informationsangebote, sowie akzeptanzorientierte und
 303 niedrigschwellige therapeutische Hilfen auszubauen. Eine enge Verzahnung von
 304 Suchtprävention, ausstiegsorientierten Hilfen, Drogensubstitution und
 305 Gesundheitshilfen für Drogenkranke ist dringend erforderlich. Ein

306 akzeptanzorientierter Ansatz resultiert auch aus der Erfahrung des Misserfolges von
307 Zwangstherapien und dem Elend der Kriminalisierungsspirale. Beschaffungskriminalität,
308 Prostitution, Gefängnis, Ansteckung mit Hepatitis oder HIV sind Teil dieser
309 Abwärtsspirale. Die Entwöhnung und Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit sollte in
310 Therapien aus diesem Grund nicht im Vordergrund stehen, sondern auch die Verbesserung
311 der gesamten Lebenssituation wie auch die therapeutische Verarbeitung von
312 suchtvorstärkenden sozialen Lebenslagen.

313 Im Vordergrund muss stehen: Schaden reduzieren und Leben retten. Deshalb wollen wir
314 Möglichkeiten schaffen, unter sicheren und hygienischen Bedingungen und Aufsicht zu
315 konsumieren. Die Drogen sollen auf Verunreinigung und schädliche Wirkungen getestet
316 werden können (Drug-Checking). Die Erfahrungen aus anderen Bundesländern und eine
317 wissenschaftliche Studie aus Frankfurt haben positive Erfahrungen mit den
318 Drogenkonsumräumen aufgezeigt. Die Ansteckungen mit Hepatitis C und HIV sind deutlich
319 gesunken, sauberes Spritzbesteck und Impfungen werden angeboten, Therapieplätze
320 können vermittelt werden. Die Notfallversorgung durch geschultes Personal rettet
321 viele Menschen vor dem Tod. Drogenkonsumräume senken die Zahl der Rauschgifttoten und
322 erleichtern den Abhängigen den Zugang zu spezialisierten Angeboten der Suchthilfe.
323 Sie sind in Bayern längst überfällig!

324 DIE LINKE setzt sich ein:

- 325 • für eine legale und vorrangig nichtkommerzielle Bezugsmöglichkeit von Cannabis
326 und die Erlaubnis Cannabis zu besitzen, zu konsumieren sowie zum eigenen Bedarf
327 anzubauen
- 328 • für die Vereinfachung der Rezeptfreigabe für Cannabis-Medikamente für Schwer-
329 und Schwerstkranke
- 330 • für eine Entkriminalisierung von Konsument:innen von Rauschmitteln, die unter
331 das Betäubungsmittelgesetz fallen
- 332 • für eine Anpassung der StVO, dass bei erstmaligem Fahren unter Cannabiseinfluss
333 keine MPU notwendig ist (analog zu Fahren unter Alkoholeinfluss)
- 334 • für den Ausbau von Suchtberatungsstellen und Prävention
- 335 • für den flächendeckenden Ausbau von ambulanten Angeboten, Wohngemeinschaften,
336 Therapieeinrichtungen, Präventionszentren und Entzugsplätzen
- 337 • für die Schaffung von niederschweligen Angeboten
- 338 • für die Schaffung von Drogenkonsumräumen

- 339 • für den Ausbau des Substitutionsnetzes, auch in Gefängnissen
- 340 • für Drug-Checking als aktiven Gesundheitsschutz für Konsument:innen
- 341 • für die psychologisch-medizinisch betreute Vergabe von Heroin an
- 342 Schwerstabhängige
- 343 • für das Verbot von Werbung für alle legalen Drogen
- 344

4a. Jugend stärken

Junge Menschen durchleben herausfordernde Zeiten. Sie erleben die Zerstörung unseres Planeten, einen Krieg in Europa und eine globale Pandemie. Sie mussten erleben, wie die maßgeblich von jungen Menschen getragenen Klimaproteste von weiten Teilen der Politik kriminalisiert und delegitimiert wurden. Auch während der Corona-Pandemie mussten junge Menschen oftmals als Sündenböcke herhalten und die Einschränkungen trafen junge Menschen besonders hart. Es ist korrekt, wenn die Trendstudie Jugend in Deutschland feststellt: „Seit dem Jahr 2018 befindet sich die Jugend in Deutschland im Krisenmodus“. Verwunderlich ist es daher nicht, dass unter jungen Menschen in Deutschland eine zweite Pandemie grassiert: eine Pandemie psychischer Belastungen. Wartezeiten von bis zu sechs Monaten auf eine Psychotherapie sind skandalös. Es bedarf daher dringend eines Ausbaus der psychotherapeutischen Angebote für Kinder und Jugendliche. Doch die Krisen treffen nicht alle jungen Menschen gleichermaßen hart. Kinder und Jugendliche, die sich im Lockdown nicht nur eine kleine Wohnung mit ihrer Familie teilen mussten, sondern auch ein Endgerät für das Homeschooling mit ihren Geschwistern, waren ebenso besonders belastet, wie junge Menschen mit Rassismuserfahrungen, körperlichen Beeinträchtigungen oder sonstigen zusätzlichen Belastungen. Angebote der Jugendarbeit bieten wichtige Schutz- und Freiräume für junge Menschen. Die demokratisch organisierte verbandliche Jugendarbeit ist darüber hinaus noch ein wichtiges Sprachrohr junger Menschen in einer Gesellschaft, die die Belange junger Menschen allzu oft ignoriert. Die Strukturen der Jugendarbeit müssen daher noch stärker unterstützt, ausgebaut und inklusiver gemacht werden. Räume für Jugendarbeit müssen dabei auch gegen die immer mehr Lebenszeit junger Menschen in Anspruch nehmende Schule „verteidigt“ werden.

DIE LINKE setzt sich ein:

- für eine bessere Ausstattung der Jugendarbeit in Mittelfranken.
- für eine Fachstelle Inklusion beim Bezirksjugendring Mittelfranken.

- für die Stärkung des Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.
- für einen konsequenten, barrierefreien Ausbau der Jugendbildungsstätten.
- für einen Ausbau der psychotherapeutischen Angebote für junge Menschen.

345 **5. Kultur: Was uns verbindet**

346 ~~Bayerische Kultur ist mehr als Lederhosen und Bierzelt, mehr als Weißbier und~~
 347 ~~Schützenvereine. Der Bezirk muss alternative und inklusive Kultur fördern und~~
 348 ~~finanzieren. Kleinen Kultureinrichtungen, Vereinen und Projekten muss der Zugang zu~~
 349 ~~Fördermitteln erleichtert werden.~~ **„Unsere Geschichte ist die Geschichte von Kämpfen**
zwischen den Klassen, eine wütende Chronologie. Doch gelehrt wird uns die lange Reihe
von Kronen und Thronen, und über allem waltet ein blindes Geschick“. **Proletenpassion**
Schmetterlinge

Eine der Hauptaufgaben der Bezirke ist die Kultur- und Heimatpflege. Daher engagieren
sich die Bezirke mit Einrichtungen, Veranstaltungen, Beratungen und Zuschüssen für
den Erhalt und die Vermittlung regionaler Kultur. Die Bezirke fördern die kulturelle
Vielfalt in den Regionen durch verschiedene Aktivitäten, um die kulturelle
Infrastruktur zu stärken und weiterzuentwickeln.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Kultur als Gemeinschaftsaufgabe und Staatsziel
im Grundgesetz verankert wird. Wir setzen uns gegen Kommerzialisierung und die um
sich greifende „Selbstaussaugung“ von kleinen Kulturanbietenden ein. Der Zugang zur
Künstlersozialkasse muss erleichtert werden, die Rechte von Autor:innen und
Urheber:innen bei der Verwertung durch digitale Plattformen gestärkt werden.
Kulturförderung ist für Die Linke eine staatliche Aufgabe, keine Spielwiese, auf der
die Privatwirtschaft in Gestalt von Stiftern und Mäzenen entscheiden.

Als Linke in den Bezirkstagen von Bayern, setzen wir uns speziell für die Förderung
kleiner regionaler Kulturbetriebe ein. Diese müssen Vorrang vor kulturellen
Großevents

350 ~~haben. Der Bezirk muss die Jugend- und Popkultur stärker in den Mittelpunkt rücken.~~
 351 ~~Die~~ Die Konzentration auf die Förderung von sogenannter Hochkultur muss der
Vergangenheit angehören. Der Bezirk muss alternative und inklusive Kultur fördern und
finanzieren. Kleinen Kultureinrichtungen, Vereinen und Projekten muss der Zugang zu
Fördermitteln erleichtert werden.
In den Freilandmuseen der Bezirke, bestehen wir auf die Schwerpunktsetzung der
Dokumentation der Wohn- und Arbeitsverhältnisse der „kleinen Leute“ und Bauern vom

Mittelalter bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts. Auf die Darstellung des höfischen Geplänkels und der Prunkbauten der Herrschenden zu dieser Zeit können wir verzichten und sie hat in den bayerischen Freilandmuseen nichts zu suchen.

Die hervorragende Arbeit der Bezirksjugendringe ~~muss stärkere Unterstützung erfahren und finanziell~~

352 ~~besser ausgestattet werden.~~ bedarf einer noch stärkeren Unterstützung. Als einen Grundsatz unserer Förderung der Bezirksjugendringe gilt: - Möglichst große Unterstützung, kleinwenigste politische Einmischung.

Die bildenden Künste kommen bei der Kulturförderung des

353 Bezirks oft zu kurz. Auch der Wert regionaler Kunst bemisst sich nicht nach ihrer
354 Vermarktbarkeit. Wir als LINKE stehen daher ein für eine Kunst- und Kulturförderung,
355 die unabhängig ist vom Prestige der Akteur:innen und vom Geldbeutel der Teilhabenden.
356 ~~Wir~~ wir sagen, gute Kunst- und Kulturförderung stattet die Kunst- und
Kulturschaffenden

357 mit ausreichend Mitteln aus, um sich ihrer Aufgabe zu widmen und lässt alle
358 teilhaben, unabhängig vom Geldbeutel, von Herkunft, Behinderung ~~oder~~, Alter oder
Klasse.

359 Bayerische Kultur ist mehr als Lederhosen und Bierzelt, mehr als Weißbier und
360 Schützenvereine. Der Bezirk muss alternative und inklusive Kultur fördern und
361 finanzieren. Kleinen Kultureinrichtungen, Vereinen und Projekten muss der Zugang zu
362 Fördermitteln erleichtert werden. Diese müssen Vorrang vor kulturellen Großevents
363 DIE LINKE fordert:

- 364 • einen höheren Stellenwert der Jugend- und Popkultur.
- 365 • Förderung von Kunst- und Kulturprojekten, an denen alle teilhaben können, statt
366 Groß- und Prestigeprojekte
- 367 • einen Bayernpass, der allen Sozialleistungsbezieher:innen einen kostenfreien
368 Eintritt bei Kultur, Bildung, Sport und Freizeit sichert und dadurch eine
369 Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben erleichtert.

370

6. Umwelt – Grundlage für alle

371 Der Schutz von Umwelt und Natur ist eine weitere Aufgabe des Bezirks. DIE LINKE wird
372 die Zerstörung der Umwelt und Natur skandalisieren und sich für den Vorrang des
373 Naturerhalts vor Profitinteressen einsetzen. Der Bezirk muss aktiv seinen Anteil bei

374 der Reduzierung des Flächenfraßes in Bayern leisten. Darauf wollen wir den Fokus
375 legen, statt immer weitere Flächen als Bauflächen auszuweisen.

376 Die Vorkommnisse im Bezirk Mittelfranken haben es deutlich gezeigt – gute
377 Bezirkstagspolitik beinhaltet Druck zu machen, für einen verantwortungsvollen Umgang
378 mit dem Lebensraum Natur. Zusammen mit Bürger:innen und Initiativen vor Ort konnte
379 die LINKE im Bezirkstag verhindern, dass das Muna-Gelände am Brombachsee dem
380 Privatinvestor Center Parcs zum Opfer fiel, sodass der einzigartige Lebensraum für
381 Flora und Fauna erhalten werden konnte, anstatt dem Bauvorhaben zum Opfer zu fallen.
382 Dies zeigt, die LINKE nimmt es ernst mit ihrem Engagement für die Umwelt, ganz im
383 Sinne von Artikel 141 der bayerischen Verfassung:

384 „Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist, auch eingedenk der Verantwortung
385 für die kommenden Generationen, der besonderen Fürsorge jedes einzelnen und der
386 staatlichen Gemeinschaft anvertraut [...]

387 Der Genuß der Naturschönheiten und die Erholung in der freien Natur [...] ist
388 jedermann gestattet. [...] Staat und Gemeinde sind berechtigt und verpflichtet, der
389 Allgemeinheit die Zugänge zu Bergen, Seen, Flüssen und sonstigen landschaftlichen
390 Schönheiten freizuhalten und allenfalls durch Einschränkungen des Eigentumsrechtes
391 freizumachen sowie Wanderwege und Erholungsparks anzulegen.“

392 DIE LINKE steht dafür ein, dass Natur- und Erholungsraum nicht privatisiert wird und
393 dass, abgesehen von den vorgesehenen und ebenso notwendigen Schutzflächen, der
394 Naturraum allen Menschen zur Erholung zugänglich gemacht wird, anstatt denjenigen
395 vorbehalten zu bleiben, die für die Filetstücke bezahlen können.

396 An den landwirtschaftlichen Hochschulen der Bezirke fordern wir eine Ausrichtung auf
397 nachhaltige und zukunftssträchtige Methoden in der Landwirtschaft. Der Klimawandel
398 stellt die Menschheit und insbesondere die Landwirt:innen als diejenigen, die für die
399 Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln da sind, vor immense
400 Herausforderungen. Ziel muss es daher sein, eine Landwirtschaft zu etablieren, die -
401 ohne das Ausbringen von toxischen Ackergiften und umweltschädlichen Methoden -
402 nachhaltig mit den Ressourcen umgeht und für Ernährungssicherheit und -souveränität
403 sorgt, indem regionale Kreisläufe aufgebaut werden. Der Grundstein soll dafür in den
404 Hochschulen gelegt werden.

405 DIE LINKE fordert:

406 • den Einsatz des Bezirks für die Bewahrung von schützenswerten Naturräumen, gegen

- 407 Privatisierungen.
- 408 • eine artenreiche Flora und Fauna als Naturlandschaft und Lebensraum.
- 409 • eine Reduzierung des Flächenfraßes durch über den Bezirk finanzierte
- 410 Einrichtungen.
- 411 • Umwelt- und Tierschutzstandards in der Landwirtschaft.
- 412 • die Förderung der bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft ohne Pestizide und
- 413 genverändertem Saatgut.
- 414 • ein Verbot von Glyphosat auf allen vom Bezirk genutzten und verpachteten
- 415 Flächen.
- 416 • die stärkere Umsetzung des ökologischen Landschafts- und Gewässerschutzes.

417

7. Auf den Punkt

418 Ziel linker Politik im Bezirk ist es, die bestehenden Verhältnisse in den

419 Einrichtungen des Bezirks grundlegend zu verbessern, Missstände aufzudecken, Politik

420 mit und für alle Bürger:innen zu machen und den Menschen ein selbstbestimmtes Leben

421 in Würde und ohne finanzielle Not zu ermöglichen.

422 Aus diesem Grund lehnt DIE LINKE alle Formen von Privatisierung der öffentlichen

423 Daseinsvorsorge ab. Die bereits erfolgte Teilprivatisierung der bezirkseigenen

424 Kliniken und Einrichtungen hat Outsourcing, Lohnkürzungen bei den Mitarbeiter:innen

425 und Stellenabbau zur Folge. Die Gründung von Nebenbetrieben zum Zweck des

426 Lohndumpings muss beendet werden. Wir treten dafür ein, dass ausgelagerte Bereiche

427 wieder in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt und bereits privatisierte

428 Betriebe umgehend rekommunalisiert werden.

429 Uns ist es wichtig, dass die Arbeit der Beschäftigten in der Altenpflege, in den

430 Krankenhäusern und in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung gewürdigt

431 und aufgewertet wird. Hierzu gehören eine faire Bezahlung und gute

432 Arbeitsvertragsbedingungen. Deshalb treten wir dafür ein, dass der Bezirk tarifliche

433 Arbeitsbedingungen als Qualitätsmerkmal beim Abschluss von Leistungsvereinbarungen

434 voraussetzt und die Finanzierung sicherstellt.

435 Die Arbeit in der Altenpflege, in den Krankenhäusern und in der Eingliederungshilfe

436 für Menschen mit Behinderung muss menschengerecht gestaltet werden. Arbeit darf nicht

437 krank machen. Deshalb treten wir dafür ein, dass die nachgewiesenen Kosten für den

438 gesetzlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz zu 100 % vom Bezirk refinanziert werden.

439 Die Mitbestimmung von Heimbeiräten und Beschäftigtenvertretungen sehen wir als
440 Selbstverständlichkeit in einer Demokratie. Wir setzen uns dafür ein, dass die
441 nachgewiesenen Aufwendungen für die gesetzliche Arbeit von Heimbeiräten, Personal-
442 und Mitarbeitervertretungen sowie Betriebsräten zu 100 % vom Bezirk refinanziert
443 werden.

444 Wir wollen, dass sich die Bürger:innen jederzeit über die Themen, die im Bezirkstag
445 beraten und beschlossen werden, umfassend informieren können. Wir treten deshalb
446 dafür ein, dass Sitzungsunterlagen, Protokolle und Beschlüsse von öffentlichen
447 Sitzungen im Internet veröffentlicht und für alle Menschen zugänglich gemacht werden
448 und eine Videoaufzeichnung stattfindet. Die Homepage des Bezirks ist als
449 barrierefreier Internetauftritt zu gestalten.

450 Zu einer echten kommunalen Selbstverwaltung gehört eine ausreichende Finanzierung.
451 Bisher ist der Bezirk u.a. durch Umlagen der Landkreise und kreisfreien Städte
452 finanziert. Da die finanzielle Ausstattung der Kommunen beschränkt ist, ist die
453 Festlegung der Umlage stets ein halsbrecherisches Unterfangen. Die
454 Haushaltsdiskussionen in den bayerischen Bezirkstagen vermitteln häufig den Eindruck,
455 es gäbe einen Wettbewerb um die weitestgehende Absenkung der Bezirksumlage. Dies
456 führt zu einer Sozialpolitik nach „Kassenlage“.

457 DIE LINKE tritt für eine direkte, den Aufgaben entsprechende ausreichende
458 Finanzierung durch den Freistaat und den Bund ein.

459 Die massenhafte Zunahme von Billiglöhnen, Leiharbeit, Minijobs und Erwerbslosigkeit
460 sorgt dafür, dass die Menschen kaum etwas in die Sozialkassen einzahlen können. All
461 diese Menschen sind im Alter arm und werden auf Sozialhilfe oder Grundsicherung
462 angewiesen sein.

463 Die Kommunen können diese Last nicht allein bewältigen. Wir wehren uns dagegen, dass
464 die Kommunen und die Bezirke mit den Folgen der von der Bundesregierung forcierten
465 Armutspolitik im Regen stehen gelassen werden.

466 Angesichts des Rechtsrucks und des Wiedererstarken des Nationalismus in Deutschland
467 und Europa sehen wir die Bezirke in der Verantwortung, einer solchen Entwicklung die
468 Stirn zu bieten. In den Zeiten des Nationalsozialismus sind in den Heil- und
469 Pflegeanstalten, den jetzigen Bezirkskliniken in Bayern, tausende Menschen dem
470 Euthanasieprogramm der Nazis zum Opfer gefallen. Das Gedenken an diese Menschen

471 wollen wir aufrechterhalten und weiter ausbauen. In den Bezirkstagen werden wir jeder
472 Art von Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung mit aller Entschlossenheit
473 entgegenzutreten.

474 DIE LINKE ist angetreten, gegen die bestehende Politik der sozialen Grausamkeiten
475 Widerstand auf allen politischen Ebenen zu leisten. Kämpfen Sie gemeinsam mit uns für
476 ein soziales, lebenswertes Bayern und unterstützen Sie unsere Kandidat:innen bei der
477 Wahl zum Bezirkstag!

350 haben. Der Bezirk muss die Jugend- und ~~Pop~~Subkultur stärker in den Mittelpunkt
rücken.

351 Die Arbeit der Bezirksjugendringe muss stärkere Unterstützung erfahren und finanziell
352 besser ausgestattet werden. Die bildenden Künste kommen bei der Kulturförderung des
353 Bezirks oft zu kurz. Auch der Wert regionaler Kunst bemisst sich nicht nach ihrer
354 Vermarktbarkeit. Wir als LINKE stehen daher ein für eine Kunst- und Kulturförderung,
355 die unabhängig ist vom Prestige der Akteur:innen und vom Geldbeutel der Teilhabenden.
356 Wir sagen, gute Kunst- und Kulturförderung stattet die Kunst- und Kulturschaffenden
357 mit ausreichend Mitteln aus, um sich ihrer Aufgabe zu widmen und lässt alle
358 teilhaben, unabhängig vom Geldbeutel, von Herkunft, Behinderung oder Alter.

359 DIE LINKE ~~fordert:~~setzt sich ein:

- für einen höheren Stellenwert der Jugend- und Popkultur.

- für die Förderung von Kunst- und Kulturprojekten, an denen alle teilhaben können,
statt Groß- und Prestigeprojekte.

- für einen Bayernpass, der allen Sozialleistungsbezieher:innen einen kostenfreien
Eintritt bei Kultur, Bildung, Sport und Freizeit sichert und dadurch eine Teilhabe am
sozialen und kulturellen Leben erleichtert.

- für die Erleichterung des Zugangs zu Künstlersozialkassen.

- für die Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz.

- gegen höfisches Geplänkel in den bayerischen Freilandmuseen.

- für eine höhere Förderung und mehr Unabhängigkeit der Bezirksjugendringe

- für die Förderung der Digitalen Dokumentation alter Kulturschätze, traditionelles
Liedgut, Handwerkstechniken etc.

- für mehr Alltagskultur anstatt Hochkultur.

360 • ~~einen höheren Stellenwert der Jugend- und Popkultur.~~

361 • Förderung von Kunst- und Kulturprojekten, an denen alle teilhaben können, statt
362 Groß- und Prestigeprojekte

363 • einen Bayernpass, der allen Sozialleistungsbezieher:innen einen kostenfreien
364 Eintritt bei Kultur, Bildung, Sport und Freizeit sichert und dadurch eine
365 Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben erleichtert.

366

6. Umwelt – Grundlage für alle

367 Der Schutz von Umwelt und Natur ist eine weitere Aufgabe des Bezirks. DIE LINKE wird
368 die Zerstörung der Umwelt und Natur skandalisieren und sich für den Vorrang des
369 Naturerhalts vor Profitinteressen einsetzen. Der Bezirk muss aktiv seinen Anteil bei
370 der Reduzierung des Flächenfraßes in Bayern leisten. Darauf wollen wir den Fokus
371 legen, statt immer weitere Flächen als Bauflächen auszuweisen.

372 Die Vorkommnisse im Bezirk Mittelfranken haben es deutlich gezeigt – gute
373 Bezirkstagspolitik beinhaltet Druck zu machen, für einen verantwortungsvollen Umgang
374 mit dem Lebensraum Natur. Zusammen mit Bürger:innen und Initiativen vor Ort konnte
375 die LINKE im Bezirkstag verhindern, dass das Muna-Gelände am Brombachsee dem
376 Privatinvestor Center Parcs zum Opfer fiel, sodass der einzigartige Lebensraum für
377 Flora und Fauna erhalten werden konnte, anstatt dem Bauvorhaben zum Opfer zu fallen.
378 Dies zeigt, die LINKE nimmt es ernst mit ihrem Engagement für die Umwelt, ganz im
379 Sinne von Artikel 141 der bayerischen Verfassung:

380 „Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist, auch eingedenk der Verantwortung
381 für die kommenden Generationen, der besonderen Fürsorge jedes einzelnen und der
382 staatlichen Gemeinschaft anvertraut [...]

383 Der Genuß der Naturschönheiten und die Erholung in der freien Natur [...] ist
384 jedermann gestattet. [...] Staat und Gemeinde sind berechtigt und verpflichtet, der
385 Allgemeinheit die Zugänge zu Bergen, Seen, Flüssen und sonstigen landschaftlichen
386 Schönheiten freizuhalten und allenfalls durch Einschränkungen des Eigentumsrechtes
387 freizumachen sowie Wanderwege und Erholungsparks anzulegen.“

388 DIE LINKE steht dafür ein, dass Natur- und Erholungsraum nicht privatisiert wird und
389 dass, abgesehen von den vorgesehenen und ebenso notwendigen Schutzflächen, der
390 Naturraum allen Menschen zur Erholung zugänglich gemacht wird, anstatt denjenigen
391 vorbehalten zu bleiben, die für die Filetstücke bezahlen können.

392 An den landwirtschaftlichen Hochschulen der Bezirke fordern wir eine Ausrichtung auf
393 nachhaltige und zukunftssträchtige Methoden in der Landwirtschaft. Der Klimawandel

394 stellt die Menschheit und insbesondere die Landwirt:innen als diejenigen, die für die
395 Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln da sind, vor immense
396 Herausforderungen. Ziel muss es daher sein, eine Landwirtschaft zu etablieren, die -
397 ohne das Ausbringen von toxischen Ackergiften und umweltschädlichen Methoden -
398 nachhaltig mit den Ressourcen umgeht und für Ernährungssicherheit und -souveränität
399 sorgt, indem regionale Kreisläufe aufgebaut werden. Der Grundstein soll dafür in den
400 Hochschulen gelegt werden.

401 DIE LINKE fordert:

- 402 • den Einsatz des Bezirks für die Bewahrung von schützenswerten Naturräumen, gegen
403 Privatisierungen.
- 404 • eine artenreiche Flora und Fauna als Naturlandschaft und Lebensraum.
- 405 • eine Reduzierung des Flächenfraßes durch über den Bezirk finanzierte
406 Einrichtungen.
- 407 • Umwelt- und Tierschutzstandards in der Landwirtschaft.
- 408 • die Förderung der bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft ohne Pestizide und
409 genverändertem Saatgut.
- 410 • ein Verbot von Glyphosat auf allen vom Bezirk genutzten und verpachteten
411 Flächen.
- 412 • die stärkere Umsetzung des ökologischen Landschafts- und Gewässerschutzes.

413

7. Auf den Punkt

414 Ziel linker Politik im Bezirk ist es, die bestehenden Verhältnisse in den
415 Einrichtungen des Bezirks grundlegend zu verbessern, Missstände aufzudecken, Politik
416 mit und für alle Bürger:innen zu machen und den Menschen ein selbstbestimmtes Leben
417 in Würde und ohne finanzielle Not zu ermöglichen.

418 Aus diesem Grund lehnt DIE LINKE alle Formen von Privatisierung der öffentlichen
419 Daseinsvorsorge ab. Die bereits erfolgte Teilprivatisierung der bezirkseigenen
420 Kliniken und Einrichtungen hat Outsourcing, Lohnkürzungen bei den Mitarbeiter:innen
421 und Stellenabbau zur Folge. Die Gründung von Nebenbetrieben zum Zweck des
422 Lohndumpings muss beendet werden. Wir treten dafür ein, dass ausgelagerte Bereiche
423 wieder in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt und bereits privatisierte
424 Betriebe umgehend rekommunalisiert werden.

425 Uns ist es wichtig, dass die Arbeit der Beschäftigten in der Altenpflege, in den
426 Krankenhäusern und in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung gewürdigt
427 und aufgewertet wird. Hierzu gehören eine faire Bezahlung und gute
428 Arbeitsvertragsbedingungen. Deshalb treten wir dafür ein, dass der Bezirk tarifliche
429 Arbeitsbedingungen als Qualitätsmerkmal beim Abschluss von Leistungsvereinbarungen
430 voraussetzt und die Finanzierung sicherstellt.

431 Die Arbeit in der Altenpflege, in den Krankenhäusern und in der Eingliederungshilfe
432 für Menschen mit Behinderung muss menschengerecht gestaltet werden. Arbeit darf nicht
433 krank machen. Deshalb treten wir dafür ein, dass die nachgewiesenen Kosten für den
434 gesetzlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz zu 100 % vom Bezirk refinanziert werden.

435 Die Mitbestimmung von Heimbeiräten und Beschäftigtenvertretungen sehen wir als
436 Selbstverständlichkeit in einer Demokratie. Wir setzen uns dafür ein, dass die
437 nachgewiesenen Aufwendungen für die gesetzliche Arbeit von Heimbeiräten, Personal-
438 und Mitarbeitervertretungen sowie Betriebsräten zu 100 % vom Bezirk refinanziert
439 werden.

440 Wir wollen, dass sich die Bürger:innen jederzeit über die Themen, die im Bezirkstag
441 beraten und beschlossen werden, umfassend informieren können. Wir treten deshalb
442 dafür ein, dass Sitzungsunterlagen, Protokolle und Beschlüsse von öffentlichen
443 Sitzungen im Internet veröffentlicht und für alle Menschen zugänglich gemacht werden
444 und eine Videoaufzeichnung stattfindet. Die Homepage des Bezirks ist als
445 barrierefreier Internetauftritt zu gestalten.

446 Zu einer echten kommunalen Selbstverwaltung gehört eine ausreichende Finanzierung.
447 Bisher ist der Bezirk u.a. durch Umlagen der Landkreise und kreisfreien Städte
448 finanziert. Da die finanzielle Ausstattung der Kommunen beschränkt ist, ist die
449 Festlegung der Umlage stets ein halsbrecherisches Unterfangen. Die
450 Haushaltsdiskussionen in den bayerischen Bezirkstagen vermitteln häufig den Eindruck,
451 es gäbe einen Wettbewerb um die weitestgehende Absenkung der Bezirksumlage. Dies
452 führt zu einer Sozialpolitik nach „Kassenlage“.

453 DIE LINKE tritt für eine direkte, den Aufgaben entsprechende ausreichende
454 Finanzierung durch den Freistaat und den Bund ein.

455 Die massenhafte Zunahme von Billiglöhnen, Leiharbeit, Minijobs und Erwerbslosigkeit
456 sorgt dafür, dass die Menschen kaum etwas in die Sozialkassen einzahlen können. All
457 diese Menschen sind im Alter arm und werden auf Sozialhilfe oder Grundsicherung
458 angewiesen sein.

459 Die Kommunen können diese Last nicht allein bewältigen. Wir wehren uns dagegen, dass
460 die Kommunen und die Bezirke mit den Folgen der von der Bundesregierung forcierten
461 Armutspolitik im Regen stehen gelassen werden.

462 Angesichts des Rechtsrucks und des Wiedererstarken des Nationalismus in Deutschland
463 und Europa sehen wir die Bezirke in der Verantwortung, einer solchen Entwicklung die
464 Stirn zu bieten. In den Zeiten des Nationalsozialismus sind in den Heil- und
465 Pflegeanstalten, den jetzigen Bezirkskliniken in Bayern, tausende Menschen dem
466 Euthanasieprogramm der Nazis zum Opfer gefallen. Das Gedenken an diese Menschen
467 wollen wir aufrechterhalten und weiter ausbauen. In den Bezirkstagen werden wir jeder
468 Art von Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung mit aller Entschlossenheit
469 entgegenreten.

470 DIE LINKE ist angetreten, gegen die bestehende Politik der sozialen Grausamkeiten
471 Widerstand auf allen politischen Ebenen zu leisten. Kämpfen Sie gemeinsam mit uns für
472 ein soziales, lebenswertes Bayern und unterstützen Sie unsere Kandidat:innen bei der
473 Wahl zum Bezirkstag!

360 • einen höheren Stellenwert der Jugend- und ~~Pop~~Subkultur.

361 • ~~Förderung von Kunst- und Kulturprojekten, an denen alle teilhaben können, statt~~
362 ~~Groß- und Prestigeprojekte~~

363 • ~~einen Bayernpass, der allen Sozialleistungsbezieher:innen einen kostenfreien~~
364 ~~Eintritt bei Kultur, Bildung, Sport und Freizeit sichert und dadurch eine~~
365 ~~Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben erleichtert.~~

366 • **einen höheren Stellenwert der Jugend- und Popkultur.**

367 • **Förderung von Kunst- und Kulturprojekten, an denen**
368 **alle teilhaben können, statt Groß- und**
369 **Prestigeprojekte**

370 • **einen Bayernpass, der allen**
371 **Sozialleistungsbezieher:innen einen kostenfreien**
372 **Eintritt bei Kultur, Bildung, Sport und Freizeit**
373 **sichert und dadurch eine 6. Umwelt – Grundlage**
374 **für alle**

375 Der Schutz von Umwelt und Natur ist eine weitere Aufgabe des Bezirks. DIE LINKE wird
376 die Zerstörung der Umwelt und Natur skandalisieren und sich für den Vorrang des
377 Naturerhalts vor Profitinteressen einsetzen. Der Bezirk muss aktiv seinen Anteil bei
378 der Reduzierung des Flächenfraßes in Bayern leisten. Darauf wollen wir den Fokus
379 legen, statt immer weitere Flächen als Bauflächen auszuweisen.

380 Die Vorkommnisse im Bezirk Mittelfranken haben es deutlich gezeigt – gute
381 Bezirkstagspolitik beinhaltet Druck zu machen, für einen verantwortungsvollen Umgang
382 mit dem Lebensraum Natur. Zusammen mit Bürger:innen und Initiativen vor Ort konnte
383 die LINKE im Bezirkstag verhindern, dass das Muna-Gelände am Brombachsee dem
384 Privatinvestor Center Parcs zum Opfer fiel, sodass der einzigartige Lebensraum für
385 Flora und Fauna erhalten werden konnte, anstatt dem Bauvorhaben zum Opfer zu fallen.
386 Dies zeigt, die LINKE nimmt es ernst mit ihrem Engagement für die Umwelt, ganz im
387 Sinne von Artikel 141 der bayerischen Verfassung:

388 „Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist, auch eingedenk der Verantwortung
389 für die kommenden Generationen, der besonderen Fürsorge jedes einzelnen und der
390 staatlichen Gemeinschaft anvertraut [...]

391 Der Genuß der Naturschönheiten und die Erholung in der freien Natur [...] ist
392 jedermann gestattet. [...] Staat und Gemeinde sind berechtigt und verpflichtet, der
393 Allgemeinheit die Zugänge zu Bergen, Seen, Flüssen und sonstigen landschaftlichen
394 Schönheiten freizuhalten und allenfalls durch Einschränkungen des Eigentumsrechtes
395 freizumachen sowie Wanderwege und Erholungsparks anzulegen.“

396 DIE LINKE steht dafür ein, dass Natur- und Erholungsraum nicht privatisiert wird und
397 dass, abgesehen von den vorgesehenen und ebenso notwendigen Schutzflächen, der
398 Naturraum allen Menschen zur Erholung zugänglich gemacht wird, anstatt denjenigen
399 vorbehalten zu bleiben, die für die Filetstücke bezahlen können.

400 An den landwirtschaftlichen Hochschulen der Bezirke fordern wir eine Ausrichtung auf
401 nachhaltige und zukunftssträchtige Methoden in der Landwirtschaft. Der Klimawandel
402 stellt die Menschheit und insbesondere die Landwirt:innen als diejenigen, die für die
403 Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln da sind, vor immense
404 Herausforderungen. Ziel muss es daher sein, eine Landwirtschaft zu etablieren, die -
405 ohne das Ausbringen von toxischen Ackergiften und umweltschädlichen Methoden -
406 nachhaltig mit den Ressourcen umgeht und für Ernährungssicherheit und -souveränität
407 sorgt, indem regionale Kreisläufe aufgebaut werden. Der Grundstein soll dafür in den
408 Hochschulen gelegt werden.

409 DIE LINKE fordert:

410 • den Einsatz des Bezirks für die Bewahrung von schützenswerten Naturräumen, gegen
411 Privatisierungen.

412 • eine artenreiche Flora und Fauna als Naturlandschaft und Lebensraum.

413 • eine Reduzierung des Flächenfraßes durch über den Bezirk finanzierte
414 Einrichtungen.

415 • Umwelt- und Tierschutzstandards in der Landwirtschaft.

416 • die Förderung der bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft ohne Pestizide und
417 genverändertem Saatgut.

418 • ein Verbot von Glyphosat auf allen vom Bezirk genutzten und verpachteten
419 Flächen.

420 • die stärkere Umsetzung des ökologischen Landschafts- und Gewässerschutzes.

421

7. Auf den Punkt

422 Ziel linker Politik im Bezirk ist es, die bestehenden Verhältnisse in den
423 Einrichtungen des Bezirks grundlegend zu verbessern, Missstände aufzudecken, Politik
424 mit und für alle Bürger:innen zu machen und den Menschen ein selbstbestimmtes Leben
425 in Würde und ohne finanzielle Not zu ermöglichen.

426 Aus diesem Grund lehnt DIE LINKE alle Formen von Privatisierung der öffentlichen
427 Daseinsvorsorge ab. Die bereits erfolgte Teilprivatisierung der bezirkseigenen
428 Kliniken und Einrichtungen hat Outsourcing, Lohnkürzungen bei den Mitarbeiter:innen
429 und Stellenabbau zur Folge. Die Gründung von Nebenbetrieben zum Zweck des
430 Lohndumpings muss beendet werden. Wir treten dafür ein, dass ausgelagerte Bereiche
431 wieder in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt und bereits privatisierte
432 Betriebe umgehend rekommunalisiert werden.

433 Uns ist es wichtig, dass die Arbeit der Beschäftigten in der Altenpflege, in den
434 Krankenhäusern und in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung gewürdigt
435 und aufgewertet wird. Hierzu gehören eine faire Bezahlung und gute
436 Arbeitsvertragsbedingungen. Deshalb treten wir dafür ein, dass der Bezirk tarifliche
437 Arbeitsbedingungen als Qualitätsmerkmal beim Abschluss von Leistungsvereinbarungen
438 voraussetzt und die Finanzierung sicherstellt.

439 Die Arbeit in der Altenpflege, in den Krankenhäusern und in der Eingliederungshilfe
440 für Menschen mit Behinderung muss menschengerecht gestaltet werden. Arbeit darf nicht
441 krank machen. Deshalb treten wir dafür ein, dass die nachgewiesenen Kosten für den
442 gesetzlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz zu 100 % vom Bezirk refinanziert werden.

443 Die Mitbestimmung von Heimbeiräten und Beschäftigtenvertretungen sehen wir als
444 Selbstverständlichkeit in einer Demokratie. Wir setzen uns dafür ein, dass die
445 nachgewiesenen Aufwendungen für die gesetzliche Arbeit von Heimbeiräten, Personal-
446 und Mitarbeitervertretungen sowie Betriebsräten zu 100 % vom Bezirk refinanziert
447 werden.

448 Wir wollen, dass sich die Bürger:innen jederzeit über die Themen, die im Bezirkstag
449 beraten und beschlossen werden, umfassend informieren können. Wir treten deshalb
450 dafür ein, dass Sitzungsunterlagen, Protokolle und Beschlüsse von öffentlichen
451 Sitzungen im Internet veröffentlicht und für alle Menschen zugänglich gemacht werden
452 und eine Videoaufzeichnung stattfindet. Die Homepage des Bezirks ist als
453 barrierefreier Internetauftritt zu gestalten.

454 Zu einer echten kommunalen Selbstverwaltung gehört eine ausreichende Finanzierung.
455 Bisher ist der Bezirk u.a. durch Umlagen der Landkreise und kreisfreien Städte
456 finanziert. Da die finanzielle Ausstattung der Kommunen beschränkt ist, ist die
457 Festlegung der Umlage stets ein halsbrecherisches Unterfangen. Die
458 Haushaltsdiskussionen in den bayerischen Bezirkstagen vermitteln häufig den Eindruck,
459 es gäbe einen Wettbewerb um die weitestgehende Absenkung der Bezirksumlage. Dies
460 führt zu einer Sozialpolitik nach „Kassenlage“.

461 DIE LINKE tritt für eine direkte, den Aufgaben entsprechende ausreichende
462 Finanzierung durch den Freistaat und den Bund ein.

463 Die massenhafte Zunahme von Billiglöhnen, Leiharbeit, Minijobs und Erwerbslosigkeit
464 sorgt dafür, dass die Menschen kaum etwas in die Sozialkassen einzahlen können. All
465 diese Menschen sind im Alter arm und werden auf Sozialhilfe oder Grundsicherung
466 angewiesen sein.

467 Die Kommunen können diese Last nicht allein bewältigen. Wir wehren uns dagegen, dass
468 die Kommunen und die Bezirke mit den Folgen der von der Bundesregierung forcierten
469 Armutspolitik im Regen stehen gelassen werden.

470 Angesichts des Rechtsrucks und des Wiedererstarken des Nationalismus in Deutschland
471 und Europa sehen wir die Bezirke in der Verantwortung, einer solchen Entwicklung die

472 Stirn zu bieten. In den Zeiten des Nationalsozialismus sind in den Heil- und
473 Pflegeanstalten, den jetzigen Bezirkskliniken in Bayern, tausende Menschen dem
474 Euthanasieprogramm der Nazis zum Opfer gefallen. Das Gedenken an diese Menschen
475 wollen wir aufrechterhalten und weiter ausbauen. In den Bezirkstagen werden wir jeder
476 Art von Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung mit aller Entschlossenheit
477 entgegenzutreten.

478 DIE LINKE ist angetreten, gegen die bestehende Politik der sozialen Grausamkeiten
479 Widerstand auf allen politischen Ebenen zu leisten. Kämpfen Sie gemeinsam mit uns für
480 ein soziales, lebenswertes Bayern und unterstützen Sie unsere Kandidat:innen bei der
481 Wahl zum Bezirkstag!

- 365 • Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben erleichtert.
- Demokratiekultur fördernde Projekte und die Erinnerungsarbeit an Faschismus und Widerstand werden wir im Bezirkstag fördern. Dazu gehört für uns auch das Vorleben demokratischer Prinzipien in Form von größerer Transparenz der Bezirkstage.
 - Die Arbeit der Bezirkstage stärker der Öffentlichkeit zu vermitteln. Insbesondere muss mehr Transparenz geschaffen werden, da die Bürger:Innen Bayerns das Recht darauf haben Informationen über die Entscheidungen der von ihnen gewählten Vertreter:innen zu erhalten.

366 **6. Umwelt – Grundlage für alle**

367 Der Schutz von Umwelt und Natur ist eine weitere Aufgabe des Bezirks. DIE LINKE wird
368 die Zerstörung der Umwelt und Natur skandalisieren und sich für den Vorrang des
369 Naturerhalts vor Profitinteressen einsetzen. Der Bezirk muss aktiv seinen Anteil bei
370 der Reduzierung des Flächenfraßes in Bayern leisten. Darauf wollen wir den Fokus
371 legen, statt immer weitere Flächen als Bauflächen auszuweisen.

372 Die Vorkommnisse im Bezirk Mittelfranken haben es deutlich gezeigt – gute
373 Bezirkstagspolitik beinhaltet Druck zu machen, für einen verantwortungsvollen Umgang
374 mit dem Lebensraum Natur. Zusammen mit Bürger:innen und Initiativen vor Ort konnte
375 die LINKE im Bezirkstag verhindern, dass das Muna-Gelände am Brombachsee dem
376 Privatinvestor Center Parcs zum Opfer fiel, sodass der einzigartige Lebensraum für
377 Flora und Fauna erhalten werden konnte, anstatt dem Bauvorhaben zum Opfer zu fallen.
378 Dies zeigt, die LINKE nimmt es ernst mit ihrem Engagement für die Umwelt, ganz im
379 Sinne von Artikel 141 der bayerischen Verfassung:

380 „Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist, auch eingedenk der Verantwortung
381 für die kommenden Generationen, der besonderen Fürsorge jedes einzelnen und der

382 staatlichen Gemeinschaft anvertraut [...]

383 Der Genuß der Naturschönheiten und die Erholung in der freien Natur [...] ist
384 jedermann gestattet. [...] Staat und Gemeinde sind berechtigt und verpflichtet, der
385 Allgemeinheit die Zugänge zu Bergen, Seen, Flüssen und sonstigen landschaftlichen
386 Schönheiten freizuhalten und allenfalls durch Einschränkungen des Eigentumsrechtes
387 freizumachen sowie Wanderwege und Erholungsparks anzulegen.“

388 DIE LINKE steht dafür ein, dass Natur- und Erholungsraum nicht privatisiert wird und
389 dass, abgesehen von den vorgesehenen und ebenso notwendigen Schutzflächen, der
390 Naturraum allen Menschen zur Erholung zugänglich gemacht wird, anstatt denjenigen
391 vorbehalten zu bleiben, die für die Filetstücke bezahlen können.

392 An den landwirtschaftlichen Hochschulen der Bezirke fordern wir eine Ausrichtung auf
393 nachhaltige und zukunftssträchtige Methoden in der Landwirtschaft. Der Klimawandel
394 stellt die Menschheit und insbesondere die Landwirt:innen als diejenigen, die für die
395 Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln da sind, vor immense
396 Herausforderungen. Ziel muss es daher sein, eine Landwirtschaft zu etablieren, die -
397 ohne das Ausbringen von toxischen Ackergiften und umweltschädlichen Methoden -
398 nachhaltig mit den Ressourcen umgeht und für Ernährungssicherheit und -souveränität
399 sorgt, indem regionale Kreisläufe aufgebaut werden. Der Grundstein soll dafür in den
400 Hochschulen gelegt werden.

401 DIE LINKE fordert:

- 402 • den Einsatz des Bezirks für die Bewahrung von schützenswerten Naturräumen, gegen
403 Privatisierungen.
- 404 • eine artenreiche Flora und Fauna als Naturlandschaft und Lebensraum.
- 405 • eine Reduzierung des Flächenfraßes durch über den Bezirk finanzierte
406 Einrichtungen.
- 407 • Umwelt- und Tierschutzstandards in der Landwirtschaft.
- 408 • die Förderung der bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft ohne Pestizide und
409 genverändertem Saatgut.
- 410 • ein Verbot von Glyphosat und genmanipuliertem Saatgut auf allen vom Bezirk
genutzten und verpachteten
411 Flächen.
- 412 • die stärkere Umsetzung des ökologischen Landschafts- und Gewässerschutzes.

- In den Bezirkstagen eigens eingerichtete Koordinierungsstellen Klimaschutz unter Einbezug der schon kommunal vorhandenen Klimamanager:innen.
- Eine Förderung und Unterstützung der Gemeinden bei der Erstellung von CO2-Bilanzierungen.
- Die verstärkte Unterstützung der bäuerlichen klein- und mittelständischen Betriebe in Bezug auf die ökologische Bewirtschaftung bzw. Umstellung und der Hilfe und Reduzierung des bürokratischen Aufwands.
- Die Förderung alternative Wirtschaftsmodelle wie die solidarische Landwirtschaft und Kreislaufwirtschaft

413 **7. Auf den Punkt**

414 Ziel linker Politik im Bezirk ist es, die bestehenden Verhältnisse in den
 415 Einrichtungen des Bezirks grundlegend zu verbessern, Missstände aufzudecken, Politik
 416 mit und für alle Bürger:innen zu machen und den Menschen ein selbstbestimmtes Leben
 417 in Würde und ohne finanzielle Not zu ermöglichen.

418 Aus diesem Grund lehnt DIE LINKE alle Formen von Privatisierung der öffentlichen
 419 Daseinsvorsorge ab. Die bereits erfolgte Teilprivatisierung der bezirkseigenen
 420 Kliniken und Einrichtungen hat Outsourcing, Lohnkürzungen bei den Mitarbeiter:innen
 421 und Stellenabbau zur Folge. Die Gründung von Nebenbetrieben zum Zweck des
 422 Lohndumpings muss beendet werden. Wir treten dafür ein, dass ausgelagerte Bereiche
 423 wieder in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt und bereits privatisierte
 424 Betriebe umgehend rekommunalisiert werden.

425 Uns ist es wichtig, dass die Arbeit der Beschäftigten in der Altenpflege, in den
 426 Krankenhäusern und in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung gewürdigt
 427 und aufgewertet wird. Hierzu gehören eine faire Bezahlung und gute
 428 Arbeitsvertragsbedingungen. Deshalb treten wir dafür ein, dass der Bezirk tarifliche
 429 Arbeitsbedingungen als Qualitätsmerkmal beim Abschluss von Leistungsvereinbarungen
 430 voraussetzt und die Finanzierung sicherstellt.

431 Die Arbeit in der Altenpflege, in den Krankenhäusern und in der Eingliederungshilfe
 432 für Menschen mit Behinderung muss menschengerecht gestaltet werden. Arbeit darf nicht
 433 krank machen. Deshalb treten wir dafür ein, dass die nachgewiesenen Kosten für den
 434 gesetzlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz zu 100 % vom Bezirk refinanziert werden.

435 Die Mitbestimmung von Heimbeiräten und Beschäftigtenvertretungen sehen wir als

436 Selbstverständlichkeit in einer Demokratie. Wir setzen uns dafür ein, dass die
437 nachgewiesenen Aufwendungen für die gesetzliche Arbeit von Heimbeiräten, Personal-
438 und Mitarbeitervertretungen sowie Betriebsräten zu 100 % vom Bezirk refinanziert
439 werden.

440 Wir wollen, dass sich die Bürger:innen jederzeit über die Themen, die im Bezirkstag
441 beraten und beschlossen werden, umfassend informieren können. Wir treten deshalb
442 dafür ein, dass Sitzungsunterlagen, Protokolle und Beschlüsse von öffentlichen
443 Sitzungen im Internet veröffentlicht und für alle Menschen zugänglich gemacht werden
444 und eine Videoaufzeichnung stattfindet. Die Homepage des Bezirks ist als
445 barrierefreier Internetauftritt zu gestalten.

446 Zu einer echten kommunalen Selbstverwaltung gehört eine ausreichende Finanzierung.
447 Bisher ist der Bezirk u.a. durch Umlagen der Landkreise und kreisfreien Städte
448 finanziert. Da die finanzielle Ausstattung der Kommunen beschränkt ist, ist die
449 Festlegung der Umlage stets ein halsbrecherisches Unterfangen. Die
450 Haushaltsdiskussionen in den bayerischen Bezirkstagen vermitteln häufig den Eindruck,
451 es gäbe einen Wettbewerb um die weitestgehende Absenkung der Bezirksumlage. Dies
452 führt zu einer Sozialpolitik nach „Kassenlage“.

453 DIE LINKE tritt für eine direkte, den Aufgaben entsprechende ausreichende
454 Finanzierung durch den Freistaat und den Bund ein.

455 Die massenhafte Zunahme von Billiglöhnen, Leiharbeit, Minijobs und Erwerbslosigkeit
456 sorgt dafür, dass die Menschen kaum etwas in die Sozialkassen einzahlen können. All
457 diese Menschen sind im Alter arm und werden auf Sozialhilfe oder Grundsicherung
458 angewiesen sein.

459 Die Kommunen können diese Last nicht allein bewältigen. Wir wehren uns dagegen, dass
460 die Kommunen und die Bezirke mit den Folgen der von der Bundesregierung forcierten
461 Armutspolitik im Regen stehen gelassen werden.

462 Angesichts des Rechtsrucks und des Wiedererstarken des Nationalismus in Deutschland
463 und Europa sehen wir die Bezirke in der Verantwortung, einer solchen Entwicklung die
464 Stirn zu bieten. In den Zeiten des Nationalsozialismus sind in den Heil- und
465 Pflegeanstalten, den jetzigen Bezirkskliniken in Bayern, tausende Menschen dem
466 Euthanasieprogramm der Nazis zum Opfer gefallen. Das Gedenken an diese Menschen
467 wollen wir aufrechterhalten und weiter ausbauen. In den Bezirkstagen werden wir jeder
468 Art von Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung mit aller Entschlossenheit
469 entgegenzutreten.

470 DIE LINKE ist angetreten, gegen die bestehende Politik der sozialen Grausamkeiten
471 Widerstand auf allen politischen Ebenen zu leisten. Kämpfen Sie gemeinsam mit uns für
472 ein soziales, lebenswertes Bayern und unterstützen Sie unsere Kandidat:innen bei der
473 Wahl zum Bezirkstag!